

---

# COMPARATIV

## Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung

*Veröffentlicht vom*

Interdisziplinäres Zentrum

zur vergleichenden Erforschung gesellschaftlicher Transformationen (IZT) i.G.  
an der Universität Leipzig und der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V.

*Wissenschaftlicher Beirat:*

Anatoli V. Ado, Moskau • Llouis Roura Aulinas, Barcelona • Hans-Joachim König,  
Eichstätt • Wolfgang Küttler, Berlin • Wojciech Kunicki, Wrocław •  
Guy Lemarchand, Rouen • Hans-Jürgen Lüsebrink, Passau • Magnus Mörner, Göteborg •  
Timothy Niblock, Exeter • Horst Pietschmann, Hamburg • Ljudmila A. Pimenova,  
Moskau • Ernst Schulin, Freiburg • Edoardo Tortarolo, Turin • Michel Vovelle, Paris

*Redaktion:*

Gerald Diesener, Frank Geißler, Manfred Kossok, Editha Kroß, Katharina Middell,  
Matthias Middell (Chefredakteur), Rolf Müller-Syring, Michael Zeuske

*Anschrift der Redaktion:*

Interdisziplinäres Zentrum zur vergleichenden Erforschung gesellschaftlicher  
Transformationen (IZT) i.G.

Universität Leipzig

Augustusplatz 9 • 7010 Leipzig • Tel. 719 22 79

*Hefproduktion:*

Verlagsbüro Pauselius, Leipzig

*Bezugsbedingungen:*

Die Zeitschrift erscheint viermal jährlich mit einem Umfang von ca. 120 Seiten.

Einzelheftpreis 9,80 DM; Jahresabonnement 37,- DM;

Studentenabonnement 29,40 DM, Abonnement für Mitglieder der

Karl-Lamprecht-Gesellschaft 33,- DM (im Mitgliedsbeitrag enthalten).

Bestellungen direkt an die Redaktion erbeten.

---

© Leipziger Universitätsverlag GmbH 1992

COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung  
Heft 2 (1992)

Dritte Welt: Demokratie – Ökonomie

Herausgegeben von Rolf Müller-Syring

ISSN 0940 - 3566

---

# **DRITTE WELT Demokratie – Ökonomie**

**Herausgegeben von  
Rolf Müller-Syring**



**Leipziger Universitätsverlag 1992**

---

## Editorial

Angesichts des fundamentalen Wandels in der Weltpolitik erweist sich die Dritte Welt fast als eine Art Konstante. Die Nachrichten über die Mehrheit der Bewohner des Planeten Erde künden nach wie vor von Problembündeln mit nahezu apokalyptischen Ausmaßen: Hunger, Elend, Krankheiten, ökonomische Unterentwicklung, ökologische Degradation, technologische Rückständigkeit, erdrückende Verschuldung, viel zu rasche Bevölkerungszunahme, innenpolitische Labilität, Korruption, Menschenrechtsverletzungen, Flüchtlingsströme, Hochrüstung und Kriege.

An Konzepten, wie die Dritte Welt aus der Sackgasse geführt werden könnte, war und ist kein Mangel. Die Berichte, Standardwerke und Gedanken von Pearson, McNamara, Myrdal, Tinbergen, Brandt oder Brundtland bestimmten über Jahrzehnte die entwicklungspolitische Diskussion – die Realität vermochten sie entscheidend nicht zu verändern.

Auch an notwendigen Mitteln gebrach es – eigentlich – nicht. Während der Zeit des Marshall-Planes (1948-1952) wandten die USA jährlich fast 3 Prozent ihres Bruttoinlandproduktes für die wirtschaftliche Wiederherstellung Westeuropas auf. Für die Dritte Welt sind es gegenwärtig 0,3 Prozent. Würde die einzig verbliebene Supermacht die Benzinsteuern auf westeuropäisches Niveau anheben, würde dies Mehreinnahmen in Höhe von etwa 100 Milliarden Dollar bedeuten; eine OECD-weite Abgabe pro Liter Heizöl und Kraftstoff und pro Kubikmeter Gas in Höhe von 5 Pfennigen (eine sehr häufig auftretende, marktübliche Schwankung) würde ca. 50 Milliarden Dollar erbringen. Woran echter Mangel besteht, ist allein der politische Wille, vernünftige Konzepte mit – im Prinzip vorhandenen – Mitteln umzusetzen. Oder?

Leider ist es nicht so einfach. Zunächst, der Norden ist aus historischen, moralisch-ethischen wie aus Gründen des aufgeklärten Selbstinteresses verpflichtet, den Menschen im Süden umfassend und durchgreifend zu helfen. Doch angesichts der bisherigen Erfahrungen des Untergangs von Nord und Süd mußte man den (gleichwohl unwahrscheinlichen) Erfolg solcherart Bemühens fast ebenso fürchten wie die gegenwärtige Situation der Vernachlässigung, Verdrängung und Ausblendung von Dritte-Welt-Problemen im Norden. Denn Geld, know-how, Experten und Expertisen könnten im besten Fall die Dritte Welt Schritt für Schritt an Produktions-, Konsumtions- und Lebensformen heranführen, wie sie derzeit im Norden üblich sind. Dort aber bekämpften sich über vierzig Jahre zwei – vom Standpunkt der menschlichen Evolution aus betrachtet – anachronistisch geworde-

ne Modelle. Mit dem Untergang des stalinistisch geprägten Staatssozialismus dominiert allein das westliche Modell marktwirtschaftlicher Effizienz, demokratischer Pluralität und Partizipation und wissenschaftlicher und kultureller Kreativität. In seiner gegenwärtigen Gestalt ist es aber auch energie- und konsumintensiv, betriebswirtschaftlich auf Gewinnmaximierung und volkswirtschaftlich auf Wachstum ausgerichtet. „Was die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung an Energie, Fläche, Wasser, Luft und anderen Naturgütern verbrauchen – direkt oder indirekt – ist nicht auf die übrigen zehn Prozent ausdehnbar, ohne daß die Erde ökologisch kollabiert“, meint E. U. von Weizsäcker in seinem Buch „Erdpolitik“. Wie viele andere Forscher auch, sucht er nach Möglichkeiten, Wohlstand von Naturverruichtung (weitgehend) abzukoppeln, ein „sustainable development“, das allen Menschen ein Leben in Würde gestattet und die ökologische Katastrophe dennoch vermeidet. Gegenwärtig mühen sich Dutzende von wissenschaftlichen, Umwelt- und Dritte-Welt-Organisationen, Institutionen sowie Einzelpersonlichkeiten in den Vorbereitungsgremien für die II. UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (im Juni 1992 in Rio de Janeiro) sowohl um ein *grand design* als auch um die Durchführungsbestimmungen einer solchen dauerhaften, nachhaltigen Entwicklung.

Dabei handelt es sich jedoch nicht um die Suche nach gangbaren Wegen für die Dritte Welt, die vom Norden lediglich mit know-how und finanziellen Mitteln abgesichert werden müßten, sondern vielmehr um einen globalen Umbauplan für die gesamte Welt. Nahezu alle Lebensformen der Menschheit – und in erster Linie die ihrer hochtechnisierten Minderheit – bedürfen eines radikalen Wandels: Produktion, Konsumtion, Lebensstandard, Verkehrswesen, Energiewirtschaft, Ernährung, Sicherheit. Dies würde eine Umstellung bedeuten, die allein mit der neolithischen Revolution vor gut 5000 Jahren und der industriellen Revolution vor 200 Jahren vergleichbar wäre. Im Unterschied zu den sich spontan durchsetzenden Revolutionen der landwirtschaftlichen und industriellen Fertigung würde es sich bei dieser **Globalen Revolution** – wie es der *Club of Rome* formuliert – um eine bewußt geplante und gesteuerte, in Dimension wie Qualität bislang präzedenzlose Operation handeln. Es wäre ein Unternehmen ohnegleichen seit dem Erscheinen des Menschen auf der Erde.

Doch damit nicht genug. Auch der Zeitdruck, unter dem das Unternehmen stünde, ist ohne Beispiel. Unabhängig voneinander und unterschiedliche Computerprogramme verwendend, kamen 1988 und 1990 die frühere Akademie der UdSSR und das World Watch Institute in Washington zu der Auffassung, daß der *point of no return* nicht mehr so weit entfernt liegt. Dreißig bis fünfzig Jahre gaben die Russen, vierzig Jahre die Amerikaner dem Planeten Erde, das Modell einer sozial und ökologisch verträglichen Globalentwicklung zu entwerfen und auf den Weg zu bringen. Sollte dies nicht gelingen, sei mit unabsehbaren und

irreparablen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ökologischen Verwerfungen zu rechnen. Die vier zurückliegenden Dezennien beweisen, daß dies ein sehr knapp bemessener Zeitraum für die Realisierung eines solch grandiosen Experiments sein kann.

Die Autoren des vorliegenden Heftes von COMPARATIV widmen sich diesen Fragestellungen aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen kommend und unter Zuhilfenahme unterschiedlicher Instrumentarien und Sichtweisen.

Ein zentrales Thema bildet die Frage der Demokratisierung der Dritten Welt. Vier Autoren beziehen dazu Stellung. Roland Felber stellt die blutige Niederschlagung demokratischen Aufbegehrens in Peking im Frühjahr 1989 an den Ausgangspunkt eines historischen Exkurses, der die Rolle der Demokratie in der neueren chinesischen Geschichte zum Inhalt hat. Peter Gärtner und Jürgen Kunze unterziehen sich einem ähnlichen Unterfangen für den lateinamerikanischen und afrikanischen Kontinent. Freilich beleuchten sie *aktuelle* Debatten und Entwicklungen. Während Herta Müller ein brisantes und tragisches Kapitel der Herausbildung von Demokratie an einem konkreten Beispiel – Algerien – darstellt, bemüht sich Jürgen Kunze, die Demokratisierung im Kontext der spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse des afrikanischen Kontinents zu analysieren und zu gewichten. Bei aller Unterschiedlichkeit dieser vier Beiträge zur Demokratisierung auf drei Kontinenten wird jedoch deutlich, wie wichtig es gerade in dieser Frage ist, vorgefaßte Meinungen und Vorstellungen aufgeben zu können und die komplexe und meist völlig andersartige gesellschaftliche Realität in Asien, Afrika und Lateinamerika zu beachten und zu begreifen.

Aussagen über ein Land oder eine Region bergen stets das Risiko der Einseitigkeit in sich. Vergleiche, wie sie in diesem Heft von Manfred Mols gezogen werden, geben mit der Gegenüberstellung die Möglichkeit der Relativierung und besseren Einordnung. An der Spitze dieser Ausgabe steht ein Beitrag von Hartmut Elsenhans. Den Lesern von COMPARATIV bietet sich mit der Lektüre dieses Aufsatzes die gute und wohl auch seltene Gelegenheit, den wissenschaftlichen Ansatz des renommierten Forschers und Hochschullehrers in so umfassender wie gedrängter Form kennenzulernen. Seine Thesen und Gedanken gehen in viele Richtungen und berühren zahlreiche Gebiete. Sie greifen direkt in die Debatte ein, welche soziale Organisation auf globaler Ebene notwendig wäre, um den Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können. Die Redaktion und gewiß auch die Leser von COMPARATIV würden es begrüßen, wenn Hartmut Elsenhans' Gedanken – ebenso wie die der anderen Autoren – den wissenschaftlichen Diskurs beleben könnten. Die Spalten der Zeitschrift stehen allen für einen sachlichen und produktiven Meinungsstreit offen.

## **Kapitalismus und Massenkonsum – Eine Kritik der Marxschen politischen Ökonomie\***

Max Webers inzwischen häufig widerlegte, aber dennoch immer wieder diskutierte Herleitung des Kapitalismus aus der protestantischen Ethik (also aus Verhaltensnormen, die exzeptionell und so in der Geschichte bisher nie dagewesen waren) scheint mir v.a. einen Sachverhalt zu belegen: Die Weigerung, die (ja durchaus von ihm beabsichtigte) Kritik an Marx und dem Marxismus in dessen Kernbereich, in die politische Ökonomie zu tragen. Eine solche Kritik, später von Keynes vorgebracht, hätte der Soziologie gezeigt, daß das Fortschritt sichernde Verhalten von Eliten beim Übergang zum Kapitalismus Folge komplexer Kämpfe „von unten“ war. Wissenschaftsgeschichtlich hat sich aus dieser Beschränkung der Marxkritik bei Weber eine unheilige Allianz zwischen nichtmarxistischem „Mainstream“ in Soziologie und Wirtschaftswissenschaft und marxistischer Kapitalismuskritik ergeben, in deren Folge die Notwendigkeit der Verfügbarkeit von Kapital gegenüber der Notwendigkeit des Wachstums der Masseneinkommen überbetont und die Rolle der Eliten überschätzt wurde. Die Eliten handelten aus Normen, der Sparsamkeit, und nicht aus auferlegten Zwängen: So wurde Kultur als Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ausgeblendet und konnte nur noch in der Tradierung von Werten verständlich gemacht werden. Die Kritik an einer einseitigen Determination des „Überbaus“ durch die „Basis“, die berechtigt war, blieb der Kritik der politischen Ökonomie äußerlich. Marxisten hatten deshalb gegenüber ihren Kritikern den Vorzug, die Einheit einer Ökonomie und Gesellschaft gleichermaßen umfassenden Sozialwissenschaft leichter herzustellen, und „schmuggelten“ mit diesem direkteren Zugang auf „Totalität“ die inhaltlichen Aussagen der Marxschen Kapitalismuskritik in den Versuch einer politisch-ökonomischen Erklärung von Kapitalismus ein.

Von Weber trennt mich die Ausblendung der politischen Ökonomie. Von Marx trennen mich seine Aussagen zur politischen Ökonomie. Sein Postulat, daß nur auf der Grundlage der Analyse ökonomischer Widersprüche Gesellschaft und Geschichte verstehbar wird, teile, doch sehe ich die Mechanismen des historischen Prozesses anders.

### **Kapitalistische Akkumulation erfordert Steigerung der Masseneinkommen**

An den Voraussetzungen für Innovation unter freier Konkurrenz will ich zeigen, daß kapitalistische Unternehmer nicht allein durch Akkumulation für ein Niveau der Nachfrage sorgen können, bei dem weitere Akkumulation für sie selbst rentabel

ist. Dies schließt Akkumulation für den Zweck der Akkumulation aus. Kapitalistisches Wachstum ist dann nicht allein aus der Verfügbarkeit von Surplus zu erklären. Die für Unternehmer geltende Verhaltensregel, nämlich den Profit durch Senkung der Produktionskosten zu maximieren, ist nicht identisch mit der Funktionsbedingung kapitalistischer Wirtschaften, nämlich wachsenden Massenmärkten.

Kein kapitalistischer Unternehmer kann eine Technologie einführen, deren Preis-Leistungs-Verhältnis schlechter ist als das einer anderen, schon bekannten Technologie. Jede Innovation wird von der Wirtschaft nur angenommen, wenn sie das Preis-Leistungs-Verhältnis erhöht, also die Stückkosten senkt und in der Tendenz die Profitrate anhebt. Betrachten wir die Auswirkungen der Einführung einer neuen Technologie auf eine Wirtschaft, in der es nur Arbeiter und Kapitalisten gäbe, wobei die Arbeiter ihre Löhne ausschließlich für Konsum verwenden, und die Kapitalisten ihre Profite ausschließlich sparen. Wenn die Voraussetzung für die Einführung einer neuen Technologie lautet, daß sie die Stückkosten senkt, muß jede neue Technologie dadurch gekennzeichnet sein, daß die Summe aus direkter (beim Betrieb der Technologie eingesetzter) und indirekter (beim Bau der Technologie eingesetzter) Arbeit pro Ausbringung sinkt. Bei konstanten Reallöhnen sinkt durch jede Innovation die Konsumnachfrage. Die Masse des erzielbaren Profits und die Profitrate steigen. Die Unternehmer können allerdings diese zusätzlichen Profite nur dann realisieren, wenn dem Ausfall an Konsumnachfrage eine kompensierende Nachfrage gegenübersteht: Bei stagnierenden Reallöhnen und einer so beschriebenen Zwei-Klassen-Wirtschaft mit nur sparenden Kapitalisten kann diese Nachfrage nur durch Nachfrage nach Investitionsgütern entstehen.

Da alle Investitionsgüter wiederum die Produktionskapazität erhöhen, muß in der Folgeperiode das Investitionsvolumen noch weiter erhöht werden. Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Produktion kann nur bestehen, wenn laufend die Investitionsquote erhöht wird und damit die Investitionen rascher als das Brutto-sozialprodukt wachsen, das dann in jeder Periode wiederum wenigstens mit der Rate des Wachstums des Kapitalstocks der Vorperiode wächst. Es gibt viele Gründe, warum ein solches explosionsartiges Wachstum über die Investitionsgüternachfrage nicht möglich ist. Das bedeutet, daß zur Auslastung der durch technischen Fortschritt steigenden Produktionskapazität der Konsum, und in unserem restriktiven Modell die Reallöhne, entsprechend der Steigerung der Arbeitsproduktivität (plus/minus Veränderung des Kapitalkoeffizienten) steigen müssen.<sup>1</sup>

Selbstverständlich lassen sich in der realen Welt auch andere Quellen für wachsenden Konsum identifizieren. Sie können allesamt nicht dauerhaft eine ausreichende Nachfrage für die steigende Produktionskapazität herbeiführen.

## Kapital und Massenkonsum

Erhöhen einzelne Kapitalisten ihren Konsum, werden sie von neu in den Markt eintretenden Kapitalisten hinauskonkurriert (sofern freie Konkurrenz herrscht). „Mittelschichten“ können ihren Konsum nur dann steigern, wenn die Einkommen der Unterschichten steigen, weil unter den Bedingungen freier Konkurrenz ihre höheren Arbeitseinkommen Folge einer im Vergleich zu den ungelerten/durchschnittlichen Arbeitern höheren Produktivität, höherem Arbeitsleid oder höherer Kosten der Qualifikation sind, und ein Anstieg ihrer Kosten/Löhne ohne Anstieg der Löhne der durchschnittlich Qualifizierten zu ihrer Ersetzung durch weniger Qualifizierte führen müßte. Nichtkapitalistische Warenproduzenten können zusätzliche Nachfrage nur äußern, wenn sich ihre Terms-of-Trade mit dem kapitalistischen Sektor über das Maß hinaus verbessern, das Folge einer höheren Produktivitätssteigerung im kapitalistischen Sektor ist. Sie hätten sonst hohe Preise; Kapitalisten würden in diesen Sektor eindringen und mit wenigstens der bisherigen Technologie, aber billigerer Arbeit die Kosten senken, es sei denn, daß die steigenden Preise Folge einer Verschlechterung der natürlichen Voraussetzungen der Produktion sind (z.B. sinkende Bodenerträge). Der nichtkapitalistische Sektor kann in allen anderen Fällen nur dann seine Nachfragekapazität gegenüber dem kapitalistischen vergrößern, wenn er ein politisch abgesichertes Monopol hat und so die Durchsetzung der Dominanz kapitalistischer Produktionsweise blockiert.

In einer kapitalistischen Wirtschaft hängt die Sicherung einer der Zunahme der Arbeitsproduktivität entsprechenden, über den Ausgleich von Produktions- und Konsumtionskapazität die Unternehmererwartungen stabilisierenden und Investitionen hervorrufenden Nachfrage von der Steigerung der Reallöhne ab.<sup>2</sup> Ist eine solche Steigerung der Reallöhne ausgeschlossen, dann bleiben die sich herausbildenden kapitalistischen Sektoren (wie dies ja in einer Vielzahl vorkapitalistischer Produktionsweisen zu beobachten ist) von vorkapitalistischen herrschenden Klassen abhängig und begeben sich zu ihnen im allgemeinen in Patronagebeziehungen.

Dem wäre hinzuzufügen, daß wegen der Bedingung, daß Profite nur über Nettoinvestitionen „realisiert“ werden können, eine Nachfrage nach Produkten, die nicht mit Maschinen (dem materiellen Gegenstück zu Nettoinvestitionen) produziert werden, nicht den Profit stützt. Im Unterschied zur Luxusnachfrage der Reichen fragen Arme und mittlere Konsumenten standardisierte Produkte mittlerer und niedriger Qualität in insgesamt relativ großer Zahl nach, die dann, anders als Luxusprodukte, mit Maschinen produziert werden können.

In einer kapitalistischen Wirtschaft sind Profit und Masseneinkommen miteinander verknüpft: Nur steigende Masseneinkommen schaffen die Absatzmärkte für mit wachsender Produktivität durch Maschinen produzierte Produkte und rufen damit die Investitionen hervor, aufgrund derer Profite realisiert werden können.

## **Das Gesetz des tendenziellen Fall der Profitrate kann sich im Kapitalismus nicht auswirken**

Marx hat erwartet, daß der Kapitalismus aufgrund der grenzenlosen Akkumulation von Kapital in eine Krise aus Profitmangel geraten könnte. Er geht davon aus (MEW 25; 221ff.), daß immer mehr Kapital im Verhältnis zur Arbeit, die allein Mehrwert produziert, investiert wird, so daß das Verhältnis zwischen Mehrwert und investiertem Kapital abnimmt. Er nennt als Gegenteil die Steigerung der Produktivität. Schon dies zeigt, daß sein Beweis nicht widerspruchsfrei formuliert ist. Handelt es sich bei seinem arithmetischen Beispiel um ein Mengensystem (jeder Zahlausdruck gibt physische Mengen von Produkten wieder), dann muß die wachsende Produktivität zur Folge haben, daß die gleiche Menge von Arbeit bei wachsendem Kapitaleinsatz mehr produziert. Konstante Reallöhne müssen einhergehen mit einem wachsenden Mehrwert. Handelt es sich um ein mit Werten operierendes Modell, dann muß wegen steigender Arbeitsproduktivität und der daraus folgenden Verbilligung des Subsistenzkorbs bei konstanten Reallöhnen der Arbeitswert der Arbeit sinken, so daß der für Mehrwert verfügbare Teil der Wertschöpfung der Arbeit anteilig steigt.

Aus der Bedingung, daß jede Technologie nur dann wirtschaftlich rentabel ist, wenn sie die Stückkosten senkt, ergibt sich, daß jede Technologie die Produktivität so weit anheben muß, daß der Mehrwert (wenigstens) so rasch steigt, wie das eingesetzte Kapital.<sup>3</sup>

Tatsächlich ist Kapitalismus nicht durch schrankenlose Akkumulation gekennzeichnet. Die Kapitalintensität steigt zwar historisch; doch vergleicht dieser Indikator den Wert der in jeweiligen Preisen gemessenen installierten Investitionen mit Mengen von Arbeit. Da die Kapitalgüter bei steigenden Reallöhnen von immer teureren Arbeitskräften hergestellt werden, muß der Preisausdruck für gleiche Arbeitsmengen darstellende Kapitalgüter mit dem Index der Reallöhne steigen, wenn er nach dem Arbeitswert gleich bleibt. Bei einer konstanten Lohnquote wird das Verhältnis zwischen dem Wert der Kapitalgüter und dem Wert der eingesetzten Arbeit durch den Kapitalkoeffizienten gemessen; dieser steigt zwar in der Anfangsphase kapitalistischer Entwicklung (v.a. durch Einbeziehung der staatlich finanzierten Infrastrukturinvestitionen) bleibt dann aber mit geringen Variationen gleich.<sup>4</sup> Die Unternehmer haben nicht immer „mehr“ Kapital, sondern müssen sich laufend gegen die Entwertung ihres Kapitals durch den technischen Fortschritt wehren.<sup>5</sup> Die Quellen des wirtschaftlichen Fortschritts sind nicht immer höhere Mengen von Kapital (und immer größere Mengen von in der Kapitalgüterproduktion eingesetzter Arbeitszeit), sondern immer effizientere Investitionsgüter, die mit ungefähr gleichen Arbeitsmengen hergestellt werden, wobei parallel zu dieser wachsenden Effizienz die Reallöhne steigen.

Daraus ergeben sich zwei für die Dynamik des kapitalistischen Weltsystems

## Kapital und Massenkonsum

wichtige Folgen: In kapitalistischen Wirtschaften kann grundsätzlich kein Profitmangel herrschen. Krisen sind entweder zyklischer Art (zeitliche Ballungen der Investitionen) oder Folge einer unzureichenden Ausweitung des Massenkonsums. Steigt der Massenkonsum rascher als die Produktionskapazität, ergeben sich inflationäre Tendenzen. Sehen die Unternehmer darin Chancen für zusätzliche Gewinne, können sie stets über ihre Investitionsentscheidungen (die Höhe der Nettoinvestitionen bestimmt die Höhe der Profite und nicht umgekehrt) die Finanzierung der eigenen Investitionen durchsetzen (sofern die Geldpolitik die inflationären Spannungen toleriert).

Die Ausweitung des Kapitalismus auf bis dahin nichtkapitalistische Wirtschaften kann dann auch nicht Folge eines Mangels an Profiten sein, wie dies die Leninsche Theorie des Imperialismus vermutet, sondern ist nur Folge der Veränderung der komparativen Kostenvorteile: Die Reallöhne steigen in kapitalistischen Wirtschaften parallel zur durchschnittlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Der technische Fortschritt vollzieht sich nach einzelnen Branchen unterschiedlich. Branchen mit unterdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen haben steigende Preise, Branchen mit überdurchschnittlichen sinkende. Wirtschaften, die keinerlei technischen Fortschritt durchlaufen, werden allein aufgrund dieser Verschiebung der Preisrelationen in der technisch fortgeschritteneren Wirtschaft in Branchen mit unterdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung aufgrund ihrer stagnierenden Reallöhne wettbewerbsfähig.

### Das Problem des Übergangs zum Kapitalismus

Steigende Reallöhne für die Masse der Arbeitskräfte können nur durchgesetzt werden, wenn alle im Fall von Vollbeschäftigung auch zu Beschäftigten wenigstens so viel produzieren, wie sie konsumieren, d.h. wenn der Grenzertrag von Arbeit bei Vollbeschäftigung höher als die Reproduktionskosten ist. Nach Georgescu-Roegen und Moo-Ki<sup>6</sup> sind wenig entwickelte Wirtschaften durch eine niedrige durchschnittliche Produktivität gekennzeichnet, mit der Folge, daß die zusätzliche Produktion eines Grenzarbeiters geringer ist, als das Mindesteinkommen, ohne das er nicht überleben kann. Kapitalistische Unternehmer vermindern ihre Nachfrage nach Arbeitskräften auf das Niveau, bei dem der letzte noch Beschäftigte einen Gewinn abwirft. Bei höherem Beschäftigungsstand wäre das gesamtwirtschaftliche Mehrprodukt kleiner, als das bei Reduzierung der Arbeitskräfte erreichbare. Im Fall der Existenz einer großen marginalen Bevölkerung (die gerade nicht eine Reservearmee im Marxschen Sinn ist, weil sie nicht verübergend vom Produktionsprozeß ausgeschlossen ist) sind keine allgemeinen Lohnsteigerungen möglich, weder über die Lohndrift, noch über politische oder gewerkschaftliche Aktionen. Entweder kommt es zu anderen Formen der Umverteilung oder zu einer zünftlerischen Abschirmung der Arbeitsmärkte für relativ produktive Arbeitskräf-

te. Kapitalistische Konkurrenz kann sich nicht durchsetzen.

Für den Umfang der Bevölkerung, die wegen geringer Grenzproduktivität marginalisiert wird, ist in einer geschlossenen Wirtschaft die Produktivität in der Massenkonsumgüterproduktion entscheidend, d.h. angesichts von Nahrungsmittelquoten am Konsum armer Bevölkerungen von 60-70 Prozent, die Arbeitsproduktivität bei der Nahrungsmittelproduktion.

Steigt die Produktivität in der gewerblichen Produktion, so werden mit derselben Menge von verbrauchten Nahrungsmitteln mehr gewerbliche Güter produziert. Die Preise für gewerbliche Produkte sinken. Die Beschäftigung kann nicht steigen, weil sich die Zahl der Arbeitskräfte nicht erhöht, die noch ein Mehrprodukt in der Landwirtschaft erwirtschaften, und der landwirtschaftliche Surplus, aus dem nichtlandwirtschaftlich Tätige ernährt werden könnten, nicht steigt. Nimmt jedoch die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft zu, dann kann sowohl die Beschäftigung in der Landwirtschaft (Abnahme der marginalisierten Bevölkerung) als auch die Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft steigen (größeres Mehrprodukt). Die Physiokraten haben der Landwirtschaft so hohe Bedeutung zugemessen, weil zu ihrer Zeit die niedrige Produktivität in der Landwirtschaft noch eine Schranke für wirtschaftliche Entwicklung darstellte.

Der Durchbruch zum Kapitalismus setzt also voraus, daß in einer ihm vorhergehenden Periode die Produktivität in der Landwirtschaft steigt. Hier zeigt sich der hohe Stellenwert der im europäischen Feudalismus erreichten Verbesserung der Landwirtschaft im besonderen und der Steigerung der Produktivität in der Massenkonsumgüterproduktion im allgemeinen. Die europäische Kultur des Mittelalters war weniger glänzend und raffiniert als die Hochkulturen in Asien und Lateinamerika, erreichte aber technischen Fortschritt in der Landwirtschaft und in der Lohngüterproduktion. Daß die industrielle Revolution in Europa und nicht in Asien stattfand, war nicht Folge einer „höheren Entwicklung der Produktivkräfte“ in Europa, sondern einer spezifischen Ausrichtung des technischen Fortschritts im europäischen Feudalismus, Folge der Schwäche und der relativen Armut der herrschenden Klasse (im Vergleich zu den Hochkulturen Asiens).

Kulturelle Faktoren zur Erklärung des europäischen Sonderwegs müssen dann weniger in der Form der Verhaltensnormen der Eliten (Sparsamkeit calvinistischer Christen) herangezogen werden, sondern in der Form der Respektierung der Rechte der „gemeinen Leute“: Warum wurde in Europa nicht nur die Gleichheit der Menschen vor Gott zur Norm (dies gilt auch für den Islam), sondern darüber hinaus in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine reale Geltung dieser Norm durchgesetzt. Auch in vielen Teilen des Ostens gab es Bewegungen gegen die Fortdauer der (Ungleichheit vor Gott begründenden) polytheistischen Religionen, doch haben sich z.B. in Südasien solche Religionen nur in ökologisch für tributäre Herrscher schwierigen Regionen halten können (Buddhismus, später Islam im

Ganges/Brahmaputra-Delta, Buddhismus im Himalaya/Tibet). Der „bürgerlichen“-industriellen Revolution ging eine bäuerlich-agrarische voraus, die die Norm der Gleichheit aller Menschen wenigstens für ihr Seelenheil aufstellte. Warum und wie dies im Kampf um neue Religionen verwirklicht wurde, ist in der Jasperschen Theorie der Achsenzeit nur recht unvollständig beleuchtet worden. Erfolgreich war diese Revolution offenbar eher in ärmeren Agrargesellschaften.

Trotz erfolgreicher Klassenkämpfe im europäischen Feudalismus reichte auch im Mutterland der industriellen Revolution, England, weder der erreichte wirtschaftliche Fortschritt, noch eine massive (vorübergehende) Verminderung der Bevölkerung im 14./15. Jh. (die zu einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bauern in größeren Teilen des nordwestlichen Europas führte) aus, Marginalität zu bannen. Gerade die als Beleg für die Notwendigkeit von Ausbeutung häufig zitierten englischen Armengesetze sind ein hervorragendes Beispiel für die Stärkung der Masseneinkommen zulasten des verfügbaren Surplus beim Übergang zum Kapitalismus.<sup>7</sup> An ihnen wird von vielen, so auch von Marx, kritisiert, daß Unternehmer Arbeiter beschäftigen konnten, ohne die gesamten Kosten ihrer Subsistenz bezahlen zu müssen. Die Differenz zwischen dem Lohn und der Subsistenz wurde von den Gemeinden übernommen. Die Gemeinden konnten aber zweifellos für diese Kosten nur aufkommen, wenn sie diejenigen besteuerten, die den wirtschaftlichen Surplus kontrollierten. Aus dem Surplus, den feudale und/oder kapitalistische Großgrundbesitzer mit einer begrenzten Zahl von Arbeitskräften bezogen, die noch (angesichts der geringen Ausstattung mit Produktionsmitteln) ein Mehrprodukt erwirtschafteten, finanzierten die Gemeinden über Steuersubventionen Arbeitskräfte, die weniger zusätzlich produzierten, als sie verbrauchten. Gegenüber dem Beschäftigungsniveau, bei dem der Surplus maximal war, verminderte sich der Surplus durch eine beschäftigungsunabhängige Steuer. Die Produktion an Massenkonsumgütern (Nahrungsmitteln) stieg, da die marginalisierten Arbeiter zusätzlich noch ein Produktionsergebnis erzielten, auch wenn dieses kleiner war als ihr zusätzlicher Verbrauch. Wegen des Anstiegs der Nachfrage nach mit Maschinen zu produzierenden Massenkonsumgütern wurden Investitionen rentabel, so daß innerhalb des Surplus der Anteil des Profits zulasten der konsumtiven Verwendung steigen konnte, da unter den Reichen diejenigen ihre Einkommensbasis vergrößerten, die solche Investitionen vornahmen. Der Surplus nahm ab, der Massenkonsum nahm zu, ebenso wie der Anteil der progressiven Form des Surplus, des Profits, am gesamten Surplus. Ohne eine solche Umverteilung wäre der Surplus größer gewesen, hätte jedoch nur als Rente angeeignet werden können.

Die Vertreter der wirtschaftlichen Modernisierungstheorie<sup>8</sup> hatten zwar Recht, von einer Maximierung des Surplus für die heutigen Entwicklungsländer abzuleiten, daß damit die Investitionsquote am nachhaltigsten gesteigert werden kann. Da der

Surplus aber unter dieser Voraussetzung nicht von Unternehmern, die der Konkurrenz ausgesetzt sind, als Profit angeeignet wird, ist nicht gesichert, daß der „Profit“ auch tatsächlich für Investitionen verwendet wird. Im englischen Beispiel begrenzte die Umverteilung von Surplus zugunsten der Masseneinkommen die Tendenzen zur Vergeudung des Surplus.

In Wirtschaften, in denen sich kapitalistische Produktionsverhältnisse noch nicht durchgesetzt haben, ist im Regelfall die Produktivität bei der Herstellung von Massenkonsumgütern so niedrig, daß Marginalität auftritt. Technischer Fortschritt außerhalb der Nahrungsmittelproduktion erhöht zwar den Surplus, doch kann dieser nicht als Profit (in der Folge von Investitionen in Maschinen: Steigerung der Massenkonsumgüterproduktion), sondern nur als Rente (mit politischem Monopol) angeeignet werden. Ob diese Rente für die Steigerung der Produktivität in der Massenkonsumgüterproduktion oder nicht verwendet wird, hängt wiederum von politischen Mechanismen ab.

Auf politische Mechanismen zur Steigerung der Massennachfrage kann beim Übergang zum Kapitalismus dann verzichtet werden, wenn marginale Bevölkerung wegen einer außerordentlich günstigen Ausstattung mit landwirtschaftlichen Böden nicht auftritt. Dies war der Fall in den Siedlungskolonien der Europäer insbesondere in Nordamerika. Die Rolle politischer Faktoren beim Übergang zum Kapitalismus ist gerade wegen der Dominanz der amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft in der Nachkriegszeit häufig übersehen worden.

Die heutige Dritte Welt befindet sich ähnlich wie das Europa des 14. bis 17. Jh. in einer Phase noch geringen (vielleicht sogar geringeren) Entwicklungsstands bei der Herstellung von Massenkonsumgütern. Die marginale Bevölkerung wächst zudem wegen des (im übrigen durch die Entwicklungshilfe noch beförderten) raschen demographischen Wachstums. Es kann deshalb nicht erwartet werden, daß der Übergang zu einer kapitalistischen Wirtschaft ohne staatliche Intervention bei der Transformation von Renten in Investitionen möglich ist.

Gegenüber dem Einwand, daß auch im England der industriellen Revolution große Einkommensunterschiede bestanden und ein großer Teil der zusätzlichen industriellen Produktion von den Beziehern hoher Einkommen verbraucht wurden, sind zwei Einwände zu machen: einerseits ist es dem vorindustriellen England gelungen, die bis dahin regelmäßig auftretenden Hungersnöte zu beseitigen und auch für die Armen ein (wenn auch niedriges Auskommen) zu sichern; andererseits ist ein Anteil von 40 Prozent der Reichen<sup>9</sup> an der zusätzlichen gewerblichen Produktion zwischen 1750 und 1840 kein Beleg für große Ungleichheit. In den meisten Ländern der Dritten Welt liegt der Anteil der oberen Einkommensklassen am Konsum deutlich höher als 40 Prozent.

### Das Problem der Überwindung von Unterentwicklung in der heutigen Dritten Welt

Das Problem, daß ein großer Teil der Bevölkerung in einer Armutsfalle gefangen ist und deshalb – trotz technischen Fortschritts in Einzelbereichen – keine allgemeinen Lohnsteigerungen durchgesetzt werden können, stellt sich für die heutige Dritte Welt auf verschärfte Weise. In den heute entwickelten kapitalistischen Industrieländern konnte sich Kapitalismus nur durchsetzen, weil sich Massenmärkte bildeten. Wäre dieser Durchbruch beim Massenkonsum nicht gelungen, hätte es für einen wachsenden Surplus keine Möglichkeiten der investiven Verwendung gegeben. Die Kapitalisten hätten sich weiterhin (und haben dies auch lange Zeit getan: Arkwright verkaufte seine Unternehmen, um ein Landgut zu erwerben) wie die alten Fernhandelskapitalisten in die vorkapitalistischen herrschenden Klassen eingekauft. In den dann fortbestehenden „feudalen“ (tatsächlich in tributäre Produktionsweisen hinüberwachsenden – Absolutismus) Gesellschaften wäre technischer Fortschritt ähnlich zufällig geblieben, wie in den Hochkulturen Asiens.

Eine solche Transformation der gesellschaftlichen Strukturen zur Sicherung der Verwendung des Surplus für die Erweiterung der zukünftigen Quellen von Surplus ist dann nicht notwendig, wenn kapitalistische Produktionsverhältnisse von außen eindringen und Akkumulation sich primär auf äußere Märkte stützen kann. Kapitalistische Produktionsverhältnisse können in solche Gesellschaften ohne die in Europa vorhergehende Steigerung der Produktivität bei der Massenkonsumgüterproduktion eindringen. Die Spezialisierung, die sich dabei technisch rückständigen Wirtschaften bietet, fördert gerade nicht die beiden für die Durchsetzung des Kapitalismus in Europa, Nordamerika und Japan entscheidenden Produktionszweige, nämlich Massenkonsumgüterproduktion (insbesondere Landwirtschaft) und Investitionsgüterproduktion.

In einer kapitalistischen Wirtschaft ist das Leistungs-Kosten-Verhältnis in der Investitionsgüterproduktion grundsätzlich höher als die durchschnittliche Steigerung der Produktivität, die die Steigerung der Reallöhne bestimmt. Die Performanz neuer Maschinen steigt schneller als die Arbeitskosten, weil die Performanz alle Einsparungen und Produktionssteigerungen mißt, die auch bei der Messung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität in Rechnung gestellt werden, aber nur auf die Kosten der Maschinenproduktion und nicht auf die gesamtwirtschaftlichen Produktionskosten bezieht.

Kann eine neue Technologie in einer rückständigen Wirtschaft ähnlich effizient eingesetzt werden, wie in ihrem Ursprungsland (einem kapitalistischen Industrieland; und diese Bedingung gilt heute für eine große Zahl von Entwicklungsländern), dann nimmt der Abstand in der Produktivität bei der Nutzung moderner Technologie ab. Der Abstand bei der Entwicklung moderner Technologie hat aber zugenommen: Das Technologie exportierende Land finanziert über den Preis neuer Maschi-

nen schon die Entwicklung der nächsten Generation (weil kein Unternehmen der Maschinenbaubranche auf die Erwirtschaftung der eigenen Forschungs- und Entwicklungskosten dauerhaft verzichten kann, ohne bankrott zu gehen). Das Technologie nur importierende Land ist vom Erwerb jener Kenntnisse, die die Maschinenbauer bei der Entwicklung neuer Technologie erwerben, und von den finanziellen Ressourcen zur Finanzierung neuer Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen ausgeschlossen.

Da die durchschnittliche Produktivitätssteigerung im kapitalistischen Industrieland niedriger ist, als der in der Performanz gemessene technische Fortschritt in der Maschinenproduktion, ist die Herstellung lokaler einfacher Technologie im rückständigen Land (gemessen an der erzielbaren Produktivitätssteigerung) nur dann kostengünstiger als der Import von Technologie, wenn kostenloses Lernen möglich ist. Zwar ist die Imitation fortgeschrittener Technologie möglich und auf dem Gebiet der Konzeption von Maschinen im Regelfall eher einfach; hohe Kosten treten aber bei der Ausführung von „Blaupausen“ auf, weil die ausgebildeten und über Produktionserfahrung verfügenden Arbeiter teuer sind. Der Einstieg in die Fähigkeit zum Lernen von technisch fortgeschrittenen Gesellschaften setzt die lokale Produktion zunächst noch einfacher Maschinen voraus. Damit sie eingesetzt werden können, muß die Nachfrage nach mit diesen Maschinen produzierbaren einfachen Gütern gesteigert werden, nämlich die Massennachfrage.<sup>10</sup>

In den Industrieländern hat sich der technische Fortschritt in der industriellen Produktion zwar rascher entwickelt als bei der Herstellung von Nahrungsmitteln. Da technischer Fortschritt bei der Herstellung von Nahrungsmitteln an naturräumliche Bedingungen der Produktion gebunden ist, ist er allerdings schwerer zu übertragen als technischer Fortschritt in der industriellen Produktion. Trotz des rascheren technischen Fortschritts bei der industriellen Produktion ist im allgemeinen der Rückstand der Entwicklungsländer bei der Anwendung moderner Technologie in der Industrieproduktion kleiner als bei der Nahrungsmittelproduktion. Die neue Wettbewerbsfähigkeit der Dritten Welt bei gewerblichen Produkten wirkt sich dann ähnlich aus, wie die Wettbewerbsfähigkeit bei einigen wenigen Rohstoffen industriellen oder landwirtschaftlichen Ursprungs: Der Wechselkurs, der sich aufgrund der Produktivität in den Exportsektoren bildet, ist zu hoch, als daß die landwirtschaftliche Produktion anspringen würde. Industrielles Wachstum hat nur bedingt eine verstärkte Nachfrage nach lokal produzierten Nahrungsmitteln zur Folge, insbesondere wenn zusätzlich die Industrieländer ihre Nahrungsmittelexporte subventionieren. Herrscht Großgrundbesitz vor, dann ist Konkurrenzfähigkeit der lokalen Landwirtschaft nur durch Rationalisierung und Freisetzung von Arbeit erreichbar. Herrscht Kleinbesitz vor, dann können die Kosten der Nahrungsmittelproduktion für den vermarktbaren Überschuß nicht mehr anteilig erwirt-

schaftet werden. Es kommt zu Involution. In beiden Fällen dynamisiert der Exportsektor die landwirtschaftliche Produktion nur begrenzt.

Die Behinderung von Nahrungsmittel- und Maschinenproduktion durch falsche Preise sind allerdings nur Aspekte einer allgemeineren Behinderung kapitalistischer Entwicklung in wirtschaftlich rückständigen Gebieten, deren Grundlage die Unabhängigkeit technischen Fortschritts in den führenden Ländern vom Wert des investierten Kapitals ist. Unabhängig vom Wert des investierten Kapitals entwickelt sich technischer Fortschritt in verschiedenen Produktionszweigen auf zufällige Weise (einzelne Operationen sind leichter zu mechanisieren als andere) unterschiedlich. Unterschiedliche Steigerungen der Produktivität führen zur Veränderung der relativen Preise, bis die Grenzerträge der eingesetzten Produktionsfaktoren bei allen Verwendungen gleich werden (und dann trotz unterschiedlichen Wachstums der physischen Produktivität das in Preisen gemessene Produktivitätsniveau bei allen Verwendungen der Produktionsfaktoren gleich wird). Durch diese Verschiebung der relativen Preise werden den Wirtschaften, die in keinem einzigen Produktionszweig Produktivitätssteigerungen erreicht haben, Unterschiede im Rückstand der Produktivität signalisiert, wodurch sich komparative Kostenvorteile als Grundlage für neue Exportmöglichkeiten verschieben. Ob dadurch Entwicklung oder Unterentwicklung entsteht, hängt nicht allein von den Handelsströmen ab. Unabhängig von der Art der Produkte entscheidet der allgemeine technische Entwicklungsstand der neu exportierenden Wirtschaft und ihre soziale Struktur über die Auswirkungen des Handels für das langfristige Wachstum.

Sind in der neu exportierenden Wirtschaft die Produktivitätsrückstände gegenüber den führenden Wirtschaften ungefähr gleich, insbesondere bei der Produktion von Ausrüstungsgütern im Verhältnis zu den Exporten, führen neue Exportmöglichkeiten zur Nachfrage nach vorgelagerten Branchen einschließlich des Maschinenbaus und schaffen damit große Akzelerator- und Multiplikatoreffekte, die zur Erhöhung des Beschäftigungsniveaus führen. Tendiert eine solche Wirtschaft – auch aufgrund des schon erreichten Beschäftigungsniveaus, v.a. aber aufgrund eines geringen Umfangs marginaler Bevölkerung – zur Vollbeschäftigung, steigen über die neuen Exportmöglichkeiten auch die Masseneinkommen; der Binnenmarkt entwickelt sich; neue Investitionsmöglichkeiten entstehen; der kapitalistische Wachstumsprozeß – Masseneinkommen schaffen Investitionsmöglichkeiten, Investitionen schaffen neue Arbeitsplätze – kommt in Gang bzw. wird beschleunigt.<sup>11</sup> Dies ist das von den Anhängern des Wirtschaftsliberalismus skizzierte Szenario.

Liegen aber die Produktivitäten nach Produktionszweigen weit auseinander, weil z.B. nur in wenigen durch natürliche Voraussetzungen der Produktion (Rohstoffe) oder durch Technologieimport produktiven Branchen die Produk-

tionsrückstände eher gering sind, und ist die Preiselastizität der Nachfrage für diese Produkte in den kapitalistischen Industrieländern niedrig, muß dieses entwicklungsfördernde Szenario nicht eintreten. Multiplikator und Akzelerator sind wegen der hohen Importquote in den Exportbranchen gering. Eine Erhöhung der Beschäftigung durch die Steigerung der exportierten Mengen führt zu raschem Preisverfall. Ein Umsteigen auf binnenmarktorientierte Produktionszweige oder neue Exportbranchen ist aber erst möglich, wenn der internationale Wert nationaler Produktionsfaktoren durch massive Abwertungen vermindert wird. Je nach der Preiselastizität der Nachfrage für die Produkte der hochproduktiven Branchen und der Streuung der Produktivitätsrückstände innerhalb solcher Volkswirtschaften wird Vollbeschäftigung möglicherweise erst bei Abwertungssätzen erreicht, bei denen, trotz steigenden Mengen des Exports, die Erlöse oder wenigstens der verfügbare Surplus abnehmen (bei steigenden Mengen steigen die Kosten der eingesetzten Faktoren, das Maximum des Surplus wird früher erreicht als das Maximum der Erlöse). In diesen Differenzen der Produktivitäten liegen die Grundlagen für die Verschlechterung der Terms-of-Trade (ist die Produktivität in der Nahrungsmittelproduktion hoch, steigen Ökonomien bei fallenden Exportpreisen auf den Ersatz bisheriger Importe um, der Fall der Exportpreise wird gestoppt). Sie begründen allerdings auch die Möglichkeit der Aneignung von Renten, weil die hochproduktiven Produktionszweige in Steuern belegt werden können.<sup>12</sup>

Nach dem Scheitern der Exportoligarchien in Lateinamerika und im Zusammenhang mit der Entkolonisierung in Afrika und Asien haben sich neue herrschende Klassen gebildet, die sich über die Kontrolle der Außenwirtschaftsbeziehungen und des Staatsapparats Renten aneignen und diese zumindest in der eigenen Rechtfertigung für die wirtschaftliche Diversifizierung einsetzen.<sup>13</sup> Ihre Machtposition erlaubt ihnen auch lokal produzierbaren Surplus anzueignen und für eine planwirtschaftliche Diversifizierung der Wirtschaft zu nutzen. Wegen der Enge des Binnenmarks und der Existenz einer marginalisierten Bevölkerung könnten allerdings weder die Unternehmer (sie können keine Nettoinvestitionen durchführen wegen ihrer Absatzerwartungen) noch die Arbeiter und Bauern (sie können ihre Einkommen wegen der Existenz der marginalen Bevölkerung nicht steigern) sich diesen wachsenden Surplus aneignen.

Die bürokratischen Entwicklungsgesellschaften der Dritten Welt dominierenden Staatsklassen stellen eine Chance (Aneignung von sonst für Investitionen nicht verfügbarem Surplus) und Gefahr (Vergeudung des Surplus) dar. Sie bestehen aus Segmenten, die um Einfluß, Einkommen und Prestige rivalisieren. Da sie anders als private Unternehmer nicht durch Marktkonkurrenz kontrolliert werden, sind sie bei der Verwendung des angeeigneten Surplus frei. Sie können diese Einkommen für die Transformation ihrer Wirtschaften nutzen, wobei sie wegen der Voraussetzungen für den Einsatz von Technologie (große Produktions-

serien, Anpassen der Nachfrage an die Qualifikation der verfügbaren Arbeitskräfte) dann erfolgreich sein können, wenn sie die Politik der Förderung eines lokalen Maschinenbaus mit einer Politik der Egalisierung der Einkommenverteilung verbinden. Die primär auf Zentralisierung von Mehrwert abhebende vorherrschende westliche (und frühere östliche) Entwicklungstheorie hat allerdings eine fatuöse Rechtfertigung für die Selbstprivilegierung der Staatsklassen abgegeben, die sich immer mehr auf die Erhöhung der konsumtiven und der ineffizienten investiven Ausgaben verlegten. Verschuldung und Krise des Entwicklungsstaats waren die Folgen. Dennoch haben viele Staatsklassen wenigstens so viel Effizienz aufgewiesen, daß die Kapitalproduktivität einigermaßen hoch blieb und eine im Vergleich zu einer konkurrenzellen Unternehmerwirtschaft niedrigere Kapitalproduktivität durch höhere Investitionsfonds kompensiert wurde. Soweit diese aus Renten zulasten der kapitalistischen Industrieländer und nicht aus der eigenen Wirtschaft angeeignet wurden, konnte vollständige Spezialisierung mit den dazu notwendigen Abwertungen nicht überlegen sein.

Als zentrales Problem der Entwicklungspolitik ergibt sich deshalb auch in Zukunft, wie unvermeidbar auftretende, nicht allein in den politischen Strukturen begründete Renten produktiv genutzt werden können. Je automatischer ihre Kanalisierung in Investitionen zur Anhebung der Produktivität in der Massenkongüterproduktion gelingt, desto geringer die Verluste durch „rent-seeking“, d.h. vergeudende Nutzung von Ressourcen. Eine Form wären zweifellos Agrarformen, bei denen die Eigentumsrechte am insgesamt reichlich vorhandenen Produktionsmittel Boden möglichst gleich verteilt würden, weil dann Bauern einen ungefähr gleichen Anteil an den hochproduktiven Arbeitsmöglichkeiten erhielten, dadurch überleben könnten, und zur Sicherung ihrer Subsistenz auch die marginalen Arbeitsmöglichkeiten nutzen würden, indem sie alle Möglichkeiten zu Produktionssteigerungen durch zusätzliche Arbeitszeit wahrnehmen.<sup>14</sup> Die Minifundio-Diskussion in Lateinamerika zeigt die Plausibilität einer solchen Politik, da sie belegt, daß kleine Landeigentümer bei niedriger Arbeitsproduktivität hohe Arbeitsmengen für die Erwirtschaftung noch kleiner Produktionszuwächse einsetzen.

Gerade die erfolgreicheren der Schwellenländer belegen, daß nicht das wirtschaftsliberale Konzept Erfolg verspricht, sondern Kanalisierung von Renten auf möglichst produktionssteigernde Weise durch Egalisierung der Einkommensverteilung, wenn nötig sogar mit Eingriffen in die Eigentumsrechte (südkoreanische und taiwanische Agrarreform).

### **Zur Krise des realen Sozialismus**

Während die bürokratischen Entwicklungsgesellschaften eine ökonomische Basis – die Rente – haben, aufgrund derer auch die derzeitige Krise nicht zu bloßer

Liberalisierung führen kann, fehlt der „Gesellschaftsformation“, die sich im Anschluß an die Oktoberrevolution entwickelte, eine solche vom Kapitalismus der westlichen Industrieländer abweichende ökonomische Struktur. Der Aufbau des Kommunismus stellt vielmehr den voluntaristischen Versuch der Überwindung des Kapitalismus nicht durch seine Weiterentwicklung, sondern durch seine Abschaffung einschließlich seiner Errungenschaften dar, zu denen die Nutzung des Markts als Instrument zur Kontrolle der Privilegierten gehört: Konkurrenz im Kapitalismus hat als Konsequenz, daß die Privilegierten Mehrprodukt nur in dem Umfang aneignen können, wie insgesamt Nettoinvestitionen für das Wachstum der Produktivkräfte vorgenommen werden, und dabei als je einzelne Kapitalisten in Bezug auf die Effizienz der Technologien und die Akzeptanz der Produkte am Markt kontrolliert werden. Deshalb hat die reformistische Arbeiterbewegung durch ihre politische und gesellschaftliche Praxis gerade in den führenden Industrieländern frühzeitig gelernt, daß Markt und Machtdiffusion ihrem Ziel einer Besserstellung einer möglichst großen Zahl der Unterprivilegierten am ehesten nutzen.

Die kommunistischen Parteien haben nach der Machtübernahme in der UdSSR diese Arbeiterbewegung im Westen auf doppelte Weise geschwächt. Sie haben sie gespalten und ihre Gegner mit dem Anspruch auf ein welthistorisch überlegenes Modell, das auch die Anwendung von Gewalt rechtfertige, zusammengeschweißt. Nicht allein wegen dieser Auseinandersetzungen, doch aber auch durch sie mitverursacht, konnten die objektiven Möglichkeiten zum Ausbau des Wohlfahrtsstaats und zur Steigerung der Realeinkommen in der Folge der sehr hohen Produktivitätssteigerungen der zwanziger Jahre nicht genutzt werden. Die Folge war eine unterkonsumtive Krise, die von den Vereinigten Staaten ihren Ausgang nahm, und die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus in Frage zu stellen schien. Dies und die Verdienste der Sowjetunion bei der Niederschlagung einer der Lösungsmodelle für die Krise, nämlich des deutschen Faschismus, machten das sowjetische Modell in den dreißiger Jahren und in der Nachkriegszeit attraktiv.

Dieses historische Erbe konnte nicht überdauern, als sich zeigte, daß die gefestigten bürgerlichen Demokratien der USA, Großbritanniens, aber auch anderer Länder die Herausforderung der Krise der dreißiger Jahre mit einem neuen Modell der Klassenkollaboration beantworteten, das zum Ausbau des Wohlfahrtsstaats und der weitgehend gleichberechtigten Beteiligung der Arbeiter an den politischen Entscheidungen führte, mit der Konsequenz des raschen wirtschaftlichen Wachstums bei gleichzeitig hoher Verteilungsgerechtigkeit, hohen und wachsenden Masseneinkommen und einem hohen Maß sozialer Sicherheit.

Gegenüber einem solchen nahe an Vollbeschäftigung operierenden Kapitalismus haben Wirtschaften, die nicht über den Marktmechanismus zur Kontrolle der

## Kapital und Massenkonsum

Effizienz von Investitionen verfügen, nur die Möglichkeit, durch eine Erhöhung der Investitionsquoten gleiche Wachstumsraten zu erzielen, in deren Folge der Anstieg des Konsums unter dem Anstieg des Bruttosozialprodukts liegen muß. Die sich daraus ergebenden hohen Investitionsquoten im realen Sozialismus waren lange Zeit als Beleg für die Leistungsfähigkeit dieser Systeme ausgegeben worden, dokumentieren jedoch nur eine höhere Ausbeutung, die die Kosten ineffizienter Leitung kompensierte und letztlich eine Finanzierung von Statusprivilegien der „Nomenklatura“ war.

Die realsozialistischen Länder verloren die Möglichkeit, Legitimität durch Performanz zu gewinnen, während die kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten in der ideologischen Auseinandersetzung an Attraktivität gewannen, weil sie wegen ihrer Performanz das Ausmaß der Normen begrenzen konnten, die von allen zu akzeptieren waren, und so die Autonomie vieler Lebensbereiche dulden konnten. Fehlende Performanz im realen Sozialismus mußte zur Folge haben, daß die in der Leninschen Parteitheorie und in seinem Mißtrauen gegenüber der real existierenden Arbeiterbewegung (und nicht erst seit Stalin) angelegten Tendenzen zu diktatorischer Herrschaftsausübung und Organisation aller Lebensbereiche trotz Reformanstrengungen nicht abgebaut werden konnten, sondern lediglich in den terroristischen Formen der Ausübung der Kontrolle beschnitten werden konnten.

Der Verzicht auf Konkurrenz zur Kontrolle der Privilegierten führt im realen Sozialismus zu den von Marx beschriebenen Tendenzen der Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals (hoher Fixkapitaleinsatz im Verhältnis zur Arbeit, höhere Steigerung des Fixkapitaleinsatzes als der Produktion) und erforderte für die Aufrechterhaltung der Akkumulationsrate des Kapitals – wie von Marx vorhergesehen – verschärfte Ausbeutung.

Weltpolitisch zeigte sich der Kapitalmangel des sozialistischen Lagers zuerst in seinem Verhältnis zur Dritten Welt. Die UdSSR machte schon Mitte der siebziger Jahre deutlich, daß sie den Westen als Quelle von Technologien und finanziellen Ressourcen nicht ersetzen könne. Es sind nicht die Gorbatschowschen Reformen, sondern die ökonomischen Widersprüche des realen Sozialismus, die zu seinem Zusammenbruch führten. Als Erbe hinterläßt er jedoch eine nachhaltige Schwächung auch der politischen Kräfte, die für kapitalistisches Wachstum notwendig sind, nämlich der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung, die von ihren Gegnern mit dem Hinweis auf das ihr mit den kommunistischen Parteien gemeinsame historische Erbe als auch sozialistisch diffamiert wird und in den vom realen Sozialismus befreiten Gesellschaften des europäischen Ostens – auch angesichts des Übergangs der Marxisten zu einer sehr simplifizierenden Erklärung von Kapitalismus – keine starke Resonanz findet.

Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus entstehen in Osteuropa Gesellschaften, in denen aufgrund der durchaus erfolgreichen Industrialisie-

rungsanstrengungen große Chancen auf Steigerung der Produktivität durch neue Lenkungsmechanismen der Wirtschaft auf mikroökonomischer Ebene entstehen, während die makroökonomischen Voraussetzungen für die politische Durchsetzung des Ausgleiches zwischen Produktions- und Konsumtionskapazität gerade durch die Jahrzehnte der Einparteidiktatur zerstört worden sind. Für die Zukunftsperspektiven des internationalen Systems stellen die Bedingungen und Formen des Zusammenbruchs der realsozialistischen Länder eine nicht unbeträchtliche Bürde dar.

**Die Perspektiven des Weltsystems: Logik des Profits gegen Logik der Rente**  
Gegenwärtig scheint mir die westliche Sozialwissenschaft vom unumkehrbaren Sieg der repräsentativen Demokratie und der liberalen (nicht immer der „sozialen“) Marktwirtschaft auszugehen. Aus drei Gründen halte ich diese Auffassung für verfehlt:

1) Die Logik des Profits ist selbst in kapitalistischen Industrieländern durch den Anstieg der Logik der Rente bedroht, die ihre Grundlage im Fehlen der Voraussetzungen für die Übertragung der kapitalistischen Produktionsweise auf die Dritte Welt hat.

2) Die Logik des Profits wird vom Rückgang der Dominanz der Ökonomie als dem Reich der Knappheit in den führenden kapitalistischen Industrieländern bedroht.

3) Die Revolutionen in Osteuropa stärken innerhalb des Nordens die Kräfte, die von bloßer Marktsteuerung den Ausgleich zwischen Produktions- und Konsumtionskapazität erwarten. Sie bedrohen die internationalen Gleichgewichte, weil sie mit der Ablehnung einer internationalen Konzertierung zum Ausgleich von Produktions- und Konsumtionskapazität neomerkantilistischen Praktiken Tür und Tor öffnen.

Die Übertragung des kapitalistischen Wachstumsmodells auf die Länder der Dritten Welt setzt weitgehende Eingriffe auf unterschiedlichen Niveaus (durchaus teilweise globalsteuernder Art – Umverteilung von Property Rights) zur Überwindung von Marginalität voraus. Bei vollständiger Spezialisierung reicht das Nachfragepotential des Westens nicht aus, um im Süden Marginalität über Beschäftigungszuwächse im Exportsektor zu beseitigen. In manchen Ländern des Südens würde vollständige Spezialisierung zur Abwertung des internationalen Werts lokaler Arbeit unter das Niveau der unabweisbaren Subsistenzkosten führen, die bei (hier stets) niedriger landwirtschaftlicher Produktivität (und Eigenversorgung) an den internationalen Preis von Nahrungsmitteln geknüpft sind.

Zwar werden in der derzeitigen Krise des Entwicklungsstaats die an Planung und Etatismus (und häufig westlichen soziokulturellen Normen) ausgerichteten Eliten von marktorientierten, neu aufsteigenden Mittelklassen abgelöst bzw. wenigstens nachhaltig in Frage gestellt, doch dient die Marktorientierung dieser

## Kapital und Massenkonsum

neuen Klassen v. a. dem Kampf gegen staatliche Bereicherung. Die Alternative zur Staatswirtschaft, nämlich Umverteilung zur Beseitigung von Marginalität scheitert auch bei diesen neu aufsteigenden Mittelklassen wegen ihrer sehr hartnäckigen Verteidigung der eigenen Property Rights. Im Regelfall sind sie auch nationalistisch genug, um in der Außenwirtschaft Eingriffe zu befürworten. Sie widersetzen sich dabei der Abwertung des internationalen Werts lokaler Arbeit auf realistische Niveaus.

Der Prozeß der Auslagerung von Produktionsstätten durch Direktinvestitionen oder neue Konkurrenzfähigkeit von Produktionsstandorten in der Dritten Welt wird fortauern, auch wenn in der gegenwärtigen mikroelektronischen Revolution Rückverlagerungsprozesse stattfinden. Eine Erhöhung absoluter Kostenvorteile als Folge von Produktivitätssteigerungen verändert zwar komparative Vorteile, wegen der mit den Produktivitätssteigerungen mittelfristig notwendig einhergehenden Reallohnsteigerungen kommen aber eben andere als durch die Mikroelektronik modernisierte Branchen (aber vielleicht auch diese) unter Konkurrenzdruck. Gerade neue Technologien, die nicht auf tradierten aufbauen, müssen die komparativen Kostenvorteile zugunsten neuer Produktionsstandorte verschieben. Den bisher führenden kapitalistischen Industrieländern dürfte die Verteidigung ihrer Stellung in hochtechnologischen Bereichen gelingen. Aufgrund der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung als Folge der hohen Produktivitätssteigerungen in den hochtechnologischen Bereichen müssen die durchschnittlichen Reallohne steigen. Dies beschleunigt die Auslagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnggebiete, da wegen einiger sehr produktiver Branchen die gesamtwirtschaftlich durchschnittlichen Produktivitätsvorsprünge höher als die in vielen anderen Branchen gegenüber der Dritten Welt noch erzielbaren liegen. Dies schließt das Management des Ausgleichs zwischen Produktionskapazität und Konsumtionskapazität über allgemeine und parallele Lohnerhöhungen aus und fordert branchen- und betriebspezifische Regelungen.

Der Verteilungsspielraum ist dann nicht mehr ein allgemeiner Topf, an dem alle Arbeiter gleichermaßen teilnehmen, sondern wird in Einzelteile aufgespalten, um die kleine Gruppen politische Verteilungskämpfe durchführen. Es kann nicht ausbleiben, daß die in der Theorie der Koalitionsbildung zur Verteidigung von Zollschutz behandelten Mechanismen der Politisierung der Verteilungskämpfe nun auf sehr viel breiterer Basis einsetzen werden. Ich schließe für die Zukunft eine Fragmentierung des politischen Prozesses in Einzelauseinandersetzungen zwischen strategisch gut platzierten Gruppen nicht aus, die einen guten Zugriff auf einen nur noch politisch verteilbaren Surplus haben, der dann die Form einer Rente hat.

Dies kann mit großen Möglichkeiten zur Verteilung von Surplus einhergehen, die weder über den Markt noch durch repräsentative Institutionen kontrolliert werden können. Es scheint mir nicht sicher, daß die in der liberalen Demokratie

analog zur Marktwirtschaft implizierte Begrenzung von Macht auch in Zukunft gesichert werden kann. Mit dem Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums in den kapitalistischen Industrieländern nimmt der Grenznutzen materieller Güter ab, so daß die disziplinierende Wirkung des Verlustes an materiellen Gütern abnimmt. Die Sozialisation der Individuen über die Dominanz des Arbeitsplatzes, der sie zu kollektiver, nationsweiter Kooperation zusammengeführt hat, wird abnehmen, wenn für die Selbsteinstufung in den gesellschaftlichen Hierarchien weniger das Einkommen und die Art des Arbeitsplatzes, als andere „postmaterialistische“ Werte bedeutsam werden. In die gleiche Richtung wirken die Verminderung der Arbeitszeit und die Auslagerung von Berufsarbeit in Haushalte, so daß die solidaritätsstiftende Erfahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen weniger häufig gemacht werden kann.

Die Entwicklung einer Klasse von Politikmanagern, die auf nicht politisch verwertbare außerberufliche Befriedigung verzichtet und Freizeitkonsum im politischen Machtstreben erlebt, kann sehr wohl die Herausbildung einer neuen Staatsklasse erlauben, die über die Kontrolle der entscheidenden Informationsinstrumente und unter Hinnahme langer Arbeitszeiten fast wie ein mönchischer Orden Entscheidungen produziert und sich einer weniger solidarischen und in ihren politischen Anliegen auf kleine Räume beziehenden Basis manipulatorisch versichert. Dabei könnte angesichts der postmaterialistischen Orientierung der Basis und der zunehmenden Internationalisierung der Produktion die Distanz zwischen beiden Entscheidungsebenen noch zunehmen. Wittfogels „Bettlerdemokratie“ könnte dann sehr wohl akzeptiertes Resultat dezentraler Kämpfe im ökologischen Bereich sein.<sup>15</sup> Entscheidungen können von hier aus nicht mehr über große nationsweite Mehrheiten in Gang gesetzt werden, sondern über gute Beziehungen zu einzelnen Entscheidungsträgern auf verschiedenen Ebenen, was ungefähr dem politischen Prozeß in den heutigen bürokratischen Entwicklungsgesellschaften entspricht.

Als Teil einer kapitalistischen Weltwirtschaft können einzelne nationale Wirtschaften genauso wie einzelne Unternehmen selbstverständlich durch Nachfrage wachsen, die sie nicht selbst bereitgestellt haben. Der Kampf um Exportüberschüsse zur Erhöhung der Beschäftigung zulasten anderer Volkswirtschaften hatte in den dreißiger Jahren die Form von Abwertungswettläufen angenommen und nimmt heute die Form des Kampfs um Begrenzung der Nominallöhne an. Bisher war innerhalb der in der OECD zusammengeschlossenen Volkswirtschaften der Einfluß der Länder überwältigend, die aufgrund ihrer inneren Strukturen zu einer internationalen Konzertierung zum Ausgleich zwischen Produktion und Konsumtion letztlich doch bereit waren, trotz aller Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Auffassungen zwischen den Regierungen im einzelnen. Zu ihnen gehören die Länder mit alten sozialdemokratischen Traditionen, bei denen schon die Durch-

## Kapital und Massenkonsum

setzung der kapitalistischen Produktionsweise von politischen Kämpfen abhing (England, Deutschland und auch Frankreich) und die ehemaligen Siedlungskolonien, die in der Krise der dreißiger Jahre nach anfänglich im einzelnen unterschiedlich schwachen Arbeiterbewegungen entschlossen zum Wohlfahrtsstaat übergingen. In der Nachkriegszeit war insbesondere in den Vereinigten Staaten die Bereitschaft wichtig, Wachstum über parallele Nachfrageexpansion aller beteiligten kapitalistischen Volkswirtschaften zu sichern und dabei sogar das technische Aufholen mehrerer größerer Wirtschaften gegenüber den bis dahin führenden Vereinigten Staaten hinzunehmen.

Mit dem Niedergang der amerikanischen Vormachtstellung und der abnehmenden Wirksamkeit konventioneller keynesianischer Instrumentarien gewinnen die kapitalistischen Wirtschaften an Gewicht, die sich wie Japan, aber auch wie die jetzt in den Club der Industrieländer vorstoßenden Schwellenländer einer solchen Konzertierung entziehen. Wer gestützt auf noch niedrige Reallöhne bei technisch führenden Branchen wettbewerbsfähig ist, kann auch, ohne seinem Produktivitätsfortschritt entsprechend die Binnennachfrage zu erweitern, durch Exportüberschüsse Vollbeschäftigung erzielen. Bei der Einführung neuer Technologien, deren Produktivität nicht von den vorhandenen abhängt, haben Wirtschaften Wettbewerbsvorteile, die bei den alten Technologien zurückliegen (und deshalb niedrige Reallöhne haben), aber ausreichend mit aufgeschlossen haben, um die neuen Technologien mit der gleichen Produktivität anzuwenden wie die führenden Wirtschaften.

Die osteuropäischen Reformstaaten sind dieser Gruppe zuzuordnen. Sie sind zu weltmarktorientiertem kapitalistischem Wachstum in der Lage, vorausgesetzt, daß sie ihre Wechselkurse entsprechend tief ansetzen. Unter dieser Voraussetzung können sie Exportwachstum mit Binnenmarktwachstum auf der Grundlage steigender Masseneinkommen und -beschäftigung erreichen. Nur der ehemaligen DDR wurde von der Bundesrepublik in völliger Verkenning der eigenen Entwicklung nach 1948 (niedriger Außenwert der DM und dadurch niedrige Arbeitskosten in internationaler Währung) eine gegenteilige Politik verordnet, nämlich massive Transfers und hoher (an die westdeutsche Produktivität gekoppelter) Wechselkurs. Wir beobachten, daß die deutschen Unternehmer und die deutschen Verwaltungen bei der Kanalisierung der so übertragenen Rente keineswegs wesentlich erfolgreicher sind als z.B. die Verwaltungen der Ölländer.<sup>16</sup>

Die Durchsetzung einer primär auf den Weltmarkt gerichteten Entwicklungsstrategie wird in den osteuropäischen Reformstaaten deshalb möglich, weil sich ihre Wähler politischen Organisationen zuwenden, die eine vorkeynesianische Sicht von Kapitalismus haben. Wegen der Schwäche horizontaler Interessenorganisationen auf der Seite der Arbeiter und dem überragenden Wunsch nach Aufholen ist mit einer raschen Durchbrechung der ordnungspolitischen Prinzipien

der Marktwirtschaft zugunsten einzelner Unternehmerinteressen zu rechnen. Dies wird mit dem Wunsch nach einer möglichst günstigen Stellung in der internationalen Arbeitsteilung gerechtfertigt.

Rückständige Ökonomien, die neue Technologien mit der gleichen Produktivität nutzen können wie fortgeschrittenere, werden bei diesen neuen Technologien gegenüber fortgeschrittenen Wirtschaften begünstigt, weil diese aufgrund ihrer technisch höheren Entwicklung in anderen Bereichen dementsprechend höhere Realeinkommen und Wechselkurse haben, also komparative Kostennachteile bei den modernsten Technologien aufweisen. Eine solche Bevorzugung durch komparative Kostenvorteile bei neuen Technologien kann von rückständigen Wirtschaften vertieft und von führenden Wirtschaften nachgeahmt werden, wenn zulasten weniger zukunftsträchtiger Branchen die zukunftsträchtigen subventioniert werden. Dies ist Industriepolitik. Eine Vielzahl von Maßnahmen ist möglich, weil z.B. auch selbst allgemeine Ausbildungsmaßnahmen sich nicht auf gleiche Weise auf alle Branchen auswirken. Industriepolitik wird umso effizienter, als die administrative Allokation der Fonds auf kostengünstige Weise zugunsten der tatsächlich zukunftsträchtigen Branchen gelingt. Auch hier können die gesellschaftlich ökonomischen Prozesse nur auf Stärkung administrativer Strukturen hinauslaufen, die lokal, national oder auch regional Nationalstaaten umfassend Aufgaben der „Rentenkanalisierung“ (Wirtschaftsförderung) übernehmen, unter Umständen durchaus im Hinblick auf sehr spezifische Branchen.

In einer immer stärker „merkantilistischen“ Weltwirtschaft, in der die Staaten um Spezialisierungsvorteile auch unter Einsatz staatlicher Ressourcen kämpfen, können die politischen Konflikte zunehmen, und zwar nicht nur deshalb, weil durch außenwirtschaftliche Maßnahmen eines Staates in ihren Interessen verletzte Industrien eines anderen Vergeltungsmaßnahmen durchsetzen, sondern weil Interventionen des hier notwendigen Typs Koordination von Interessen durch den Staat mit der Folge der Herausbildung von durch Nationalismus zusammengehaltenen, klientelistisch an den Staat gebundenen und von ihm geführten Koalitionen fördern.

Im Nord-Süd-Konflikt, in den zu erwartenden gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen in den führenden Industrieländern und aus den Folgen von Aufholprozessen resultieren Tendenzen, die die liberale Demokratie und den auf Massenkonsum beruhenden Profit nicht stärken, sondern eher zur Sukzession von Situationen führen, in denen sehr unterschiedliche soziale Gruppen die vertikalen Beziehungen und die politische Konzertierung ausbauen; dies erzeugt Kettenreaktionen, weil zu kurz gekommene Gruppen sich nicht über die Wiederherstellung des Markts, sondern die Aufnahme wirksamerer Beziehungen zu anderen Gruppen und zum Staat absichern werden.<sup>17</sup> Mehrprodukt wird nicht mehr über den Markt und nur bedingt durch private Unternehmen (die nicht mehr privat sondern von

öffentlichen Kassen abhängig sind) mobilisiert und investiert mit der Folge einer Erschöpfung der öffentlichen Finanzen. Diese Form der Verteilung kann nicht mehr durch Hinweis auf Markteffizienz (bei Begünstigung anderer Unternehmen) oder das Gleichheitspostulat (bei Begünstigung der Arbeiter) gerechtfertigt werden, sondern erfordert eine zusätzliche ideologische Dimension. Solch eine Struktur kommt der bürokratischen Entwicklungsgesellschaft in der Dritten Welt sehr nah.<sup>18</sup> Ihr Kommen wird umso schneller eintreten, als die Differenz zwischen der Verhaltensregeln für Kapitalisten (Konkurrenz um Kostensenkung) und den Funktionsbedingungen des kapitalistischen Systems (Ausweitung der Nachfrage) nicht ernst genommen wird.

\* Da es sich nach dem Wunsch der Redaktion um einen Artikel handelt, der den Ansatz des Autors darstellt, wird auf Annotationen weitgehend verzichtet und nur auf weiterführende Schriften des Autors verwiesen.

- 1 H. Elsenhans, Der Mythos der Kapitalintensität und die notwendig falsche Technologiewahl der Entwicklungsländer, in: B. Kohler-Koch (Hrsg.), Technik und internationale Entwicklung, Baden-Baden 1986, S. 273-286; J. Hicks, Money, Interest and Wages, Collected Essays on Economic Theory, Bd. 2, Oxford 1982, S. 41; R. Harrod, Economic Essays, London/New York 1972.
- 2 H. Elsenhans, Klassenkämpfe – Zur Geschichte von Entwicklung und Unterentwicklung, in: J. Linhard/K. Voll (Hrsg.), Weltmarkt und Entwicklungsländer, Berliner Studien zur Internationalen Politik, Schriftenreihe der Arbeitsstelle „Internationale Politik und Schule“ an der Pädagogischen Hochschule Berlin, Rheinstetten 1976, S. 39; ders., Rising Mass Incomes as a Condition of Capitalist Growth: Implications for the World Economy, in: International Organization, 37, 1 (1983), S. 1-38; ders., Égalité et développement. L'expérience européenne et le monde sous-développé d'aujourd'hui“, in: Cultures et développement, 15, 2 (1983), S. 187-216; ders., Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft, in: D. Senghaas (Hrsg.), Kapitalistische Weltökonomie, Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt/M. 1979, S. 101-148.
- 3 H. Elsenhans, Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Einige Bemerkungen zu neoricardianischen und marxistischen Behauptungen, in: Leviathan, vol.7 (4), 1979, S. 584-594.
- 4 R. Bicanic, The Treshold of Economic Growth, in: Kyklos, 15, 1 (1962), S. 7-28; J. W. Kendrick, Productivity Trends in the United States. A Study by the National Bureau of Economic Research, Princeton, N.J. 1961, S.166-167; S. Fabricant, Basic Facts on Productivity Changes, New York: NBER Occasional Papers 63 (1959) S. 27; R. M. Solow, Technical Change and the Aggregate Production Function, in: Review of Economics and Statistics, 39, 3 (1957), S. 316; E. Helmstädter, Der Kapitalkoeffizient. Eine kapitaltheoretische Untersuchung, Stuttgart 1969, S. 54-60; R. Minami, The Economic Development of Japan: A Quantitative Study, Houndsmill u.a. 1986, S. 190.
- 5 H. W. Sinn, Das Marx'sche Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 131, 4 (1975), S. 653.
- 6 N. Georgescu-Roegen, Economic Theory and Agrarian Economics, in: Oxford Economic Papers, 12, 1 (1960), S. 32-40; B. Moo-Ki, The Turning Point in the Korean Economy, in: The Developing Economies, 20, 1 (1982), S. 118.
- 7 H. Elsenhans, Englisches Poor Law und egalitäre Agrarreform in der Dritten Welt. Einige Aspekte der Theorie, daß Wachstum historisch die Erweiterung des Massenmarktes erforderte und heute die Erweiterung der Massenmarktes erfordert, in: Verfassung und Recht in Übersee, 13, 4 (1980), S. 283-292.

## Hartmut Elsenhans

- 8 J. C. H. Fei/G. Ranis, *Development of a Labor Surplus Economy. Theory and Policy*. Homewood (Ill.) 1964, S. 17-35; W. A. Lewis, *Economic Development with Unlimited Supply of Labour*, in: *Manchester School of Economic and Social Studies*, 22, 4 (1954), S. 160-176.
- 9 Ch. Buchheim, *Industrielle Revolution und Lebensstandard in Großbritannien*, in: *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 76, 4 (1989), S. 510-512.
- 10 Vgl. H. Elsenhans, *Die Überwindung von Unterentwicklung*, in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt (1): Theorien und Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung*, Hamburg 1974, S. 162-189. Dort wurde eine nach jeweiligen Potentialen differenzierende, aber auf Wachstum durch Produktion für Massenmärkte abstellende Betrachtung gefordert. Sie stellte in den Mittelpunkt: Aufbau von Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien für die Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion, Agrarrevolution, und plädierte für eine differenzierte Betrachtung der möglichen Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung: Also Vorrang der internen Umstrukturierung vor der Dissoziation, Reduktion des Profits in der Landwirtschaft zur Befriedigung von Grundbedürfnissen, und Aufrechterhaltung eines hohen Wachstums mittels eines niedrigen Kapitalkoeffizienten, Kombination arbeits- und kapitalintensiver Technologien. Gerade mit seiner Konzentration auf die inneren Voraussetzungen für die Überwindung von Unterentwicklung stand der Beitrag in deutlichem Gegensatz auch zur damaligen kritischen Diskussion in Deutschland, die D. Senghaas, *Die Überwindung von Unterentwicklung: Konfliktpotentiale und Handlungsspielräume*, in: *DGFK-Informationen*, Bonn 1974, S. 10-17, mit einem deutlichen Vorrang für die weltwirtschaftlichen Aspekte wiedergibt. Ich habe den Ansatz weiter ausformuliert, u.a.: H. Elsenhans, *Die Überwindung von Unterentwicklung durch Massenproduktion von Massenbedarf – Weiterentwicklung eines Ansatzes*, in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt (1): Theorien, Strategien, Indikatoren*, Hamburg 1982, S. 152-182; ders., *Le développement autocentré contradictoire* in: *Les Cahiers du CREAD*, 3 (1984), S. 4-47; ders., *Growth and Income Distribution: Theory and Experience*, in: H. Kurth (Hrsg.), *Economic Growth & Income Distribution*, Quezon City 1989, S. 14-54.
- 11 H. Elsenhans, *Polarisierung und Ausgleichstendenzen im Weltsystem*, in: ders./G. Junne/G. Kiersch/B. Pollmann, *Frankreich-Europa-Weltpolitik. Festschrift für Gilbert Ziebura*, Opladen 1989, S. 510-514.
- 12 H. Elsenhans, *Egalitarisme social et critique des modes de production dans la périphérie au lieu d'antimpérialisme et critique des rapports économiques entre le Centre et la Périphérie*, in: *EADI Working Group: Multinationales et Développement: un débat (Symposium de Paris du 10 octobre 1980)*, Paris: Université de Paris, Institut d'Etudes du Développement Economique et Social, 1981, S. 57-62.
- 13 Ders., *Die Staatsklasse/Staatsbourgeoisie in den unterentwickelten Ländern zwischen Privilegierung und Legitimationszwang*, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 10, 1 (1977), S. 29-42; ders., *Zur Rolle der Staatsklasse bei der Überwindung von Unterentwicklung*, in: A. Schmidt (Hrsg.), *Strategien gegen Unterentwicklung. Zwischen Weltmarkt und Eigenständigkeit*, Frankfurt/M. 1976, S. 250-265; ders., *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt*, Frankfurt/M. 1981, S. 116-192.
- 14 Ders., *Agrarverfassung, Akkumulationsprozeß, Demokratisierung*, in: ders. (Hrsg.), *Agrarreform in der Dritten Welt*, Frankfurt/M./New York 1979, S. 552-557.
- 15 Vgl. dazu ders., *Die Logik des Profits und die Logik der Rente – Gefährdungen beim Übergang zu einem neuen internationalen System*, in: E. Fomdran (Hrsg.), *Politik nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden-Baden 1992 (i.E.); H. Elsenhans, *Rente, strukturelle Heterogenität und Staat: Entwicklungsperspektiven der Staatsklasse in der Dritten Welt*, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, 4 (1986), S. 21-36; ders., *Zu reich für alternative Entwicklungsstrategien – Das Dilemma der Dritten Welt*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 12, 1 (1986), S. 155-172; ders., *Rente, sous-développement et Etat dans le Tiers Monde*, in: *Les Cahiers du CREAD*, 5 (1986), S. 5-52.
- 16 K. A. Wittfogel, *Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht*, Köln/Berlin 1962, S. 171.

## Kapital und Massenkonsum

- 17 H. Elsenhans, Le monde arabe et l'Europe dans la nouvelle division internationale du travail, in: B. Khader (Hrsg.), *Coopération Euro-Arabe. Diagnostique et Prospective. Actes du Colloque organisé à Louvain-la-Neuve (2-4 décembre 1982) par le Centre d'Etude et de Recherche sur le Monde Arabe Contemporain de l'Université Catholique de Louvain*, Bd. 3, Leuven 1983, S. 51-66; ders., OPEC and Oil Crisis: Turning Point in North-South-Relationship or Exacerbation of Underdevelopment, in: K.-J. Gantzel/H. Mejcher (Hrsg.), *Oil, the Middle East, North Africa and the Industrial States*, Paderborn 1984, S. 229-282.
- 18 Zu den Hauptaspekten einer Produktionsweise vgl. H. Elsenhans, Zur Theorie und Praxis bürokratischer Entwicklungsgesellschaften, in: H. Körner (Hrsg.), *Zur Analyse von Institutionen im Entwicklungsprozeß und in der internationalen Zusammenarbeit*, Berlin 1989, S. 101-141.

## **Zur Demokratie-Problematik in der neueren chinesischen Geschichte**

Als Studenten der Pekinger Kunsthochschule am 30. Mai 1989 auf dem Tiananmen-Platz die Statue einer chinesischen „Göttin der Demokratie“ errichteten, die der Freiheitsstatue in New York ähnelte, hatte die Begeisterung der Pekinger studentischen Jugend für die Demokratie ihren Höhepunkt erreicht. Ausländische Beobachter werteten dies teilweise sogar als ein Zeichen dafür, daß nunmehr die „demokratische Weltrevolution“ auch China erfaßt habe. Solche Erwartungen haben sich jedoch bekanntlich nicht erfüllt, zumindest haben sie sich als verfrüht erwiesen.

Das Eintreten der Studenten für Demokratie zielte freilich mehr auf demokratische Reformen im Rahmen des bestehenden gesellschaftlichen Systems als auf die Errichtung einer demokratischen Ordnung westlichen Typs. Gorbatschow war zu jenem Zeitpunkt viel eher ihr Favorit als Bush. Dennoch ist unbestritten, daß grundlegende westliche Werte wie Menschenrechte, Demokratie per se, Freiheit des Denkens, Pressefreiheit u.a. die chinesische Demokratiebewegung im Frühjahr 1989 maßgeblich inspiriert haben. Die jungen chinesischen Intellektuellen beriefen sich auf diese fundamentalen menschlichen Werte, um eine Demokratisierung einzufordern, worunter sie zumeist politische Reformen à la Perestroika verstanden, die sie als unverzichtbar für eine Modernisierung des Landes ansahen. Obwohl die Forderungen der Studenten höchst begrenzt und gemäßigt waren, wurde diese Bewegung blutig niedergeschlagen. Natürlich muß ein solches gegen die Demokratiebewegung gerichtetes Vorgehen der regierenden Elite in Peking in einem Zusammenhang mit dem systembedingten Versagen der diktatorischen Herrschaft der Kommunistischen Partei gesehen werden. Da es aber nicht zum ersten Mal geschah, daß der Ruf nach Demokratie im China des 20. Jh. von einem autoritären Regime mit brutaler Gewalt erstickt wurde, stellt sich die Frage, warum in der Vergangenheit alle Versuche zur Einführung von Demokratie, auf welchem Niveau und in welcher Form auch immer, zum Scheitern verurteilt waren. Sind die Verhältnisse im China so besonders und wiegt hier das historische Erbe so schwer, daß das chinesische Volk dazu verdammt ist, länger als andere Völker unter autoritären und diktatorischen Regimes zu leiden? Zweifellos wird der weltweite Zusammenbruch kommunistischer Herrschaft einen großen Einfluß auf die künftige politische Entwicklung in der Volksrepublik China haben. Auch die Ergebnisse des Demokratisierungsprozesses auf Taiwan werden ein wichtiger Faktor sein. Aber in China ist das Problem einer Demokratisierung viel stärker als in Osteuropa mit

der traditionellen politischen Kultur verknüpft. Wenn wir mögliche Entwicklungen in Richtung auf eine Demokratisierung in der VR China beurteilen wollen, haben wir deshalb die systemimmanenten Krisenerscheinungen des kommunistischen Regimes ebenso zu berücksichtigen wie die spezifischen historischen Bedingungen Chinas. Wenn im folgenden einige historische Erfahrungen beleuchtet werden, die China im 20. Jh. mit dem Problem der Demokratisierung gemacht hat, so ist sich der Verfasser wohl bewußt, daß damit nur ein Aspekt einer im ganzen wesentlich komplexeren Fragestellung behandelt wird.

### **1. Historische Argumente zur Problematik und erste Erfahrungen mit demokratischen Institutionen (1911-1919)**

In seinem im Jahre 1886 verfaßten Essay „Wirkliche Wahrheiten und allgemeine Prinzipien“ (Shili gongfa) war der große chinesische Reformler Kang Youwei (1858-1927) für die Freiheit des Individuums eingetreten. Das parlamentarische System bezeichnete er als die beste Form einer öffentlichen Regierung, die als solche weder mit der Ordnung einer despotischen noch mit einer konstitutionellen Monarchie vereinbar sei.<sup>1</sup> Die Demokratie blieb auch weiter sein Ideal – seine utopische Gesellschaft der großen Gleichheit, die er in seinem Buch Datong shu beschreibt, kennt keine Herrscher (wu junzhu) –, aber in dem Maße, wie er begann, sich mit praktischer Reformarbeit zu befassen, trat er ausschließlich für Reformen von oben ein, die von einem aufgeklärten Herrscher unter einer konstitutionellen oder absoluten Monarchie durchgesetzt werden sollten. Bereits im Jahre 1900, ein Jahrzehnt vor Ausbruch der Xinhai-Revolution, schrieb Kang: „Volkssouveränität (minquan), Gleichheit und Freiheit sind Werte, die der allgemeinen Wahrheit entsprechen und mit den Wünschen der Menschen übereinstimmen... Es ist absolut sicher, daß sie (wahrscheinlich) einmal für die ganze Welt bestimmend sein werden. Man muß dabei allerdings berücksichtigen, wann und wo ihre Einführung als angemessen angesehen werden kann; zu versuchen, sie in China einzuführen, wäre verfrüht ...“<sup>2</sup> So wie man ein Podest nicht ohne Leiter erklimmen und einen Fluß nicht ohne ein Boot oder ein Floß überqueren könne, sei es auch für China auf Grund der bestehenden Traditionen eines autokratischen Regimes nicht möglich, unmittelbar in das Zeitalter der Demokratie einzutreten.<sup>3</sup> Für eine konstitutionelle Monarchie eintretend, faßte er 1906 seine Auffassungen folgendermaßen zusammen: „Die durch eine Verfassung garantierten Volksrechte sind die Basis (wei ti); die Macht eines befähigten und starken Monarchen ist das Mittel zu ihrer Verwirklichung (wei yong).“<sup>4</sup>

Nachdem er sich eine Zeit lang von der Idee der Freiheit beeindruckt gezeigt hatte, wurde auch Liang Qichao (1873-1929), ein Mitstreiter Kangs aus der Zeit der Hunderttagereform von 1898, schon 1903/04 zu einem Verfechter des politischen Autoritarismus. Er lehnte jedwede demokratische Erneuerung von unten ab und

trat für einen aufgeklärten Absolutismus in China ein. Eine starke Regierung in China könne nur geschaffen werden, wenn das Volk in einer Periode von zwanzig, dreißig, vierzig oder fünfzig Jahren durch machtvolle Persönlichkeiten vom Schlage eines Guan Zhong, Shang Yang<sup>5</sup>, Lykurg und Cromwell zu einem Staat verschmolzen wird. Liang geht davon aus, daß in China ein autoritäres Regime fortbestehen müsse. Als Begründung dafür führt er folgende Faktoren an: die Clanstruktur der Bevölkerung, das Fehlen eines zivilen Denkens und eines Staatsbewußtseins, das Verhaftetsein in einem dörfischen Denken, die mangelnde Fähigkeit, die Freiheit zu akzeptieren, und das Fehlen großer Ideale.<sup>6</sup> 1906 hat Liang dann die Ansicht unterstrichen, wonach China weder eine republikanisch-konstitutionelle Ordnung noch eine konstitutionelle Monarchie einführen dürfe, bevor nicht ein aufgeklärter Absolutismus die politischen und bildungsmäßigen Grundlagen für eine spätere konstitutionelle Politik gelegt habe.<sup>7</sup> Aber entgegen allen „Warnungen“ von Kang und Liang brach 1911 die Xinhai-Revolution aus und setzte damit die Ablösung der Monarchie durch eine republikanische Regierung auf die Tagesordnung der chinesischen Geschichte. Ähnlich wie in der Demokratiebewegung 1989 in Peking erklang auch damals der euphorische Ruf nach Demokratie. Im Herbst des Jahres 1911, nur wenige Wochen nach dem Wuchanger Aufstand vom 10. Oktober, dessen 80. Jahrestages wir vor kurzem gedacht haben, hatten junge chinesische revolutionäre Demokraten, inspiriert von den westlichen Werten der Freiheit und der Demokratie und voll von Illusionen über ein republikanisches System in China, sogar eine chinesische Marseillaise verfaßt. Der Text enthielt u.a. die folgenden Worte:

„O Freiheit, du bist der größten Himmelsgaben eine;  
Zehntausende von Wundern kannst du schaffen...  
Brot, Wein und alle Gaben sind dein im Überfluß!  
Das große Asien ist nichts als eine unermeßliche Wüste...  
Washington und Napoleon, ihr Söhne der Freieit,  
kommt zu uns, um eine Inkarnation bei uns zu finden!“<sup>8</sup>

Anderthalb Jahre darauf waren alle diese phantastischen Träume von Freiheit und Demokratie hinweggefegt. Nach einem kurzen Intermezzo, das dem Land eine parlamentarische Regierung, konstitutionelle Aktivitäten, Parteienpluralismus und Wahlen bescherte, fanden die ersten Experimente Chinas mit demokratischen Institutionen ein rasches Ende. Die Enkel von Washington und Napoleon stellten sich nicht auf die Seite der jungen chinesischen Demokraten, sondern unterstützten den starken Mann Yuan Shikai (1859-1916) als Präsidenten der Republik. Dieser erklärte die Partei der Guomindang, die aus den Wahlen Anfang des Jahres 1913 als Sieger hervorgegangen war, kurzerhand für illegal und verschob die Einberufung des Parlaments auf unbestimmte Zeit. Und so endete das demokratische

## Zur Demokratie-Problematik in China

Zwischenspiel 1911-1913 mit der Errichtung der Diktatur des Militaristen Yuan Shikai, der in der Folgezeit sogar versuchte, die Monarchie wiederherzustellen.

Ganz entschieden für eine demokratische Ordnung in China kämpfte Song Jiaoren (1833-1913), Führer der Gnomindang in jener Zeit. Im Unterschied zu Sun Yatsen und anderen Vertretern der alten Revolutionspartei Tongmenghui („Liga der Verbündeten“) – Vorläufer der Guomindang – lehnte er auch eine Präsidialherrschaft ab und trat für eine parlamentarische Demokratie mit einem Regierungskabinett ein. Nach dem Sieg der Guomindang bei den Wahlen wurde er als Kandidat für den Posten des Premierministers bestimmt und kam somit in die Rolle eines ernstzunehmenden politischen Rivalen für Yuan Shikai. Dieser reagierte prompt. Am 20. März 1913 auf dem Bahnhof in Shanghai wurde Song Opfer eines Anschlages, der von engen Vertrauten Yuans geplant und ausgeführt worden war.<sup>9</sup> Als Hauptdrahtzieher in der Mordaffäre fungierte Hong Shuzu, Staatssekretär in der Regierung Yuan Shikais, der nach der Tat Zuflucht beim deutschen Gouverneur in Jiaosbou fand. In einer schriftlichen Erklärung, die er im Mai 1913 den deutschen Behörden in Qingdao vorlegte, hat er ausführlich dargelegt, warum er ein Gegner Song Jiaorens sei und weshalb er dessen Vorstellungen über die Einführung einer repräsentativen Demokratie und eines Mehrparteiensystems in China entschieden ablehne: „Ein Kabinett-System, das sich auf die Existenz politischer Parteien gründet, stellt eine gute Politik für den Westen dar. In China jedoch würde seine Einführung lediglich zur absoluten Herrschaft einer einzigen Partei führen ... In China versteht man sich nur darauf, Cliques (jiedang) zu bilden, die allein ihre Interessen vertreten ... Wenn aber ein auf dem Parteienprinzip basierendes Kabinett-System sich in eine autokratische Herrschaft einer Partei (yidangpai zhuanzhi) verwandelt, würde das mehr Schaden anrichten, als es das Mandschu-Regime getan hat ... Das bedeutet nicht, daß ein durch Parteien gestütztes Kabinett-System und eine parlamentarische Ordnung in China niemals eine Chance haben werden. Nach zwanzig Jahren, wenn die Chinesische Republik ein entwickeltes Bildungswesen aufgebaut haben wird und mindestens sechzig oder siebenzig Prozent der Bevölkerung lesen und eine allgemeine Schulbildung erhalten können, erst dann kann man an Wahlen und an politische Parteien denken. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in China, wo nur zwanzig Prozent der männlichen und ein Prozent der weiblichen Bevölkerung lesen können, würde unser Land in Unordnung geraten, wenn wir den Weg westlicher Politiker gehen würden.“<sup>10</sup>

Einige der Argumente Hong's wurden ein Jahr darauf von Dr. Frank Goodnow, einem amerikanischen Professor für politische Wissenschaften, wiederholt, der als Verfassungsberater für Yuan Shikai die Pläne des Diktators zur Restaurierung der Monarchie unterstützte. Ähnlich wie Arigo Nagav, ein japanischer Berater in Yuans Regierung, begründete Goodnow seine These, wonach die Monarchie am besten den Erfordernissen Chinas entspreche, mit dem Argument, daß die Chine-

sen auf Grund ihrer politischen Traditionen und gesellschaftlichen Verhaltensweisen noch nicht reif für eine repräsentative Regierung seien. China habe keine Erfahrungen in der Anerkennung der Gesetzlichkeit, in der Handhabung von Rechten des Individuums und in der Einhaltung von Disziplin. Solange die Chinesen noch nicht gelernt hätten, bewußten Gehorsam gegenüber einer Regierung zu zeigen, solange die soziale Kooperation ungenügend entwickelt sei und die privaten Rechte nicht respektiert würden, werde eine absolute Form der Regierung unvermeidlich sein.<sup>11</sup>

Junge Intellektuelle mit westlicher Bildung wie Li Dazhao (1889-1927) reagierten darauf mit Bitterkeit. Mit Ausländern könne man über die Frage der nationalen Besonderheiten Chinas nicht diskutieren, meinte er. „Wenn die Japaner fähig sind, an einer (parlamentarischen) Regierung teilzunehmen“, fragt Li entrüstet, „warum sollten dann nur wir Chinesen dazu nicht imstande sein?“ Li erkennt an, daß in der Vergangenheit das Volk in China tatsächlich wenig Interesse an Politik gezeigt habe. Die Ursache dafür sieht er darin, daß der Staat gegenüber dem Individuum seine Macht nicht übermäßig in Anwendung gebracht habe. Nach dem Eindringen des Westens jedoch, argumentiert Li, seien die Pflichten und Verantwortlichkeiten des Staates enorm angewachsen. Nach Ansicht von Li habe die Revolution von 1911 gezeigt, daß das Volk sich erhoben habe, um politische Macht und eine repräsentative Regierung zu fordern. Darum sei nunmehr die Kontrolle der neuen Staatsmacht durch das Volk notwendig geworden.<sup>12</sup> Wie andere Intellektuelle hatte auch Li gehofft, daß nach dem Tode Yuan Shikais im Jahre 1916, als die Legalität der Republik formal wiederhergestellt worden war, eine Rückkehr zu einer konstitutionell-demokratischen Politik möglich werden würde. Aber sehr bald wurde es offensichtlich, daß das Parlament und das Kabinett – beide beherrscht von einer Vielzahl von Fraktionen, politischer Klubs und Parteien – nicht mehr als eine konstitutionelle Fassade abgaben, während die wirkliche Macht in den Händen der warlords lag.

1917 wurde das Parlament im Ergebnis des Konfliktes über einen Kriegseintritt Chinas auf Seiten der Entente gegen Deutschland aufgelöst. Als es dann nach dem gescheiterten monarchistischen Restaurationsversuch unter Zhang Xun (Juli 1917) im Jahre 1918 wieder eingesetzt wurde, geriet es vollends unter die Kontrolle von warlords der sog. Anfu-Clique.

Obwohl die Erfahrungen, die China seit den Xinhai-Ereignissen mit konstitutionellen Institutionen machen mußte, insgesamt sehr enttäuschend waren, wurden die Ideen der Demokratie und der Freiheit in der Bewegung des Vierten Mai 1919 von der neuen Intelligenz erneut lautstark vertreten. Wenn diese Bewegung selbst auch mehr eine nationale und intellektuelle als eine demokratische im eigentlichen Sinne war, stand Mr. De (Democracy) gemeinsam mit Mr. S. (Science) bei den geistigen Führern der Bewegung ganz hoch im Kurs. Für sie

bedeutete ein Eintreten für Mr. De freilich vor allem „Widerstand gegen den Konfuzianismus, gegen den alten Ritualcodex, gegen die Keuschheitsregeln für Frauen, gegen die traditionelle Ethik und gegen eine überholte Politik“<sup>13</sup>, weniger ein Nachdenken über demokratische Institutionen.

Chen Duxiu (1879-1942), einer der führenden Köpfe der Bewegung für eine neue Kultur, hatte schon sehr früh den Glauben an Mr. De verloren. Bereits 1918 hatte er geschrieben: „Wenn man die qualitativen Voraussetzungen (des Volkes) in unserem Land berücksichtigt, erscheint es in der Tat zweifelhaft, daß hier eine demokratische Republik erreicht werden kann.“<sup>14</sup>

Sun Yatsen (1866-1925), der „Vater der Chinesischen Republik“, hat sein ganzes Leben der republikanischen Sache gewidmet. Nach der Auflösung des Parlaments im Jahre 1917 kam er sogar, wie M. Wilbur schreibt, in die Rolle eines „leading champion of constitutional republicanism“.<sup>15</sup> Dennoch blieb er stets sehr vorsichtig, wenn es um die Bestimmung der konkreten Formen und des Zeitplanes für die Einführung einer demokratischen Ordnung ging. Wie M. Bastid-Bruguere erst jüngst aus französischen diplomatischen Quellen erhellen konnte, hat Sun Yatsen im Mai 1905 erstmals davon gesprochen, daß eine verfassungsmäßige Regierung durch eine Periode der politischen „Vormundschaft“ vorbereitet werden müsse. In einem Gespräch mit einem französischen Diplomaten sagte er: „Die Vereinigten Staaten Südchinas könnten die Form einer Republik annehmen, zunächst wird aber eine militärische Diktatur notwendig sein.“<sup>16</sup>

Nach dem „Revolutionären Plan der Liga der Verbündeten“ (Zhongguo tongmenghui fanglue), der 1906 ausgearbeitet wurde, sollte eine militärische Form der Herrschaft mindestens drei Jahre bestehen, gefolgt von einer sechsjährigen Periode, in der ein „contractual law“ gelten sollte. Erst danach sollte die verfassungsmäßige Regierung gebildet werden.<sup>17</sup> Sun beklagte, daß „die meisten Chinesen eine Verbindung zwischen sich selbst und dem Staat nicht anerkennen, daß jeder mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt ist, ohne irgendwelche Anstrengungen für den Staat zu unternehmen.“<sup>18</sup> Darum bestand er auf der Idee, daß das Volk zunächst einmal auf der lokalen Ebene Erfahrungen mit der Demokratie in Form der Selbstverwaltung gewinnen solle. Nach Ansicht von Sun sollte das Volk zuerst von Tutoren, Leuten mit Voraussicht und Überblick, dazu erzogen werden. Als er am Ende seines Lebens erkennen mußte, daß China seit der Revolution von 1911 nur dem Namen nach eine Republik war, sah er eine Ursache für diese tragische Entwicklung darin, daß die ursprünglich von ihm vorgesehenen Stadien einer Militärregierung und einer politischen Vormundschaft ausgelassen worden waren und China sofort in das Stadium einer Verfassungsdemokratie hineingesprungen war.<sup>19</sup>

Am Ende des Ersten Weltkrieges haben viele chinesische Intellektuelle den Sieg der Entente über die Mittelmächte als Sieg der Demokratie und der Freiheit

über Despotismus und Militarismus in der Welt gepriesen. Sie hatten das Eintreten von Präsident Wilson für Freiheit und nationale Selbstbestimmung ernst genommen. Aber als dann die Beschlüsse der Pariser Friedenskonferenz zur Shandong-Frage – das ehemalige deutsche Schutzgebiet wurde nicht China zurückgegeben, sondern Japan zugesprochen – bekannt wurden, schmolz die letzte Hoffnung dahin, daß westliche Demokratien China helfen würden, den Weg einer unabhängigen demokratischen Entwicklung einzuschlagen. Konfrontiert mit einer zutiefst antidemokratischen Herrschaft der warlords, die sich feindlich gegenüber den Rechten des Volkes und der Volksbewegung verhielten und die Republik lediglich als Fassade für den Ausverkauf der nationalen Souveränität mißbrauchten, gewannen die verschiedensten politischen Kräfte in China die Überzeugung, daß die Versuche, grundlegende politische und ökonomische Veränderungen mit Hilfe demokratisch-konstitutioneller Methoden zu erreichen, letztlich alle gescheitert waren. Damit trat der Kampf für ein neues China in eine neue Periode ein.

Bleibt zu fragen, warum die demokratischen Experimente in den ersten Jahren nach der Xinhai-Revolution gescheitert sind. Die Gründe treten deutlich zu Tage: Die Zeit war dafür einfach noch nicht reif, die sozialen und politischen Bedingungen für die Einführung einer repräsentativen Demokratie fehlten weitestgehend.

Die folgenden Faktoren verdienen in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden:

- Wegen des verbreiteten Analphabetentums war die Mehrheit der Bevölkerung gar nicht in der Lage, an der Politik teilzunehmen. Auf Grund von Beschränkungen, die nur Personen mit entsprechendem Besitz und Bildungsstand die Teilnahme an den Wahlen für das erste chinesische Parlament gestatteten, hatten insgesamt nur fünf Prozent der Bevölkerung das Stimmrecht.
- Eine wirtschaftlich starke und politisch aufgeklärte Mittelklasse, die im Westen das Rückgrat der konstitutionellen Demokratie bildete, fehlte in China nach wie vor.
- Es gab keinerlei Erfahrungen mit demokratischen Institutionen. Im Unterschied zu westlichen Staaten, wo es bereits unter der feudalen Monarchie ein Parlament gegeben hatte, bestand solch eine Einrichtung in Chinas Vergangenheit nicht.
- Die neu entstandenen Parteien waren noch keine Parteien im modernen Sinne. Sie verfügten im allgemeinen weder über eine Massenbasis noch über eine das ganze Land umfassende Organisationsstruktur. Sie repräsentierten noch nicht klar zu definierende ökonomische und politische Interessen, soziale Klassen oder Schichten. Häufig ähnelten sie noch den traditionellen Geheimgesellschaften oder Loyalitätsverbänden, die von einflußreichen Persönlichkeiten dominiert wurden.
- Die Mitglieder des Parlaments auf zentraler oder lokaler Ebene verstanden sich nicht als Volksvertreter, sondern mißbrauchten ihre Position, die sie häufig durch Bestechung oder Erpressung erlangt hatten, zu ihrem eigenen Vorteil.

- Die Gesellschaft als Ganzes wurde weiterhin von den warlords und Bürokraten beherrscht, d.h. von Kräften, die es vorzogen, ihre Machtposition mit diktatorischen Mitteln zu erhalten, als diese im Ergebnis eines demokratischen Wettbewerbs zur Disposition zu stellen.
- Um das traditionelle Konzept der „Herrschaft durch Personen“ (renzhi) durch das Konzept „Herrschaft durch das Gesetz“ abzulösen und die Autorität legaler Institutionen durchzusetzen, bedurfte es einer längeren Periode des Übergangs. Innerhalb weniger Jahre war ein solcher einschneidender Umbruch nicht möglich.

### **2. Eine neue Etappe: Machtkämpfe statt demokratischer Wettbewerb (1919-1945)**

Unter dem Einfluß der Oktoberrevolution in Rußland verbreitete sich in China ein neues Verständnis von Demokratie, das nun die Massenbewegung als wichtiges Element einschloß. Es entstand eine chinesische kommunistische Bewegung, die mit Sowjetrußland und der Kommunistischen Internationale verbunden war. Die Mobilisierung breiter Massen, soziale Bewegungen und der bewaffnete Kampf begannen, die politische Szene zu bestimmen.

Obwohl Sun Yatsen auch weiterhin an der Demokratie als Ziel festhielt, stimmte er einer Reorganisierung der Guomindang nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei zu. Er erkannte, daß die Partei zunächst vor allem für den Kampf und weniger für einen Verfassungsdisput oder einen Wettbewerb benötigt wurde. Darum forderte er nicht nur die Schaffung einer straffen Parteiorganisation, sondern auch die einer „Parteiarmee“ (dangjun). Auf die Frage, worauf sich die Partei stütze, antwortete er im Oktober 1923: „auf die Armee .... die vollständig von den Parteimitgliedern kontrolliert wird“<sup>20</sup>. Im Januar 1924 drückte er seine Entschlossenheit aus, „gestützt auf die Kraft einer politischen Partei, das Land umgestalten“ zu wollen.<sup>21</sup> Sun Yatsen machte unmißverständlich klar, daß er einen Zustand anstrebte, „wo die [eine] Partei über das ganze Land herrscht“ (yidang zhiguo).<sup>22</sup> Die Partei selbst sollte eine zentralistische Organisationsstruktur haben. Die Schwäche der alten revolutionären Organisationen, wie z. B. der Tongmenghui, im Auge, ging er nun so weit zu sagen: „Nur wenn die Parteimitglieder bereit sind, ihre Freiheit zu opfern, wird die Partei die Freiheit des Handelns erlangen.“<sup>23</sup> Während der Nationalen Revolution 1925-27 und des revolutionären Nordfeldzuges 1926-27, als die Guomindang (GMD) und die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) eine Einheitsfront bildeten, dominierte der bewaffnete Kampf alles, für die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine verfassungsmäßige Demokratie blieb keine Zeit. Die Formen der politischen Macht, wie sie während der Nationalen Revolution in Guangzhou und Wuhan entstanden, können als demokratisch nur insoweit angesehen werden, als die von der Partei geführte Massenbewegung eine Art Volksdemokratie entstehen ließ.

Nach dem Zusammenbruch der Einheitsfront mit der GMD praktizierte die KPCh eine Politik im Sinne des leninistischen Konzepts vom Klassenkampf und der Diktatur des Proletariats, was in Wirklichkeit auf eine Diktatur der Partei und der Armee hinauslief. Bedingt durch dieses Konzept, die politischen Verhältnisse in den Sowjetgebieten und die Situation in der Partei selbst, die permanent von politischen Säuberungen geschüttelt und zunehmend durch den Personenkult um Mao Zedong bestimmt wurde, war die KPCh in jener Zeit zu Fortschritten in Richtung auf mehr Demokratie nicht imstande.

Der siegreiche Abschluß des Nordfeldzuges gegen die Militarisierung durch die GMD im Jahre 1928 führte zu einer vorübergehenden Einigung Chinas. Aber auf Grund der relativen Selbständigkeit verschiedener militärischer Kräfte in einzelnen Provinzen und auf Grund des Bestehens von Regionen, die von der KPCh kontrolliert wurden, war diese Einheit höchst unvollkommen. In einer solchen instabilen Situation für den Nationalstaat, die sich nach der militärischen Intervention der Japaner Anfang der dreißiger Jahre weiter verschlechterte, existierten im republikanischen China augenscheinlich nicht die Voraussetzungen zur Schaffung von Grundlagen für eine demokratische Entwicklung. Unter den Bedingungen der „Herrschaft einer Partei über das ganze Land“ konnte auch ein die Demokratisierung begünstigendes Bewußtsein kaum entstehen. Im Gegenteil, auf Grund der negativen Erfahrungen, die man mit demokratischen Institutionen seit 1912 gemacht hatte, war eine Desillusionierung im Hinblick auf westliche Demokratie in den dreißiger Jahren unter den chinesischen Intellektuellen weit verbreitet. Selbst der berühmte Philosoph Liang Shuming (1893-1988) befürchtete, daß die Einführung einer demokratischen Regierungsform die Nation schwächen würde. Altbekannte Argumente wurden wieder ins Feld geführt, so auch jenes, wonach in China eine Nation, die politisch geeint ist und durch die Loyalität der Bürger gegenüber dem Staat zusammengehalten wird, erst noch entwickelt werden müsse.

In einem solchen politischen Klima und unter dem Eindruck des zurückgehenden Glanzes westlicher Demokratien, die im Vergleich zu den neuen diktatorischen Regimen in Italien, Deutschland und Sowjetrußland als weniger erfolgreich erschienen, gelangte Qian Duansheng, ein Politikwissenschaftler, zu der Auffassung, daß China nur durch einen totalitären Staat mit Kontrolle über die Wirtschaft gerettet werden könne. Er schrieb 1934: „Der totalitäre Staat, von dem ich spreche, muß einen Diktator haben, ... der Ideale besitzt und Pläne zum wirklichen Nutzen für das Volk macht.“<sup>24</sup> Dementsprechend wurden auch die Rechte des Individuums als Prinzipien betrachtet, die auf China nicht passen. Selbst ein so konstitutionell ausgerichteter Denker innerhalb der GMD wie Sun Fo (1891-1973), der Sohn Sun Yatsens, erklärte: „Wir können definitiv sagen, daß die Verfassung, die wir brauchen, nicht den Individualismus zum Ausgangspunkt für Gesellschaft und Regierung hat.“<sup>25</sup>

## Zur Demokratie-Problematik in China

Es ist bekannt, daß auch Jiang Jieshi (1887-1975), der persönlich für die Gründung der „Blauhemden“, einer profaschistischen Organisation innerhalb der GMD verantwortlich zeichnete, ein Bewunderer faschistischer Herrschaftsmethoden war. Im Jahre 1935 sagte er: „In der kritischen Lage, in der sich China gegenwärtig befindet, erweist sich der Faschismus als eine wunderbare Medizin, die für China genau passend ist, nur der Geist des Faschismus vermag China zu retten.“<sup>26</sup>

Wenn auch die generelle Entwicklung in der politischen Herrschaft GMD-Chinas nach 1928 zu einem diktatorischen Regime mit Jiang Jieshi als obersten Führer hin tendierte, verdienen dennoch mehrere Versuche, die darauf zielten, innerhalb und außerhalb der Partei mehr Demokratie einzuführen, besondere Erwähnung:

Erstens: die Fraktion der sog. Reorganisatoren in der GMD, die in der Periode von 1928 bis 1931 für mehr Demokratie in der Partei eintrat. Shi Cuntong (1899-1970) und andere kritisierten die Machtkonzentration in der Parteizentrale und forderten, alle Entscheidungen der Partei auf demokratische Weise zu treffen. Sie betonten die Massenbasis der Partei wie auch die Rolle der Kleinbourgeoisie, um so den Weg zu mehr Demokratie zu öffnen. Sie hielten eine Demokratisierung und eine stärkere Hinwendung der Partei zu den Volksmassen für die wichtigsten Grundsätze einer Reorganisation der GMD.<sup>27</sup> Weil es aber keine institutionalisierten Kanäle gab, um in einer regulären Rahmen die Auseinandersetzungen mit den Kräften der Zentrale zu führen, waren die Reorganisatoren gezwungen, sich mit Kräften in den Provinzen zu militärischen Aktionen gegen Jiang Jieshi zu verbünden, und konnten so relativ leicht geschlagen und isoliert werden.<sup>28</sup>

Zweitens: der Versuch von Kritikern des Einparteien-Systems der GMD, über eine Nationale Notstandskonferenz (guonanhui) 1931/32, an der zahlreiche Nicht-Parteimitglieder als Delegierte teilnehmen sollten, die Bildung einer Koalitionsregierung zu fordern, um so das Monopol einer Einparteien-Regierung zu brechen. Die Regierung hintertrieb jedoch das Zustandekommen dieser Konferenz, indem sie zusätzlich „sichere“ Delegierte bestimmte. Im Ergebnis dessen nahm an der Konferenz am Ende nur ein Drittel der vorgesehenen Delegierten teil, zumeist Mitglieder der GMD. Unter solchen Bedingungen konnte die Konferenz die Sache der Demokratisierung nicht erusthaft voranbringen.<sup>29</sup>

Drittens: die Anstrengungen Sun Fos in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre für politische Reformen. Sie fanden ihren Ausdruck in der Ausarbeitung einer Verfassung nach einem von Sun Yatsen beschriebenen Modell. Die Aktivitäten Sun Fos zielten darauf, den legislativen Organen mehr Macht zu verleihen, um auf diese Weise einer autoritären Kontrolle der Regierung durch einen Militärdiktator vorzubeugen. Im Ergebnis eines langwierigen Prozesses der Überarbeitung und der Korrekturen, die durch Interventionen von oben veranlaßt wurden, bewirkte der ausgeübte Druck schließlich, daß jene demokratischen Elemente, die der erste

Entwurf enthalten hatte, in der letzten Fassung eliminiert waren. Aber selbst dieser entschärfte und angepaßte Entwurf, der am 5. Mai 1936 die Zustimmung der Regierung gefunden hatte, wurde der Nationalversammlung niemals vorgelegt und erhielt somit keine praktische Rechtsgültigkeit. Der Grund, warum auch diese letzte Fassung blockiert wurde, ist offenbar darin zu suchen, daß sie einer starken Präsidentschaft den Vorzug vor einer reinen Diktatur gab.<sup>30</sup>

Zusammenfassend wird man auch für die gesamte Periode von 1919 bis 1945 sagen müssen, daß nach wie vor die politischen Voraussetzungen zur Schaffung institutioneller Rahmenbedingungen für eine Demokratisierung nicht gegeben waren. Unter den Bedingungen des Bürgerkrieges und des Krieges gegen die Japaner sowie der wachsenden politischen Polarisierung zwischen der GMD und der KPCh, die beide zentralistisch organisiert und diktatorisch kontrolliert wurden und über eigene Territorien und militärische Macht verfügten, war an die Schaffung einer Legitimität für die politische Demokratie nicht zu denken. Es kommt hinzu, daß die politischen Führer Chinas im 20. Jh. zumeist die Demokratie nicht so sehr als wirkliches Ziel, sondern als Mittel zur Erlangung von Macht, nationaler Stärke und Ansehen betrachteten. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß negative Erfahrungen mit demokratischen Formen der Politik frustrierte Politiker häufig dazu brachten, die Diktatur einer Demokratie vorzuziehen.

### **3. Das Nichtzustandekommen einer Koalitionsregierung nach dem chinesisch-japanischen Krieg – eine verlorene Chance für die Demokratisierung?**

Angesichts der Niederlage und des Rückzugs der Japaner aus China mußten die verschiedenen politischen Kräfte ihre Politik entsprechend der neuen politischen Situation überdenken. Das hing nicht zuletzt auch damit zusammen, daß die USA und die UdSSR, Verbündete im Zweiten Weltkrieg, anscheinend mehr an der friedlichen Entwicklung eines geeinten China als an einer Fortsetzung des Bürgerkrieges interessiert waren. Obwohl nicht frei von orthodoxen Klischees wie der „führenden Rolle des Proletariats“, fand in dieser Situation das Konzept der „Neuen Demokratie“, das Mao schon 1940 entwickelt und 1945 durch die Idee einer Koalitionsregierung vervollständigt hatte, einen gewissen Anklang bei der Bevölkerung. Einer der Gründe für die Akzeptanz war das Versprechen, wenn auch nur auf dem Papier gegeben, das Machtmonopol einer Partei oder einer Klasse zu überwinden, d.h. sowohl die Diktatur der GMD als auch den sowjetischen Diktaturtyp der Kommunisten zu vermeiden.<sup>31</sup> In einem Gespräch mit dem US-Botschafter Marshall soll Zhou Enlai zum Ausdruck gebracht haben, daß die Forderung der Kommunisten nach Demokratie sehr viel mit der amerikanischen Demokratie gemeinsam habe, die man, um sie in China anwenden zu können, lediglich ein wenig sinisieren müsse.<sup>32</sup>

Im Ergebnis innerer und äußerer Entwicklungstrends fand die Idee einer Koalitionsregierung, in der alle politischen Parteien, Gruppierungen und Parteilose repräsentiert sein würden, ebenso wie die Idee freier uneingeschränkter Wahlen für eine Nationalversammlung eine gewisse Resonanz auch in den von der GMD kontrollierten Gebieten. Die Demokratische Liga z. B., die sich 1944 reorganisiert hatte, unterstützte auf ihrem Außerordentlichen Kongreß im Oktober 1945 die Idee einer Politischen Konsultativkonferenz (PKK) und hatte aktiven Anteil daran, daß diese im Januar 1946 stattfand. Die Mehrheit der 38 Delegierten für die PKK wurde weder von der GMD noch von der KPCh gestellt – nur acht Delegierte gehörten der GMD und sieben der KPCh an –, sondern von Vertretern anderer Parteien und Gruppen: Chinesische Jugendpartei (5 Delegierte), Demokratische Liga (2 Delegierte), Vereinigung zur Nationalen Rettung (2 Delegierte), Vereinigung für Berufsbildung (1 Delegierter), Verband für den ländlichen Wiederaufbau (1 Delegierter), Dritte Partei (1 Delegierter) und parteilose Vertreter (9 Delegierte). Wie begrenzt die Rolle auch war, die die PKK spielen konnte – ihre Tätigkeit wurde von der GMD sehr bald sabotiert –, ihre Beschlüsse konnten dennoch als ein Signal für eine mögliche Wiedervereinigung Chinas mit demokratischen Mitteln angesehen werden. Immerhin enthielten diese Beschlüsse u. a. die Forderung, das Stadium einer politischen „Vormundschaft“ in China zu beenden und eine Nationalversammlung zu bilden, die die Verfassung von 1936 in einer überarbeiteten Fassung annehmen sollte.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Vertreter der sog. Dritten Kraft für eine Demokratie in China eintraten, die sich sowohl von der anglo-amerikanischen Form der Demokratie als auch vom politischen System in der Sowjetunion unterscheiden sollte. Weil zu befürchten war, daß freie Wahlen von den bestehenden Machtcliquen zu ihrem Vorteil manipuliert werden würden, glaubte Zhang Dongsun (1886-1973), daß die GMD, die KPCh und die Demokratische Liga gemeinsam die Interessen des Volkes repräsentieren sollten. Indem sie sich gegenseitig kontrollierten und so eine Art Gleichgewicht der Kräfte gewährleisteten, sollten sie eine wirkliche Demokratie garantieren.<sup>33</sup> Zhang kam zu der Überzeugung, daß die Organisation der KPCh zu straff und deshalb unpassend für ein demokratisches Land war. Aus diesem Grunde setzte er darauf, den Charakter der GMD durch die Schaffung eines Umfeldes zu verändern, von dem eine allseitige Kontrolle und ein entsprechender Zwang zu einer Reform der Partei ausgehen sollte.<sup>34</sup> Die Vertreter der Dritten Kraft traten für eine progressive politische Kultur der Freiheit des Denkens ein. Sie waren deshalb häufig mit der GMD ebenso unzufrieden wie mit der KPCh, weil ihrer Ansicht nach beide Parteien viel zu wenig für die Demokratie taten. Diese Situation wird sehr gut von einem Professor der Nationalen Zentral-Universität in Nanking beschrieben, der sich nach einem Besuch in den von den Kommunisten regierten Gebieten 1946

folgendermaßen äußerte: „Ich habe den Eindruck, daß die Demokratie der GMD eine Demokratie der Form, aber nicht dem Inhalt nach ist, während die Demokratie der KPCh eine Demokratie unter Kontrolle der Partei darstellt.“<sup>35</sup>

Trotz aller Anstrengungen der Vertreter der Dritten Kraft konnte die Chance für eine friedliche, demokratische Lösung von Chinas Problemen nicht genutzt werden. Der Bürgerkrieg zwischen GMD und KPCh brach erneut aus, und die entstandenen Keime für einen möglichen Parteienpluralismus wurden durch den Machtkampf zweier Parteien zunichte gemacht, von denen keine bereit war, den jeweiligen Rivalen als Wettbewerbspartner innerhalb eines pluralistischen demokratischen Systems anzuerkennen. Im Gegenteil, jede Seite mißbrauchte der anderen und strebte danach, sie mit Gewalt zu liquidieren.

Die GMD hat aber dennoch unter den Bedingungen des Bürgerkrieges eine neue Verfassung verkündet und Wahlen zu einer Nationalversammlung durchgeführt, deren erste Tagung für das Frühjahr 1948 angesetzt war. Weil alle diese Aktivitäten jedoch unter der Ägide einer Partei und in einer Atmosphäre der Unterdrückung stattfanden (die Demokratische Liga wurde im Herbst 1947 verboten), konnten sie schwerlich als Entwicklung in Richtung auf eine echte Demokratisierung gewertet werden. Bei einer Meinungsumfrage, die im Frühjahr 1948 unter Studenten durchgeführt wurde, antworteten fast achtzig Prozent auf die Frage, ob die Wahlen und die Verkündung der Verfassung ein Zeichen dafür sei, daß das Land sich in Richtung auf eine Demokratisierung hinbewege, mit „nein“ oder „nicht unbedingt“.<sup>36</sup>

Ohne über eine stabile soziale und politische Basis zu verfügen, waren die neu entstandenen Parteien und Gruppierungen innerhalb der Dritten Kraft letztlich gezwungen, sich entweder an die KPCh oder die GMD anzulehnen. Während die Chinesische Jugendpartei und die Demokratische Sozialistische Partei mit Zhang Junmai (1886-1969) als ihrem Führer beschlossen, mit der GMD in die Regierung einzutreten, wählten andere Vertreter der Demokratischen Liga, darunter Zhang Dongsun, den Weg der Zusammenarbeit mit der KPCh. Letztere nahmen aktiv teil an der Arbeit einer neuen Politischen Konsultativkonferenz, die 1949 unter Führung der Kommunisten stattfand. Ihre Hoffnung jedoch, unter den Bedingungen der Volksrepublik die Sache der Demokratie voranbringen zu können, zerschlugen sich rasch. Bereits 1952 wurde Zhang Dongsun aller seiner Funktionen enthoben und als „konterrevolutionäres Element“ verurteilt. Die acht „demokratischen Parteien“ in der VR China waren gezwungen, die Führung durch die KPCh anzuerkennen. Wenn ihre Vertreter versuchten, auch nur die leiseste Kritik an der Diktatur einer Partei zu äußern, wie z.B. im Jahre 1956, wurden sie als Feinde der volksdemokratischen Ordnung gebrandmarkt.<sup>37</sup>

#### 4. Ausblick

Die historischen Erfahrungen, die China im 20. Jh. mit dem Thema der Demokratisierung gemacht hat, zeigen, daß der wachsende Wunsch und der emphatische Ruf einiger aufgeklärter Intellektuellen nach Freiheit und Demokratie zu keiner Zeit ausreichten, um in der Realität eine demokratische Ordnung zu errichten. Ob solche Forderungen nach Demokratie verwirklicht werden können, hängt von den gesellschaftlichen Bedingungen des Landes, den Traditionen des politischen Denkens und den vorherrschenden politischen Doktrinen ab. Objektive und subjektive Faktoren sind es, die in ihrer Verflechtung einen Übergang zu demokratischen Regierungsformen behindern. Die herrschenden Eliten, die im allgemeinen vor den sozialen und politischen Konsequenzen von Reformen zurückschrecken, laufen Gefahr, den geeigneten Zeitpunkt für einen Übergang zur Demokratisierung zu verpassen. Die Frage, ob die herrschende Elite aus Furcht vor den sozialen Konsequenzen oder allein aus Gründen der eigenen Machterhaltung an autoritären Herrschaftsformen festhält, läßt sich nicht immer eindeutig beantworten. Eines aber scheint durch die Erfahrungen des 20. Jh. erwiesen: Eine rein westliche Form der Demokratie ist ungeeignet für China. Wir begangen einen Fehler, wenn wir die westliche repräsentative Demokratie zum einzigen Kriterium für die Bewertung des Demokratisierungsprozesses in China nehmen würden. Der Kampf für Demokratie (oder für etwas mehr Demokratie) ist nicht mit der Einführung eines westlichen Demokratietyps gleichzusetzen. Zweifellos haben solche menschlichen Werte wie Freiheit und Demokratie eine universelle Bedeutung, trotzdem wird ihre Verwirklichung in jedem Land unterschiedlich sein. So wie die einzelnen Länder extreme Unterschiede in Bezug auf den Stand ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aufweisen, werden auch die dort bestehenden Formen der politischen Herrschaft unterschiedlich sein. Die Demokratie ist kein starrer Begriff, sie entwickelt sich weiter und wird durch neue Entwicklungen mit neuen Inhalten angereichert. Die Zukunft muß es erst noch erweisen, ob die westliche Demokratie nach dem Zusammenbruch der Staaten des „realen Sozialismus“ in der Lage sein wird, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden, die sich auf dem Feld der Partizipation des Volkes an politischen Entscheidungen und besonders in der Frage der sozialen Gerechtigkeit ergeben. Immerhin hat der Club of Rome in seinem letzten Bericht „Die globale Revolution“ die Auffassung vertreten, wonach „die Demokratie in ihrer heute praktizierten Form“ „für die vor uns liegenden Aufgaben nicht mehr besonders gut geeignet“ ist. Und weiter heißt es: „Man kann nur hoffen, daß die neu erwachte Begeisterung für die Demokratie in den befreiten Ländern dafür sorgen wird, daß die Menschen dort nicht sklavisch bereits vorhandene Modelle nachahmen, die nicht mehr in der Lage sind, den Erfordernissen von heute gerecht zu werden.“<sup>38</sup>

Der historische Weg zur Demokratie ist überall sehr lang. Manchmal wird diese Wahrheit von Menschen aus dem Westen vergessen, wenn sie sich schockiert über den sog. östlichen Autoritarismus zeigen. Aber ist nicht gerade Deutschland, das den preußischen Militarismus und den Faschismus hervorgebracht hat, ein Beispiel dafür, daß das Ende eines Kaiserreiches nicht automatisch seine Ablösung durch eine demokratische Entwicklung bedeutet?

Die Tatsache, daß eine Modernisierung der Gesellschaft auch unter prädemokratischen Formen der Regierung eingeleitet werden kann, wird für eine Reihe asiatischer Staaten allgemein anerkannt und mit dem Begriff „Entwicklungsdiktatur“ verbunden. Das Problem ist, ob es nicht schon unter prädemokratischen Herrschaftsformen möglich wird, die Modernisierung und den Wohlstand des Volkes voranzubringen, allmählich die repressiven Elemente der Regierungsgewalt zu reduzieren und Bedingungen für einen Übergang zu einer mehr demokratischen Ordnung zu schaffen. Wenn dies von einer prädemokratischen Regierung geleistet werden kann, wird man geneigt sein, diese für eine bestimmte Periode zu akzeptieren. Ein Wort von Hu Shi (1891-1962) leicht variiierend, könnte man in einem solchen Falle sagen: „Mehr praktische Arbeit leisten, weniger über Ismen reden.“<sup>39</sup> Die chinesische Geschichte hat aber auch die Gefahren gezeigt, die darin bestehen, daß diktatorische Regimes oft dazu neigen, sich zu verhärten und so zu einem Hindernis für die gesamte weitere Entwicklung zu werden. Wenn die Notwendigkeit für einen Übergang gelehnt und die Zeit für ein neues Herangehen versäumt wird, kann das gesamte System in eine Phase der Krise und des Zusammenbruchs eintreten. GMD-China in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre und die VR China am Ende der achtziger Jahre waren einem solchen Zustand offensichtlich sehr nahe. Andererseits zeigen die jüngsten Entwicklungen auf Taiwan, daß ein substantieller Wandel und ein Übergang zur Demokratie in diesem Teil Chinas möglich sind. Demokratische Veränderungen vollziehen sich offenbar erst dann mit Notwendigkeit, wenn es relevante soziale Schichten und Kräfte gibt, die daran wirtschaftlich und politisch interessiert sind. So lange dominante politische Kräfte und herrschende Gruppen noch in der Lage sind, ihre Macht ohne Demokratie aufrechtzuerhalten und der Ruf nach Demokratie noch nicht wirklich große Teile der Gesellschaft erreicht, wird es selbst einem genialen Mann an der Spitze nicht gelingen, die Demokratie einzuführen. Offenkundig haben erst fundamentale ökonomische und soziale Veränderungen, der Übergang zu einer modernen Industriegesellschaft, charakterisiert u.a. durch das Aufkommen einer wirtschaftlich starken Mittelklasse und ein hohes Bildungsniveau des Volkes, den Demokratisierungsprozeß auf Taiwan möglich und erforderlich gemacht. Dagegen hat China auf dem Festland, wo es nach wie vor ökonomische und soziale Rückständigkeit gibt und in manchen Gebieten noch eine agrarische Gesellschaft besteht, noch einen langen Weg vor sich. Obwohl das Thema der Demokratisierung

## Zur Demokratie-Problematik in China

z. B. im Hinblick auf die Beteiligung der Intelligenz und anderer gesellschaftlicher Kräfte und politischer Parteien an dem politischen Entscheidungsprozeß in der VR China objektiv bereits auf der Tagesordnung steht, scheint ein baldiger und rascher Übergang zu einer wirklichen demokratischen Ordnung selbst dann wenig wahrscheinlich, wenn es zu einem substantiellen Wandel der kommunistischen Herrschaft in der nahen Zukunft kommen sollte.

- 1 Kung-chuan Hsiao, *A Modern China and a New World*, K'ang Yu-wel, Reformer and Utopian, 1858-1927, Seattle/London 1975, S. 430.
- 2 Ebenda, S. 220.
- 3 Kang Youwei zhenglunji (Eine Sammlung politischer Essays von Kang Youwei), Beijing 1981, Bd. 1, S. 475.
- 4 Ders., *Bu degou youji*, (Ergänzender Reisebericht über Deutschland), 1906, in: Jiang Guilin, *Kang Nanhai xiansheng youji huibian*, Taipei (Gesammelte Reiseberichte des Herrn Kang aus Nanhai), 1979, S. 433-34.
- 5 *Guan Zhong* (gest. 645 v. Chr.), Politiker des chinesischen Altertums, führte als Kanzler im Fürstentum Qi Reformen durch, die zur wirtschaftlichen Stärkung dieses Teilstaates führten. *Shang Yang* (ca. 390-338 v. Chr.), altchinesischer Politiker und Reformers, Stammvater der auf die Festigung des bürokratischen Zentralstaates gerichteten Ideologie des Legismus (fajia).
- 6 Liang Qichao, *Zhongguo zhi quedian* (Chinas Schwächen), 1904, in: Zhang Nan/Wang, Renzhi, *Xinhai geming qian shinian jian shilun xuanji* (Auswahl von Aufsätzen, die in den zehn Jahren vor der Xinhai-Revolution erschienen sind), Shanghai 1960, Bd. 1, Teil II, S. 788-791.
- 7 Ders., *Kaiming zhuanzhi lun* (Über den aufgeklärten Absolutismus), 1904, ebenda, Bd. 2, Teil I, S. 165-196.
- 8 Frankfurter Zeitung, 17. November 1911.
- 9 K. S. Liew, *Struggle for Democracy: Sung Chiao-jen and the 1911 Chinese Revolution*, Berkeley 1971.
- 10 Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Deutsche Gesandtschaft China, 902, No. 1247, S. 237-247.
- 11 E. P. Young, *The Presidency of Yuan Shih-k'ai. Liberalism and Dictatorship in early Republican China*, Ann Arbor 1977, S. 88.
- 12 M. Meisner, *Li Ta-chao and the Origins of Chinese Marxism*, Cambridge 1967, S. 17, 31, 32.
- 13 Chow Tse-Tsung, *The May Fourth Movement*, Stanford 1967, S. 59.
- 14 Chen Duxiu, *Bo Kang Youwei 'Gonghe pingyi'*, (Kritik an Kang Youweis Schrift 'Über die Republik'), zit. in: Kungchuan Hsiao, S. 233.
- 15 M. Wilbur, *Sun Yat-sen: Frustrated Patriot*, New York 1976, S. 29.
- 16 M. Bastid-Bruguiere, *Sun Yat-sen's Republican Idea in 1911*, Paper to the Conference on the 80th Anniversary of the 1911 Chinese Revolution, Honolulu, August 29-31, 1991.
- 17 *Sun Zhongshan quanji* (Gesammelte Werke von Sun Yatsen), Beijing, Bd. 1, S. 296-298.
- 18 Ebenda, S. 523.
- 19 *Guofu quanji* (Gesammelte Werke des Vaters der Nation), Bd. 2, Taipei 1954, S. 363.
- 20 *Sun Zhongshan quanji*, Bd. 8, S. 268.
- 21 Ebenda, Bd. 9, S. 97-98.
- 22 Ebenda, S. 96-97.
- 23 Ebenda, S. 98.
- 24 L. E. Eastman, *The Abortive Revolution. China under Nationalist Rule, 1927-1937*, Cambridge 1974, S. 142-148.
- 25 Ebenda, S. 150.
- 26 Ebenda, S. 40.

- 27 Shi Cuntong, Dangdi minzhuhua yu qunzhonghua (Zur Demokratisierung und Massenbasis der Partei), in: Geming pinglun (Revolutionäre Review), No. 12, Shanghai 1928, S. 15-18.
- 28 Tatsuo Yamada, The Role of the Third Forces in the Chinese Revolution. Paper to the Conference on the 80th Anniversary of the 1911 Chinese Revolution, Honolulu, August 29-31, 1991.
- 29 L. E. Eastman, a.a.O., S. 160-162.
- 30 Ebenda, S. 166-178.
- 31 Mao Zedong, Lun lianhe zhengfu (Über die Koalitionsregierung), 1945, in: Mao Zedong xuanji (Ausgewählte Werke Mao Zedongs), Bd. 3, Beijing 1953, S. 1085-1086.
- 32 Qin Xiaoying, Tiaochulishi de cixing xunhuan (Einen teuflischen Kreislauf der Geschichte überwinden), in: Jingjixue zhoubao (Wirtschaftswissenschaftliche Wochenzeitung), 12. März 1989, S. 7.
- 33 S. Pepper, Civil War in China. The Political Struggle 1945 - 1949, Berkeley/Los Angeles/London 1978, S. 187.
- 34 Ebenda.
- 35 Ebenda, S. 216.
- 36 Ibid., S. 139.
- 37 S. R. Belousov, Kitajskaja versija „gosudarstvennogo socialisma“ (20-40c gody XX v.), Moskva 1989, S. 167-168.
- 38 Spiegel Spezial, No. 2, 1991, S. 69.
- 39 In der Auseinandersetzung mit radikalen jungen Intellektuellen hatte sich Hu Shi, ein bekannter Philosoph und Literaturwissenschaftler, Schüler von John Dewey, gegen die Verbreitung des Marxismus in China gewandt. In einem 1918 veröffentlichten Aufsatz „Mehr die Probleme studieren und weniger über Ismen reden“ hatte er die Ansicht vertreten, daß der Sozialismus Chinas Probleme nicht lösen könne.

## **Südostasien und Lateinamerika. Bemerkungen zu einem unterschiedlichen internationalen Erscheinungsbild regionaler Integration und politischer Kooperation<sup>1</sup>**

In diesen Tagen ist ein interessantes Buch erschienen mit dem Titel: „Asiens Schwellenländer: Dritte Weltwirtschaftsregion?“<sup>2</sup> Erfolgsregion und Krisenregion – das ist auf den ersten Blick das unterschiedliche internationale Erscheinungsbild von Südostasien und Lateinamerika. Es gibt eine Reihe von Argumenten und Indikatoren für beides. Während man für Südostasien glaubt – vom Grenzfall der Philippinen abgesehen –, eine anhaltende politische Stabilität notieren zu dürfen, jedenfalls einen kalkulierbaren und festen Bestand der politischen Regime, ist die politische Zukunft vieler lateinamerikanischer Länder trotz der Rückkehr zur Demokratie ungewiß, weil man der Festigkeit dieser Demokratie nicht traut.<sup>3</sup> Noch deutlicher erscheint der Unterschied zwischen beiden Regionen in wirtschaftlicher Hinsicht: Während Lateinamerika im vergangenen Jahrzehnt ein negatives Gesamtwachstum mit teilweise spektakulären Einbrüchen in den Pro-Kopf-Einkommen aufwies,<sup>4</sup> hat Südostasien im gleichen Zeitraum wirtschaftlich hervorragend abgeschnitten. „... der pazifische Teil Asiens“ – schreibt Rüdiger Machetzki<sup>5</sup> – „ist die einzige Weltregion (außerhalb der atlantischen Welt), in der echte Schwellenländer (NIC's) existieren.“ Singapur gehört bekanntlich zur Gruppe der vier Tiger. Malaysia und Thailand sind dabei, einen NIC-Status zu erreichen. Selbst das riesige und immer noch überwiegend agrarische Indonesien hat zwischen 1985 und 1989 eine durchschnittliche Zunahme des Bruttosozialproduktes von 5,13 Prozent erreicht, begleitet übrigens von Investitionsraten von knapp unter 30 Prozent.<sup>6</sup> Andere Indikatoren, wie der Verschuldungsgrad der hier gemeinten Länder, niedrige Inflationsraten, das Ausmaß der Integration in die Weltwirtschaft und vor allem auch die Festigkeit regionaler Kooperation und deren internationaler Akzeptanz weisen in die gleiche Richtung: Die ASEAN-Gruppe scheint sich auf einer ungebrochenen Erfolgsschiene zu bewegen, während Lateinamerika bestenfalls die Talsohle einer Entwicklung erreicht hat, die es selbst als „aprendizaje doloroso“ bezeichnet.<sup>7</sup>

Und doch kann man bei solchen Feststellungen nicht stehen bleiben. Was auf den ersten Blick absolut unübersehbar ist, kann bei genauerem Hinsehen zu einem differenzierteren Urteil führen. Genau darum geht es hier. Es wird zu zeigen sein, daß es für Lateinamerika nicht nur Bilanzposten auf der Sollseite, sondern auch solche auf der Habenseite gibt, die Handlungspotentiale enthalten, die man für die kommenden Jahre nicht unterschätzen sollte. Wenn im folgenden Lateinamerika

und Südostasien miteinander verglichen werden, dann greife ich nicht nur ein in Lateinamerika selbst zum Ausdruck gebrachtes praktisches Bedürfnis auf.<sup>8</sup> Inzwischen haben auch Entwicklungsexperten wie Sozialwissenschaftler begonnen, dem Wunsch nach einem systematischen Vergleich in Form erster publizierter Forschungsergebnisse nachzukommen.<sup>9</sup> Ich behandle drei Gesichtspunkte, von denen ich glaube, daß sie in einem besonderen Maße für die gegenwärtigen Diskussionen um die Zukunft Lateinamerikas wie Südostasiens relevant sind: Erscheinungsbild und Natur des jeweiligen Regionalismus, die vorherrschenden Leitvorstellungen von Entwicklung und die praktizierten Formen der Einbindung in das internationale System. Der Leser wird rasch erkennen, daß diese Dinge zusammengehören.

## I.

Südostasien wie Lateinamerika sind – in unterschiedlichen Anläufen – dabei, sich als Region zu organisieren. Südostasien hat dies in einer exklusiven Form seit 1967 in der ASEAN getan, zu der der größere Teil der geopolitisch in Betracht kommenden Länder gehört (Brunei, Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand). Man kann sich vorstellen, daß längerfristig die drei indochinesischen Staaten, vielleicht auch Birma, in direkter oder assoziierter Form der ASEAN-Gruppe angehören werden; Papua-Neuguinea hat ohnehin seit längerem Beobachterstatus. Der lateinamerikanische Regionalismus ist ungleich älter. Vor allem aber ist er inklusiv, d.h. es ist kein unabhängiges Land Iberoamerikas und der Inselkaribik prinzipiell ausgeschlossen, auch wenn nicht jeder lateinamerikanische bzw. karibische Staat allen Organisationen und Institutionen angehört, die diesen Regionalismus konstituieren. An den beiden Regionalismen fallen erhebliche Unterschiede und auch Gemeinsamkeiten auf.

Die beiden wichtigsten Unterschiede sind:

a) Der südostasiatische Regionalismus geht nicht völlig in der ASEAN auf, bleibt aber auf sie konzentriert. (Z.B. ist die Southeast Asian Ministers of Education Organization SEAMEO bereits 1965 gegründet worden. Ebenso ist die SEACEN – Southeast Asian Central Bank Group – älter als die ASEAN selbst.<sup>10</sup>) Auch wenn es im Laufe von jetzt 24 Jahren in der ASEAN Reformen gegeben hat, ist die Organisationsstruktur als solche grundsätzlich nie in Frage gestellt oder gar durch alternative Institutionen ersetzt worden. Dies gibt der ASEAN nach innen wie im internationalen Feld ein bemerkenswertes Maß an organisatorischer Berechenbarkeit. – Im Gegensatz dazu ist der lateinamerikanische Regionalismus vielschichtig und fließend. Er reicht von Institutionen wirtschaftlicher Integration (ALALC/ALADI, MCCA, CARIFTA/CARICOM, MERCOSUR...) über komplexere Integrationsgebilde (Andenpakt) und über gesamtregionale Beratungs-

und Dialogforen (CEPAL, SELA, als Grenzfall auch OAS...) bis hin zu spezifischen Formen politischer Konzertation (CONTADORA-Prozeß, Consensus von Cartagena, Rio-Gruppe, Zentralamerikanisches Parlament...) <sup>11</sup> Daneben bestehen Dutzende weiterer multilateraler Vertragswerke unterschiedlichen Anspruchs. Die Zeitschrift „Visión“ <sup>12</sup> hat im November 1990 61 diesbezügliche Gremien und Institutionen aufgelistet (wobei die zahlenmäßig immer mehr ins Gewicht fallenden subgouvernemental-transnationalen Gruppen und Organisationen bewußt ausgelassen wurden.) Es geht bei diesem Regionalismus nie ausschließlich um eine funktionale bzw. issue-bezogene Zusammenarbeit, sondern auch um eine „Gemeinschaft der lateinamerikanischen Nationen“ <sup>13</sup>

Im Ganzen weist der lateinamerikanische Regionalismus ein erhebliches Maß an Unübersichtlichkeit auf. Es sind immer wieder neue Gesprächsforen, Gremien und Institutionen geschaffen worden, deren politische Verbindlichkeit schon morgen oder übermorgen wieder offen ist. Die unterschiedliche Fixierung auf bestehende Strukturen hat noch eine andere, höchst praktische Konsequenz. So gut wie jede der lateinamerikanischen regionalen bzw. subregionalen Institutionen leidet unter ungewissen Finanzzuweisungen. Die meisten Mitgliedsregierungen von ALADI, SELA usw. zahlen unpünktlich oder gar nicht, so daß die Integrations- und Kooperations-schemata seit Jahren am Rande der Zahlungsunfähigkeit und damit des Funktionszusammenbruchs operieren müssen! Desgleichen ist in der ASEAN unbekannt, ja unvorstellbar. Überdies tragen die sechs Mitglieder der ASEAN – unbeschadet ihrer Größe bzw. ihres unterschiedlichen Bruttoinlandsproduktes – völlig gleiche Anteile an der Finanzierung des ASEAN-Sekretariats in Jakarta.

b) In einem sehr wesentlichen zweiten Punkt fallen die Unterschiede eindeutig zugunsten Lateinamerikas aus: Während der Regionalismus der ASEAN-Gruppe im wesentlichen ein intergouvernementales Unternehmen bleibt mit einem begrenzten Flankenschutz durch die ASEAN Chamber of Commerce and Industry (ASEAN-CCI) und einigen zugeordneten Industrieklubs, hat der lateinamerikanische Regionalismus ein lange gewachsenes historisches Fundament und kulturelles Programm (Bolivarismus, Panamerikanismus, Arielismus usw.) <sup>14</sup>. Zudem reicht er in viele relevante gesellschaftliche Handlungsebenen hinein, die so unterschiedliche Akteursgruppen betreffen wie CELAM, ODCA, CLAT, FLACSO, RIAL... usw. Dies gibt dem lateinamerikanischen Regionalismus nicht nur eine bemerkenswert solide Vernetzung. Er ist vor allem unter praktischen Gesichtspunkten nicht mehr revozierbar. Einzelne Regierungen können Stagnation produzieren, ja sogar ganze Integrations- und Kooperationsinstitutionen zu Fall bringen, Verträge ruhen lassen oder sogar kündigen. Der Gesamtprozeß dieses Regionalismus hat aber, nicht zuletzt wegen seiner historischen Verankerung und der vielen

transnational-subgouvernementalen Verklammerungen, eine Eigendynamik erreicht, die von Fall zu Fall zu stören, aber nicht mehr aufzuhalten ist, auch wenn in aller Deutlichkeit auch für Lateinamerika betont werden muß, daß die Verklammerungslogik bis auf weiteres durch die Regierungen definiert wird. In partiellem Gegensatz dazu träche der ASEAN-Prozeß in sich zusammen, wenn die Regierung Indonesiens oder Thailands oder Malaysias oder Singapurs nicht mehr mitspielte. Für den Bestand des südostasiatischen Regionalismus fielen die im Rahmen von ASEAN entstandenen gesellschaftlichen Parallelorganisationen so gut wie überhaupt nicht ins Gewicht.

Ebenso wie die Unterschiede fallen – gerade aus europäischer Sicht – substantielle Gemeinsamkeiten auf:

a) Weder in Lateinamerika noch in der ASEAN ist man bisher bereit gewesen, Teile nationaler Souveränität abzugeben. Vom Grenzfall der Andengruppe abgesehen, hinter der dann aber kein kontinuierlicher politischer Wille stand, war man nicht gewillt, supranationale Institutionen mit eigener Handlungskompetenz zu schaffen. Es gibt auch keine zu überstaatlicher Rechtsprechung bevollmächtigten Gerichtshöfe. Damit steht und fällt in beiden Regionen jeder konkrete, institutionalisierte Kooperations- und Integrationsansatz mit der effektiven Bereitschaft nationaler Regierungen mitzuwirken. Der ASEAN-Prozeß und praktisch alle lateinamerikanischen Integrations- und die meisten der Kooperationsinstitutionen sind intergouvernemental organisiert (auch wenn in beiden Regionen der Regionalismus selbst – worauf bereits hingewiesen wurde – gesellschaftlich und historisch unterschiedlich abgesichert ist). Ich bin nicht der Meinung, daß das Europa der Europäischen Gemeinschaft in jeder Hinsicht für andere Kontinente einen paradigmatischen Rang hat und als Blaupause genutzt werden könnte. Aber: Die Avancen Europas im Integrationsprozeß wären undenkbar ohne stark ausgebaute supranationale Elemente, die es von der ersten Stunde der Hohen Behörde für Kohle und Stahl (Montanunion) an gab. Man muß kein Prophet sein, wenn man behauptet, daß die ASEAN auf dem jetzterreichten Niveau eines Kooperationsverbandes stehen bleiben wird, wenn es nicht gelingt, politisch wie rechtlich verbindliche Entscheidungsmaterien zu definieren, die nicht mehr in jedem Falle an einzelstaatliche Zustimmungen gebunden sind. Völkerrechtlich würde dies gleichzeitig bedeuten, daß die konstitutiven Vereinbarungen und Verträge, nämlich die ASEAN Declaration von 1967, die Declaration of ASEAN Concord und der Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia (beide von 1976) zu ergänzen wären. (Vorerst sieht es freilich nicht so aus, als ob die Mehrzahl der südostasiatischen Regierungen solche Richtungen einschlagen würde. Es ist kein Zufall, daß man – zumindest von Seiten der Regierungen – im Südostasien der

ASEAN das Wort Integration tunlichst vermeidet.) Lateinamerika ist in dieser Hinsicht sicher einen Schritt weiter. Die Einsicht, daß Supranationalität ein unverzichtbares Element echter Integration ist, greift um sich. Die Diskussion darüber kommt zwar zögerlich in Gang, ist aber kein Tabu mehr.<sup>15</sup>

b) Es ist wahrscheinlich diese Schwierigkeit, sich an den Gedanken supranationaler Abgabe von Kompetenzen zu gewöhnen, ursächlich dafür, daß in beiden Regionen so gut wie alle regionalen Institutionen über extrem kleine Sekretariate und Arbeitsstäbe verfügen. Die personalpolitisch-administrative Gigantomanie Brüssels soll hier gewiß kein Maßstab sein. Aber weder das ASEAN-Sekretariat noch ALADI noch SELA noch der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt noch die Rio-Gruppe<sup>16</sup> sind von ihrer Ressourcenausstattung her in der Lage, von sich aus wesentliche, impulsgebende Akzente zu setzen. Dies grenzt die Reichweite ihres Einflusses auf den ihnen zugewiesenen Arbeitsgebieten von vornherein sehr drastisch ein. Und auf diese Weise ist in beiden Regionen ein *circulus vitiosus* entstanden: Je weniger policy-vorbereitende Denkanstöße von den bestehenden Integrations- bzw. Kooperationsgremien ausgehen, desto mehr sind die nationalen Regierungen genötigt, sich auf die eigene Kraft zu verlassen bzw. Impulse von Dritten aufzunehmen, wodurch das ASEAN-Sekretariat oder SELA oder die Junta des Andenpaktes wiederum so relativ uninteressant werden, daß sich ihnen weitere Ausstattung auch nicht zu lohnen scheint. Lateinamerika ist allerdings in einem Punkt in einer glücklicheren Lage als Südostasien: Während die ASEAN-Gruppe über keinen eigenen, allseits anerkannten regionalen „think tank“ verfügt, wird man für Lateinamerika gleich auf mehrere Institutionen hinweisen dürfen, die die Rolle des regionalen Vordenkers übernehmen und von den nationalen Regierungen immer wieder auch gehört werden: In erster Linie ist hier die CEPAL zu nennen, aber auch BID-INTAL spielt hier einen wichtigen Part, ferner FLACSO, der Forschungsverbund RIAL<sup>17</sup> und eine Reihe weiterer einschlägiger Institute in Santiago de Chile, Lima und Caracas. Für all dies gibt es in Südostasien kein politisch-wissenschaftlich ins Gewicht fallendes Pendant, auch wenn sich einzelne Institute in Singapur, in Kuala Lumpur und in Jakarta darum bemühen, durch ihre Arbeits- und Publikationsprogramme in eine regionale Rolle hineinzuwachsen.<sup>18</sup>

## II.

Damit sind wir längst beim zweiten Unterthema angelangt: den jeweiligen Leitvorstellungen von Entwicklung. Lateinamerika hat seit Gründung der CEPAL immer eine regionale Entwicklungsdiskussion gekannt, deren Verbindlichkeit naturgemäß Konjunkturen unterworfen war und bei der es Umformulierungen, Neuansätze, Brüche usw. gab, wobei sich dann vieles doch wieder berührte, ergänzte, zumindest überschritt. Der CEPALISMO und das Gedankengut der

„Allianz für den Fortschritt“, die „Doktrin der Nationalen Sicherheit“ und der Neoliberalismus, der „desarrollismo“ und der neuerdings stärker propagierte Neostukturalismus mögen nie *das* jeweils geltende Entwicklungsprogramm für die gesamte Region gewesen sein.<sup>19</sup> Lateinamerika hat aber immer wieder Phasen gehabt, in denen es eine regionale Entwicklungsdebatte und vor allem auch regionale und subregionale Entwicklungsstile<sup>20</sup> gab. Im allgemeinen und nicht nur in den von der CEPAL verbreiteten Doktrinen spielte dabei der Gedanke der Integration einen wesentlichen Part.<sup>21</sup> Entwicklung, vor allem Entwicklung mit einem stärkeren Industrieanteil, schien nicht denkbar zu sein ohne größere regionale oder zumindest subregionale Märkte. Entwicklung schien auch nicht denkbar zu sein ohne Formen der Außenrepräsentation, in denen gemeinsame, jedenfalls abgestimmte Positionsbestimmungen und Interessenwahrnehmungen auf internationaler Bühne eine gewichtige Rolle spielten. Dieser Gedanke wird in der gegenwärtigen Diskussion um „concertación“ eher noch entschiedener vorgebracht als früher.<sup>22</sup> Es gibt weitere Aspekte des Zusammenhangs von Integration und Entwicklung in Lateinamerika: Im SELA konstituierenden Vertrag von Panama wird in Artikel 5 Absatz 1 von einer „integralen, selbsttragenden und unabhängigen Entwicklung“ gesprochen. Die regionale Integration und Kooperation gilt als wesentliches Instrument der Einlösung dieser Entwicklung nach innen und außen. Auch wenn SELA oder ALADI oder CARIFTA/CARICOM oder der MCCA ihre jeweiligen Vorstellungen nur bedingt durchzusetzen vermochten, haben diese Gremien in jedem Fall zu einem Diskussionsklima beigetragen, von dem die beteiligten Länder, ihre Regierungen und Volkswirtschaften, ihr Privatsektor, ihr Parteienwesen usw. positiv betroffen wurden, insofern die nationalen Akteure über regional bzw. subregional eingebrachte Denkanstöße dazu gebracht wurden, über den Tellerrand der eigenen Probleme größere entwicklungspolitische Zusammenhänge zu sehen. Wenn John Williamson kürzlich unter dem Titel „The Progress of Policy Reform in Latin America“<sup>23</sup> zehn aktuelle wirtschafts- und entwicklungspolitische „areas of policy reform“ aufzählen konnte (fiscal discipline, public expenditure priorities, tax reform...), dann erkennt man unschwer die Relevanz des regionalen Kontextes. Wenn gesagt wird „A profound movement of policy reform is under way in Latin America“<sup>24</sup>, und wenn dabei zugleich verwiesen werden kann auf relative Erfolge in Mexiko, Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Venezuela, vor allem Chile..., dann mögen viele wesentliche Denkanstöße aus „Washington“ (Weltbank, Weltwährungsfonds, Inter-Amerikanische Entwicklungsbank, AID usw.) stammen. Daß sich die Lateinamerikaner auch über die bestehenden Verklammerungen ihres Regionalismus sensibilisiert haben, ja daß überhaupt eine breite entwicklungspolitische Neuorientierung eingeleitet werden konnte, erkennt man bei der Lektüre der auf die neunziger Jahre gerichteten Programmschrift der CEPAL „Transformación productiva con equidad“<sup>25</sup>, beim

Studium entwicklungspolitischer Positionen des Kreises um Gonzalo Martner<sup>26</sup> und an vielen weiteren Stellen der einzelstaatlichen entwicklungspolitischen Debatte.<sup>27</sup> „... procesos que se apoyan mutuamente“, hat CLEPI<sup>28</sup> die Wechselbeziehung von Integration und Kooperation und Demokratisierung genannt. Man muß hier die entwicklungspolitische Komponente in die Betrachtung dieser Verstärkungseffekte ausdrücklich einbeziehen.

Die ASEAN ist von Anfang an nicht – wie im Falle Lateinamerikas die dortige Integrationsbewegung – Bestandteil eines regionalen Entwicklungskonzeptes gewesen, sondern ein primär die Außenpolitik der Mitgliedsstaaten betreffendes Instrument regionaler Stabilitäts- und Friedenspolitik. So sehr man auch innerhalb der ASEAN-Gruppe weiterreichende Kooperationsziele und -vorteile sieht – es gibt ein umfangreiches Paket von Zielvorgaben für wirtschaftliche, infrastrukturelle, technologische und selbst kulturelle Zusammenarbeit –, so sehr bleibt die Assoziation im Kern ein Stück außenpolitischer Flankensicherung für nationalstaatlich verfolgte Entwicklungsstrategien. Die Existenz der ASEAN wird in den sechs Mitgliedsländern als regional-internationale Rahmenbedingung für die eigene nationale Entfaltung vorausgesetzt, wobei man allerdings einen engen Zusammenhang zwischen nationaler und regionaler Selbstbehauptung und Entwicklung sieht und unter dem Doppelbegriff „national and regional resilience“ diskutiert.<sup>29</sup> Im Vordergrund steht der Gedanke, über eine pragmatisch konzipierte, zwischenstaatliche Kooperation in der Subregion eine Lebensfähigkeit und Außenakzeptanz zu finden („regional resilience“, die wiederum die Entwicklungsfähigkeit und den Bestand der Einzelmitglieder absichert („national resilience“)). Im Gegensatz zu Lateinamerika kennt man in Südostasien keine ausgeprägte regionale Entwicklungsdebatte. Dafür gibt es aber eine Diskussion um den entwicklungspolitischen Rang von politischer Stabilität und politischer Führung<sup>30</sup> und über die Ausrichtung marktwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik<sup>31</sup>.

### III.

Wir sind längst im dritten Bereich unserer Überlegungen angelangt, der Frage nach dem Bezug des in Lateinamerika und in Südostasien praktizierten Regionalismus zum und im internationalen System. Wenn ich es richtig sehe, lassen sich drei analytische Dimensionen unterscheiden: Das regionale internationale Feld, Beziehungen und Erwartungen an Dritte, die Außenakzeptanz regionaler Politik.

Die ASEAN wie auch das Geflecht der lateinamerikanischen Integrations- und Kooperationsgemeinschaften haben im Binnenverhältnis der beteiligten Staaten untereinander wesentliche Gemeinsamkeiten. So wenig es den einen wie den anderen gelang, substantielle ökonomische Verflechtungen im Sinne substantieller Steigerungsraten des jeweiligen intrazonalen Handels, verbreiteter regionaler joint ventures oder einer ihren Namen verdienenden arbeitsteiligen Industrialisierungs-

politik zu erreichen, so sehr haben sich die Bemühungen um Kooperation und Integration und neuerdings um Konzertation in anderer Hinsicht ausgezahlt. Die Spitzen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten (die beiden letzteren in Lateinamerika sicher ausgeprägter als in Südostasien!) haben es im Laufe der jahrzehntelangen Zusammenarbeit gelernt, aufeinander zuzugehen, dem persönlichen Gespräch und der konzertierten Aktion über Konferenzen, Kongresse und Arbeitstagungen – z.B. im Rahmen der bestehenden (sub)regionalen Bündnisse – sowie den heute fast schon zur Routine gewordenen Gipfeltreffen der Staatspräsidenten (im Rahmen der Rio-Gruppe, des Andenpaktes, des Einigungsprozesses im Cono Sur, nicht zuletzt in Zentralamerika) ein immer größeres Gewicht beizumessen. Zug um Zug ist es in beiden Regionen gelungen, Kontroversen und Konflikte weitestgehend friedlich miteinander auszutragen. Die Leistung regionaler Friedenssicherung ist in der ASEAN besonders deshalb so hoch einzuschätzen, als man sich in den Jahren der Bangkok-Deklaration in einem Zustand massiver Unruhe befand und einige der ASEAN-Staaten hart am Rande eines bewaffneten Konfliktes im Verhältnis untereinander lebten.

Mutatis mutandis gilt dies alles auch für Lateinamerika. Auch hier sind bis in die unmittelbare Gegenwart kriegerische Spannungen durchaus nicht unbekannt gewesen. Zum Schluß haben sich immer wieder Verhandlungslösungen durchgesetzt, die zwar bilateral gefunden wurden, bei denen aber die zahlreichen regionalen und subregionalen Foren durchaus nützlich sein konnten – wenn und sofern man es nicht sogar vorzog, eigene und neue Verhandlungsinstrumente zu entwickeln, wie dies durch die Contadora-Initiative und ihre Unterstützungsgruppe in einer beeindruckenden Weise der Fall war.<sup>32</sup> An genau dieser Stelle kommt allerdings ein wichtiger Unterschied zwischen der ASEAN-Gruppe und Lateinamerika ins Spiel: Während die Südasiaten in der Lage waren, den Nachweis regionaler Friedenssicherung in den weiteren Nachweis regionaler Stabilität zu übersetzen und diese Übersetzung ein weiteres Stück glaubhafter zu machen durch eine analoge Stabilität in den einzelnen Staaten selbst, verbindet man international für Lateinamerika die unzweifelhaften Erfolge regionaler Friedenssicherung nicht mit dem Gedanken binnenstaatlicher Ordnung. Dies hat eingreifende praktisch-politische Folgen. Während für Südostasien gesagt werden kann:<sup>33</sup> „... success in securing regional stability has contributed in no small way to creating a climate favourable to aid, trade and investments“, wäre dies bis auf weiteres für Lateinamerika kein der Beachtung würdiges Argument.

Etwas anders fallen die Gewichtungen bei dem aus, was oben als Beziehungen und Erwartungen an Dritte bezeichnet wurde. Auf die Gefahr hin, zu stark zu vereinfachen: Lateinamerikas Bemühungen um Integration und Kooperation standen immer unter einem mehrfachen Vorzeichen der Dependenzminderung (was primär auf die Vereinigten Staaten gemünzt war) und der Korrektur des

internationalen ökonomischen bzw. finanziellen Systems. Schließlich spielten auch Überlegungen begrenzter Abkapselungen ihre Rolle. Das erste Anliegen ist bedingt geglückt – etwa in dem Maße, in dem es gelang, die Westeuropäer für lateinamerikanische Vorgänge zu engagieren (Übernahme erheblicher Integrationskosten im Andenpakt, bei CARIFTA/CARICOM und teilweise in der ALADI; Engagement in Zentralamerika im San-José-Prozeß, in der Schaffung des Zentralamerikanischen Parlamentes und in Intensivierungsmaßnahmen des MCCA; Abstimmung mit der Rio-Gruppe bis hin zu einem formellen Kooperationsvertrag...). Nicht zuletzt auch in dem Maße, in dem sich die Europäer auf subgouvernemental-transnationalen Ebenen in und für Lateinamerika engagierten (Zusammenarbeit mit CELAM, mit lateinamerikanischen Gewerkschaftszusammenschlüssen, über internationale Parteienvereinigungen, politische Stiftungen...), tragen sie abermals zur Minderung der einseitig lateinamerikanischen Abhängigkeit von den USA bei. Das zweite Anliegen, das Prebisch mit jener schon legendären *terms-of-trade*-Debatte anzugehen versuchte und das ganz und gar den wesentlich von Lateinamerika mitgestützten Nord-Süd-Dialog der siebziger Jahre betraf, ist praktisch gescheitert. Auch Abkapselungen – ich nenne als Beispiel die zeitweilige Behandlung ausländischen Kapitals im Andenpakt – haben sich nicht ausgezahlt. Lateinamerika hat auf eine schmerzhaft Weise lernen müssen, daß es nur die Wahl hat, sich entweder in offene marktwirtschaftliche Systeme einzubringen oder sich selbst aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung auszuklammern.

Dies ist in der ASEAN anders verlaufen. Das Südostasien der ASEAN-Staaten hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß man sich dem Westen politisch verbunden fühle und gewillt sei, in die von ihm definierte internationale Wirtschaftsordnung hineinzuwachsen. Die Bindung an den Westen hat in der ASEAN-Gruppe immer dreierlei bedeutet: ein eindeutiger Antikommunismus sowie eine erkennbare wirtschaftliche und eine ebenso deutliche, ja demonstrative sicherheitspolitische Präsenz westlicher Staaten. Während die Lateinamerikaner, besonders in den Hochzeiten des *Dependenzdenkens* bzw. des *tercermundismo*, den Westen mit Mißtrauen ansahen (wozu das europäisch-lateinamerikanische Verhältnis des 19. Jh. und die interamerikanische Situation des 20. Jh. auch etlichen Anlaß gab), hat man sich im Südostasien der ASEAN nach anfänglichem Schwanken wechselseitig dazu ermutigt, gezielt in Kategorien der internationalen *Dependenz* zu denken. Wie man sieht, besteht der Unterschied zwischen Lateinamerika und Südostasien in der *Dependenzfrage* darin, daß die einen offene *Antidependenzstrategien* verfolgten, während die anderen nach kurzem Zögern direkt auf *Diversifikation* und *Interdependenz* setzten, wobei dieses letztere südostasiatische Denken im ganzen zukunftsgerichteter war als das auf *Vergangenheitskorrekturen* bedachte Denken Lateinamerikas.

Damit sind wir schon beim dritten Unterpunkt angelangt. In der ASEAN-Gruppe hat man immer größten Wert darauf gelegt, die internationale Exponiertheit der Region gegenüber fremden Hegemonialinteressen nicht als Schicksal hinzunehmen, sondern in dieser schwierigen Situation einen eigenen Einfluß zu bewahren. Man hat dabei mit einer bemerkenswerten Zähigkeit eine Politik der Austarierung, der machtpolitischen Balance zwischen den Supermächten und weiteren regionalen Führungsmächten (VR China, Japan, Vietnam) verfolgt. In diesem Zusammenhang sind einer der größten Erfolge dieses Teils der ASEAN-Philosophie ohne Zweifel die sogenannten Dialogprogramme geworden, d.h. der reguläre, zum Teil vertraglich gesicherte Arbeitskontakt auf hoher politischer Ebene mit der EG, den USA, Kanada, Japan, Neuseeland, Australien und einigen internationalen Organisationen. Auf diese Weise wurde ein Mehrfaches erreicht: Man konnte sich nicht nur immer wieder aufs neue über Entwicklungshilfe, Investitionen, Marktzugänge unterhalten, man brachte vor allem ASEAN als unübersehbare Größe in das internationale System ein. ASEAN hat auf diese Weise eine internationale Reputation aufgebaut, die wiederum seiner „future viability“ (Sharou Siddique) zugute kommt. Dem Reputationsgewinn der Region durch eine sich wechselseitig verstärkende Dialektik aus interner Stabilität und externer Dialogfähigkeit kommt eine immer wieder neu artikulierte Philosophie einer regionalen Friedensordnung entgegen, wie sie besonders im ZOPFAN-Konzept (Zone of Peace, Freedom and Neutrality) seit Jahren propagiert wird. Wie sehr man damit Erfolg hat, kommt darin zum Ausdruck, daß im Juli 1991 erstmals auch hohe Politiker aus der Sowjetunion und der Volksrepublik China Gäste bei der routinemäßigen ASEAN-Außenministerkonferenz in Kuala Lumpur waren. Auch Südkorea ist inzwischen als neuer Dialogpartner angenommen.

Lateinamerika hat sich im Vergleich dazu international schlechter zu verkaufen gewußt. Abgesehen davon, daß es natürlich leichter ist, auf der internationalen Bühne mit fünf bzw. seit 1984 mit sechs Staaten als mit fast 30 Staaten aufzutreten, hat Lateinamerika auch strategische Fehler begangen und in der internationalen Systemumgebung für Irritationen gesorgt. Dazu gehören u.a. alle internationalen Konsequenzen des früheren „desarrollo hacia adentro“, dazu gehören politische wie kulturelle Verunsicherungen wie der zeitweilig allzu ideologisch aufgebaute „tercermundismo“ der Echeverría, Andrés Pérez, Allende, selbst Perón und vieler anderer. Dazu gehört auch die schlichte Tatsache, daß die Region es trotz der vielen Integrations- und Kooperationsschemata und trotz seiner weltweit beachteten „think tanks“ nie geschafft hat, einen verantwortlichen Sprecher (vocero) aufzubauen und nach außen zu präsentieren.<sup>34</sup> Daß sich jetzt über die Rio-Gruppe ein Wandel anzubahnen scheint, kann gerade aus europäischer Sicht nicht deutlich genug begrüßt werden. Überdies bezeugt eine Reihe von herausragenden Beschlüssen und Dokumenten (Compromiso de Acapulco 1987, Declaración de

Punta del Este 1988, Declaración de Ica 1989...), wie sehr die Staatslenker des Subkontinentes dabei sind, die neuen Formen des regionalen Zusammenwachsens abzusichern durch überlegte, über die Grenzen der Region hinausweisende internationale Ordnungsentwürfe. – Bel all dem kann nicht die Präponderanz der Vereinigten Staaten übersehen werden. Daß die von ihnen ausgehende Hegemonialsituation Lateinamerika immer wieder lähmt und nicht zuletzt Integration und Kooperation und überhaupt einen lebensfähigen Regionalismus behinderte, steht außer Zweifel. (Nach meinem Dafürhalten wird auch die jetzige „Iniciativa para las Américas“ die Fortentwicklung des lateinamerikanischen Regionalismus nicht gerade fördern.)<sup>35</sup> Zugleich könnte aber Lateinamerika aus der auf Pragmatismus, Kontinuität, institutionelle Kalkulierbarkeit und einem gezielten Austarieren von fremden Anspruchshaltungen angelegten internationalen Haltung der ASEAN-Gruppe lernen, wie man ein beachtliches Maß an internationaler politischer wie wirtschaftspolitischer Manövrierfähigkeit behält, auch wenn man sich in Südostasien realistischerweise darüber im klaren ist, daß man auf eine Interdependenz setzt, die einstweilen noch asymmetrisch angelegt bleibt.

Eine Schlußbemerkung: Die ASEAN hat in dieser Analyse in manchen Punkten leicht besser abgeschnitten als der lateinamerikanische Regionalismus, d.h. die Summe der Integrations- und Kooperationsbemühungen in den Ländern südlich des Rio grande. Dies gilt aber nicht in toto. Die enorme Revitalisierung von Integration und Kooperation in Lateinamerika, deren Zeuge wir seit etlichen Jahren geworden sind (beginnend vielleicht mit den ersten Contadora-Dokumenten und fortgesetzt heute in dem, was Alicia Frohmann<sup>36</sup> als „puentes sobre la turbulencia“ analysiert), wäre ohne die gemeinsame Rückkehr zur Demokratie nicht möglich gewesen. Auch in diesem Sinne haben Integration und Kooperation in Lateinamerika eine eigene Tiefendimension erreicht, die dem ganzen eine früher so nicht gekannte Fundamentierung geben. Gelingt es, auf solchen Fundamenten handlungsfähige gemeinsame Institutionen von Dauer, angelegt auf Dauer, angelegt auf kontinuierliche und inkrementale Kompetenzgewinne, aufzubauen, darf man für die regionale und internationale Zukunft Lateinamerikas etlichen Optimismus aussprechen. Dies macht aus westlicher Sicht Lateinamerika im Vergleich zu Südostasien ein deutliches Stück politisch reifer.

1 Bei diesem Text handelt es sich um eine erweiterte und in Teilen veränderte Fassung eines Aufsatzes mit dem Titel „Latinoamérica y el Sudeste Asiático: Diferencias en la Imagen Internacional de la Integración y Cooperación Política Regional“, der in diesen Tagen in der Zeitschrift „CONO SUR“ (FLACSO Chile) erschienen ist. Ich danke Iris Castejón und Barbara Dreis für kritische Hinweise. – Im Text werden folgende Abkürzungen verwendet: ALADI: Asociación Latinoamericana de Integración; ALALC: Asociación Latinoamericana de Libre Comercio; ASEAN: Association of South East Asian Nations; BID: Banco Interamericano de Desarrollo; CARIFTA: Caribbean Free Trade Area; CARICOM: Caribbean Community; CELAM: Consejo Episcopal Latinoamericano;

- CEPAL: Comisión Economía y Política Internacional; INTAL: Instituto para la Integración de América Latina; FLACSO: Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales; MCCA: Mercado Común Centroamericano; MERCOSUR: Mercado de Sur; NIEs: Newly Industrializing Economies; NICs: Newly Industrializing Countries; OAS: Organisation amerikanischer Staaten; RIAL: Programa de Estudios Conjuntos sobre las Relaciones Internacionales de América Latina; SELA: Sistema Económico Latinoamericano.
- 2 W. Draguhn (Hrsg.), *Asiens Schwellenländer: Dritte Weltwirtschaftsregion? Wirtschaftsentwicklung und Politik der „Vier kleinen Tiger“ sowie Thailands, Malaysias und Indonesiens*, Hamburg 1991
  - 3 Vgl. J. Cotler (Hrsg.), *Estrategias para el desarrollo de la democracia en Perú y América Latina*, Lima 1990; E. Lizano, *Tres ensayos sobre Centroamérica, Costa Rica 1990*; E. Torres Rivas spricht für Zentralamerika von „democracias de baja intensidad“ (*El Sistema político y la transición a la democracia en Centroamérica, Costa Rica 1990*).
  - 4 Vgl. zu Einzelheiten: *Inter-American Development Bank, Economic and Social Progress in Latin America. 1990 Report*, Washington D.C. 1990.
  - 5 *Grundthesen zur Entwicklung in Ost- und Südostasien*, in: W. Draguhn, *Asiens Schwellenländer*, a.a.O., S. 9-13, hier S. 11.
  - 6 Vgl. hierzu: *Far Eastern Economic Review* (Hrsg.), *Asia 1991 Yearbook*, Hongkong 1991, v.a. die *Regional Performance Figures*, S. 6-7.
  - 7 Vgl. *Comisión Económica para América Latina y el Caribe, Transformación productiva con equidad: La tarea prioritaria del desarrollo de América Latina y el Caribe en los años noventa*, Santiago de Chile 1990.
  - 8 Vgl. die *Südostasien-Hinweise ebenda*, S. 11, 42f., 80.
  - 9 Vgl. etwa S. Naya/ M. Urrutia/ Sh. Mark/ A. Fuentes (Hrsg.), *Lessons in Development. A Comparative Study of Asia and Latin America*, Honolulu 1989; M. Mols/ P. Birle (Hrsg.), *Entwicklungsdiskussion und Entwicklungspraxis in Lateinamerika, Südostasien und Indien*, Münster 1991; M. Mols, *El regionalismo en América Latina y el Sudeste Asiático: aspectos comunes y diferencias*, in: L. Tomassini (Hrsg.), *Nuevas formas de concertación regional en América Latina*, Buenos Aires 1990, S. 91-115; M. Wilhelmy v. W./H. Gutierrez B., *El marco externo de la cooperación regional: ASEAN y América Latina* (abgeschlossenes Teilmanuskript im Rahmen eines deutsch-chilenischen, von der Volkswagenstiftung finanzierten Forschungsprojektes zum Regionalismus in Lateinamerika und in Südostasien).
  - 10 Einzelheiten bei M. Mols, *Regionalismus in Lateinamerika und in Südostasien* (in Vorbereitung).
  - 11 Einzelheiten bei M. Mols, *América Latina: Los nuevos esfuerzos de concertación y coordinación a nivel regional* (Positionspapier für ein vom Banco Interamericano de Desarrollo und der Comisión de las Comunidades Europeas am 4./5. November 1990 in Brüssel veranstalteten Kongreß mit dem Titel „Las perspectivas de los procesos de integración subregional en América Central y América del Sur“). Vgl. auch M. Emmes/ M. Mols, *Artikel Regionale Gruppierungen und Organisationen*, in: H. Krumwiede/ P. Waldmann (Hrsg.), *Politisches Lexikon Lateinamerika*, München <sup>3</sup>1991 (im Erscheinen).
  - 12 *Visión* vom 26. November 1990, S. 24.
  - 13 Vgl. statt vieler: H. Muñoz Valenzuela/ F. Orrego Vicuna (Hrsg.), *La cooperación regional en América Latina, México/Caracas 1987*; CINDA/IAEAL, *Manual de Integración Latinoamericana*, Caracas 1987; F. Peña, *La cumbre latinoamericana de Acapulco: transformación económica, democratización y cooperación internacional*, in: *estudios internacionales*, No. 81/XXI, 1988, S. 15-22.
  - 14 Die Literatur über diese Dinge ist praktisch unüberschbar geworden. Vgl. statt vieler E. M. Barba u.a. (Hrsg.), *Iberoamérica, una comunidad*, Madrid 1989, 2 Bde.
  - 15 Vgl. etwa den Beitrag von R. Barros Charlin, *Estructuras de Concertación de Políticas Económicas*, in: L. Tomassini, *Nuevas formas de concertación regional...*, a.a.O., S. 153-212.
  - 16 Einzelheiten zur Rio-Gruppe findene sich bei A. Frohmann, *Puentes sobre la turbulencia*, La

## Südostasien und Lateinamerika

- concertación política latinoamericana en los 80, Santiago de Chile 1990.
- 17 Zur Bewertung solcher Institutionen in der Formulierung eines eigenen lateinamerikanischen internationalen Profils vgl. G. Drekonja-Kornat, Grundmuster lateinamerikanischer Außenpolitik, Wien/Laxenburg 1986.
  - 18 Vgl. Institut für Asienkunde, Außen- und sicherheitspolitisch relevante Forschungsinstitute in Asien, Hamburg 1991.
  - 19 Vgl. außer M. Mols/P. Birle (Hrsg.), Entwicklungsdiskussion und Entwicklungspraxis..., a.a.O., und den dort abgedruckten Aufsatz von P. Thiery auch: I. Buisson/M. Mols (Hrsg.), Entwicklungsstrategien in Lateinamerika in Vergangenheit und Gegenwart, Paderborn u.a. 1983.
  - 20 Vgl. E. Faletto/G. Martner (Hrsg.), Repensar el futuro. Estilos de desarrollo, Caracas 1986.
  - 21 Eine der wichtigsten klassischen Arbeiten zum Thema ist die „Studie der vier Weisen“ gewesen: nämlich J. A. Maybre/ Felipe Herrera/ C. Sanz de Santamaría/ R. Prebisch, Hacia la integración acelerada de América Latina. Proposiciones a los Presidentes Latinoamericanos, México/ Buenos Aires 1965. Zur neueren Diskussion vgl. u.a. E. Berg, Lateinamerikanische Vorstellungen von Integration, Kooperation und Konzertation, Santiago de Chile 1991 (abgeschlossenes Ms. im Rahmen des in Anm. 9 genannten Forschungsprojektes).
  - 22 Vgl. F. Peña, Concertación latinoamericana: Arquitectura de integración e ingeniería de negocios, in: L. Tomassini, Nuevas formas de concertación regional..., a.a.O., S. 215-253.
  - 23 J. Williamson, The Progress of Policy Reform in Latin America, Washington D.C. 1990.
  - 24 Ebenda, S. 83.
  - 25 Zit. in Anm. 1.
  - 26 Vgl. außer dem in Anm. 7 zitierten Werk G. Martner (Hrsg.), América Latina hacia el 2000. Opciones y estrategias, Santiago de Chile 1986; ders. (Hrsg.), América Latina en el mundo de mañana. Ambito internacional y regional, Santiago de Chile 1987.
  - 27 Vgl. statt vieler: D. Saráchaga/ T. Vera, Proyecto Uruguay 2000. Sector externo: oportunidades y riesgos, Montevideo 1989.
  - 28 Centro Latinoamericano de Economía y Política Internacional, Grandes maniobras estratégicas. Informe sobre la economía mundial 89-90, Santiago de Chile 1989, S. 176.
  - 29 Einzelheiten bei M. Mols, El regionalismo ... (wie Anm. 9), dort auch weitere Literaturhinweise. Vgl. weiter E. Berg, Conceptos de desarrollo del sudeste asiático, Santiago de Chile 1991 (abgeschlossenes Teilmanuskript im Rahmen des o.g. deutsch-chilenischen Forschungsprojektes).
  - 30 Vgl. K. Snitwongse/ S. Paribatra (Hrsg.), Durable Stability in Southeast Asia, Singapore 1987; M. Ayoob/ Ch.-A. Samudavanija (Hrsg.), Leadership Perceptions and National Security. The Southeast Asian Experience, Singapore 1987.
  - 31 Statt vieler: R. G. Manasan, Performance and Prospects of the Southeast Asian Economies, in: Southeast Asian Affairs 1990, Singapore 1990, S. 25-45.
  - 32 Einzelheiten u.a. bei A. Frohmann, Puentes sobre la turbulencia..., a.a.O.
  - 33 P. Bhalla, Regional Groupings in Asia: Should SAARC Follow the ASEAN Model?, in: Journal of International Development, vol. 2, No. 3, July 1990, S. 285-309, hier S. 286.
  - 34 Darauf weisen jetzt noch einmal sehr nachdrücklich hin M. Wilhelmy/H. Gutierrez, El marco externo..., a.a.O., S. 65ff.
  - 35 Vgl. die vorsichtige Reaktion bei: Comisión Económica para América Latina y el Caribe, La iniciativa para las Américas: un examen inicial, in: Comercio Exterior (México), Febrero de 1991, S. 206-213. Relativ kritisch aus europäischer Sicht ist IRELA, America for the Americans?: The Enterprise for the Americas Initiative and European-Latin American Relations, Madrid 1991 (Dossier No. 31).
  - 36 A.a.O. (Anm. 16)

## Demokratie statt Revolution? Bemerkungen zur Debatte über Demokratisierung in Lateinamerika

Demokratie und Revolution – mit diesen Begriffen sind zwei zentrale und scheinbar in unüberbrückbarem Gegensatz stehende Problemfelder politischer Entwicklung im 20. Jh. angesprochen. Schien soziale und antikoloniale Revolution zunächst noch jahrhundertprägend, wandelten sich Blickweise und Bewertung im Prisma des Zusammenbruchs des „realen Sozialismus“ grundlegend. Das historisch geronnene Endprodukt des von 1917 ausgehenden Revolutionszyklus erwies sich – zumindest in Europa – als nicht reformierbar und gemessen am westlichen Standard als undemokratisch. Die naheliegende und oft gezogene Schlußfolgerung von der Unvereinbarkeit von Revolution und Demokratie wandelt sich vom Axiom zur Frage, wem über 1917 hinaus 1789 und 1989 in die Betrachtung einbezogen werden. Immerhin standen Revolution und Krieg als Geburtshelfer an der Wiege westlicher Demokratien (England, Frankreich, USA)<sup>1</sup>, und der osteuropäische Umbruch wurde von vielen als „demokratische Revolution“ gefeiert.

In außereuropäischen Gefilden ist ein ähnlicher Paradigmenwechsel von der Revolution zur Demokratie zu beobachten. Die Hoffnungen, die früher von vielen Linken in *die* Revolution gesetzt wurden, soll heute *die* Demokratie erfüllen. Für Lateinamerika beschreibt N. Lechner die Situation wie folgt: „The headway made by the idea of democracy in Latin America in recent years is in strong contrast with the political climate of the 1960s, marked by the idea of revolution... The idea of revolution declined in Latin America long before the changes in the USSR and Central Europe, mainly as a result of the neo-liberal dictatorship of the 1970s... the radical attempt to impose a ‘market society’ showed the excesses which might arise from the revolutionizing of the social order, this caused people to re-assess democracy as a collectively planned form of social change. A new approach has been adopted to the transformation of society, not only on the left, which is abandoning the revolutionary strategy, but also of the right... This is an important prerequisite for the transition process, since it make it easier for all political forces to adopt democratic reforms as a common strategy.“<sup>2</sup>

Demokratie als Alternative zur Revolution, als Form sozialen Wandels im Sinne der Transformation der Gesellschaft,<sup>3</sup> dies wirft eine Reihe von Fragen auf, die – obwohl sie hier nicht alle diskutiert werden können – als theoretische Orientierungspunkte formuliert sein sollen: Wie hat sich der Übergang zur Demokratie in Lateinamerika vollzogen, welche Ergebnisse hat er gebracht, vor

welchen Problemen steht die Konsolidierung der Demokratie und wie ist Demokratie in ihrer Einbindung in die lateinamerikanische Realität begrifflich am besten zu fassen?

In welchem Maße konnte Demokratiegewinn unter Ausschluß und Vermeidung von Revolution bisher realisiert werden und inwiefern haben lateinamerikanische Revolutionen des 20. Jh. einen Beitrag zur Demokratisierung von Gesellschaft und Politik geleistet bzw. blockiert?

Inwiefern bedarf es angesichts der wachsenden globalen Gefährdungen, der Problemlast, vor der die unterentwickelten Länder nach dem offensichtlichen Scheitern einer „nachholenden Modernisierung“ stehen, sowie des immer wieder ins Feld geführten Universalitätsanspruchs der Demokratie einer Neubestimmung bisher westlich geprägter Begrifflichkeit?

Anhand der in den achtziger Jahren begonnenen Diskussion über Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika sollen im folgenden vor allem die unterschiedlichen Standpunkte zum Demokratisierungsprozeß und zum Demokratieverständnis dargestellt, bestimmte Defizite bisher vorliegender komparativer Analysen benannt und einige Betrachtungen zum Verhältnis von Demokratie und Revolution auf dem Subkontinent angestellt werden.

Mit dem Übergang in die neunziger Jahre hatte sich die politische Landkarte Lateinamerikas grundlegend verändert. Wurden im Frühjahr 1978 noch zwölf der zwanzig Staaten der Region von Militärs regiert und galten nur drei (Costa Rica, Venezuela und Kolumbien) als demokratische Regime, so konnten zu Beginn des Jahres 1992 fast alle lateinamerikanischen Republiken das Prädikat „demokratisch“ für sich reklamieren. Diesem allgemeinen Trend entzogen sich bisher lediglich Haiti, wo sich die Militärs nach einem kurzen demokratischen Intermezzo wieder an die Macht geputscht hatten, und das sich nach wie vor als sozialistisch verstehende Kuba. Angesichts dieses optimistischen Bildes scheint es nur zu verständlich, wenn diese Entwicklung als „das wichtigste Ereignis unserer republikanischen Geschichte“ und „einzigartige Gelegenheit..., daß Lateinamerika ein für alle mal den Teufelskreis der Revolutionen und Militärputsche durchbricht, daß unsere Länder den Kampf gegen Armut und Rückständigkeit aufnehmen und ihr Schicksal mit dem Teil der Welt – dem demokratischen Westen – verbinden, dem sie seit der Ankunft von Kolumbus angehören“ (M. Vargas Llosa)<sup>4</sup>, bejubelt wird.

Andere Autoren schätzen den Demokratisierungsprozeß wesentlich skeptischer ein. Für sie stellt sich in Anbetracht der wechselvollen politischen Entwicklung im 20. Jh. vielmehr die Frage, inwiefern mit der jüngsten Demokratisierungswelle tatsächlich der Zyklus Demokratie – Diktatur durchbrochen werden konnte und ob ihr nicht wiederum Militärputsche und –diktaturen folgen werden.<sup>5</sup>

Diese Annahme hat mit dem Putschversuch vom 4. Februar dieses Jahres in Venezuela, das bisher als eine der stabilsten und sichersten Demokratien Latein-

amerikas galt, und den jüngsten Ereignissen in Peru noch an Wahrscheinlichkeit gewonnen. Wieder andere sehen den gegenwärtigen Demokratisierungsprozeß in eine ökonomische, politische und gesellschaftliche Transformation eingebunden, die in ihrer historischen Wirkung und geographischen Ausdehnung nur mit der der dreißiger Jahre verglichen werden kann.<sup>6</sup> Aber spätestens seit Beginn der politischen und gesellschaftlichen Umbrüche in Ost- und Zentraleuropa ist nicht mehr zu übersehen, daß die Demokratisierung in Lateinamerika nicht allein aus dem regionalen Umfeld beleuchtet werden kann.<sup>7</sup> Bereits vor diesen Ereignissen wurden die lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse der achtziger Jahre gemeinsam mit denen in Spanien, Portugal und Griechenland in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zur vierten Welle eines globalen Demokratisierungsprozesses gerechnet, der seinen Ausgangspunkt in den politischen Kämpfen des 17. Jh. in England, Skandinavien, Holland und später auch den USA hatte.<sup>8</sup>

Die angedeutete Spannweite der Diskussion um die historische Einordnung des lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesses resultiert aus unterschiedlichen Standpunkten zu drei zentralen Problemfeldern: den Bewertungsmaßstäben und Definitionskriterien für Demokratie, den Wegen und Etappen der Demokratisierung, der Bewertung der Ergebnisse und Perspektiven des Prozesses.

Zuerstgenannten Problembereich lassen sich grob fünf Standpunkte ausmachen, die sich inhaltlich zwischen zwei Polen einordnen lassen: der normativ gesetzten Forderung nach möglichst großer Annäherung an die Standards der liberalen westlichen Demokratie einerseits und andererseits der funktional abgeleiteten Forderung, daß sich Demokratie in Lateinamerika (wie in den unterentwickelten Ländern insgesamt) daran messen lassen muß, inwiefern sie den dortigen gesellschaftlichen Realitäten entspricht und welchen Beitrag sie zur Überwindung der Unterentwicklung zu leisten vermag.

Die hier vorgenommene Einteilung und die Zuordnung der einzelnen Autoren beziehen sich auf grundlegende Übereinstimmungen in für das jeweilige Demokratieverständnis wesentlichen Punkten, was Dissens in anderen Fragen einschließen kann.

Eine *erste* Gruppe von Autoren<sup>9</sup> folgt strikt dem westlich-liberalen Verständnis von Demokratie. Freie und regelmäßig stattfindende Wahlen, in denen die Staatsbürger aus den miteinander im politischen Wettbewerb stehenden Eliten die Regierung auswählen und über die Zusammensetzung der Legislative entscheiden, sind für sie das entscheidende Kriterium für Demokratie. Nach diesem Verständnis bleibt Demokratie ausschließlich auf den Bereich der Politik begrenzt. „Demokratie ohne Adjektive“ (E. Krauze) und „ohne Bedingungen“ (A. O. Hirschman) lautet die Kurzformel dieses Demokratieverständnisses.

Eine *zweite* Strömung, die sich ebenfalls am liberalen Demokratieverständnis orientiert und die in der Demokratie einen politischen Regimetyt, nicht aber eine

universelle Gesellschaftskonzeption sieht, setzt die Maßlatte bei der Bewertung der demokratischen Qualität eines politischen Regimes höher an, als dies bei der ersten der Fall ist. Unterordnung der Regierten wie der Regierenden unter das Gesetz, die Freiheit, sich zu organisieren, um am friedlichen Wettbewerb um die Macht teilnehmen zu können, die Partizipation aller Staatsbürger an politischen Auswahlverfahren werden als Grund- und Minimalbedingungen jeder Art von Demokratie benannt.<sup>10</sup> Außerdem werden jedoch die zivile Kontrolle der Streitkräfte und die Respektierung der fundamentalen Menschenrechte als konstituierende Merkmale von Demokratie eingefordert (A. Touraine, S. 268, T. L. Karl, S. 214/15). Es wird anerkannt, daß Demokratie an bestimmte gesellschaftliche Bedingungen, so die Existenz einer politischen oder Zivilgesellschaft, unabhängig vom Staat und als Ort des Ausgleichs zwischen staatlichen und privaten Interessen, gebunden ist (A. Touraine, S. 261/62) und langfristig soziale Gerechtigkeit erfordert (T. L. Karl, S. 214/15).

Vertreter dieser Auffassung gehen ferner davon aus, daß politische Prozesse und gesellschaftliche Strukturen miteinander in Zusammenhang stehen und demzufolge die Konsolidierung demokratischer Verhältnisse in gewissem Maße der Absicherungen durch wirtschaftliche und soziale Reformen bedarf.

Neben den erstgenannten Konzepten ist als ein *drittes* eine spezifisch lateinamerikanische Demokratieauffassung zu nennen.<sup>11</sup> Ihre Anhänger reklamieren mit Verweis auf die zwar in der westlichen Kultur verwurzelte, aber dennoch von der liberal-angelsächsischen zu unterscheidende iberische Traditionslinie eine eigenständige, nicht mit westlich-liberalen Maßstäben zu messende Demokratiekonzeption und -entwicklung, in der demokratische und autoritäre Traditionen einen Kompromiß eingegangen sind. Demokratietheoretische Schlüsselbegriffe wie Volkssouveränität, Partizipation, Volkswille, repräsentative Regierung sowie Demokratie selbst werden entsprechend diesem Verständnis nicht im Lockeschen Sinne, sondern den Vorstellungen Rousseaus folgend interpretiert. Begrenzter Pluralismus, Wahlen, die oft auf eine plebiszitäre Bestätigung des bestehenden Regimes beschränkt sind, die Regierung als Interpret allgemeinen Volkswillens und starke Präsenz korporativer Elemente seien für lateinamerikanische Demokratie kennzeichnend.

Unter Hinweis auf das Fortbestehen und die mögliche Ausweitung der politischen Autonomie der Streitkräfte wird davon ausgegangen, daß die gegenwärtige Demokratisierung zu einer neuen Staatsform führen kann, die sich von den westlichen Demokratien durch ihre starke Durchsetzung mit autoritären Strukturen unterscheidet.<sup>12</sup>

Ebenfalls unter Berufung auf das „totalitäre“ Demokratieverständnis Rousseaus, aber gewissermaßen als linkes Pedant zu Wiarda wird ein *viertes* Konzept vertreten, demzufolge beispielsweise die kubanische Revolution als demokratisch

charakterisiert wird. Diese Auffassung unterscheidet sich damit auch von der anderer Autoren linker Provenienz, die den kubanischen Sozialismus zwar als partizipatorisch und massenmobilisierend, nicht aber als demokratisch ansehen.

Dieses sich selbst als „totalitäre Demokratie der Linken“ bezeichnende Konzept sieht seinen demokratischen Charakter in den humanistischen, auf individuelle Selbstverwirklichung aller Menschen gerichteten Zielen sozialistischer Entwicklung begründet und grenzt sich damit nachdrücklich vom „rechten Totalitarismus“ ab.<sup>13</sup>

Aus einer grundsätzlichen Kritik der politischen und gesellschaftlichen Realität Lateinamerikas leitet eine *fünfte* Strömung ihr radikales Demokratieverständnis ab.<sup>14</sup>

Die prinzipiellen Unterschiede gegenüber den genannten Auffassungen betreffen vor allem folgende Aspekte:

a) Demokratie wird nicht auf ein rein politisches Phänomen reduziert. Zur Begründung wird der in Lateinamerika offensichtliche Widerspruch zwischen formeller politischer Gleichheit und realer ökonomischer und sozialer Ungleichheit, resultierend aus der ungleichen Verteilung von Eigentum und Macht innerhalb der Gesellschaft, angeführt. Die Verfügungsgewalt über ökonomische Ressourcen, die sich in den Händen einer kleinen Minderheit konzentriert, wirke zugleich als politischer Machtfaktor zugunsten dieser Minderheit. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß ein entscheidender Bereich der Gesellschaft, die Wirtschaft, nicht demokratisch, sondern hierarchisch organisiert sei. Reale Demokratie erfordere demzufolge eine Veränderung der Eigentums- und Verteilungsverhältnisse.<sup>15</sup>

b) Das diesem Demokratieverständnis zugrunde liegende Partizipationskonzept reduziert sich nicht auf die Teilnahme an Wahlen, sondern beinhaltet die Mitwirkung der Regierten an allen wichtigen politischen Entscheidungsprozessen sowie die Kontrolle der Regierenden durch die Bevölkerung. „Participacion en el poder“ statt nur „participacion electoral“ lautet die Kurzformel zu diesem zentralen Punkt jedes Demokratiekonzepts (S. 73). Damit verbindet sich die Forderung nach Transparenz sowohl der Entscheidungen der Regierenden als auch der Mechanismen, mittels derer die Staatsbürger selbstbestimmt über die grundlegenden politischen Fragen mitentscheiden können (S. 75). Der wesentliche Unterschied zu den anderen Konzepten, die Demokratie vor allem als Form der Machtausübung von „oben“ zur Herbeiführung von Zustimmung von „unten“ begreifen, liegt darin, daß die Verfechter eines radikal-demokratischen Konzepts für die Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie zu einer „democracia participadora y popular“, einer partizipatorischen Demokratie des Volkes von „unten“, eintreten.

c) Dieses partizipatorische Demokratiekonzept beinhaltet demzufolge nicht nur die Herstellung und Wahrung individueller Bürgerrechte, sondern zielt auf

deren Ergänzung durch soziale, ökonomische und politische Rechte von Klassen und Gruppen der Gesellschaft. Kollektiven Einheiten kommt eine zentrale Rolle als Träger und Gestalter von Demokratie zu.

Grundanliegen partizipatorischer Demokratie sind der Abbau und langfristig die Überwindung der Teilung der Gesellschaft in Regierende und Regierte, wofür tiefgreifende politische und gesellschaftliche Umgestaltungen als notwendig erachtet werden. Die politischen Grundrechte und -freiheiten liberaler Demokratie (Pluralismus, freie Wahlen, Bürger- und Menschenrechte) werden als Ausgangspunkt für die Vertiefung und Erweiterung der Demokratie auf der Grundlage der Selbstorganisation, Autonomie und Machtpartizipation der bisher Subalternen angesehen.

Je nach Standpunkt innerhalb des aufgezeigten Meinungsspektrums fallen Betrachtung und Bewertung des lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesses sowohl insgesamt als auch hinsichtlich des konkreten nationalen Falles unterschiedlich aus. Für diejenigen, die mit der Wahl ziviler Regierungen das Hauptkriterium für die Herstellung von Demokratie erfüllt sehen, bleiben ebenso wie für die Vertreter eines spezifisch lateinamerikanischen Demokratieverständnisses lediglich Haiti und Kuba aus dem Lager der Demokratie ausgeschlossen. Bei dieser Bewertung spielen politische Anonomie und realer Machtanteil der Militärs, Auswirkungen von Bürgerkrieg und Gewalt, die sekundäre Bedeutung von Wahlen sowie nach wie vor lebendige Traditionen und Praktiken oligarchischer Machtausübung in als „demokratisch“ deklarierten Ländern wie Peru, Guatemala, Kolumbien oder El Salvador kaum eine Rolle. Kritiker eines solchen Herangehens werfen zu Recht die Frage auf, was sich in diesen Ländern durch das Abhalten von Wahlen geändert habe.<sup>16</sup> Auch dort, wo der Übergang zur Demokratie vorerst als vollzogen angesehen werden kann und wo die Demokratie bis Anfang der siebziger Jahre als stabil galt (Chile, Uruguay), stellt sich die Frage, inwiefern mit der Herstellung des status quo ante (sofern man überhaupt davon sprechen kann) die weitere demokratische Entwicklung gesichert ist.

Die Vielzahl der Positionen legt nahe, nach Koordinaten zu suchen, mit deren Hilfe eine sachliche Bewertung von Pro und Kontra zu Stand und Perspektiven des Demokratisierungsprozesses möglich wird. Eine solche Möglichkeit bietet sich, indem den Zusammenhängen zwischen den grundlegenden Strukturproblemen lateinamerikanischer Entwicklung – periphere Einbindung in den Weltmarkt und daraus resultierende Abhängigkeiten, Unterentwicklung, innergesellschaftliche Disproportionen, sozialer Problemstau, ethnisch-kulturelle Konflikte – und dem Demokratieproblem nachgegangen wird. Inwiefern sind Defizite, Hindernisse, Besonderheiten, aber auch Chancen lateinamerikanischer Demokratieentwicklung durch die genannten Strukturprobleme bedingt und beeinflusst, welche Konsequen-

zen hat die Entscheidung über Diktatur oder Demokratie für deren Lösung und welcher Typ von Demokratie vermag welchen Beitrag zur Überwindung der lateinamerikanischen Dauerkrise zu leisten?

Bei einer derart komplexen Fragestellung ist eine Antwort in diesem Rahmen schlechterdings unmöglich. Die Verknüpfung des Demokratieproblems mit den allgemeineren Problemen und Widersprüchen lateinamerikanischer Entwicklung kann aber hilfreich sein, um eine erste Bilanz der seit Anfang der achtziger Jahre geführten Demokratiedebatte in und über Lateinamerika zu liefern und dabei auf Defizite und „blinde Flecke“ aufmerksam zu machen.

Verschafft man sich einen ersten Überblick über den „main stream“ der Diskussion,<sup>17</sup> so fällt auf, daß bestimmte Aspekte unterbelichtet sind oder gänzlich ausgespart werden.

Dies beginnt bereits bei der genaueren Bestimmung des Demokratieproblems in Lateinamerika. Obschon im allgemeinen konstatiert wird, daß koloniale Vergangenheit, die Nichtvollendung der Independencia, die Eingliederung in den kapitalistischen Weltmarkt als billige Agrar- und Rohstoffproduzenten und die Abhängigkeit gegenüber Großbritannien und den USA sowie die inneren Disproportionen und Gegensätze der Herausbildung demokratischer Verhältnisse in den lateinamerikanischen Republiken wenig förderlich waren, wird dieser Ansatz oft nicht konsequent genug weiterverfolgt.

Einer zentralen These B. Moores – „ohne Bourgeoisie keine Demokratie“<sup>18</sup> – folgend, wäre zu fragen, wie es um das Verhältnis Bourgeoisie-Demokratie in Lateinamerika bestellt war und ist. Bereits in der Unabhängigkeitsrevolution fehlte die Bourgeoisie als nationale Kraft, und an ihrer Stelle übernahm die kreolische Großgrundbesitzer-Aristokratie die Hegemonie, die dazu ihrerseits in hohem Maße der Armee als einziger nationaler Institution bedurfte. Im weiteren waren Genesis und Formierung der lateinamerikanischen Bourgeoisie dadurch gekennzeichnet, daß sich ihre wirtschaftlich wie politisch dominierenden Fraktionen erst spät und im Rhythmus des vom Weltmarkt bestimmten „Plantagen- und Bergbau-Zyklus“ hauptsächlich aus Großgrundbesitzern, die auf diesem Wege erfolgreich ihr Eigentums- und Herrschaftsmonopol wahren konnten, zu Großkapitalisten entwickelten. Diese oligarchische Herkunft prägt bis heute maßgeblich den sozialen Charakter und die Herrschaftspraktiken dieser Bourgeoisiefractionen. Die Wahrung ihrer Herrschaftsansprüche hatte für sie stets Priorität vor der Entwicklung demokratischer Verhältnisse. Hierin liegt auch die hauptsächlichste Ursache, daß Demokratie in Lateinamerika zuerst und vor allem als „oligarchische Demokratie“ etabliert und praktiziert wurde.<sup>19</sup>

Folglich kann sich die Durchsetzung von Demokratie in Lateinamerika nicht allein auf die Einführung und formale Respektierung von Attributen westlicher Demokratie beschränken, sondern muß zugleich auf die dauerhafte Überwindung

## Demokratisierung in Lateinamerika

des oligarchischen Herrschaftsmonopols gerichtet sein. Nach wie vor sind große Teile der Bevölkerung von der Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen und die reale Macht wird von kleinen abgeschlossenen Zirkeln der „großen und alten Familiencians“ kontrolliert, wofür „democracia del apartheid“ (F. C. Weffort) und „oligarquias compativas“ (R. Dahl) treffende Charakterisierungen sind.<sup>20</sup>

Demokratie bedeutet in Lateinamerika die Überwindung einer Situation, die durch das Primat des Staates gegenüber der Gesellschaft, eine verspätete und unvollständige Nationwerdung unter kreolischer Dominanz, geprägt durch „inneren Kolonialismus“ und einen fragmentarisch ausgebildeten Binnenmarkt, die Beschränkung der nationalen Souveränität und hohes Gewaltpotential gekennzeichnet ist.<sup>21</sup>

Die vorherrschende Fixierung auf die Standards des westlichen Demokratie-modells wird deshalb den Problemen, Hindernissen und Aufgaben, vor denen die Demokratie in Lateinamerika steht, nicht gerecht.

Auch die Diskussion zum Problem des Übergangs vom Autoritarismus zur Demokratie zeichnet sich durch eine gewisse Einseitigkeit aus. Neben der Variante des evolutionären Übergangs werden Revolution und Zusammenbruch im Ergebnis verlorener Kriege als Grundtypen des Übergangs zur Demokratie anerkannt.<sup>22</sup> Einige Autoren bemühen sich um eine weitere Ausdifferenzierung dieses Grundschemas. A. Stepan kommt durch den Vergleich der europäischen und lateinamerikanischen Erfahrungen (bis Mitte der achtziger Jahre) allein auf acht Übergangsmodelle: innere Restauration nach Wiedereroberung von außen, innere Neuformierung, von außen kontrollierte Installierung demokratischer Strukturen, aus dem autoritären Regime selbst heraus initiierte Redemokratisierung, Entzug der Unterstützung des Regimes seitens der Gesellschaft, Parteienpakt, von demokratischen Reformparteien organisierte Revolte und von Marxisten geführter revolutionärer Krieg.<sup>23</sup>

Es ist jedoch kennzeichnend für den generellen Trend der Diskussion, daß nichtrevolutionäre Übergänge im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, während gegenüber der Möglichkeit, Demokratie auf revolutionärem Wege zu erreichen, allgemeiner Skeptizismus vorherrscht.<sup>24</sup> In dieses Bild fügt sich auch ein, daß sich die Fallbeispiele des Lateinamerika behandelnden zweiten Bandes des Standardwerks von O'Donnell, Schmitter und Whitehead ausdrücklich auf nichtrevolutionäre Übergänge von der autoritären Herrschaft beschränken.<sup>25</sup>

In der vergleichenden Untersuchung lateinamerikanischer Demokratisierungsprozesse dominiert bisher der intraregionale Vergleich. Das Interesse konzentriert sich hierbei vor allem auf die Periodisierung des Demokratisierungsprozesses und die Koalitionen, Strategien und Einflußmöglichkeiten der politischen und sozialen Akteure in den einzelnen Etappen, wobei ein Mehrländervergleich einzelner Akteure (Streitkräfte, Unternehmer- und Interessen-

verbände, oppositionelle Parteien, soziale Bewegungen und äußere Akteure) größtenteils noch aussteht.<sup>26</sup>

Für die Beantwortung der vieldiskutierten Frage nach den allgemeinen Voraussetzungen und Bedingungen für Demokratie sowie nach ihren Perspektiven ist es jedoch unumgänglich, den gegenwärtigen Demokratisierungsprozeß sowohl historisch-vergleichend als auch interregional-vergleichend zu untersuchen. Im historischen Vergleich der Demokratisierungswellen der zwanziger, vierziger, Ende der fünfziger und während der achtziger Jahre fällt auf, daß jede dieser Wellen von Revolutionen mit kontinentaler und internationaler Ausstrahlung begleitet oder eingeleitet wurde: Mexiko 1910-20, Guatemala 1944-54, Bolivien 1952-56, Kuba 1959 und Nikaragua 1979. Diese Verknüpfung von demokratischen und revolutionären Prozessen wie auch die Zyklizität der lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse im 20. Jh. führen zu der Frage, welche tieferen Ursachen dem zugrunde liegen und ob nicht Revolutionen die radikale Variante *innerhalb* der jeweiligen Demokratisierungswelle darstellen.

Ein Vergleich Demokratisierung-Revolution *innerhalb* einer „Welle“ fehlt bisher ebenso wie ein Vergleich der „Wellen“ untereinander. In diesem Zusammenhang wäre ferner nachzudenken, inwiefern Revolutionen als „äußerer Faktor“ gegenüber Demokratisierungsprozessen wirksam wurden.<sup>27</sup>

Erste Versuche, die Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika und in den ehemals sozialistischen Ländern Europas in vergleichender Perspektive zu untersuchen,<sup>28</sup> verweisen auf eine weitere, bisher ebenfalls kaum thematisierte Dimension von Demokratisierungsprozessen, die mit der Bestimmung des Verhältnisses von *Regime- und Systemwechsel*. Während für Osteuropa die enge Verzahnung von politischen und gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozessen evident ist, bleibt der Blickwinkel im lateinamerikanischen Fall zumeist auf die Ebene des politischen Regimewechsels eingeengt. Im wissenschaftlichen und politischen Sprachgebrauch dominiert deshalb nicht zufällig der Begriff „transición“ (Übergang) gegenüber dem der „transformación“.<sup>29</sup>

Wenn mit Blick auf die lateinamerikanische Krisensituation, die durch die Zunahme sozialer Desintegration, Deindustrialisierungsprozesse, eine außerordentliche Krise der Macht, allgemeinen Degenerationserscheinungen, dem „Verlust des Platzes in der Welt“ charakterisiert wird, von einer „ausgeprägten vorrevolutionären Situation ohne Revolution und ohne Revolutionäre“<sup>30</sup> die Rede ist und für eine Reihe von Ländern diagnostiziert wird, daß sie am Rande des nationalen Zerfalls stehen (Peru, Bolivien, Ecuador), liegt es in der Konsequenz dieses Ansatzes, Grundlagen, Aufgaben, Ziele und Perspektiven des Demokratisierungsprozesses im Kontext mit Lösungsstrategien für die Überwindung dieser Krise zu diskutieren. Allerdings fallen die Ergebnisse in dieser Hinsicht eher bescheiden aus. Je nach Diagnose – Krise der Nation, des Staates oder nur einzelner

Institutionen und Bereiche – werden ein bestimmter Typus des politischen Wandels und dementsprechende Abkommen (konstitutiver Pakt zwischen Ethnien, Regionen und Klassen, neue Abkommen zur Reform des Staates, „einfache“ politische Abkommen und Konzertationen) „verordnet“, um die künftige Demokratie dauerhaft zu stabilisieren und zu legitimieren.<sup>31</sup> Inwiefern dazu aber auch oder vor allem weitergehende Veränderungen wie Machtteilhabe der Subalternen, Eingriffe in die Eigentumsordnung, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, gerechtere Weltwirtschaftsbeziehungen erforderlich sind, bleibt dabei ausgespart.

Ohne diese „erweiterte“ Sicht auf das Demokratieproblem läßt sich jedoch die eingangs zitierte These Lechners, wonach im heutigen Lateinamerika Demokratie die grundlegende Alternative zur Revolution sei, kaum auf ihren Realitätsgehalt hin überprüfen. Bei diesem Vorhaben sind zumindest drei Ebenen des Vergleichs zwischen Revolution und Demokratie zu beachten: erstens die jeweils am *eigenen* Anspruch zu messende Bilanz der Ergebnisse von Demokratisierung bzw. Revolution, zweitens ein Vergleich der Ergebnisse beider in Bezug *zueinander*, und drittens der Vergleich der erbrachten oder zu erbringenden *Transformationsleistung* zur schrittweisen Überwindung der lateinamerikanischen und globalen Krisensituation.

Ausgehend vom allgemein vorherrschenden Verständnis beansprucht Demokratie zunächst, Alternative zur Diktatur zu sein. Inwiefern im Ergebnis der jüngsten Demokratisierungswelle die Gefahr der Rückkehr zur Diktatur dauerhaft gebannt oder gar die These von der „Diktatur als Staatsmodell für die Dritte Welt“ widerlegt ist, wird wohl erst in Zukunft beantwortbar sein. Der historische Rückblick gibt ebensowenig wie die aktuellen Ereignisse in Venezuela (Putschversuch von Teilen der Armee Anfang Februar) und Peru (kalter Staatsstreich des gewählten Präsidenten Fujimori mit Unterstützung der Armee im April) Anlaß für eine Bejahung dieser Frage.

Entscheidend dafür, welchen Zukunftsaussichten Demokratie auf dem lateinamerikanischen Subkontinent hat, sind der Stabilitätsgrad und die Qualität des demokratischen Prozesses. In den wenigen Ländern, die die diktatorische Welle 1964-75 als demokratische Ausnahme überstanden hatten, sind entweder Sonderbedingungen (Erdölgewinne in Venezuela; Abschaffung der Armee und spezifische Rolle des Staates in Costa Rica) oder die Begrenzung der Demokratie bei gleichzeitiger Fortdauer gewaltsam ausgetragener sozialer und politischer Konflikte und zunehmender Militarisierung der Gesellschaft (Kolumbien)<sup>33</sup> bestimmend für die demokratische Kontinuität gewesen. Mexiko, das sich ebenfalls durch einen hohen Grad politischer Stabilität auszeichnet, gilt trotz der dauerhaften

Ausschaltung der Armee als innenpolitischer Machtfaktor als nichtdemokratisch. In anderen Ländern, die lange Zeit Muster demokratischer Entwicklung auf dem Subkontinent waren (Chile, Uruguay)<sup>34</sup>, ergriffen die Militärs in der ersten Hälfte der siebziger Jahre die Macht und opferten die Demokratie im „Interesse der nationalen Sicherheit“. Gerade Entwicklung und Sturz der chilenischen Demokratie haben den Widerspruch offengelegt, in dem sich ein stark „verwestlichtes“ politisches System gegenüber einer typischen „Dritte-Welt-Ökonomie“ befindet. Die aus Unterentwicklung und Abhängigkeit resultierenden Probleme führen unter politischen Konditionen, die denen westlicher Industrieländer weitgehend entsprechen, sich aber in einer völlig anderen gesellschaftlichen Gesamtsituation „bewähren“ müssen, zur politischen Polarisation. Der Kontrast zwischen politischer Freiheit und ökonomischer und sozialer Ungleichheit waren zu groß und die politischen Gegner waren zu gut organisiert, als daß sich die angestauten Probleme innerhalb der bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse regeln ließen. Der Versuch, ihrer Lösung durch ein Mehr an politischer Demokratie, ökonomischer Unabhängigkeit und sozialer Gerechtigkeit näherzukommen, scheiterte am blütigen Widerstand der sich dadurch bedroht fühlenden „upper class“, die lieber ganz auf die Demokratie als auf einen Teil ihrer Privilegien verzichtete.<sup>35</sup>

Inwiefern sich die jüngsten Demokratisierungsprozesse auf stabileren Grundlagen und unter günstigeren Rahmenbedingungen als denen ihrer historischen Vorgänger vollziehen, kann beim jetzigen Stand schwer abgeschätzt werden. Aber gerade der evolutionäre Übergang zur Demokratie, ein Übergang „ohne mobilisierte Gewalt und dramatische Diskontinuität“ und deshalb „wünschenswert“<sup>36</sup>, hat zu einer Art „pacted democracy“ (paktierter und „eingefroster“ Demokratie) geführt, die aufgrund ihrer strukturellen Schwächen dem, was während des Übergangs für die Demokratie günstig schien, eine gegenteilige Wirkung verleiht. Der hohe Grad an Kontinuität beim Regimewechsel als Resultante der Kompromiß- und Vermeidungsstrategie der Gemäßigten beider Seiten (der Befürworter und der Gegner des Regimes) schwächt den antidiktatorischen Impetus der Demokratiebewegung erheblich ab und garantiert den Anhängern des „Ancien Régime“ die Verfügungsgewalt über wichtige Schalthebel der Macht (Streitkräfte, Sicherheitsapparat, Spitzen der staatlichen Bürokratie). Hier gerät der antidiktatorische Anspruch liberaler Demokratie in Widerspruch zum selbstgesteckten Ziel der Revolutionsvermeidung und wird im Konfliktfall auch bereitwillig zurückgeschraubt.<sup>37</sup> Von demokratischen Eingriffen ausdrücklich ausgenommen bleiben die Rolle und innere Struktur der Streitkräfte sowie die Eigentumsrechte der Besitzenden, die oftmals aktive Befürworter und Nutznießer der Militärdiktatur waren. Während Träger und Stützen des alten Regimes weiter über wichtige Institutionen und Ressourcen verfügen, werden bzw. bleiben die an der Überwindung der Diktatur oft maßgeblich beteiligten Volksmassen im Ergeb-

nis der allein zwischen den Eliten ausgehandelten Abkommen und Kompromisse weitgehend demobilisiert und politisch marginalisiert. Damit basiert die Demokratie auf einem äußerst labilen Kräfteverhältnis, so daß einem Rückfall in die Diktatur gegebenenfalls kaum etwas entgegenzusetzen ist. Insgesamt bleibt sie in ihrer Breiten- und Tiefenwirkung stark begrenzt und umkehrbar.<sup>38</sup>

Während der gegenwärtige Demokratisierungsprozeß, dem liberalen Demokratieverständnis folgend, auf die Herstellung politischer Grundrechte und die Sicherung freier Wahlen gerichtet ist und von daher – mittels antidiktatorischer Ausrichtung – das Demokratieproblem in Lateinamerika zu lösen versucht, gestaltet sich die Bewertung des demokratischen Gehalts revolutionärer Prozesse weitaus komplizierter. Dazu eine kurze Vorbemerkung: Revolutionen sind kein rein politisches Phänomen, sondern von vornherein auf tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Veränderungen gerichtet. Politische Demokratie kann deshalb nur ein, wenn auch wesentliches Moment revolutionärer Prozesse sein. Revolutionen können also nicht generell als Kontrapart von Demokratie angesehen werden, auch wenn sie oft von diktatorischer Machtausübung und Gewaltanwendung begleitet werden oder darin enden. Für lateinamerikanische Revolutionen<sup>39</sup> seien hier nur kurz einige Aspekte des Verhältnisses von Revolution und Demokratie angeführt, um zu einer näheren Beschäftigung mit dieser oft unterbewerteten Problematik anzuregen.

Fast sämtliche lateinamerikanische Revolutionen begannen als antidiktatorische Bewegungen und erreichten bereits in ihrer Anfangsphase den Sturz zum Teil langjähriger Diktaturen (Díaz in Mexiko, die Herrschaft der Rosca in Bolivien, Ubico in Guatemala, Batista in Kuba, Somoza in Nicaragua).

Sie alle waren auf den Bruch des Machtmonopols der Oligarchien der jeweiligen Länder gerichtet, was am konsequentesten in Kuba gelang. In Guatemala fand nach der Niederlage der Revolution eine Restauration oligarchischer Macht statt. In Mexiko und Bolivien wurde die alte Oligarchie politisch zwar entmachtet, konnte sich aber ihre ökonomischen Machtgrundlagen zum Teil erhalten. In diesen beiden Ländern etablierte sich eine „neue Bourgeoisie“, die schon bald das Herrschaftsmonopol ihrer Vorgänger durch ihr eigenes ersetzte. Wie auch die Erfahrungen anderer Länder (Costa Rica, Venezuela) gezeigt haben, bildet der Bruch des Herrschaftsmonopols der Oligarchie bzw. der mit ihr liierten oder aus ihr hervorgegangenen Teile der Bourgeoisie eine notwendige, wenn auch keineswegs hinreichende Bedingung für die Durchsetzung demokratischer Verhältnisse. Dort, wo dies nicht (Kolumbien) oder spät (Peru 1968) geschah, blieb die Demokratie begrenzt (*democracia restringida* mit fließenden Übergängen zur autoritären Herrschaft wie in Kolumbien) oder äußerst instabil und gefährdet (wie in Peru). Dort, wo die politische Entmachtung nicht mit sozialökonomischen Veränderungen vor allem im Agrarsektor einherging, konnte sich die Oligarchie auf moder-

nerer Basis regenerieren, meist durch Verschmelzung mit aufgestiegenen Teilen der „neuen Bourgeoisie“.

Die lateinamerikanischen Revolutionen waren – in unterschiedlichem Maße – Ausdruck und Ergebnis der unmittelbaren politischen Intervention breiter Volksschichten. Dabei gab es Versuche demokratischer Machtausübung oder -teilhabe durch die mobilisierten Massen (poder popular, befreite Zonen). Entscheidend für Erfolg und Dauer der Partizipation der Subalternen an der Macht waren der Grad ihrer Selbstorganisation und ihr Verhältnis zum Hegemon der Revolution. Unter bourgeois Hegemonie gelangen Versuche einer Demokratie von unten höchstens temporär auf lokaler und regionaler Ebene (Zapata in Mexiko). In sozialistisch oder national orientierten Revolutionen unter der politischen Führung von Avantgardeorganisationen (Kuba, Nicaragua, El Salvador) hatten Versuche der Selbstregierung der Massen mehr Spielraum, der aber dort, wo die Revolution bereits in ihre Institutionalisierungs- und Konsolidierungsphase getreten war (Kuba) wieder eingeschränkt wurde, ohne aber gänzlich zu verschwinden. Äußerer Druck, Verlauf der Revolution als Bürger- oder Befreiungskrieg sowie Zentralisierungsbestrebungen der Revolutionsführung be- oder verhinderten die Fortführung der „Demokratisierung von unten“.

Ausgesprochen widersprüchlich gestaltet sich das Verhältnis von Revolution und liberaler Demokratie. Dort, wo Revolutionen ausbrachen, gab es (mit Ausnahme Chiles 1970-73) kaum demokratische Traditionen, und die formal praktizierten demokratischen Verfahren waren zur Farce verkommen. Demokratie verstand sich in diesen Fällen von Anbeginn als revolutionäre Demokratie und auf die Herstellung sozialer Gleichheit orientiert (Kuba), wurde dem Führungsanspruch der bürgerlichen Revolutionselite geopfert (Mexiko), ging mit der Revolution unter (Guatemala) oder scheiterte mit ihr (Bolivien). Ein historisches Novum in dieser Frage stellt zweifellos die nikaraguanische Entwicklung seit 1979 dar. Hier verflochten und komplizieren sich – ausgehend von einer erfolgreichen politischen Revolution – alle Etappen und Aspekte demokratischer Entwicklung: antidiktatorische und antioligarchische Stoßrichtung der Revolution, Elemente partizipatorischer Demokratie von unten und die schrittweise Etablierung liberal-demokratischer Verhältnisse.

Das nikaraguanische Beispiel belegt, daß unter bestimmten inneren und äußeren Bedingungen eine revolutionäre Machtergreifung den Beginn eines Demokratisierungsprozesse bilden kann, in dessen Verlauf sich neben Elementen und Ansätzen partizipatorischer Demokratie von unten auch Strukturen liberaler Demokratie durchsetzen können. Ob Nicaragua in dieser Hinsicht historisches Unikat in Lateinamerika bleibt oder Vorbote einer neuartigen Synthese von Demokratie und Revolution werden könnte, wird die Zukunft zeigen müssen.

Bisher jedenfalls sind langjährige Revolutionen mit hohem emanzipatorischen Anspruch (Kuba) an der umfassenden und grundsätzlichen Lösung des Demokratieproblems gescheitert. Der demokratische Impuls aus der antidiktatorischen und antioligarchischen Zielrichtung der Revolution sowie die politische Organisation und Mobilisierung der Bevölkerung in Verbindung mit der Durchsetzung größerer sozialer Gerechtigkeit waren dafür nicht stark genug und vermochten den Mangel an demokratischen Grundrechten (freie Wahlen, Pluralismus, demokratische Kontrolle der obersten Machtorgane) nicht zu kompensieren.

Andererseits fällt auch die Bilanz der Demokratie in Lateinamerika negativ aus. Ihrer umfassenden Durchsetzung sind eindeutige Grenzen gesetzt – markiert durch die Interessen der ökonomisch Mächtigen des Landes und durch die Unterordnung der nationalen Interessen unter die Belange der Industrieländer. Solange politische Demokratie nicht mit Strukturreformen einhergeht und die Teilhabe der Subalternen an der Macht einschließt, bleibt sie instabil und begrenzt. Angesichts der in Lateinamerika dominanten Macht- und Eigentumsverhältnisse steht Demokratie vor der Wahl, die ihr gezogenen Grenzen anzuerkennen, weiter im Spannungsverhältnis zu ihren sozioökonomischen Grundlagen zu verbleiben, ausgehöhlt, destabilisiert und schließlich durch die nächste Diktatur hinweggefegt zu werden oder die offene Auseinandersetzung mit ihren Gegnern zu suchen. Demokratisierung kann demzufolge nicht auf den Übergang von einem politischen Regime zu einem anderen reduziert werden, sondern muß als gesellschaftlicher Transformationsprozeß begriffen werden. Um einen Ausweg aus der lateinamerikanischen Dauerkrise finden und beschreiten zu können, bedarf es einer Transformationsleistung, die sich nicht auf die Einführung demokratischer Grundrechte und -werte beschränkt, sondern diese durch effektive Kontrolle der Streitkräfte, Herstellung größerer sozialer Gerechtigkeit, Beseitigung von politischen und ökonomischen Monopolen, Möglichkeiten der Selbstorganisation und der politischen Selbstbestimmung der Bevölkerung untersetzt und erweitert. Ansonsten verkümmert Demokratisierung zur Modernisierung und Reorganisation bestehender politischer Strukturen, die lediglich der Eindämmung und Kanalisierung sozialer Spannungen soll.<sup>40</sup>

Nicht Demokratie statt Revolution, sondern die Zusammenführung der durch Revolution realisierten Transformationsleistung mit politischem Freiheitsanspruch von Demokratie zu einem neuartigen Typ von Transformation bietet die Chance, bei der Bewältigung der lateinamerikanischen und globalen Krise einen Schritt vorwärts zu tun.

1 Vgl. B. Moore, *Social origins of dictatorship and democracy*, Boston 1966.

2 N. Lechner, *The search for lost community: challenges to democracy in Latin America*, in: *International Social Science Journal (ISSJ)*, Nr. 129 (1991), S. 543.

- 3 Unter Transformation wird hier ein zielgerichteter Wandel verstanden, der eingeleitet wird, um die Gesellschaft insgesamt oder einzelne ihrer Bereiche und Strukturen in signifikanter Weise dergestalt zu verändern, daß strukturbedingte Entwicklungshemmnisse und Problemstaus zumindest partiell beseitigt und ein Emanzipationsgewinn v.a. für die Subalternen realisiert werden kann.
- 4 FAZ vom 14.3.1992.
- 5 Vgl. dazu in: J. Malloy/ A. M. Seligson (Hrsg.), *Authoritarians and Democrats. Regime transition in Latin America*, Pittsburgh 1987 die Beiträge der Herausgeber.
- 6 Vgl. N. Lechner, a.a.O., S. 544.
- 7 Vgl. J. Rial, *Transitions in Latin America in the threshold of the 1990s*, in: ISSJ, Nr.128 (1991), S. 285-87, 294.
- 8 Vgl. dazu die Diskussion mit Robert Dahl in: *Opciones*, Santiago, Nr.8 (1986), S. 22f. Als zweite und dritte Welle werden hier die Demokratisierungsprozesse nach dem ersten und zweiten Weltkrieg genannt.
- 9 Zu dieser Gruppe zählen unter anderem E. Krauze, O. Paz, M. Vargas Llosa und A. O. Hirschman.
- 10 Zu dieser zahlenmäßig starken und einflußreichen Strömung zählen A. Touraine, N. Lechner, F. C. Weffort, F. H. Cardoso und T. L. Karl. Eine zusammenfassende Argumentation zu diesen Positionen findet sich bei: A. Touraine, *What does democracy mean today?* in: ISSJ, Nr.128 (1991), S. 259-268 und T. L. Karl, *Dilemas de la democratización en América Latina*, in: J. Cotler (Hrsg.), *Estrategias para el desarrollo de la democracia en el Perú y América Latina* (Angaben im Text beziehen sich auf diese beiden Quellen) sowie bei F. C. Weffort, *Por que democracia?* Sao Paulo 1984, bes. S. 55ff. Zu weiteren Literaturhinweisen und kritischen Einwänden vgl. A. Cueva, *Las democracias restringidas de América Latina*, Quito 1988, S. 33ff.
- 11 Vgl. dazu besonders H. J. Wiarda, *The democratic revolution in América Latina. History, politics and U.S. policy*, New York/London 1990, v.a. S. XIX, 121, 233f.
- 12 Vgl. A. Varas (Hrsg.), *Democracy under siege. New military power in Latin America*, New York/London 1989, S.12.
- 13 Vgl. M. Azieri, *Twenty-six years of Cuban revolutionary politics: an appraisal*, in: S. Jonas/ N. Stein (Hrsg.), *Democracy in Latin America. Visions and realities*, New York/ Westpoint/ London 1990, S. 150-52. Dort findet sich auch ein Verweis zu den kritischen Einwänden von Petras und Morley zu dieser Position.
- 14 Vertreter dieser Strömung sind S. Amin, A. Cueva, F. Hinkelammert, S. Jonas, J. Nef, J. Petras. Vgl. dazu S. Amin, *El problema de la democracia en el tercer mundo contemporáneo*, in: *Nueva Sociedad*, Caracas 1991, Nr. 122, S. 24-39; A. Cueva, a.a.O., die Seitenangaben im Text beziehen sich auf diesen Titel; F. Hinkelammert, *Democracia y totalitarismo*, San José 1987; S. Jonas/ N. Stein (Hrsg.), a.a.O., die Beiträge der Herausgeberinnen; J. Nef, *Redemocratization in Latin America or the modernization of the status quo*, in: *North-South*, Quebec, Nr. 11 (1986), S. 43-55.
- 15 Vgl. zu diesem Punkt bes. die Argumentation von Robert Dahl, zusammengefaßt in: *Capitalismo, Socialismo y democracia*, in: *Opciones*, a.a.O., S. 13-15.
- 16 Vgl. F. Hinkelammert, a.a.O., S. 211ff.
- 17 Außer bereits zitierten Arbeiten sind v.a. folgende Titel repräsentativ für die Demokratiedebatte in und zu Lateinamerika (teilweise im Vergleich mit Süd-, seltener mit Osteuropa); E. Baloyra (Hrsg.), *Comparing new democracies*, Boulder 1987; G. F. Calderon/ M. Dos Santos (Hrsg.), *Hacia un nuevo orden estatal en América Latina*, Buenos Aires 1988/89 (8 Bde.); L. Diamond/ J. J. Linz/ S. M. Lipset, *Democracy in Developing Countries*, Boulder 1988 (4 Bde.); W. Drake/ E. Silva (Hrsg.), *Elections and democratization in Latin America, 1980-1985*, San Diego 1986; T. L. Karl/ Ph. Schmitter, *Modes of transition in Latin America, Southern and Eastern Europe*, in: ISSJ, Nr. 128 (1991), S. 269-284; M. Mols, *Demokratie in Lateinamerika*, Stuttgart u.a. 1985; D. Nohlon/ A. Solari (Hrsg.), *Reforma política y consolidación democrática*, Caracas 1988; D. Nohlon/ M. Fernandez/ A. van Klaveren (Hrsg.), *Demokratie und Außenpolitik in Lateinamerika*, Opladen 1991; G. O'Donnell/ Ph. Schmitter/ L. Whitehead (Hrsg.), *Transition from Authoritarian Rule*, Baltimore 1986 (4 Bde.); A. Rouquie/ B.

## Demokratisierung in Lateinamerika

- Lamounier/ J. Schvarzer, *Como renacem as democracias*, Sao Paulo 1985; A. Varas (Hrsg.), *Transicion a la democracia*, Santiago 1985.
- 18 Vgl. B. Moort, a.a.O., S. 418f., 423-25.
- 19 Vgl. *La grande illusione delle oligarchie: stato e societa in America Latina 1850-1930*, Turin 1982 (auch in spanisch erschienen).
- 20 Vgl. F. C. Weffort, *La America equivocada. Apuntes sobre la democracia y la modernidad en la crisis de America Latina*, in: J. Collier (Hrsg.), a.a.O., bes. S. 59ff.
- 21 Vgl. dazu M. Mols, a.a.O., S.37f.; M. Kossok, *Revolution and Nationwerdung in Spanisch-Amerika*, in: *Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung* (LBR), H. 14 (1986), S. 7-27.
- 22 Vgl. Diskussion mit R. Dahl, in: *Opciones*, a.a.O., S. 26.
- 23 Vgl. Beitrag von A. Stepan in Bd. 3 von G. O'Donnell/ Ph. Schmitter/ L. Whitehead (Hrsg.), *Transition from Authoritarian Rule*, a.a.O.
- 24 Vgl. J. Nef, *The trend toward democratization and redemocratization in Latin America: Shadows and substance*, in: *Latin American Research Review* (LARR), Albuquerque, N.M., 23 (1988) 3, S. 146.
- 25 Vgl. Einleitung von Schmitter/ O'Donnell zum zweiten Bd. von „Transition from...“, S. 10.
- 26 Vgl. Ch. Gillespie, *From authoritarian crises to democratic transition*, in: LARR, a.a.O., 22 (1987) 3, S. 181.
- 27 An dieser Stelle sei darauf verwiesen, daß die Bedeutung des äußeren Faktors für die gegenwärtigen Demokratisierungsprozesse zumeist unbeachtet bleibt, vgl. J. Rial, a.a.O., S. 287.
- 28 Vgl. T. L. Karl/ Ph. Schmitter, a.a.O.
- 29 Vgl. zu Bestimmung und Gebrauch beider Begriffe L. A. Padilla, *Guatemala - transicion a la democracia*, in: *Estudios Sociales Centroamericanos*, San Jose, Nr. 47 (1988), S 37-41.
- 30 Zitat von O'Donnell bei F. C. Weffort, *La America equivocada...*, a.a.O., S.40. Zur Charakterisierung der Krise vgl. den gesamten Beitrag S. 25-67.
- 31 Vgl. J. F. Prud'homme/ M. Puchet Anyul, *Enfoques de la transicion a la democracia en America Latina. Revision polemica y analitica de alguna bibliografia*, in: *Revista Sociologia Mexicana*, Mexico, 51 (1989) 4, S. 270-75.
- 33 Vgl. zu den drei genannten Ländern: T. L. Karl, *Petroleum and political pacts: transition to democracy in Venezuela*, in: LARR, a.a.O., 22 (1987) 1, S. 63-94; D. L. Herman (Hrsg.), *Democracy in Latin America: Columbia and Venezuela*, New York/ London 1988; J. A. Peeler, *Latin American democracies: Columbia, Costa Rica, Venezuela*, Chapel Hill/ London 1985; A. Wilson, *Coffee and democracy in modern Costa Rica*, London 1989.
- 34 Vgl. zur Typologie politischer Systeme in Lateinamerika C. Huneeus/ D. Nohlen, *Sistemas politicos en America Latina. Una introduccion a sus analisis*, in: *Cuadernos hispanoamericanos*, Madrid 1982, Nr. 390, S. 499-516.
- 35 Vgl. P. W. Drake, *The buyant bourgeoisie of Chile*, in: LAAR, a.a.O., 21 (1986) 2, S. 166f. sowie I. Bustos, *Die Verfassung der Diktatur. Die Entwicklung der Grundrechte in Chile*, Berlin-West 1987, S. 20-157.
- 36 O'Donnell/Schmitter in Bd. 4, S. 11 von „Transition from...“.
- 37 Vgl. T. L. Karl, *Petroleum...*, a.a.O., S. 86-89. Sie belegt diese Einschätzung am Beispiel Venezuelas.
- 38 Vgl. ebenda sowie O'Donnell/Schmitter in Bd.4, S. 62 und 69 von „Transition from...“.
- 39 Vgl. zu den folgenden Bemerkungen folgende Titel zu lateinamerikanischen Revolutionen: *Hegemonic und Bündnis in Revolutionen Lateinamerikas: Bolivien - Guatemala - Nicaragua - El Salvador*, LBR 1984, H. 9 (unter Leitung von J. Kübler); H.-J. Puhle, „Revolution“ von oben und Revolution von unten in Lateinamerika. Fragen zum Vergleich politischer Stabilisierungsprozesse im 20. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2 (1986) 2, S. 143-159; I. Roxborough, *Unity and Diversity in Latin American history*, in: *Journal of Latin American Studies*, Vol. II (1984) part 1, S. 1-26; zu *Mexiko*: M. Mols, *Mexiko im 20. Jahrhundert*, Paderborn u.a. 1981; W. Tobler, *Die mexikanische Revolution. Gesellschaftlicher Wandel und politischer Umbruch 1876-1940*, Frankfurt/M. 1984; J. Womack, *Zapata and the Mexican Revolution*, New York 1968; zu *Guatemala*: P. Gärtner, *Charakter und*

Etappen der guatemaltekischen Revolution 1944-54, phil. Diss., Leipzig 1987; S. Jonas/ D. Tobis (Hrsg.), Guatemala, New York 1974; zu *Bolivien*: H. Klein, Origenes de la Revolucion Nacional Boliviana, La Paz 1968; J. M. Malloy, Bolivia. The uncompleted Revolution, Pittsburgh 1970; H.-J. Puhle, Tradition und Reformpolitik in Bolivien; zu *Kuba*: Halebsky/Kirk (Hrsg.), Cuba: Twenty-five years of Revolution 1959-1984 ; zu *Nikaragua*: E. Baumeister, Democratizacion y modernizacion del Estado, Nicaragua 1979-1986, in: Hacia un nuevo orden estatal, a.a.O., Bd. 1, S. 255-316; S. Jonas/ N. Stein, The construction of democracy in Nicaragua, in: diess., Democracy in Latin America..., a.a.O.; M. Krennerich/ St. Weyers, Die internationalen Determinanten der Demokratisierung in Nicaragua, in: D. Nohlen/ M. Fernandez/ A. van Klaveren (Hrsg.), Demokratie und Außenpolitik ..., a.a.O., S. 139-176.

40 Vgl. J. Nef, Redemocratization..., a.a.O.

## **Afrika im Labyrinth der Demokratisierung: Postkoloniale Regime zwischen bürokratischer Anpassung und Wandel zu liberalem Pluralismus**

Eine Metapher von 1960 aufgreifend, spricht man heute im Hinblick auf die politischen Veränderungen in Afrika südlich der Sahara vom Wind des Wandels.<sup>1</sup> Diese „winds of change“ erhoben sich am Ende der achtziger Jahre unter völlig anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen als drei Jahrzehnte zuvor. Sie stehen nicht so eindeutig im Zeichen eines allgemeinen gesellschaftlichen Aufbruchs, der in jenen Jahren große Teile dieser ehemaligen Kolonialregion erfaßte. Während sie damals das erwachende nationale Selbstbewußtsein der in Bewegung geratenen sozialen Kräfte und den revolutionären Antikolonialismus der führenden politischen Akteure anzeigten, stehen sie heute im Zusammenhang mit einer ungemein verschärften, gesellschaftlich komplexen „afrikanischen Krise“.<sup>2</sup> Sie erwachten diesmal mit dem Ende eines weltpolitischen Zeitalters, das von bipolaren Systemauseinandersetzungen und imperialen bzw. neokolonialen Globalstrategien geprägt war, genauer gesagt, mit dem Raumgreifen einer neuen Entspannungspolitik und dem „neuen Denken“, die diesen weltgeschichtlichen Bruch einleiteten. Damit folgt der gesellschaftliche Wandel in Afrika nicht nur der Logik von sich schon länger anbahnenden, aus der Krise geborenen inneren sozialen Widerspruchskonstellationen, sondern auch den Zwängen neuer internationaler Ordnungsprinzipien.

Die Pluralisierung dieser Metapher ist angebracht, denn es ist kein gleichmäßiger Strom, der die politische Landschaft dieser Region durchstreift und nach und nach verändert. Er bricht sich vielmehr an den Klippen politischer Repression, überwindet nur schwer die Verwerfungen bürokratischer Herrschaft, stößt auf die Barrieren sozialer Widersprüche und divergierender, klientelistischer Gruppeninteressen, wirbelt um die Trümmer der Bürgerkriege und furcht durch die Bruchlandschaften ethnischer Konflikte und separatistischer Bewegungen, erschläft über den Sümpfen der Resignation, verfängt sich in den Sackgassen externer Abhängigkeiten und windet sich durch die Schneisen alter und neuer Dogmen, frischt wieder auf in Momenten sozialer Empörung und Hoffnung und erzeugt unvorhersehbare Turbulenzen. Er rüttelt an den Systemstrukturen politischer Macht, aber es bleibt offen, ob er nur die Dächer beschädigt und die Hütten abdeckt, oder auch die Fundamente der Regierungspaläste erreicht. Niemand kann heute sagen, ob er zu einer fruchtbringenden Strömung wird, und vor allem ist nicht abzusehen, wessen Mühlen er zuerst antreibt. Wird er die soziale und wirtschaft-

liche Regression, die für das „verlorene Jahrzehnt“ im Afrika der achtziger Jahre charakteristisch ist, und die akute Legitimationskrise afrikanischer Staaten überwinden? Die publizistischen und sozialwissenschaftlichen Kommentare schwanken zwischen Euphorie, verhaltenem Optimismus und einem aus negativen Erfahrungen der Vergangenheit genährten Skeptizismus.

Sicherlich ist ein direkter Vergleich der historischen Wertigkeit der sich heute abzeichnenden Veränderungen in den Macht- und Herrschaftsstrukturen afrikanischer Staaten mit der entscheidenden Phase der Entkolonisierung um 1960<sup>3</sup> strittig, doch sind die sichtbaren Ergebnisse von Versuchen, Bewegungen und Tendenzen der letzten zwei oder drei Jahre, die „riesige politische Immobilität, die über Afrika hängt“<sup>4</sup>, zu überwinden, trotz aller Widersprüchlichkeit erstaunlich.

Die neue Qualität des politischen Wandels offenbart sich in verschiedenen Regionen und Ländern des subsaharischen Afrika auf unterschiedliche Weise. Wohl der spektakulärste politische Transformationsprozeß vollzieht sich in der Republik Südafrika. Kaum ein anderes Gesellschaftssystem als das System der Apartheid in Südafrika traf in den letzten Jahrzehnten auf weltweit so verbreitete Inakzeptanz, und es ist schon einzigartig, wie hier unter den Bedingungen extremer Konflikträchtigkeit und vor dem Hintergrund beachtlicher Gewaltpotentiale ein fundamentaler politischer Wandel vor sich geht, der an Demokratielementen zunimmt. Allein die Tatsache, daß die wichtigsten Protagonisten der politischen Wende, die in scharfer Opposition zueinanderstehen, soziale Interessen nicht einfach zur Disposition stellen oder dominanterweise durchsetzen, sondern tatsächlich in Befolgung eines wesentlich tragenden konsensuellen Prinzips und in konfliktdämpfender Absicht – im Rahmen eines „Konvents für ein Demokratisches Südafrika“ (CODESA) – verhandeln und sich auf einen prinzipiellen Plan des politischen Überganges einigen konnten, ist mehr als hervorhebenswert. Mit Sicherheit werden die sozio-ökonomischen und politischen Wirkungen des Apartheidsystems als explosiver Konfliktstoff in diesem Lande noch lange erhalten bleiben, und es ist überhaupt noch nicht absehbar, ob und wann der noch am Beginn stehende politische Auflösungsprozeß der Apartheid zur endgültigen Überwindung des auf koloniale Weise geschaffenen, spezifisch auf Rassendiskriminierung beruhenden und bis heute reproduzierten Systems der Unterdrückung, Ausbeutung und Verelendung führt. Doch dürfte er, als politischer Systemwandel begriffen, allen Hindernissen und Risiken zum Trotz kaum mehr zu stoppen oder gar umzukehren sein. Seine perspektivische Bedeutung zumindest als Voraussetzung für die politische Stabilität, wirtschaftliche Wiederbelebung und die Erschließung von Entwicklungsressourcen in der Subregion des südlichen Afrika ist kaum zu überschätzen.

Doch ist der gesellschaftliche Transformationsprozeß in der Republik Südafrika trotz seiner organischen Einbindung in die Gesamttendenz politischen Wandels der subsaharischen Staaten ein Sonderfall. Nicht minder bedeutsam ist die Auflösung der politischen Stagnation und das sichtbare Aufbrechen der verkrusteten Herrschaftsstrukturen, die in einer beträchtlichen Anzahl von Ländern, der Mehrheit der übrigen 45 Staaten südlich der Sahara, vor sich gehen. Mit der Formierung einer wirksamen politischen Opposition in zahlreichen afrikanischen Staaten am Ende der achtziger Jahre sind insbesondere seit 1990 im Zuge zahlreicher Protestbewegungen und Unruhen, die sich gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse und die sie repräsentierenden Machthaber richteten, zahlreiche Veränderungen des politischen Systems erzwungen worden. Die Versuche der politischen Führungen, die Oppositionsbewegungen und Massenproteste mit mehr oder weniger starker Gewalt und Repressalien im Zaum zu halten, die beispielsweise in Ländern wie Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, Kenia, Madagaskar, Togo, Zaire und anderen Ländern unternommen wurden, konnten den politischen Wandel nicht verhindern. In der Republik Mali wurde das sich den Forderungen der hauptstädtischen Bevölkerung widersetzende Regime unter Moussa Traoré im März 1991 durch einen Aufstand gestürzt, der zweifellos für andere autokratische Staatsführungen ein letztes entscheidendes Signal war, die oppositionellen Strömungen ernst zu nehmen und sich bei Strafe des Untergangs der Unansweichlichkeit politischer Reformen zu beugen. Trotz unterschiedlicher Kräftekonstellationen und Konsequenz gleichen sich die eingeleiteten Reformschritte weithin: Zulassung von Oppositionsparteien, Verfassungsänderungen bzw. die Vorbereitung neuer Verfassungen, Einberufung von Nationalkonferenzen, auf denen die politischen Gruppierungen Verhandlungen über den Reformprozeß führen, Referenden und Neuwahlen, Um- und Neubildungen von Regierungen, deren personelle Zusammensetzung häufig eine Tendenz zu technokratischer Kompetenz ausweist. In vielen Fällen gingen diese Maßnahmen mit verfassungsrechtlich festgeschriebenen oder faktischen Einschränkungen der Machtbefugnisse des Staatsoberhauptes einher.

Auffällig ist, daß gerade in einigen Ländern mit ehemals sozialistisch orientierten bzw. marxistisch-leninistisch beeinflussten politischen Regimen der Systemwandel und die Veränderung der Machtverhältnisse verhältnismäßig frei von gewaltsam ausgetragenen Konflikten verlief. So verzeichnen wir auf den Kapverden den ersten im Gefolge demokratischer Wahlen vollzogenen Machtwechsel in die Hände der politischen Opposition bei den Parlamentswahlen am 13. Januar 1991. Die bisher regierende Afrikanischen Unabhängigkeitspartei der Kapverden (PAIGC) erlitt eine für sie selbst überraschende Wahlniederlage und mußte ihre Position an die oppositionelle Bewegung für Demokratie (MPD) abtreten. Ein ähnlicher Vorgang vollzog sich in Sao Tomé und Príncipe bei den Parlamentswahlen am 24.

Januar 1991. Im März 1991 kam es in Benin zur ersten demokratischen Abwahl eines Staatspräsidenten auf dem afrikanischen Festland südlich der Sahara, nämlich von Mathieu Kerekou, der 1972 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war und das Land in eine sozialistische Orientierung nach einem marxistisch-leninistischen Muster führte, von dieser 1989 aber auch offiziell Abstand nahm. Sein Nachfolger, Nicephore Soglo, der in den Präsidentschaftswahlen mit großem Vorsprung siegte, stellt nicht den Typ eines großen Oppositionsführers dar. Er ist ein erfahrener Finanzexperte und Politiker, dem man hervorragende professionelle Beziehungen zu ausländischen Institutionen zuschreibt. Er war bereits Chef einer Übergangsregierung, die im Frühjahr 1990 nach einigen Unruhen im Lande von Kerekou eingesetzt wurde, und amtierte in diesem Amt erfolgreich. Im Unterschied zu Kerekou findet er seine politische Anhängerschaft vornehmlich in Bevölkerungsgruppen des Südens und in sozialen Schichten der Angestellten, des Mittelstandes und Angehörigen der Bourgeoisie.

Auch in Sambia kam es zu einem Machtwechsel durch demokratische Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 31. Oktober 1991. Die „Bewegung für Mehrparteiendemokratie“ (MMD), die stärkste der seit 1990 in Sambia gegründeten Oppositionsparteien, besiegte mit ihrem Führer Frederick Chiluba die seit 1964 regierende Einheitspartei „Vereinigte Nationale Unabhängigkeitspartei“ (UNIP) klar. Ende 1990 hatten die UNIP und Präsident Kenneth Kaunda unter den Zwängen einer außerordentlichen wirtschaftlichen Krisensituation und unter dem Druck der Volksmassen mit entsprechenden Parlamentsbeschlüssen und Verfassungsänderungen die legislativen Voraussetzungen für ein Mehrparteiensystem geschaffen. In anderen Ländern sind ähnliche Prozesse zu beobachten, die jedoch häufig noch stärker mit krisenhaften Momenten belastet sind. Verschiedentlich konnten sich in Parlaments- und Präsidentschaftswahlen – mit unterschiedlicher Deutlichkeit – die früheren Staatschefs mit ihren Parteien gegenüber der Opposition behaupten. Dies geschah zuletzt am 1. März 1992 in Kamerun, wo die Demokratische Bewegung des Kamerunischen Volkes (RDPC) von Präsident Paul Biya den Sieg errang, allerdings unterhalb der absoluten Mehrheit der Parlamentssitze. Schon früher, im Oktober 1990, hat sich der Präsident der Elfenbeinküste Houphouët-Boigny – der dienstälteste Staatschef in Afrika südlich der Sahara – bei Präsidentschaftswahlen gegenüber seinem Gegenkandidaten Laurent Gbagbo, einem Professor für Geschichte und Führer der 1990 gegründeten Ivoirischen Volksfront (FPI), mit großer Mehrheit durchgesetzt, nachdem vorher bereits um seinen Rücktritt spekuliert worden war. Dieses Wahlergebnis in der Republik Côte d’Ivoire löste die gesellschaftliche Krise und die politischen Spannungen im Lande nicht, wie die immer wieder aufflammenden Proteste vor allem städtischer Bevölkerungsgruppen (der sozialen Hauptbasis der politischen Opposition) und die deutlichen Zeichen der Unzufriedenheit auch im Beamten-

apparat und unter den Militärs offenbaren. Es zeigt aber auch beispielhaft, daß die autoritären Führer Afrikas und ihr politischer Anhang vielfach noch über ein beachtliches Machtpotential und ein beträchtliches manipulatorisches Instrumentarium verfügen, um ihre Interessen im Übergang zum politischen Pluralismus zu bewahren, wodurch sie vielfach in der Lage sind, die Handlungsspielräume der Regimegegner – der „konfliktfähigen und konfliktbereiten Gruppen“<sup>45</sup> – einzuschränken oder zumindest zu kontrollieren.

Dies bestätigt sich in jüngster Zeit. In Zaire ist es in einer wieder aufbrechenden akuten politischen Krise, die im Januar und Februar 1992 durch eine Rebellion von Teilen der Armee und Aufrufen der Opposition zum Generalstreik gekennzeichnet war, zu einem erneuten Schlagabtausch zwischen der Opposition und dem politischen Regime gekommen. Die gewaltsame Unterdrückung der Revolte durch regierungstreue Truppen und das taktische Lavieren von Präsident Mobutu und des von ihm im November 1991 nach heftigen politischen Wirren in Zaire eingesetzten Premierministers Nguza Karl-i-Bond scheinen die zersplitterte Opposition zumindest zeitweilig in die Defensive gedrängt zu haben. Die einberufene Nationalkonferenz wurde ausgesetzt, und von der Regierung wurde der Weg zum Systemwandel über vorgezogene Wahlen zu einem Parlament, das eine neue Verfassung ausarbeiten soll, gewiesen.

Auch in Madagaskar ist es zu einem vorläufigen Patt zwischen der breiten Opposition, die sich seit 1990 in einem Bündnis von etwa 30 Bewegungen, den „forces vives“, formiert hat, und dem Regime von Präsident Didier Ratsiraka gekommen. Der monatelangen Krise des Sommers 1991, die von gewaltigen Kundgebungen und Streiks, Ausnahmezustand und blutigem Terror, vehementen Forderungen der Oppositionsbewegung nach Übergabe der Macht an sie, aufgenommenen und wieder abgebrochenen Dialogen, Ausrufung einer Gegenregierung und Ernennung eines Gegenpräsidenten seitens der Regimegegner gekennzeichnet war, folgte ein Kompromiß. Im Dezember einigte man sich auf die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit für 18 Monate, in der die Hälfte der Kabinettsmitglieder und der Vizepremier durch Vertreter der Oppositionsbewegung gestellt werden. Bis Dezember 1992 sollen eine neue Verfassung ausgearbeitet werden und Parlaments- und Präsidentenwahlen stattfinden. Präsident Ratsiraka, der Chef der bisher wahlstärksten politischen Partei (Avantgarde der Madagassischen Revolution – AREMA), blieb mit eingeschränkten Machtbefugnissen im Amt. Seine Partei, die ihre Wählerschaft vor allem aus den ländlichen Gebieten bezog, hat die Mitarbeit an der Regierung der nationalen Einheit abgelehnt. Die Konstellation der politischen Kräfte in Madagaskar läßt ein weiteres zähes Ringen um die Gestaltung des neuen politischen Systems erwarten, dessen Ergebnis keineswegs mit Gewißheit vorausgesagt werden kann.

Die Republik Togo bietet ein charakteristisches Beispiel dafür, wie restaurative Tendenzen in Form eines verdeckten Staatsstreiches den Wandlungsprozeß des politischen Systems beeinflussen und im Kern hemmen können. Der Verlauf der politischen Krise entsprach einem verbreiteten Muster: Aufbegehren oppositioneller Gruppen gegen das autokratische Herrschaftssystem, Unruhen in verschiedenen Städten des Landes, Versuche der Niederschlagung von Protestaktionen, Repressalien gegen Regimegegner, schließlich das Einlenken der Staatsführung, die Zulassung von Oppositionsparteien und die Einberufung einer Nationalkonferenz, die die Machtkompetenzen von Präsident Gnassingbe Eyadema erheblich beschnitt und Ende August 1991 Joseph Kokou Koffigoh – einen verhältnismäßig moderaten Vertreter der Opposition – zum Chef einer Übergangsregierung wählte. Der nur oberflächlich eingedämmte politische Konflikt eskalierte jedoch in dem Maße, wie die oppositionellen Bewegungen ihre errungenen Machtpositionen in den neuen politischen Strukturen – Nationalkonferenz, Hoher Rat der Republik und die neue Regierung – zur Geltung brachten und durch entsprechende Gesetzgebung Anstalten machten, die korruptive Momente des alten Regimes bloßzulegen, das Militär aus den politischen Entscheidungsprozessen zu verdrängen und die bisher herrschende Einheitspartei „Bewegung des Togolesischen Volkes“ (RPT) zu verbieten. Der folgende Machtkampf, der von wiederholten Interventionsversuchen des Militärs begleitet war, führte schließlich Ende November/Anfang Dezember 1991 zu einer Art konservativem Korrekturputsch. Die Aktion der Armee, die infolge ihrer bisherigen Privilegierung und ihrer ethnischen Zusammensetzung zum weitaus größeren Teil hinter Präsident Eyadema (der sich 1967 selbst an die Macht geputscht hatte) steht, führte schließlich Ende 1991 zu einem neuen Verragszustand zwischen den konfligierenden politischen Kräften. Im neuen Regierungskabinett besetzen als Minister für Territorialverwaltung und Sicherheit und für Verteidigung zwei Eyadema-Anhänger entscheidende Positionen. Die Partei des Präsidenten, RPT, bleibt als politische Kraft bestehen und seine politische Klientel hält die Fäden in der Armee und in staatlichen Institutionen weitgehend in der Hand. Die unter diesen Voraussetzungen gültige neue programmatische Losung heißt „Versöhnung“. Der Institutionalisierungsprozeß eines funktionierenden pluralistischen Systems wird sowohl seinem Ablauf nach (Referendum zur Verfassung, Wahlen usw.) verzögert als auch im Hinblick auf politischen Gehalt und demokratische Konsequenz entschärft. Ob damit ebenso eine Entschärfung der Konfliktträchtigkeit der bestehenden Situation erreicht wird, ist auch hier zweifelhaft.

Solche Auseinandersetzungen offenbaren den problematischen Charakter des Transformationsprozesses zu einem pluralen politischen System in den afrikanischen Staaten. Der von der politischen Opposition und den etablierten Parteien und

Staatschefs in einem Spannungsfeld zwischen Dialog und scharfen Machtkämpfen vereinbarte Fahrplan für diesen Übergang kommt vielfach durcheinander, weil die Interessen der oft zersplitterten Reformkräfte und der bisherigen Repräsentanten des politischen Systems auf unterschiedliche Weise kollidieren und in der Auseinandersetzung um neue Strukturen und die Rolle alter und neuer Leitfiguren in der Politik unter jeweils verschiedenen sozialen und ethnischen Voraussetzungen und politischen Kräfteverhältnissen zur Geltung gebracht werden. Nicht nur in Togo, sondern auch in anderen Ländern, wie zum Beispiel in den Republiken Niger und Kongo, zeigt sich, daß das Militär in diesen Positionskämpfen eine wichtige Rolle spielt und dabei auch seine Eigeninteressen verfolgt. Darauf deutet auch der jüngste afrikanische Militärputsch von Ende April 1992 in Sierra Leone hin. Bei einer Gesamtschau ist ferner zu berücksichtigen, daß in einer immer noch beträchtlichen Anzahl afrikanischer Staaten die Wirkungen und Nachwirkungen bewaffneter Auseinandersetzungen und Bürgerkriege den politischen Reformprozeß prägen und in der Regel komplizieren. Beispiele hierfür sind Angola, Äthiopien, Moçambique und Tschad. Liberia und Somalia befinden sich nach erbitterten und verlustreichen militärischen Auseinandersetzungen und internen Vernichtungskämpfen sogar im Zustand einer fast vollständigen politischen Paralyse.

Trotz aller Komplikationen, retardierenden Momente und Obstruktionsversuche ist die Gesamttendenz zur Durchsetzung konkurrenzdemokratischer Elemente in der Politik durch die Einführung von Mehrparteiensystemen nicht mehr aufzuhalten. Dies bestätigt auch das letzte Einschwenken der Staatsführungen von Tansania und Kenia auf diesen Kurs, die – allerdings von erheblich verschiedenen Positionen aus – Vorbehalte gegen den Sinn und die Funktionsfähigkeit von pluralistischen Parteienstrukturen geltend gemacht haben. So bleibt neben Simbabwe, das bisher nur eine kurze und besondere Phase eigenstaatlicher Entwicklung durchlaufen hat, die monokratisch-paternalistische Herrschaft von Präsident Hastings Kamuzu Banda in Malawi nahezu der einzige Ausnahmefall, der sich dem Sog politischen Veränderungswillens in Afrika südlich der Sahara bisher entzogen hat. Andererseits zeigt auch das grobe Oberflächenraster politischer Veränderungen, daß für ein realistisches Urteil über den Charakter dieses Gesamtprozesses tiefergehende und vor allem differenzierte Bewertungen erforderlich sind. Erst dann läßt sich mit einiger Sicherheit sagen, ob sich in Afrika eine neue soziale Qualität von Herrschaftssystemen durchsetzt oder ob es sich vornehmlich um schiere Anpassungserscheinungen an neue äußere und innere Bedingungen der Krisenbewältigung handelt, in denen sich zwar eine Umgruppierung der politischen Kräfte (eventuell auch nur in Form einer Rekombination der politischen Eliten) vollzieht, eine Demokratisierung der politischen Kultur und eine Erhöhung der gesellschaftlichen Entwicklungskapazitäten politischer Regime jedoch ausbleiben drohen.

Bis zum Einsetzen der gegenwärtig feststellbaren politischen Wandlungsprozesse war der für Afrika charakteristische Typus politischer Herrschaft ein zentralstaatlich geprägtes und hochgradig personalisiertes Machtgefüge in Gestalt von Einparteieregimen, das sich im Gefolge der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen nationalistischen Bewegungen und Gruppierungen in der ersten Phase staatlicher Selbständigkeit weitgehend durchsetzte. Versuche, pluralistische Strukturen auf einer Mehrparteienbasis wie zum Beispiel in Nigeria (1979-1983), Ghana (1969-72 und 1979-81) und Uganda (nach 1979) neu oder wieder einzuführen, trugen zeitweiligen Charakter, gerieten schnell in die Krise und waren in der Regel durch das Fehlen einer stabilen sozialen Basis, Defizite der politischen Parteien (die vor allem in der Reduzierung ihrer Rolle auf die Funktion von Wahlsoziationen lagen), administrative Insuffizienz der Regierungsapparate, mangelnde Steuerungskapazität im Hinblick auf Interessenausgleich zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppierungen, verbreitete Korruption in Staat und Wirtschaft und nicht zuletzt – Ursache und Folge der strukturell bedingten Funktionsmängel politischer Macht – durch Unfähigkeit und Erfolglosigkeit im Hinblick auf die Lösung ökonomischer und sozialer Entwicklungsprobleme zum Scheitern verurteilt. Der legitimatorische Anspruch auf staatlich erbrachte und gesicherte Entwicklungsleistung und stabilitätsorientierte nationale Integration konnte auch von diesen pluralistisch konstruierten Zivilregimen nicht eingelöst werden.

So blieb bis in die jüngste Zeit hinein die Existenz von Mehrparteienregimen auf wenige Ausnahmen – Botswana, Gambia, Madagaskar, Mauritius, Senegal – beschränkt, denen allerdings die negativen Erscheinungen zeitweilig bestehender pluralistischer Staatsstrukturen ebenso wie bestimmte Merkmale von zentralistischen Einparteieregimen wie Dominanz einer bestimmten Partei, Personalisierung entscheidender Herrschaftspositionen, spezifisch bürokratische Machtausübung, elitäre Privilegierung von Politikern und Administratoren usw., wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, nicht fremd sind.<sup>6</sup>

Man kann also schlußfolgern, daß im ganzen gesehen die Idee einer an Einheitsprinzipien ausgerichteten zentralstaatlichen Machtausübung für Afrika bis zum Ende der achtziger Jahre charakteristisch war. Die sich an dieser Idee orientierenden politischen Systeme beruhen strukturell im wesentlichen auf drei Säulen: Das ist zum einen die starke Personalisierung politischer Macht innerhalb eines Präsidentialregimes, die ihren gegenständlichen Ausdruck in der betont mit autoritären Zügen und hoher Machtvollkommenheit ausgestatteten Institution des Staatsherrn fand. Zweitens dominiert hier der Typ einer politischen Integration, die primär über die organisatorischen, ideologischen und (bis zu einem bestimmten, in der Regel abnehmenden Grad) mobilisierenden bzw. sozial kontrollierenden Funktionen der politischen Einheitspartei und der ihr in der Regel affilierten

Massenorganisationen (Jugend-, Frauenverbände, weitgehend gleichgeschaltete Gewerkschaften) durchgesetzt bzw. angestrebt wurde. Die dritte auffällige Erscheinung ist die Existenz eines staatlichen Administrationssystems und einer parastaatlichen Verwaltung der nichtprivaten Wirtschaft, die – gemessen an den Wirtschafts- und Finanzressourcen der afrikanischen Länder – in der Regel enorm aufgebläht, bürokratisch strukturiert und weitgehend an Patronats- und klientelistischen Prinzipien und den Interessen der Amtsinhaber ausgerichtet sind und in diesem Sinne eine „eher parteiisch agierende Verwaltung“<sup>7</sup> darstellen. Dieser bürokratische Apparat ist der entscheidende Promotor der staatlichen Zentralisierung und das entsprechende Medium der „Staatsklasse“<sup>8</sup>, Herrschaftsstrukturen mit wirtschaftlichen Abschöpfungstechniken und Aneignungsprozessen und mit der (bürokratischen) Akkumulation von Kapital zu verbinden. Die Tendenz zu klientelistisch betriebener Selbstbereicherung, Korruption, Ämterschacher, inflationsfördernder Aufblähung und Ineffizienz des Staatsapparates bewirkt eine „systemimmanente Dysfunktion“ der staatlichen Verwaltung und (infolge der Machtkämpfe um die staatlichen Pfründen) eine ebenso systembedingte Gefährdung der Staatsführung und damit der Stabilität des politischen Systems.<sup>9</sup> Deshalb existieren auch als wichtige Stütze zur Gewährleistung zentralisierter und personalisierter politischer Herrschaft erheblich ausgebaute Sicherheitsapparate. Das Militär trat bisher häufig als relativ selbständiger Träger von politischer Macht auf und usurpierte die zentralen Herrschaftspositionen, insbesondere dann, wenn andere Komponenten des Herrschaftssystems versagten oder Herrschaftskrisen infolge unterschiedlich motivierter Rivalitäten in der politischen Führung des Staates zu bereinigen waren – eine Erscheinung, die in der sozialwissenschaftlichen Literatur die Bezeichnung „afrikanischer Prätorianismus“<sup>10</sup> fand.

Dieses Generalschema politischer Herrschaft in Afrika ist – wie nun offensichtlich geworden ist – verschlissen. Da seine Legitimierung – nicht „Legitimität“ im Sinne tradierter Monopolie oder konstitutioneller Ordnung<sup>11</sup> – immer wieder unter Bezugnahme auf die ethnische Zerrissenheit, die sozio-ökonomische Segmentierung der afrikanischen Staaten, die kolonial verursachte Unterentwicklung usw. und durch den Verweis auf die Erfordernisse des „nation building“ – der nationalen Entwicklung oder auch der nationalen Revolution – begründet und aktualisiert wurde, mußte die lineare Durchsetzung politischer Zentralisation unter den neuen äußeren und inneren Bedingungen einer ungemein verschärften „gesamtafrikanischen“ Krisensituation fragwürdig werden und das nach diesem Prinzip strukturierte politische System fragil werden und in den Verfall geraten, und zwar in dem Maße, in dem der Parasitismus der Herrschenden, kommandostaatliche Repression und administrative Deformationen in Verbindung mit den allgemeinen Leistungsdefiziten des politischen Systems den Glauben an die Verlässlichkeit nationalistischer Begründung von Politik und die Funktionsfähigkeit

## Jürgen Kunze

dieses Systems untergraben. Der mit hoher Machtkonzentration ausgestattete, aber hinsichtlich der Verwirklichung seiner Legitimitätsansprüche, Entwicklungsleistungen und Integrationskapazitäten „schwache Staat“<sup>12</sup> und die ihn repräsentierenden politischen Leitfiguren verlieren rapide an Glaubwürdigkeit. Dieser Staat, der bisher infolge der Schwäche und des rudimentären Charakters anderer gesellschaftlicher Integrationsfaktoren der entscheidende Bezugspunkt dynamischer sozialer Gruppen war, verliert in zunehmendem Maße an Handlungskapazität und Funktionalität, die ihm bisher zugeschrieben wurden. Die Gesellschaften erfahren in weiten sozialen Bereichen, die auf Steuerungs- und Entwicklungsleistungen des Staates angewiesen sind, eine Tendenz der spontanen Entstaatlichung, die mit dem bisherigen Selbstverständnis und dem dirigistischen Handeln afrikanischer Regierungen in einen Zielkonflikt gerät,<sup>13</sup> der bei gleichbleibenden Herrschaftsstrukturen und Formen staatlicher Machtausübung notwendigerweise zu gravierend negativen Folgen für die politische Stabilität des politischen Systems führt.

Diese Tendenz zur Atrophie des politischen Systems vollzieht sich auf mehreren Ebenen. Das Scheitern der staatlichen Entwicklungsprogramme und die negativen wirtschaftlichen Leistungsbilanzen führen dazu, daß die internen Handlungsspielräume der afrikanischen Staaten in bezug auf die Sicherung von ökonomischer und sozialer Stabilität – von Entwicklung ist in diesem Zusammenhang kaum zu reden – gegen Null tendieren. Dies hat zur Folge, daß soziale Gruppen und Bewegungen, die Überlebensstrategien suchen und nach einer Stabilisierung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation streben, sich gegen die bürokratische Handlungsrationalität ihrer Staaten<sup>14</sup> orientieren müssen. Die früher verbreitete Erwartungshaltung, nach der verschiedene soziale Interessen in staatlichem Handeln Berücksichtigung finden und in politischen Entscheidungen aufgehoben werden, hat sich besonders in produzierenden Bereichen der Erwerbstätigkeit als Illusion herausgestellt und ist weitgehend geschwanden. Aber auch die unmittelbar mit dem Staatsapparat verbundenen Gruppen der politischen Elite unterliegen diesem Desillusionierungsprozeß. Galten für viele Intellektuelle die politische Laufbahn und die Anstellung in der staatlichen Administration bisher als „eminent wichtige soziale Aufstiegskanäle“<sup>15</sup>, so bietet die staatliche oder politische Indienststellung heute infolge des finanziellen Rums der afrikanischen Regierungen keineswegs eine sichere soziale Perspektive. Eine ganze Reihe afrikanischer Staaten ist zumindest zeitweilig nicht mehr in der Lage, die eigenen Beamten und Angestellten zu besolden. Die Beschäftigungslosigkeit von Angehörigen jüngerer Altersgruppen mit Bildungsabschlüssen wächst enorm. Diese Verschlechterung der sozialen Situation birgt nicht nur einen erheblichen Konfliktstoff und war schon mehrfach Auslöser von politischen Unruhen, sie ist darüber hinaus ein Indiz für den Sachverhalt, daß die bisher üblichen und verlässlichen Patronage- und Klientelbeziehungen nicht mehr hinreichend funktionieren und zur

Stabilisierung des zentralistisch aufgebauten politischen Systems beitragen. In dem Tatbestand, daß die sozialen Aufstiegskanäle für Elitegruppen nicht nur an Zahl begrenzt sind, sondern auch extrem dünn geworden sind und damit den charakteristischen Verpfändungstendenzen von Herrschaftspositionen größere Schranken erwachsen, liegt zweifellos ein schwerwiegendes soziales Motiv für eine stärker einsetzende Neigung von Eliteangehörigen zum politischen Pluralismus, ja zu einer Art Superpluralismus, wenn man die Neugründung von Dutzenden (oppositionellen) politischen Parteien und Organisationen in einzelnen afrikanischen Ländern in Rechnung stellt. Es steht jedoch zu befürchten, daß die bisherigen Handlungsmuster von Politikern und Karrierebewerbern in bezug auf eine klientelistische Ernennungspolitik sich deshalb nicht wesentlich ändern, da soziale Rückständigkeit und Polarisierung, Entwicklungsschwäche und Disproportionalität der wirtschaftlichen Basis und die ethnische Differenziertheit als strukturelle Grundlagen entsprechender Wertvorstellungen in den Gesellschaften Afrikas nicht ohne weiteres verschwinden. Doch könnte die bisher an die wenigen sozialen Aufstiegskanäle gebundene Form der „politics of survival“<sup>16</sup> – der politischen Überlebenskunst – neu strukturiert werden: Die geringe Zahl sozialer Aufstiegskanäle verwandelt sich potentiell in eine Vielzahl von Kapillaren, wodurch sich einerseits der Wettbewerb um soziale Erfolgchancen durch Politik differenziert und andererseits durch die Minderung des staatlichen Autismus andere, konkurrierende (nicht-politische und nicht-bürokratische) Möglichkeiten sozialer Aufwärtsmobilität an relativer Bedeutung gewinnen. Man könnte dies als eine notwendige, wenn auch bei weitem noch nicht hinreichende Voraussetzung für eine stärkere Entwicklungsdynamik afrikanischer Gesellschaften in Betracht ziehen.

Damit erweist sich ein grundlegendes Prinzip bürokratisch-klientelistischer Herrschaft, nämlich die Identität von staatlichen und privaten Interessen in einer Konstellation, in der das „Staatsinteresse zu einem besonderen Privatzweck gegenüber den anderen Privatzwecken wird“ wird<sup>17</sup> inzwischen als brüchig. Das bedeutet unter anderem, daß auch bisher wirksame Verfahren zur Konfliktregulierung wie die Kooptionspolitik gegenüber oppositionellen Kräften, die von einigen Staatschefs wie Mobuto in Zaire oder Houphouët-Boigny in der Elfenbeinküste nahezu meisterhaft angewendet wurde, immer mehr versagen und kaum noch zur Stabilisierung der Situation beitragen. Dies steht natürlich im Zusammenhang mit dem Autoritätsverlust der autokratischen Staatsführer und Herrschaftssysteme und geht einher mit der Entsolidarisierung der Führungseliten, die sich tendenziell auf pluralistische Herrschaftsstrukturen einstellen.

Ideologisch schlägt sich diese Neuorientierung in veränderten gesellschaftlichen Optionen – und zwar weitgehend unabhängig von früheren gesellschaftspolitischen Orientierungen oder „Entwicklungswegen“ nieder. Die neue „politi-

sche Formel“, mit der die „politische Klasse“ ihre Macht durch in der Gesellschaft „allgemein anerkannte Lehren und Glaubenssätze“ rechtfertigt,<sup>18</sup> heißt Demokratisierung. Ungeachtet aller früheren ideologischen Unterschiede zwischen den politischen Regimen Afrikas und der Verschiedenartigkeit ihrer jeweils konkreten sozialen Basis<sup>19</sup> scheint diese Formel gegenwärtig das unabweisbare Attribut der politischen Auseinandersetzungen zu sein: „The fact is, current ideological options are limited.“<sup>20</sup> Deshalb erheben die unterschiedlichsten politischen Kräfte ihr gegenüber Anspruch auf Inhaberschaft – die einen benötigen sie als Fanal konsequenter politischer Reformen, die anderen benutzen sie auf opportunistische Weise, gewissermaßen (frei nach Marx) als Signatur, an der sich die Rechtgläubigen erkennen. Deshalb ist auch dieses für Afrika neue Phänomen der Demokratisierung in Wirklichkeit sowohl als Legitimationsformel als auch als realer Prozeß außerordentlich vielschichtig und problematisch, obgleich der ziemlich plötzliche Übergang der meisten subsaharischen Staaten zu mehr oder weniger ausgeprägten Ansätzen einer repräsentativen Konkurrenzdemokratie die Annahme einer relativen Gleichförmigkeit nahelegt.

Zunächst ist festzustellen, daß sich der beobachtbare politische Wandlungsprozeß bisher ausschließlich auf die beiden ersten der weiter oben genannten tragenden Systemelemente politischer Herrschaft in Afrika bezieht, nämlich auf die Position autokratisch herrschender Staatsoberhäupter, deren Machtvollkommenheit beschnitten wird, und – was häufig noch stärker im Blickpunkt steht – auf die Einparteieregime, die zugunsten der Vorbereitung oder der Einführung von Mehrparteiensystemen in aller Regel in der Auflösung begriffen sind bzw. durch schon vollzogene Verfassungsänderungen abgeschafft worden sind. Eine Restrukturierung der hierarchisch gegliederten Administrationssysteme auf den verschiedenen Ebenen und eine damit verbundene effektive Neuordnung des Verwaltungswesens generell erscheint gegenwärtig für die afrikanischen Staaten als eine kaum lösbare Aufgabe. Prinzipiell Gleiches gilt für den Sicherheitsbereich (Polizei, Geheimdienste) und für das Militär, wenn man von spezifischen Fällen wie dem einer vereinbarten Reorganisation bewaffneter Kräfte in einem ehemaligen Bürgerkriegsland, wie es gegenwärtig in Angola geschieht, absieht. Die Probleme, Risiken und Gefahren für Demokratisierungsprozesse, die sich gerade durch die Ausklammerung dieser Strukturbereiche des Herrschaftssystems ergeben, sind schwer abschätzbar. Sie dürften jedoch erheblich, wenn nicht gar ausschlaggebend für die Durchsetzung neuer, demokratischerer Herrschaftsprinzipien bis an die Basis der verschiedenen sozialen Gruppen sein. In diesem Problemfeld offenbaren sich Strukturfragen der Neugestaltung des politischen Systems, die darauf hindeuten, daß die Überwindung der Einparteieregime keineswegs eine Garantie für Demokratie darstellt, ja daß die Parteienstruktur nur einer unter mehreren zentralen Aspekten des Demokratisierungsprozesses ist.

Zum zweiten stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach der gesellschaftlichen Durchsetzungskraft und der sozialen Konsistenz von Trägergruppen des Demokratisierungsprozesses unter den extremen Bedingungen postkolonialer Unterentwicklung in Afrika und dabei vor allem nach der zentralen Rolle einer im Werden begriffenen nationalen Bourgeoisie.<sup>21</sup> Dieses Problem bezieht sich auf die Wechselwirkungen zwischen strukturellen Wandlungsprozessen innerhalb der politischen Eliten und der Formierung von wirtschaftlich verankerten Trägergruppen des Demokratisierungsprozesses auf der Ebene der Exekution von Herrschaft. Eine nationale Bourgeoisie formierte sich, soweit sie als soziale Gruppe vorhanden ist, in den meisten afrikanischen Staaten bisher vornehmlich auf bürokratischem Wege, und zwar im Zusammenhang mit einem staatsabhängigen Akkumulationsprozeß des Kapitals, bei dem sekundäre (administrative) Ausbeutungs- und Aneignungsformen weitgehend dominierten. Dieser Prozeß ist mit dem Konzept der „Staatsklasse“<sup>22</sup> ausführlich beschrieben worden. Infolge kolonial verursachter und neokolonial reproduzierter Unterentwicklung stellt sich in den Gesellschaften der afrikanischen Staaten ein sozialer Konstituierungsprozeß ein, dessen logische Stufenfolge sich in abstrahierter Form wie folgt darstellen läßt:<sup>23</sup>

1. Besetzung von entscheidenden Positionen im politisch-administrativen System durch Angehörige von Zwischenschichten (Eliten);
2. Legale und illegale Bereicherung und Vermögensbildung in Gestalt von individueller und kollektiver Aneignung staatlicher Revenuen und anderer Ressourcen durch Herrschaftspositionen;
3. Verinnerlichung und Festigung der bürgerlichen Lebensweise mit spezifisch kolonial, aber auch quasi traditionalistisch geprägtem parasitärem Einschlag, verbunden mit hohen Prestige- und Konsumansprüchen;
4. Redistribution von Geldmitteln und „Pfründen“ nach Rationalitätskriterien, die wesentlich resultieren aus:
  - a) Handlungs- und Verhaltensorientierungen, die der Erringung und Festigung politischer Positionen (Aufbau und Erhalt einer politischen Klientel) und der Ausschaltung bzw. Neutralisierung politischer Rivalen dienen;
  - b) (pseudo-) traditionellen sozialen Beziehungen, Normen, Ansprüchen und Verhaltensweisen;
  - c) Erfordernissen der Funktionsfähigkeit von Institutionen und der spezifisch bürokratischen Handlungsmuster in Staat, Politik und Verwaltung unter sozialen Bedingungen der Unterentwicklung;
5. Schaffung und Realisierung höherer Konsumbedürfnisse und Konsumstandards als sozial motivierendes Moment bürokratischer Kapitalakkumulation;
6. Zentralisierung von Vermögen in den Händen einflußreicher Minderheiten, Konzentration von bürokratisch akkumulierten Revenuen auf aus- und inländischen Banken – Übergang zur kapitalistischen Verwertung dieser Geldmittel, tendenzieller

Umschlag in privates Finanz- und Wucherkapital:

7. Verwertung und weitere Anhäufung bürokratisch akkumulierten Kapitals durch Spekulation, Entwicklung weiterer parasitärer Abschöpfungstechniken im Staatsapparat und im staatlichen Sektor der Wirtschaft, Zusatzwirken mit anderen Kapitalformen (Auslandskapital), tendenzieller und partieller Umschlag des „bürokratischen“ Kapitals in kommerzielles und produktives (agrarisches und industrielles) Kapital.

Entscheidend ist hier der auf der siebten Stufe mögliche qualitative Umschlag. Wenn – wie allgemein angenommen wird – eine positive Korrelation zwischen der Existenz einer stärker unternehmerisch eingestellten Bourgeoisiefraktion und der Nachhaltigkeit von Demokratisierungsprozessen in unterentwickelten Gesellschaften vorausgesetzt werden kann, so haben wir es in diesem Zusammenhang potentiell mit einem sozialen Transformationsprozeß von zentraler Bedeutung zu tun, der für den gesamten politischen Wandel erhebliche Auswirkungen mit sich bringen kann. Es handelt sich um das Anwachsen und den stärker werdenden gesellschaftlichen Einfluß einer bürgerlichen Trägerschicht, die schon aus unmittelbar ökonomischem Interesse die gesellschaftliche Orientierung auf demokratische Veränderungen stützen kann. Es wird also wahrscheinlicher, daß unter der Wirkung neuer Legitimationszwänge und der Einschränkung politisch willkürlicher Handlungsmöglichkeiten eine entsprechende soziale Verwandlungstendenz von Angehörigen der „Staatsklasse“ bzw. der „bürokratischen Bourgeoisie“ einsetzt und sich verstärkt. Indem Angehörige dieser Gruppierung unter neuen politischen Prämissen verstärkt eine Transformation ihres sozialen Status in Richtung auf eine eher unternehmerische bürgerliche Schicht vollziehen und damit die Grundlagen und Voraussetzungen ihrer sozialen Reproduktion und Entwicklung verändern, treten sie im Zuge einer Neudefinition ihrer Interessen und ihrer sozialen Identität potentiell als Exponenten eines wichtigen Wertewandels und veränderter Interaktionsformen in Erscheinung.<sup>24</sup> Sie generieren zumindest der Möglichkeit nach eine soziale Motivation, die nicht nur auf eine ökonomische Liberalisierung, sondern auch auf eine demokratische Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse hinauslaufen kann. Drei Jahrzehnte administrativer Appropriation von staatlichen Revenuen und zum Teil millionenfache Anhäufungen von bürokratischem Kapital mögen in bestimmten Fällen einen Punkt erreicht haben, an dem unter Krisenbewältigungszwängen und neuen Anpassungsnotwendigkeiten die Abkehr von staatlicher Verpfändung und die Hinwendung zu ökonomisch rationalem Handeln sich als erfolgversprechender darstellen. Dies bedeutet nicht nur, daß sich eine staatsabhängige Protobourgeoisie aus Gründen der Strukturanpassung und aus dem Überlebensinteresse einer politischen Konfliktreduzierung tendenziell in ihren Erwerbchancen reorientiert, sondern

## Afrika im Labyrinth der Demokratisierung

auch im größeren Zusammenhang, daß die soziale Physiognomie involvierter Gruppen sich in einer Richtung ausprägt, die sich als demokratiefördernd im Sinne bürgerlicher Herrschaft erweist.

Die Wirksamkeit interner Faktoren, die den Übergang zu demokratischen Herrschaftsverhältnissen begünstigen oder erschweren können, bleibt relativ. Neben den strukturellen Prägungen und den sozialen Grundlagen des politischen Wandels in afrikanischen Ländern erweist sich nämlich ein dritter Aspekt als bedeutsam; der sich aus einem historisch-evolutionären Zusammenhang ergibt. Er betrifft das Verhältnis von innerer und äußerer Determination der Hinwendung dieser Staaten zu demokratischen Herrschaftsstrukturen. Politischer Wandel in Afrika war seit der kolonialherrschaftlichen Einflußnahme auf die Entwicklung der Völker dieses Kontinents nie ein innenzentrierter Prozeß. Relevante Einschnitte in der politischen Evolution dieser Region – also substantielle Veränderungen der politischen Macht und Versuche der Neugestaltung politischer Systeme mit neuen legitimationsstiftenden Leitideen – waren auch nach der Erringung der politischen Selbständigkeit stets sehr stark mit internationalen, besser gesagt global wirkenden Veränderungen der politischen Situation verknüpft. Schon die erste große Entkolonisierungsetappe um 1960, die im Vergleich mit anderen ehemaligen Kolonialregionen ja historisch relativ spät einsetzte, korrespondierte mit deutlichen Veränderungen der internationalen Beziehungen, darunter des Ost-West-Kräfteverhältnisses innerhalb dessen das damalige sozialistische Lager beträchtliche Positionsgewinne verzeichnen konnte. Auch die gesellschaftlichen Neuansätze um die Mitte der siebziger Jahre, die mit neuen Strategie- und Legitimationsoptionen afrikanischer Staaten einhergingen, sind in überregionalen und globalen Zusammenhängen zu sehen, beispielsweise in Verbindung mit Demokratisierungsprozessen in Europa (Portugal, Spanien) oder mit neuen politischen Konstellationen in Südostasien mit dem Ende des Vietnamkrieges. Auch in der aktuellen Situation steht der politische Systemwandel in Afrika in einem globalen Interdependenz-zusammenhang. Die klare Korrelation der gegenwärtigen Demokratisierungsbestrebungen mit der Beendigung der Ost-West-Systemauseinandersetzung lassen daran keinen Zweifel.<sup>25</sup> Es zeigt sich hier in einem weit größeren Maße als in anderen Entwicklungsländerregionen eine externe Bedingtheit politischer Prozesse, die nicht nur auf einen sozio-ökonomisch unterlegten Dependenz-zusammenhang zurückgeführt werden kann, sondern sich auch als offensichtliche Anbindung an die Veränderung internationaler Beziehungen darstellt.

Der Wegfall des etatistischen Sozialismus in Osteuropa als externer Machtfaktor im Kontext afrikanischer Politik und die Beispielwirkung der erfolgreichen Massenbewegungen gegen die autoritären Herrschaftsverhältnisse in diesem Teil der Welt wirkten unmittelbar auf den politischen Prozeß in Afrika ein. Das betrifft

die Konstituierungs- und Erfolgchancen der politischen Opposition ebenso wie die Handlungsstrategien der Herrschaftsinhaber. Auf der anderen Seite werden die afrikanischen Staaten infolge ihres offensichtlichen Bedeutungsverlustes für die geopolitischen Optionen der USA und Westeuropas<sup>26</sup> und die neue politische Konditionalisierung finanzieller und wirtschaftlicher Zusammenarbeit des „Westens“<sup>27</sup> in neue Zwänge manövriert. Die internen Wurzeln der politischen Krise verbinden sich auf diese Weise mit einer neuen äußeren Determination, wodurch eine prinzipiell andersgeartete formale Legitimierung von Politik und Herrschaft erforderlich wird. Schlüsselbegriffe westlicher Politik wie Demokratie, Pluralismus, Partizipation, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit rücken nahezu alternativlos in das Zentrum der Legitimationsproblematik und werden auch von den politischen Führungsgrößen alten Typs aufgegriffen.<sup>28</sup>

So positiv die allgemeine Aufnahme des Demokratisierungsziels auch zunächst zu bewerten ist, nährt das reaktive Moment des politischen Wandels in Afrika gewisse Zweifel an der Reichweite und Nachhaltigkeit des Demokratisierungsprozesses, so daß positive Prognosen nur im Zusammenhang mit den angerleiteten sozialen Strukturveränderungen vorstellbar sind. Ebenso wie der „mächtige“, aber strukturell „schwache“ autokratische Staat in Afrika bisher im Hinblick auf erforderliche Entwicklungsleistungen weitgehend versagt hat, steht zu befürchten, daß der Pfad der Demokratisierung trotz des sichtbaren Wandels politischer Systeme nicht nur schmal, sondern auch verschlungen bleibt. Er kennzeichnet einen Mangel an Souveränität in bezug auf wichtige Voraussetzungen und Grundlagen der gesellschaftlichen Entwicklung. Statt eines geradlinigen Übergangs zu demokratischen Systemen ist unter anderem aus diesem Grund wohl eher eine differenzierte Entwicklung in einem mehrdimensionalen Spannungsfeld von autoritären, liberalen und demokratischen Tendenzen der Ausübung politischer Macht zu erwarten. Es ist nicht auszuschließen, daß die eine oder andere Tendenz phasenweise überwiegt und auch das subsaharische Afrika in zyklische Bewegungen des Wechsels politischer Regime gerät, wie es im Falle Lateinamerikas beobachtet wurde<sup>29</sup> und wofür in Einzelfällen (Nigeria, Ghana) auch in Afrika schon empirische Tatbestände vorliegen.

Man würde die Entwicklung der letzten drei Jahre sicherlich unterschätzen, wenn man den Veränderungen nur den Charakter einer institutionellen Kosmetik und eines bloßen Elitenaustausches im Interesse der Anpassung an neue, zum Teil von außen gesetzte politische und wirtschaftliche Bedingungen zubilligen würde. Die gesellschaftlichen Grundlagen für die früheren Defizite afrikanischer Herrschaftssysteme sind jedoch keineswegs verschwunden, auch wenn inzwischen neue Faktoren in bestimmten Bereichen die politische Stagnation vorerst überwunden haben. Eine essentielle Demokratisierung kann letztlich nur gelingen, wenn die sozialen Bedürfnisse nicht nur der urbanen Bevölkerungsgruppen,

## Afrika im Labyrinth der Demokratisierung

sondern auch der Masse der afrikanischen Bauern im politischen Prozeß auf verlässliche, d.h. rechtlich gesicherte Weise Berücksichtigung finden und politische Partizipationsmöglichkeiten entwickelt werden, die den gesellschaftlichen Verhältnissen in Afrika adäquat sind. Dies ist jedoch noch nicht ohne weiteres abzusehen.

- 1 W. Michler, Weißbuch Afrika, Bonn, <sup>2</sup>1991, S. XIII.
- 2 R. Tetzlaff, Politische Herrschaft im Zeichen der „afrikanischen Krise“ – Zwischen autoritärer „Anpassungsdiktatur“ und Versuchen zu demokratischer Legitimation, in: D. Neubert (Hrsg.), Die Zukunft Afrikas – Überleben in der Krise, Königswinter 1991, S. 33-63.
- 3 W. Michler, Weißbuch Afrika, S. 509; R. Tetzlaff, Demokratisierung von Herrschaft und gesellschaftlicher Wandel in Afrika: Perspektiven der 90er Jahre, Bonn 1991, S. 2.
- 4 B. Turok, Africa – What Can be Done?, London/ New Jersey 1987, S. 162.
- 5 R. Tetzlaff, Politische Herrschaft im Zeichen der „afrikanischen Krise“, S. 49-51; ders., Demokratisierung von Herrschaft und gesellschaftlicher Wandel in Afrika, S. 32.
- 6 N. Chazan/ R. Mortimer/ J. Ravenhill/ D. Rothchild, Politics and Society in Contemporary Africa, Houndmills/ Basingstoke/ London 1988, S. 136-138.
- 7 D. Fürst/ J. J. Hesse, Bürokratie und Unterentwicklung, in: Politikwissenschaftliche Entwicklungsländerforschung, hrsg. v. F. Nuscheler, Darmstadt 1986, S. 323.
- 8 Vgl. H. Elsenhans, Zur Rolle der Staatsklasse bei der Überwindung von Unterentwicklung, in: Strategien gegen Unterentwicklung – Zwischen Weltmarkt und Eigenständigkeit, hrsg. v. A. Schmidt, Frankfurt a.M./New York 1976; H. Elsenhans, Die Staatsklasse/Staatsbourgeoisie in den unterentwickelten Ländern zwischen Privilegierung und Legitimationszwang, in: Verfassung und Recht in Übersee, Jg. 10, 1. Quartal, Hamburg 1977, S. 29-42.
- 9 H. Jacoby, Die Bürokratisierung der Welt, Frankfurt a.M./New York 1984, S. 267, 265.
- 10 Vgl. F. Nuscheler/ K. Ziemer, Politische Herrschaft in Schwarzafrika, München 1980, S. 130ff.
- 11 R. Bendix, Staat, Legitimierung, „Zivilgesellschaft“, in: Berliner Journal für Soziologie, H. 1, 1991, S. 3-11.
- 12 G. Myrdal, Politisches Manifest Über die Armut in der Welt, Frankfurt a.M. 1972, S. 125.
- 13 R. Tetzlaff, Überlegungen zur „Entstualichung“ afrikanischer Gesellschaften: ein Ausweg aus der Krise?, in: Die „afrikanische Krise“ und die Krise der Entwicklungspolitik, Münster/Hamburg 1991, S. 27.
- 14 G. Lachemann, Handlungsrationalität in bürokratischen Organisationen und sozialen Bewegungen in Afrika – Analyseansätze, in: D. Neubert (Hrsg.), Die Zukunft Afrikas – Überleben in der Krise, S. 66/67.
- 15 D. Götz, Entwicklungssoziologie, hrsg. v. H. Reimann, München 1976, S. 153.
- 16 J. S. Migdal, Strong Societies and Weak States. State-Society Relations and State Capabilities in the Third World, Princeton 1988, S. 214.
- 17 K. Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, in: K. Marx/ F. Engels, Werke, Berlin 1961, S. 203ff., hier S. 250.
- 18 G. Mosca, Die herrschende Klasse – Grundlagen der politischen Wissenschaft, München 1950, S. 68/ 69.
- 19 D. Berg-Schlösser, Zur Typologie afrikanischer politischer Systeme im postkolonialen Zeitalter, in: Politikwissenschaftliche Entwicklungsländerforschung, hier S. 196-201.
- 20 E. J. Keller, Political Change and Political Research in Africa: Agenda for the 1990s. Issue – A Journal of Opinion, vol. XX/1, Haverford/ Pennsylvania 1991, S. 50-53.
- 21 R. Tetzlaff, Demokratisierung von Herrschaft und gesellschaftlicher Wandel in Afrika, S. 40.
- 22 H. Elsenhans, Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft – Versuch über den Staat in der Dritten Welt, Frankfurt a.M./New York <sup>2</sup>1984, S. 118ff.

---

## Jürgen Kunze

- 23 J. Kunze, The Formation of the Bureaucratic Bourgeoisie in Sub-Saharan Africa, in: *Economic Quarterly*, vol. 22, No. 1, Berlin 1987, S. 67.
- 24 N. Chazan/ R. Mortimer/ J. Ravenhill/ D. Rothchild, Politics and Society in Contemporary Africa, S. 84.
- 25 W. Kühne, Afrika nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Die Notwendigkeit zu einem „Neuen Realismus“, in: *afrika spektrum*, Jg. 25, H. 2, Hamburg 1990, S. 139.
- 26 H. Weiland, Afrika – Ein Kontinent gerät in Vergessenheit, in: D. Neubert (Hrsg.), *Die Zukunft Afrikas – Überleben in der Krise*, S.24.
- 27 R. Hofmeier, Hilfe zur Demokratisierung oder Bevormundung? Politische Konditionalisierung von Entwicklungshilfe für Afrika, in: *Der Überblick*, 26. Jg., H. 4, Bredstedt 1990, S. 60-63.
- 28 H.-H. Bass, Haben die Wölfe Kreide gefressen? Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 149 (Dez./Jan.), Bremen 1991, S. 3-6; J. P. Grau, Demokratie, Menschenrechte und Entwicklung: Bericht an die Paritätische Versammlung von EG und AKP-Staaten, in: *EPD – Entwicklungspolitik* 5, März 1992.
- 29 D. Nohlen, Regimewechsel in Lateinamerika – Überlegungen zur Demokratisierung autoritärer Regime, in: *Politikwissenschaftliche Entwicklungsländerforschung*, S. 208-210.

## Algerien – mit Gebeten oder Panzern zur Demokratie?

Seit 1988 erlebt Algerien eine stürmische Phase politischer Veränderungen. Mit den Oktoberunruhen von 1988 schien eine Abkehr vom Einparteiensystem und die Hinwendung zu einer modernen Demokratie in einem irreversiblen und für arabische Verhältnisse beispielhaften Prozeß zu verlaufen. Doch die Aussetzung der zweiten und entscheidenden Runde der Parlamentswahlen, die Amtsenthebung des Staatspräsidenten Chadli Bendjedid und die Ausrufung des Ausnahmezustandes im Januar 1992 verschärften die Auseinandersetzungen um die politische Zukunft des Landes in äußerst dramatischer Weise. Heute stehen sich auf diesem Weg zwei Kontrahenten gegenüber, die im Verständnis europäischer Betrachter wohl am wenigsten als Garanten für das angestrebte pluralistische Gesellschaftsmodell gelten – zum einen die islamistischen Strömungen (FIS, HAMAS, MNI), zum anderen die Militärs. Doch diese so kontroversen Akteure haben ihre gemeinsamen Wurzeln in der politischen Kultur und den geistig-kulturellen Traditionen des Landes.

Zunächst ist für Algerien der Bezug auf den Islam im politischen Leben kein völlig neues Phänomen. Wie auch in anderen arabischen Ländern fungierte die Religion als einigendes Band im antikolonialen Kampf und bildete nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit ein grundlegendes Element von Verfassungen, Nationalcharten und Parteiprogrammen.<sup>1</sup> Im Geschehen des Oktobers 1988 kristallisierten sich die religiösen Gruppierungen ganz deutlich als die einzige Alternative für viele Algerier heraus, da es ihnen gelang, dem spontanen und politisch zunächst kaum profilierten Protest der größtenteils Halbwüchsigen, der sich blindwütig in zerstörerischem Haß gegen die Symbole des Staates entlud, Stimme, Forum und Ziel zugeben.<sup>2</sup> Es war die einzige Bewegung, die sich den Jugendlichen als glaubwürdig präsentierte und ihr Vertrauen erringen konnte – dem kommt in einem Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung jünger als dreißig Jahre ist, entscheidendes politisches Gewicht zu. Aus der Generation der Heranwachsenden firmiert sich in Algerien die Masse des Protestpotentials, denn diese werden wie kaum eine andere soziale Gruppe so deutlich mit den Mißständen ihrer Gesellschaft konfrontiert. Hier steht an erster Stelle ohne Zweifel das Beschäftigungsproblem – 80 Prozent des über eine Million zählenden Arbeitslosenheeres sind Jugendliche. Damit tragen sie in besonderer Weise die Lasten der gescheiterten Modernisierungsstrategie der achtziger Jahre, und sie mußten wiederum mit den größten Opfern in dem angestrebten Wirtschaftsstruktur-  
anpassungsprozeß der neunziger Jahre rechnen.

Gerade die jungen Algerier spüren anhand der eigenen Lebenserfahrung die krasse Diskrepanz zwischen den staatlich verkündeten Parolen eines gerechten Sozialismus und einer rasch wuchernden Ungleichheit. Bevölkerungsexplosion und Landflucht führten in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem sozial und infrastrukturell nicht zu bewältigenden Städtewachstum. Marginalisierung im Arbeitsleben, Wohnungsnot, Übervölkerung der ärmeren Wohnviertel und Bidonvilles sowie fehlende Möglichkeiten zur sinnvollen geistig-kulturellen Betätigung riefen bei jungen Menschen Hoffnungslosigkeit und Unzufriedenheit hervor. Räumliche Enge und geistige Leere förderten ihre Hinwendung zur Moschee als Ort des Gebetes, der seelischen Entspannung, der Freizeitgestaltung und der politischen Willensbekundung.<sup>3</sup> Der Rückgriff auf eine islamische Gesellschaft als Zukunftsvision erscheint erklärlich, da die bisherige Entwicklung, von vielen mit westlicher Modernisierung schlechthin gleichgesetzt, keinen sozialen Aufstieg, sondern selbst bis in die Mittelschichten hinein materielle und kulturelle Verarmung bedeutete. Es ist ein Ausdruck der Unfähigkeit, ja sicher auch der Unmöglichkeit, sich mit den Werten der modernen Industriegesellschaft zu identifizieren. Hinwendung zu den Geboten des Islam schließt auch die Ablehnung einer von fremden, technokratisch-ökonomistischen Anforderungen und Normen beherrschten Welt ein, die algerische Industriesoziologen bereits in den achtziger Jahren als eine Ursache für die Fehlschläge bei der Industrialisierung des Landes diagnostizierten.<sup>4</sup> Hier artikuliert sich die Suche nach einem altvertrauten und stabilen Wertesystem, das in einer Zeit so jähen sozialen Wandels den von Identitätsverlust bedrohten Menschen noch den Rest von Geborgenheit und Selbstwertgefühl vermitteln kann. Gerechtigkeit, Arbeit, Sicherheit, Stabilität – mit diesen einfachen Schlagworten umreißen die islamistischen Führer genau jene Ideale, die die jungen Algerier in ihrer heutigen Gesellschaft vermissen.<sup>5</sup>

Doch der Bezug auf den Islam ist in letzter Konsequenz auch ein folgerichtiges Ergebnis der Politik der staatstragenden FLN, die ganz bewußt das islamische Lager so weit agieren ließ, daß es den marxistischen bzw. prosozialistischen Kräften in Gewerkschaften, Universitäten und kommunistischer Opposition Einhalt gebieten konnte. Bereits der erste Staatspräsident Ben Bella betonte den algerischen Weg eines „islamischen Sozialismus“, um sich bewußt von „importierten“ marxistisch-leninistischen Sozialismusmodellen abzugrenzen.<sup>6</sup> Auch sein Nachfolger Boumedienne verfolgte in den siebziger Jahren diese Doppelstrategie, indem er sich religiöser Kreise bediente, um während der Agrarumgestaltung die auf radikalere Eigentumsveränderungen drängenden Teile der Studentenschaft im Zaum zu halten. So meint L. Addi sarkastisch, daß die FLN der eigentliche „Vater der FIS ist“.<sup>7</sup> Dieser Eindruck wurde auch genährt durch die Versuche des Staates, die Religion immer stärker zur Rechtfertigung der eigenen Politik zu instrumentalisieren. Die offiziell betriebene Auslegung des Islam diskreditierte

## Algerien – mit Gebeten oder Panzern zur Demokratie?

sich in den Augen vieler Gläubigen immer offensichtlicher als Staatskult, als Legitimierung der Machtansprüche der Elite. So übte die Regierung eine strikte Kontrolle des Obersten Islamischen Rates aus, ernannte dem Staat willfährige Imane, organisierte Seminare zum islamischen Denken, ordnete das Vermögen der religiösen Stiftungen dem Staatssektor zu und erließ 1984 ein stark an die Scharia gebundenes Familiengesetz – der Staat selbst benutzte den Islam zur politischen Stillhaltung und Kontrolle des Volkes und wird nun von der Opposition in gewisser Weise mit seinen eigenen Waffen geschlagen.

Wenn heute gerade junge Algerier die Wiedererweckung islamischer Organisationsformen und Moralnormen herbeisehnen, so liegt dies z.T. auch darin begründet, daß viele bei Arbeitslosigkeit nur durch das noch funktionierende soziale Netz der Großfamilie oder der religiösen Gemeinschaft vor sozialer Entwurzelung geschützt werden konnten, da der Staat keine ausreichenden Sicherungssysteme bereitstellte und seine nur schwerfällig arbeitenden Institutionen die Bürger in ihren Alltagsnöten im Stich ließen. Diese brisanten gesellschaftlichen Defizite hatten schon in den siebziger Jahren islamische Vereinigungen erkannt und darauf reagiert, indem sie in unmittelbarer Nähe der Elendsviertel in den Großstädten mit privater Initiative insbesondere der Händlerschichten Moscheen errichteten und sich Zulauf aus den pauperisierten Massen sicherten. So waren es auch die islamistischen Gruppen, die z.B. bei dem Erdbeben 1989 in Westalgerien als erste den Opfern unbürokratisch Hilfe leisteten.<sup>8</sup>

Der seit 1988 in Gang gekommene Demokratisierungsprozeß konnte den Einfluß der religiösen Bewegung unter den Jugendlichen nicht stoppen, denn die bislang geschaffenen neuen politischen Strukturen wirkten ineffizient und als ein Zerrbild des modernen Pluralismus. Dies ist nach dreißig Jahren Einparteiensherrschaft sicherlich nicht verwunderlich, doch es führte zu Frustrationen mit dieser Form der Demokratie. Die bisher realisierten Schritte zum Mehrparteiensystem erschienen für manche wohl wie ein Aufbruch zum Chaos – 52 neue politische Organisationen teilweise ohne echtes Profil und klare Konturen verwirrten eher einen Teil der Wähler. Schon bald mußten gerade die Jugendlichen spüren, daß z.B. die neu erkämpften Rechte wie die Meinungs- und Pressefreiheit an sich noch nichts an ihnen widrigen Lebensumständen änderten. Deshalb fanden die Vorstellungen religiös motivierter basisdemokratischer Volksvertretungen unter ihnen großen Anklang, wie sie z.B. der Präsident der HAMAS, Mahfoud Nahnah, mit der „Schurakratia“, der Verbindung von Schura (Prinzip der Konsultation) und Scharia (islamisches Recht), propagierte.<sup>9</sup>

So konnte ein prominenter Vertreter der FIS, El Hachemie Sahnouni, auch unverhohlen und ohne etwa mit Stimmeneinbußen rechnen zu müssen, vor der Wahl verkünden: „Im Falle einer Mehrheit bei den nächsten Wahlen werden wir die Verfassung außer Kraft setzen, die weltlichen und sozialistischen Parteien

verboten, unverzüglich die Scharia anwenden und sofort den Präsidenten der Republik absetzen.“<sup>10</sup>

Doch eine Verurteilung undemokratischer Absichten der FIS können die heutigen Machthaber in Algerien wohl kaum glaubwürdig vertreten, nachdem sie nun selbst alle demokratischen Gremien mit dem Ausnahmezustand außer Kraft setzten und wieder wie so oft in den letzten Jahren mit Panzern ihre vermeintliche Stärke demonstrierten.

Die Armee, aus dem antikolonialen Befreiungskampf als siegreiche und populäre Kraft hervorgegangen, spielte in Algerien seit Erlangung der nationalen Unabhängigkeit stets eine dominante innenpolitische Rolle. Die militärische Führung sicherte sich auf indirekte Weise die Schaltstellen der Macht, indem sie z. B. die Führungskader der FLN stellte und kontinuierlich wichtige Posten in deren Politbüro besetzte. Bis 1989 garantierte die verfassungsmäßig festgeschriebene Aufgabe der Partei, den Staatspräsidenten zu bestimmen, somit dessen Wahl aus den Reihen der Militärs.<sup>11</sup> Es gab im unabhängigen Algerien keine Regierung, die nicht mit der Unterstützung der Armee an die Macht gelangt war. Ben Bella, der erste und bis zur Einsetzung von M. Boudiaf 1992 bislang einzige algerische Präsident, der nicht unmittelbar aus dem Offizierskorps hervorging, wurde nach dreijähriger Amtszeit 1965 von Oberst Boumedienne mit Hilfe der bewaffneten Kräfte gestürzt. Für Boumedienne blieb die Armee und hier wiederum insbesondere die Abteilung „Militärische Sicherheit“ der wichtigste Machtfaktor seiner Politik. Nach seinem Tode 1979 wurde folgerichtig Chadli Bendjedid in das Amt des Staatspräsidenten gewählt, politisch bis dahin sicher kaum markant in Erscheinung getreten, doch als dienstältester Offizier für diesen Posten prädestiniert. Dem Volk kam in diesem Machtspiel trotz populistischer Politik der Staatsführung lediglich eine Statistenrolle zu, wie ein Insider der algerischen Politik, der langjährige Industrieminister Belaid Abdessalam, 1990 in einem Interview freimütig bekannte.<sup>12</sup>

Bereits im Dezember 1991 wurde ein „Comité national pour la sauvegarde de l'Algérie“ gegründet, das mit diskreter Unterstützung der Militärs den Boden für deren Machtergreifung politisch vorbereiteten sollte.<sup>13</sup> Als sich abzeichnete, daß Chadli Bendjedid zur Absicherung eigener Positionen in Absprache mit der FIS den Führungsanspruch der Militärs gefährden könnte, erzwang der Verteidigungsminister seine Absetzung. Immer öfter übernahm die Armee in den letzten Monaten Polizeiaufgaben. Sie dokumentierte damit die Bereitschaft des Staates, gesellschaftliche Konflikte nicht etwa ausschließlich mit politischen Mitteln, sondern auch gegebenenfalls mit dem Einsatz von Waffen lösen zu wollen.

Ein Vierteljahr nach Verhängung des Ausnahmezustandes zeigt sich, daß bisher noch keine von den neuen Machthabern versprochenen radikalen Veränderungen erreicht wurden. Die Beendigung der wirtschaftlichen Misere durch den

## Algerien – mit Gebeten oder Panzern zur Demokratie?

erhofften Zustrom von Auslandskapital im Erdölsektor läßt auf sich warten, da die angespannte innenpolitische Lage kein günstiges Investitionsklima verheißt. Dem Hohen Staatskomitee, das als neues Gremium nun die Befugnisse des abgesetzten Präsidenten bis zum vorgesehenen Ende seines Mandates im Dezember 1993 wahrnehmen soll, ist es auch mit der Integration solch symbolträchtiger Figuren, wie dem Präsidenten der Vereinigung der ehemaligen Befreiungskämpfer, dem früheren Rektor der Pariser Moschee oder dem Minister für Menschenrechte bisher kaum gelungen, seine fehlende politische Legitimation wettzumachen.

Die Entlassung des Kommandanten der Landstreitkräfte im Frühjahr 1992, die auf Unstimmigkeiten innerhalb der Armee deuten könnte und zugleich Gerüchte, daß die Militärführung auch nach dem Posten des Premierministers greifen wolle, schüren in Algerien gegenwärtig eher die Angst vor weiteren Machtansprüchen der bewaffneten Kräfte.<sup>14</sup> Doch die Herstellung eines breiten sozialen Konsens, der für die Weiterführung der unumgänglichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen unabdingbar ist, läßt sich nicht mit Waffengewalt erzwingen, sondern erfordert die schnelle Rückkehr zu einem politischen Dialog, der sicher Kompromisse von allen Seiten fordert, der aber auch die Respektierung des Wählerwillens verlangt. Bis auf die PAGS haben sich alle algerischen Parteien für eine rasche Neuansetzung des zweiten Wahlganges ausgesprochen und damit ihr Vertrauen in die Entscheidung des mündigen Wählers bekundet – eine politische Logik, der sich auch die Militärs auf Dauer nicht entziehen können.

- 1 Siche u.a. Die zeitgenössischen islamischen Bewegungen in der arabischen Welt, Beirut 1989, S. 29ff. (arab.).
- 2 A. Charef, Octobre. Dossier, Algier 1989, S. 95.
- 3 Vgl. A. Rouadja, Les frères et la mosquée. Enquête sur le mouvement islamiste en Algérie, Paris 1990, S. 127ff.
- 4 Siche hierzu u.a. M. Mebtoul, Discipline d'usine. Productivité et société en Algérie, Algier 1986, S. 61ff.
- 5 Siche Die islamische Revolution in Algerien. Vollständiger Text des politischen Programms der FIS, Algier 1991, S. 3ff. (arab.).
- 6 M. Al Ahnaf, B. Botiveau, F. Frégosi, L'Algérie par ses islamistes, Paris 1991, S. 24.
- 7 L. Addi, De la permanence du populisme algérien, in: Peuples Méditerranéens, Nr. 52-53/1990, S. 42.
- 8 R. Mortimer, Islam and multiparty politics in Algeria, in: The Middle East Journal 4/1991, S. 578.
- 9 S. Algérie-Actualité Nr. 1252, Algier 1989, S. 13.
- 10 A. Kapil, Les partis islamistes en Algérie: éléments de présentation, in: Maghreb/Machrek Nr. 133/1991, S. 104.
- 11 Vgl. S. Faath, Algerien. Gesellschaftliche Strukturen und politische Reformen zu Beginn der neunziger Jahre. Mitteilungen des Deutschen Orient-Instituts Nr. 40, Hamburg 1990, S. 154.
- 12 M. Bennoun/ A. El Kenz, Le Hasard et l'Histoire. Entretien avec Belaid Abdessalam, Algier 1990, S. 268.
- 13 Siche Jeune Afrique Nr. 1620/1992, S. 14.
- 14 Siche Le Monde v. 13.4.1992.

## Französisch-sächsischer Kulturtransfer im 18. und 19. Jahrhundert. Eine Problemskizze\*

Die Geschichtsschreibung – mit diesem Begriff soll auch Kunst- und Literaturgeschichte gemeint sein – beruht auf der Vorstellung unantastbarer nationaler Einheiten. Sie versteht sich als die Entfaltung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Identität eines nach nationalen Gesichtspunkten abgegrenzten Raumes. Nur selten werden Versuche unternommen, Forschungsgegenstände nach anderen Kriterien zu bestimmen, etwa einem Fluß, einem Meerraum. Auch als man sich besann, daß überstaatliche Einheiten, etwa Europa, zum Gegenstand einer neuen Form von Geschichtsschreibung avancieren mußten, lag die Tendenz nahe, endlose Vergleiche anzustellen, beispielsweise zwischen der Arbeiterbewegung in Italien und in Frankreich, zwischen der Aufklärungsliteratur in Deutschland und Frankreich usw. Einer solchen Perspektive war allerdings vorzuwerfen, daß sie Kulturphänomene auf der Basis semantischer Ähnlichkeiten parallelisiert, obwohl sie möglicherweise in den jeweiligen Kultursystemen unterschiedliche Funktionen innehaben. Außerdem bestand die Gefahr, daß die Frage der nationalen Identität auf eine höhere Ebene übertragen wurde, daß eine projektive europäische Identität aus dem Boden gestampft wurde, die einer pathetischen Ausweitung und Überhöhung der überlieferten Einschränkungen entsprach. Dabei würden die nationalen Differenzierungen, an deren Vertiefung die Geschichtsschreibung lange gearbeitet hat, gar nicht aufgehoben, sondern einfach verleugnet und verdrängt.

Die Überwindung der traditionellen nationalen Grenzen in den historischen Geisteswissenschaften muß mit dem systematischen Abbau dieser Grenzen, d. h. mit der genauen Untersuchung ihrer Entstehungsgeschichte beginnen. Nationale Identitäten werden konstruiert und dekonstruiert. Dazu sollte man sich weniger mit Vergleichen im engeren Sinne befassen als mit der Bestimmung eines ausländischen, fremden Moments in dem Gestaltungsprozeß der beiden Identitäten, die man in Verbindung zueinander setzen möchte. Daß in der Abkapselung eines nationalen Raums nur innerkulturelle Entwicklungen eine Rolle spielen und nur hier und da von zufälligen äußeren Störfaktoren unterbrochen werden, ist jetzt ein überholtes Postulat. Jeder, der sich mit der Kultur- und Wissenschaftsgeschichte Frankreichs im 19. Jh. befaßt, kann das deutsche Moment gar nicht ignorieren. Dies besagt keineswegs, daß eine bloße Anlehnung der französischen Gesellschaft an ein deutsches Modell stattfand. Ganz im Gegenteil überwog oft die Bemühung, sich zu distanzieren. Um aber den Distanzierungsprozeß zu überblicken, muß man

ebenfalls verfehlte Akkulturationsmechanismen oder mindestens das Bild des Fremden in die nationale Entwicklung einbeziehen. Die Frage der Entstehungsgeschichte deutsch-französischer Differenzierungen, das damit verbundene Problem der Akkulturation, die Suche nach einem spezifisch deutschen Moment in der französischen Kulturgeschichte und umgekehrt, sind die eigentlichen Gegenstände einer Theorie des interkulturellen Kulturtransfers.

### Was ist ein Kulturtransfer?

Die Theorie des Kulturtransfers<sup>1</sup> konstituiert sich um einzelne Begriffe, die ich im folgenden etwas entwickeln möchte. Die Einführung eines Kulturguts in einen anderen Kontext hängt nicht mit einem gezielten Expansionismus der Ausgangskultur, sondern mit einer Nachfrage der Rezeptionskultur zusammen. Wenn etwa eine wissenschaftliche Forschungsrichtung aus Deutschland nach Frankreich importiert und dort anerkannt wird, muß die Ursache in den speziellen Spannungsverhältnissen des augenblicklichen französischen Kontextes gesucht werden. Der Philosoph und liberale Politiker Victor Cousin hatte 1829 in Paris mit der hegelschen Philosophie einen breiten Publikumserfolg, weil eine Legitimation der neuen Verfassung damals dringend benötigt und von dem als Kenner Deutschlands betrachteten Cousin geliefert wurde.<sup>2</sup> Das Übergewicht des Rezeptionszusammenhangs bei einem Kulturtransfer hat mehrere Folgen. Die Echtheit der übernommenen Denkkonstellationen spielt nur noch eine zweitrangige Rolle. Es kommt nicht darauf an, ob die Franzosen Hegel, Kant, die deutsche Mineralogie oder Wagner richtig verstanden haben, sondern was sie bewogen hat, den Import zu vollziehen, und was sie ans dem Material gewonnen haben. Ein Kulturimport kann sogar ohne genaue Kenntnis der neueingeführten Kulturgüter stattfinden. Wichtig war es eigentlich nicht, daß die ersten französischen Schellingianer kaum eine Ahnung von der Naturphilosophie hatten. Mit dem Namen Schelling und den wenigen Grundprinzipien, die überliefert wurden, konnte aber die von Cousin unter dem Zeichen Hegel verteidigte Politik unterwandert werden. In der innerfranzösischen Auseinandersetzung wurde eine ausländische Doktrin, deren tiefere Struktur man leicht ignorieren konnte, als Waffe eingesetzt und instrumentalisiert. Man bekannte sich zu ihr, um etablierte Positionen oder Herrschaftsdiskurse zu unterwandern.

Eine importierte Doktrin oder Vorstellung hat damit einen bestimmten Stellenwert in der gesamten Gesellschaftsstruktur, der zunächst erkannt werden muß. Dieser Stellenwert kann sich andererseits von dem ursprünglichen Stellenwert im Ausgangskontext völlig unterscheiden. Jeder, der sich mit der Ideologiegeschichte des französischen 18. und 19. Jh. befaßt hat, weiß, daß die gesamte geistige Tätigkeit sich in politischen Kategorien ausdrückte. Den Typus des reinen Philologen oder des reinen Historikers, des reinen Philosophen gab es nicht. Jeder

## Michel Espagne

Diskurs hatte sich durch Bezug auf sozialpolitische Problemstellungen zu legitimieren. In Deutschland sollten sich umgekehrt Gelehrte politisch eher neutral verhalten. Als also Doktrinen oder Ideeengebilde von Deutschland auf Frankreich übertragen wurden, wurden sie nicht nur in einem sprachlichen, sondern auch in einem strukturellen Sinne übersetzt. Ein schönes Beispiel sind die frühen Abhandlungen über Bergwerke, Mineralogie und Chemie, die der Freiherr d'Holbach zunächst ins Französische übersetzte und dann zu entsprechenden Artikeln in der großen Enzyklopädie verarbeitete. Die deutschen Originale waren noch von alchemistischen Standpunkten geprägt, in Frankreich hingegen sollten sie eine materialistische Auffassung illustrieren. Dieser Mangel an Parallelität zwischen dem Ausgangskontext und dem Rezeptionskontext muß die Aufmerksamkeit auf eine Grundregel lenken: Der Vergleich von Fachdisziplinen oder sozialen Kategorien, die den gleichen Namen tragen, hinkt. Verglichen werden können nur die Funktionen, die denselben Stellenwert in der jeweiligen Gesamtstruktur beziehen. Französische Ethnologie und deutsche Völkerkunde sind beispielsweise völlig unterschiedliche wissenschaftliche Haltungen, obwohl sie denselben Namen tragen.<sup>3</sup>

Um sich gegen die etwas magische Kategorie des Einflusses abzugrenzen, betont die Theorie des Kulturtransfers die Bedeutung der soziologisch erfaßbaren Vermittlerschichten oder gar der einzelnen Vermittler. Für das 18. und 19. Jh. möchte man möglichst genau die Gruppe der Reisenden erfassen können, welche die Grenze einmal oder mehrfach überschritten haben. Da keine Spuren aller Anträge auf Reisepässe erhalten sind, wird man sich oft mit publizierten oder handschriftlichen Reiseberichten begnügen müssen.<sup>4</sup> Nach Grenzüberschreitung besteht die Möglichkeit einer endgültigen Etablierung im Ausland und einer Einbürgerung. Hier ist der Informationsstand über die Deutschen, die die französische Staatsangehörigkeit verlangt und erhalten haben, viel besser. Eine umfassende Untersuchung ist bis 1870 unternommen worden, und engere Kategorien können sogar in Reihenbiographien untersucht werden. Die deutschen Presseleute in Paris unter der Julimonarchie, die deutschen Mediziner in Frankreich im 19. Jh., die Verleger, Setzer und Buchhändler deutscher Herkunft, die deutschen graphischen Künstler oder Kunsttischler in der zweiten Hälfte des 19. Jh. sind wohldefinierte soziale Gruppen, die den Import deutscher Kulturgüter, wissenschaftlicher Ansichten oder Verhaltensweisen nach Frankreich ermöglicht haben. Eine für die kulturelle Ausstrahlung Deutschlands besonders wichtige Gruppe waren die ersten Deutschlehrer in Frankreich zwischen Juli- und Februarrevolution. Die meisten waren arbeitslose Philologen und kamen aus Deutschland oder aus dem westlichen Teil Polens. So hat beispielsweise zehn Jahre lang ein Sachse aus Eulenburg, Wilhelm Steinmetz, der sich in Sachsen politisch verdächtig gemacht hatte, für eine erste Verbreitung der deutschen Sprache in der kleinen Stadt Troyes

in der Champagne gesorgt.<sup>5</sup> Wichtig ist bei der Untersuchung dieser Gruppen, daß man die soziologische Beschreibung in Beziehung zu der Aneignung ideologischer Prozesse setzen kann. Die Transfertheorie versucht die Kluft zwischen Kultursoziologie und Ideologiegeschichte zu überbrücken. Unter den sozialen Kräften, die Transferphänomene ermöglichen, kommt einer besonderen Erscheinung, dem Korrespondentennetz, eine spezielle Bedeutung zu. Die grenzüberschreitenden Briefwechsel, deren Spuren in den Nachlässen oder Archiven erhalten sind, verbinden Literaten oder Künstler und setzen Informationen verschiedener Art im Kreis der Briefautoren und ihrer Bekannten in Umlauf. Sie können Persönlichkeiten unterschiedlicher sozialer Herkunft miteinander verbinden, etwa Künstler mit aristokratischen Sammlern, verkürzen die Distanz von einer europäischen Stadt zur anderen und schaffen sozusagen kollektive Subjekte einer kollektiven Annäherung. Diesen vergessenen Erscheinungen gilt es auf die Spur zu kommen.

Die Spuren fremder Gegenwart auf heimatlichem Boden, etwa die Nachlässe, Briefe oder Handschriften der Deutschen in Paris oder die Polizei- oder Verwaltungsakten, die über sie geschrieben wurden, bilden ein deutsches Kulturgedächtnis in Frankreich.<sup>6</sup> Ein paralleles französisches Kulturgedächtnis in Deutschland wäre ohne weiteres festzustellen. Nun ist der Begriff eines fremden Kulturgedächtnisses ein großes Paradoxon, denn die Geschichtsschreibung hat sich überall zum Ziel gesetzt, die nationale Identität historisch zu legitimieren, und hat die Archivspuren der Vergangenheit entsprechend eingeordnet. Die von der französischen Revolution angeordnete Aufbewahrung der Archivquellen diente ausdrücklich zur nationalen Selbstbestätigung. Eine geschichtliche Untersuchung des Kulturtransfers in Europa müßte sich ganz einfach neue Archivsignaturen oder Quellenreihen einfallen lassen, welche binationale Perspektiven und sozusagen grenzüberschreitende Problemstellungen bevorzugen könnten.

Auf mindestens zwei Gebieten scheint die Transfertheorie sich besonders bewähren zu können. Die Wissenschaftsgeschichte der Geisteswissenschaften ist in nationale Denkkategorien enge eingebunden. Dies hängt zum Teil damit zusammen, daß die Geisteswissenschaften in ihrer konstitutiven Phase im 19. Jh. einen hohen Anteil an der Definition der nationalen Identität hatten. Sie waren jedenfalls im deutsch-französischen Bereich auf Abgrenzung hin angelegt. Der Bildungsbegriff, der ab Gründung der Berliner Universität als Leitgedanke der deutschen Hochschulpädagogik das ganze 19. Jh. durchzieht, ist bekanntlich mit nationaler Ideologie überaus befrachtet und unterscheidet sich im Kern von der französischen eher praktisch orientierten Ausbildung. Bildung wird als einigendes Prinzip beschworen, noch bevor es Deutschland überhaupt gibt. Bildung erwirbt man vornehmlich durch das philologische Universitätsstudium; Ausbildung wird in Frankreich eher in berufsorientierten Lehranstalten vermittelt. Der Versuch, über die praktischen höheren Lehranstalten hinaus die französischen Universitäten zu

## Michel Espagne

entwickeln, beruht im 19. Jh. zumeist auf massivem Import von deutschen Lehrmethoden oder sogar Lehrstoffen. Der etwas mystisch überhöhte Bildungsbegriff läßt sich aber nicht importieren und wird bei jedem Versuch völlig umgedeutet. Wer nicht den Bildungsbegriff oder die Geschichte der französischen Hochschule durch die verstümmelnde nationale Brille betrachten will, muß beide als kontrapunktisches Aufeinanderragieren untersuchen, was zu einer Klärung mystifizierter Tatbestände führt.

Die Theorie des Kulturtransfers zeigt andererseits eine besondere Effizienz, wenn man sie auf die Untersuchung eines präzise abgegrenzten Raumes anwendet. Das Ineinanderspielen der verschiedenen Untersuchungsebenen, etwa der Soziologie einzelner Gruppen, der Erforschung des fremden Kulturgedächtnisses, der Analyse des Imports fremder Ideologie, kann in einem beschränkten Rahmen unter die Lupe genommen werden. In kleinem Maßstab habe ich versucht, die langfristige Akkulturation einer Kolonie deutscher Weinhändler und Kaufleute in der südwestfranzösischen Stadt Bordeaux zu beobachten.<sup>7</sup> Erstere haben sich zu Beginn des 18. Jh. etabliert, ihre Nachkommen sind manchmal heute noch für den Weinhandel verantwortlich. Die wirtschaftliche Grundlage, etwa die Kommerzialisierung des Weins und der Vertrieb nach den Nord- und Ostseehäfen, wird durch ein konfessionelles Phänomen (die Verständigungsmöglichkeiten zwischen südfranzösischen und norddeutschen evangelischen Händlern) gewährleistet. Über diese wirtschaftlichen und religiösen Beziehungen wird die Distanz zwischen Bordeaux und Königsberg nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf ästhetischem und kulturellem Gebiet eindeutig verkürzt. Auf größerem Maßstab wäre sicher Sachsen innerhalb des deutschsprachigen Gebiets ein besonders gutes Beispiel für die Beobachtung interkultureller bzw. deutsch-französischer Verflechtungen in Europa.

Warum kann die Theorie des Kulturtransfers ganz besonders auf die Beziehungen Frankreichs zu Sachsen angewandt werden? Die Antwort auf diese Frage muß zunächst einmal in der sächsischen Geschichte<sup>8</sup> gesucht werden. Zunächst wurde Sachsen zwischen preußischen und österreichischen Herrschaftsansprüchen derart in die Zange genommen, daß die Aufrechterhaltung einer sächsischen Identität nur auf einer speziellen Öffnung zu Europa beruhen konnte, und das hieß wohl auf einer besonderen, von der geographischen Lage her gesehen etwas paradoxen Hinwendung zu Frankreich. Auch hatte das Land von je her, durch die mit dem Königreich Polen gemeinsame Geschichte, eine kosmopolitische, weltbürgerliche Erfahrung, die andere deutsche Länder nicht in demselben Maße besaßen. Die französischen Kabinette wußten zwar schon seit den sechziger Jahren des 18. Jh., daß man aus Gründen der Effizienz vor allem mit Berlin und Wien zu verhandeln hatte. Sachsen lieferte aber das Modell eines europaorientierten Deutschlands, das mit großer Empfänglichkeit auf die Ereignisse und Stimmungen außerhalb der Landes-

grenzen reagierte und seine Identität mit der geistigen Ausstrahlungskraft der Kunststadt Dresden oder der Universitätsstadt Leipzig definierte. Deshalb wurde auch lange Zeit die Wahrnehmung des deutschsprachigen Raumes weitgehend vom Bild Dresdens und Leipzigs abhängig. Der unaufhaltbare Gewichtsverlust des sächsischen Staates im Laufe des 19. Jh. entspricht nicht ganz zufällig dem Prozeß einer Vertiefung der deutsch-französischen Grenze. Dieser Bedeutungsverlust wurde allerdings im letzten Drittel des Jahrhunderts mit der Rolle der Universität Leipzig in der Ausbildung zahlreicher Eliestudenten der französischen Republik kompensiert. Die interkulturelle, deutsch-polnische, deutsch-italienische und deutsch-französische Tradition ist schon ein wesentlicher Bestandteil der sächsischen Geschichte und Identität, die als ausgewiesenes Labor übernationaler Kulturbeziehungen in Europa untersucht werden muß.

### Frankreich-sächsische Kulturbeziehungen im 18. Jahrhundert

Im Frankreich des frühen 18. Jh. scheint das Bild Sachsens wie aller deutschen Territorien auch mit einer Vorstellung roher Ungeschliffenheit verbunden zu sein. Der wohl populärste Vertreter Sachsens auf französischem Boden ist in der ersten Hälfte des Jahrhunderts der Marschall Moritz von Sachsen, der Sohn des Kurfürsten Friedrich-August, der als August II. zum polnischen König gekrönt wurde. Moritz von Sachsen, dessen Gesichtszüge in einem damals sehr berühmten Gemälde von Quentin de la Tour festgehalten wurden, war nicht nur der Kriegsherr, der von 1720 bis zur Jahrhundertmitte das Schicksal der französischen Waffen, insbesondere in der Schlacht bei Fontenoy, weitgehend bestimmte. Er nährte auch durch seine skandalöse Lebensart jene wilden Gerüchte, welche für die französische aristokratische Kultur des 18. Jh. so charakteristisch sind. Für seine militärischen Siege wurde Moritz von Sachsen mit dem prächtigen Renaissanceschloß von Chambord im Loiretal belohnt, auf dem er die damals berühmte Schauspielerin Favart für sich allein auftreten ließ. Nur seine Wahl zum Mitglied der französischen Sprachakademie hat der Sachse abgelehnt. Ob man über diesen ungeschlachten Abenteurer<sup>9</sup> lächelt oder ihn als Musterbeispiel für eine dekadente Gesellschaft abstempelt, man hat sehr schnell vergessen, wie paradox seine enge Zugehörigkeit zum Gesamtbild der Epoche eigentlich ist, die man zumeist als einseitige Ausstrahlung eines französischen Modells versteht. Ohne grundsätzliches Wohlwollen dem Herkunftsland Moritz von Sachsens gegenüber wäre diese mentalitätsgeschichtliche Einbürgerung nicht denkbar gewesen. Daß der polnische König Stanislas Leszczyński, der Schwiegervater Ludwigs XV., sich nach seiner Absetzung in Frankreich niedergelassen hatte, hat sicher ein spezielles Interesse für den als Gesamtkomplex wahrgenommenen polnisch-sächsischen Raum, geweckt.

Unmittelbar nach dem Tod Moritz von Sachsens, d. h. um die Jahrhundertmitte, mehren sich in Frankreich die Anzeichen eines Wandels in der Wahrnehmung des

deutschsprachigen Raums. Plötzlich werden sich einzelne Gelehrte dessen bewußt, daß Deutschland nicht nur das Manövergelände europäischer Söldnertruppen ist, sondern auch eine Literatur anzubieten hat. Eine entscheidende Rolle kommt in dieser Hinsicht dem jungen Melchior Friedrich Grimm zu, der in *Mercure de France* 1751 eine erste *Geschichte der deutschen Literatur* in französischer Sprache publiziert, sowie einer neuen Zeitschrift, dem sogenannten *Journal étranger*, das sich vornimmt, das französische Publikum mit den Geistesprodukten der anderen europäischen Nationen bekannt zu machen. Die ersten deutschen Autoren, welche die Grenze überschreiten und in den 1750er und 1760er Jahren rezipiert werden, haben zumeist etwas mit Sachsen zu tun. An erster Stelle wäre Gottsched zu nennen, von dem man bald als Kunstrichter hörte. Eine französische Übertragung seiner deutschen Grammatik erschien in Paris 1753. Darauf konnten die ersten Franzosen, die versuchen wollten, deutsch zu lernen, wie etwa der Minister Turgot, zurückgreifen. Diese hervorragende Position führte unter anderem dazu, daß die sächsische Mundart als Maßstab für ein fehlerfreies Deutsch angesehen wurde. Gottscheds Übertragung ins Französische war übrigens eine Art Rückimport, insofern als der Leipziger und seine Frau für die Verdeutschung des *Dictionnaire historique et critique* von Bayle gesorgt hatten. Auch wurde die Gottschedin gleichzeitig in Paris bekannt. Zu den weiteren Autoren, welche das Interesse der Pariser Leserschaft, insbesondere der Abonnenten des *Journal étranger* weckten, gehörten ansonsten noch Gellert, Rabener und Johann Elias Schlegel. Eine mehrbändige französische Ausgabe der Satiren von Rabener erschien beispielsweise schon 1754. Diese Autoren, die Sachsen und insbesondere Leipzig zu einer Hochburg der Geschmackspflege erhoben, wie der französische Klassizismus sie kaum entbehren konnte, haben außerdem eine gewisse Volkstümlichkeit zum Ausdruck zu bringen gesucht. Ihre übertragenen Werke waren bis zu einem gewissen Punkte auch Dokumentationsmaterial über das sächsische Leben. Ich denke insbesondere an Christian Fürchtegott Gellert, der bekanntlich als Literaturprofessor in Leipzig verehrt wurde.

Daß die Stadt Leipzig und Sachsen im allgemeinen zu einem literarischen Zentrum, wenn nicht gar zur literarischen Hauptstadt der deutschen Aufklärung wurden, hängt nicht nur mit der fremden Perspektive des französischen Publikums zusammen, sondern mit der Funktion der Leipziger Buchmesse als unumgänglichem Absatzmarkt literarischer Werke und ihrer Nähe zur Universität. Auch bei der nationalen Selbstüberschätzung der französischen Aufklärung konnte dieser zentraleuropäische geistige Knotenpunkt nicht übersehen werden.

Einer der allerersten Übersetzer deutscher Literatur, der gebürtige Bayer Michael Huber, der als Mitarbeiter des *Journal étranger* und zeitweiliger Deutschlehrer von Turgot in Paris lebte, ging in den 1760er Jahren mit seiner französischen Ehefrau nach Leipzig, wo er an der Universität Französisch-

## Französisch-sächsischer Kulturtransfer

unterricht erteilte. Außerdem beobachtete er von dort aus den deutschen Buchmarkt mit besonderer Akribie und suchte sich die Werke aus, die seiner Auffassung nach einer Übersetzung ins Französische würdig wären. Er konnte die Arbeit selbst übernehmen oder sie in anderen Fällen wohl weitervermitteln. Durch seine Berichte wurden jedenfalls einzelne Pariser Korrespondenten über die Neuererscheinungen informiert.

Dieser Michael Huber ist eine bisher wenig bekannte und doch sehr wichtige Persönlichkeit des deutsch-französischen Kulturaustauschs im 18. Jh. In die Literaturgeschichte ist vor allem sein Sohn, der Jakobiner und Schiller-Freund Ludwig Ferdinand Huber (1764-1804) eingegangen. Michael Huber selbst hatte seinen sozialen Aufstieg seinem längeren Aufenthalt in Paris zu verdanken. Er wurde zu einem der wenigen Übersetzer, die in den 1760er Jahren eine erste deutsche Mode in Paris ermöglichen. Er war mit Rousseau, Diderot, d'Holbach und F.M.Grimm bekannt und publizierte verschiedene Übersetzungen, zu denen die erste einigermaßen verlässliche Übertragung Winckelmanns gehört. Als er im Jahre 1766 nach Deutschland zurückkehrte, setzte er seine Tätigkeit als Übersetzer und Sprachlehrer fort. Geßners, Basedows, Hagedorns, Winckelmanns Werke konnten dank seiner Vermittlung in die Erbschaft der französischen Aufklärung aufgenommen werden. Leipzig erscheint Michael Huber wie eine Stadt von Schriftstellern, und er amüsiert sich in seiner Korrespondenz über einzelne Produkte dieser bedenklichen Schreibwut.<sup>10</sup> Im Laufe der Jahre neigte Huber immer mehr dazu, als Sammler aufzutreten, bis er schließlich dazu überging, aufgrund seiner Kupferstichsammlung oder seiner Erfahrungen im Umgang mit Watelet, Hagedorn, Winckelmann, die Leipziger Studenten in der Kunstgeschichte zu unterrichten.

Über Leipzig erfuhren die Franzosen ebenfalls von dem gebürtigen Sachsen Lessing, der seine schriftstellerische Laufbahn auch in der Messestadt unter dem Zeichen Gottscheds unternommen hatte und sich erst später von jeglichem französischem Modell lossagen wollte. Die französische Leserschaft nahm ihm diesen Fremdenhaß keineswegs übel, und Lessing gehörte ab den 1760er Jahren zu den meistgelesenen deutschen Autoren, wobei die Leser von *Minna von Barnhelm* über den Diderotschen Rahmen des théâtre bourgeois hinaus das Echo des dreißigjährigen Krieges, der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Preußen und Sachsen, kaum überhören konnten.

Unter allen Soziabilitätsformen des 18. Jh. hat die Dresdner Kunstakademie den Kulturaustausch zwischen Deutschland und Frankreich sehr gefördert. Dem Machtverlust Sachsens nach dem siebenjährigen Krieg entsprach keineswegs ein Rückgang der künstlerischen Blüte. Die Kunst lieferte weit eher ihren Beitrag zu einem relativ schnellen Wiederaufbau, indem sie sich nicht mehr als Dekoration,

## Michel Espagne

sondern als bürgerliche Kommunikationsform verstand. Die ästhetische Bildung zum Bürger, ohne daß es mit so klaren Worten formuliert wurde, erschien als die passende Antwort auf die politische Misere der Zeit. Die Gründung der sächsischen Akademie der Künste fiel in die Zeit dieser Umwertung der Kunstproduktion und des Kunstverbrauchs. Christian Ludwig von Hagedorn, der Bruder des Hamburger Dichters Hagedorn, ist die eigentliche Gründerfigur der Kunstakademie. Nach langer diplomatischer Laufbahn im Dienste des Kurfürstentums hatte er sich 1752 in Dresden etabliert, wo er sich der Pflege seiner Kunstsammlung widmete. Hagedorns Lebensgeschichte ist mit dem Schicksal seiner Sammlung eng verflochten. Um die bangte er, als die Dresdner Innenstadt 1760 beschossen wurde. Er wollte sie eigentlich nicht für sich behalten, sondern sie geschlossen verkaufen. Zu diesem Zweck veröffentlichte er schon 1755 (bei Walther in Dresden) auf Französisch eine Beschreibung, seine *Lettre à un amateur de la peinture avec des éclaircissements historiques sur un cabinet et les auteurs des tableaux qui le composent*, die zu einer deutschen Kunstgeschichte des 18. Jh. von mehr als 300 Seiten anwuchs. Hagedorn, der den Plan der Akademie entworfen hatte, pflegte seit Jahren schon über den in Paris lebenden hessischen Kupferstecher Jean George Wille Kontakte zu der Pariser Akademie. Wille sorgte für den Pariser Vertrieb der Werke einzelner sächsischer Künstler, wie Dietrich, und belieferte seinerseits sächsische Kunstkennner und Sammler mit Pariser Kunstwerken, die meist über den reichen Sammler Winckler in Leipzig verschickt wurden. Den Ruf nach Dresden, den Hagedorn unmittelbar nach seiner Ernennung zum Akademiedirektor bewirkt hatte, hatte Wille zwar abgelehnt, der Akademie dafür aber seinen Schüler Zingg vorgeschlagen, der auch bald hinreiste. Hagedorn erkundigte sich 1764 bei Wille über die Statuten der königlichen Akademien zu Paris und Rouen und bestellte Willes Kupferstiche für das Kabinett des Kurfürsten. Wille, der in seinem Pariser Atelier über 50 deutsche oder französische Graphiker ausbildete, bemühte sich, seine besten Schüler in Dresden unterzubringen.<sup>11</sup> Nach Zinggs Anstellung sorgte er dafür, daß Schenau 1770 mit einer Pension nach Dresden gehen konnte. Die Briefe Willes an Hagedorn wurden unter anderem über den sächsischen Gesandtschaftssekretär in Paris, Ferber, überreicht, der seinerseits im Namen der Akademie Wille mit der Ausbildung fortgeschrittener Kupferstecher beauftragte.

Mit Johann Jakob Wagner und Maria Dorothea Wagner, die gleichsam ein Bindeglied zwischen der Dresdner Akademie und der Meißner Porzellanmanufaktur darstellten, tauschte Wille einzelne Briefe in den 1760er Jahren. Die Meißner Künstler schickten ihre Werke nach Paris, und Wille, der sich mit deren Qualität zufrieden erklärte, bescheinigte gleichsam ihr internationales Niveau. Überhaupt war die Meißner Porzellanmanufaktur, die als Übertragung ästhetischer Ansprüche auf das Gewerbe im „bürgerlichen Geiste“ der Akademie arbeitete, eine Quelle

## Französisch-sächsischer Kulturtransfer

wertvoller Exportgüter nach Frankreich, wo noch reiche Sammlungen Meißner Porzellans aus dem 18. Jh. aufbewahrt werden.

Auf seiner Reise nach Rußland im Jahre 1762 hat Diderot eine Pause in Dresden gemacht. Er ließ sich Zeit, die Gemäldegalerie zu besuchen, und es ist zu vermuten, daß ihn Hagedorn geführt hat. Sicher ist jedenfalls, daß er in seinen *Pensées détachées sur la peinture, la sculpture et la poésie* (1775-1776) nicht nur die auf seiner Europareise besuchten Gemäldesammlungen berücksichtigte, sondern auch aus Hagedorns *Betrachtungen über die Malerei* mehrere Gedankengänge und sogar die Motiveinordnung übernahm. Daß Michael Huber die Übersetzung besorgte, darf noch als zusätzlicher Hinweis auf den verdeckten Zusammenhang zwischen der in der Dresdner Akademie gepflegten deutsch-patriotischen Gesinnung und Diderots bürgerlich-moralischer Ästhetik gesehen werden. Michael Hubers Hagedorn-Übersetzung, die man als Vorbereitungsübung auf seine spätere Winckelmann-Übersetzung verstehen kann, war offenbar eine Form von militantem Patriotismus. Was die Dresdner Akademie zu bieten hatte, konnte über die Anerkennung durch die Pariser Welt zur vollen Geltung kommen.

Gerade das Werk Winckelmanns ist ein ausgezeichnetes Beispiel für die Pariser Resonanz der in Sachsen<sup>12</sup> entworfenen ästhetisch-politischen Werte. Der Autor der *Gedanken über die Nachahmung der griechischen Werke*, die im Mai 1755 in Dresden erschienen, verdient die außerordentliche Wirkung seiner Kunstauffassung der französischen Übersetzung, welche ein Sachse namens Wächtler im *Journal étranger* im selben Jahre besorgte. Schon 1757 wiederholte der Artikel "Griechen" in der großen *Enzyklopädie* von Diderot und d'Alembert Stellen aus der Schrift Winckelmanns. Und dieses Werk hatte mit der direkten Anschauung der Kunstwerke, die Winckelmann später von Italien aus predigte, wenig zu tun, sondern nährte sich von dem Versuch, gegen die feudale Ästhetik des Hofes ein von der Antike legitimes Menschenideal auszuspielen. Es ist kein Zufall, daß eine andere Gründerfigur der deutschen Alphilologie, der künftige Professor Heyne, unter Brühl in Dresden diente.<sup>13</sup> Die Winckelmann-Rezeption im Frankreich der Spätaufklärung ist ein sehr weites Feld.<sup>14</sup> Sie wurde von Pariser Deutschen zum Teil aufgrund patriotischer Gefühle begünstigt und hatte ein sehr positives Echo bei den französischen Aufklärern. Sie führte in wenigen Jahrzehnten dazu, daß der Klassizismus die offizielle Kunstrichtung unter der Französischen Revolution war. Eine zentrale Fragestellung der Revolution auf dem Gebiet der Ästhetik: „Konnte die Erneuerung der Gesellschaft die ideale Schönheit der Antike wieder beleben?“<sup>15</sup> stammte unmittelbar aus Winckelmanns Schriften. Noch die französischen Truppen in Rom unter dem Direktorium haben es nicht versäumt, den Nachlaß des ersten Kunsthistorikers zu beschlagnahmen, und damit seine Bedeutung für die französische Ästhetik der Spätaufklärung retrospektiv besiegelt. Winckelmann hat bekanntlich seine letzten Lebensjahre in Rom verbracht, aber seine Schriften sind

---

## Michel Espagne

in Dresden erschienen, die *Geschichte der Kunst* sogar ungefähr um die Zeit der Akademiegründung. Die französische Winckelmann-Rezeption ist also nichts anderes als ein sehr vermitteltes Echo auf die politisch-ästhetischen Auseinandersetzungen in Sachsen nach der großen Niederlage gegen Preußen.

Die Vorstellung, daß das französische 18. Jh. im Bewußtsein seiner Ausstrahlungskraft gelebt und die anderen europäischen Länder ignoriert hätte, ist grundsätzlich falsch. Schon daß die *Enzyklopädie* zu einem beträchtlichen Teil von dem deutschen Freiherrn d' Holbach mitgetragen wurde, dürfte diese These Lügen strafen. Über Sachsen wurden zahlreiche Kulturgüter importiert, die sowohl das Deutschlandbild der Franzosen wie ihr geistiges Selbstverständnis weitgehend mitprägten. Dies besagt natürlich wiederum nicht, daß französische Wertschätzungen keinen Modellcharakter für Sachsen hatten. Wie an vielen europäischen Städten auch liefert der Versailler Hof das Beispiel für eine moderne Staatsverwaltung. Als Friedrich August II. sich anschickte, das Beamtenum in neuerrichteten Gebäuden unterzubringen und dabei vom Minister Brühl unterstützt wurde, reiste der Architekt Pöppelmann viel nach Frankreich. Brühl, der unermüdliche Bauherr, der sich dafür einsetzte, daß Dresden zu einer prachtvollen Hauptstadt wurde und mit Gemälden und Büchersammlungen glänzen konnte, und Pöppelmann, der Architekt, sind überhaupt Vertreter einer nach französischem Muster entworfenen Verbindung von ästhetischen Versuchen und politischer Selbstbehauptung. Die Veranstaltung des Zeithainer Lagers im Juni 1730, einer Feierlichkeit, an der 47 Fürsten, unter anderen Friedrich Wilhelm von Preußen, teilnahmen, ist ein frühes, aber charakteristisches Beispiel eines mit ästhetischen Mitteln verwirklichten Staatsaktes.

Zu dieser Politik gehörte auch, daß ausländische Künstler nach Dresden eingeladen wurden und dort an der politisch bedingten Verschönerung der Stadt mitwirken konnten. Den Platz mußten bekanntlich die französischen Künstler mit Italienern teilen. Die Architekten Zacharias Longueune, oder Raymond Leplat, der die Galerie angelegt hatte, der Maler Louis Silvestre und der Bildhauer und Akademie-Direktor Charles Hutin sind, wie auch die bekannteren Italiener Algarotti und Canaletto, Beispiele für die in Sachsen etablierten ausländischen Künstler.<sup>15</sup> Sicher haben sie für eine südliche Geschmacksrichtung gesorgt. Dafür wurde das Ausland vor allem nach dem siebenjährigen Krieg als Exponent des Feudalismus, als Legitimation der fürstlichen Autorität empfunden. Die bürgerliche Antike konnte gegen die negativen Einflüsse Frankreichs um eine Zeit ausgespielt werden, als gerade in Frankreich der Neoklassizismus Winckelmannscher Prägung eine entscheidende Resonanz gewann. Auch die naturhafte Urwüchsigkeit einzelner Maler, wie etwa Dietrich, bot eine willkommene Alternative zu der als höflich empfundenen französischen Kunst.

Gegen Ende des Jahrhunderts, in der Revolutionszeit, änderte sich selbstverständlich der Verdacht des Feudalismus, und Frankreich war für Sachsen wie für andere deutsche Länder der Ausgangspunkt jeglicher Umwälzung. Franzosen und Franzosenfremde wurden der Gegenstand emsiger Bespitzelung. Nachgewiesen ist, daß französische Studenten, wie der spätere Sekretär von Bonaparte und einzige französische Schüler Fichtes in seiner Jenaer Zeit, Claude Camille Perret<sup>16</sup>, in Leipzig zu Beginn der 1790er Jahre studiert haben. Einzelne Jakobiner französischer Herkunft wie der ehemalige Mitschüler Bonapartes, Bourrienne, oder der Mecklenburger Huguenotte Charles Marné sorgten jedoch dafür, daß der Funke des Jakobinismus zu Studenten der Universität Leipzig hinübersprang. Angesteckt wurde etwa der Theologe Johann Friedrich Hilscher<sup>17</sup>, der in den Dienst der französischen Verwaltung am Rheinufer trat und zu den namhaften deutschen Jakobinern zählt. Vielleicht verdient auch Georg Friedrich Rebmann diesen Namen, der von 1792 bis 1794 politische Zeitschriften in Dresden herausgab und 1793 seine *Kosmopolitischen Wanderungen durch einen Teil Deutschlands*, aber auch seine *Empfindsame Reise nach Schilda* veröffentlichen konnte.<sup>18</sup>

Welches eigentliches Echo diese Anhänger der Französischen Revolution beziehungsweise der Frühphase der Revolution in Leipzig hatten, mag hier dahingestellt bleiben. Sicher ist, daß Sachsen für die vom revolutionären und postrevolutionären Frankreich in Europa erzielten Umwälzungen, die letztendlich auf eine langfristige Vereinigung Deutschlands hinausliefen, mehr Verständnis aufbringen konnte als andere deutsche Staaten. Nach dem russischen Feldzug, als das Kaiserreich zu wanken begann, wäre die politische Parteinahme der sächsischen Regierung dem Königtum beinahe zum Verhängnis geworden. Nach der Völkerschlacht bei Leipzig wurde Friedrich August bekannterweise in die Gefangenschaft nach Berlin überführt. Das Land wurde von einem russischen Fürsten verwaltet, und nur der Flucht Napoleons von der Insel Elba scheint das Land seine weitere Unabhängigkeit von Preußen verdankt zu haben. Auf die Symbolik der Völkerschlacht soll hier nicht ausführlicher eingegangen werden. Wie das Ausruhen des Kaiserreiches in der Spiegelgalerie zu Versailles verbindet sie einen militärischen Sieg über Frankreich mit einer entscheidenden Etappe im deutschen Einigungsprozeß. Der Sieg über Frankreich ist aber diesmal auch die Niederlage einer deutschen, sächsischen Variante des Einigungsprozesses. Die Utopie des Rheinbundsystems, jedenfalls eines überstaatlichen Einheitsgedankens, schlug in die Idee des Reiches, das universalistische Europa der Aufklärung in das Europa der Nationen um. Dieses tiefere Fundament des deutschen Einheitsgedankens wurde bekanntlich vor einer blutigen Auseinandersetzung mit Frankreich, kurz vor dem ersten Weltkrieg, wieder bemüht, als die kaiserliche Regierung das Völkerschlachtdenkmal errichten ließ. Daß die Deutsche Bücherei um die gleiche Zeit in der Nähe dieses Denkmals eröffnet wurde, verrät einen erbitterten Willen, auch die

Buchkultur des sächsischen Raumes, die im 18. Jh. von Europa, insbesondere von Frankreich, als Identitätsprinzip eines künftigen Deutschlands wahrgenommen und anerkannt worden war, in den Dienst des Reiches zu stellen. Wenn man die Überlegungen französischer Historiker über die sogenannten „lieux de mémoires“ über die symbolträchtigsten Träger eines nationalen Gedächtnisses, auf Deutschland zu übertragen versucht, dann müßte sicher die sächsisch-französische Dimension des Völkerschlachtmotivs erneut untersucht werden.

### **Von der Buch- zur Wissenschaftsgeschichte**

Damit ein Kulturaustausch ermöglicht wird, muß ein Menschen- oder Güterverkehr stattfinden. Der Buchhandel ist sicherlich eine der wesentlichen Grundlagen des französisch-sächsischen Kulturtransfers im 19. Jh. Schon zu Beginn des Jahrhunderts kann er auf eine lange Vorgeschichte zurückblicken. Auf der Buchmesse konnten bereits im 18. Jh. einzelne Franzosen Informationen über den Stand der literarischen Produktion beziehen. Verleger wie Breitkopf in Leipzig und Walther in Dresden haben ab und zu Schriften in französischer Sprache drucken lassen, und Sachsen war für die literarische Produktion der französischen Aufklärung (die Enzyklopädie, die Schriften Voltaires) ein nicht unbeträchtlicher Absatzmarkt.

Im 19. Jh. erweiterte sich aber der Rahmen dieser Handelsbeziehungen eigener Art. Bekannt ist der Fall des Verlegers und Buchhändlers Martin Bossange, der 1787 einen Verlag in Paris gründete. Nach Ende des ersten Kaiserreichs wurden ausländische Filialen, insbesondere in Leipzig, gegründet. Nach der Julirevolution übernahm Martin Bossange selbst die Leitung der Leipziger Filiale und veranlaßte verschiedene verlegerische Unternehmen wie etwa das Pfennig-Magazin.

Daß Bossange nach Leipzig kam, bedeutete bestimmt nicht, daß die Franzosen eine besondere Rolle im deutschen Buchhandel spielten, sondern eher, daß Leipzig sich zu einer europäischen Hauptstadt des Gewerbes entwickelt hat. Dies hing nicht zuletzt mit der Gründung des Börsenvereins zusammen, der ab den 1820er Jahren die Produktion und Verteilung von Büchern auf beispielhafte Weise rationalisierte. Im zentralisierten Frankreich wurde niemals so intensiv wie in Deutschland die Notwendigkeit gespürt, den jährlichen Bücherbestand zu verzeichnen. Buchhändler und Verleger waren in bestimmten Pariser Vierteln versammelt, welche die Leserschaft aufzusuchen hatte. Die mit dem deutschen Buchhandel zusammenhängende schnelle Vermehrung der Bücherkataloge findet ihren Höhepunkt in der Bibliographie als Hilfswissenschaft, die wiederum die Praxis der historischen und literaturwissenschaftlichen Forschung zutiefst geprägt hat. Nun steht Leipzig im Zentrum dieser Entwicklung. Als man in Frankreich, wo der Umgang mit Büchern eine ganz andere Tradition hatte, die Ergebnisse der deutschen Entwicklung übernehmen wollte, kam der entscheidende Impuls auch aus Leipzig.

Sehr kennzeichnend scheint mir in dieser Hinsicht die Tatsache, daß der Verfasser der ersten Bibliographie de la France in der zweiten Hälfte des 19. Jh., Lorentz, ein emigrierter Sachse gewesen ist. Der erste systematisch durchgeführte und für die Folge bahnbrechende Versuch, die französische Bücherproduktion zu ordnen, wurde von einem Sachsen unternommen<sup>19</sup>. Otto Lorentz, Sohn eines Leipziger Gewürzkrämers, war nach der üblichen Lehre in Leipzig vom deutschen Buchhändler in Paris, Reinwald, als Mitarbeiter angestellt worden. Ab 1866 publizierte Lorentz, der selbst zum Pariser Buchhändler geworden war, seinen *Catalogue général de la librairie française* für die Jahre 1840 bis 1865. Nachdem er 1868 die Staatsbürgerschaft erhalten hatte, beschäftigte sich Lorentz mit Buchexport nach Deutschland. Ein solcher Kulturtransfer berührt sogar den Umgang Frankreichs mit der eigenen literarischen Tradition.

Der deutsche Buchhändler Lorentz war im Paris des 19. Jh., wo um die Jahrhundertmitte etwa 60 000 Deutsche ansässig waren, keine Ausnahme. Die Zahl der deutschen Buchhändler und Verleger, die die deutsche Technik des Buchgewerbes und sogar der Buchherstellung nach Frankreich importierten, war sogar erstaunlich hoch. Für das gesamte 19. Jh. zählt man 39 deutsche Buchhandlungen, 35 deutsche Druckereien und 8 deutsche Lesekabinette. Alle Vertreter des deutschen Buchgewerbes kamen zwar nicht aus Leipzig, aber die meisten hatten besondere Beziehungen zu Leipzig. Der Frankfurter Carl Reinwald<sup>20</sup> etwa, der sich um die Verbreitung des deutschen naturwissenschaftlichen Materialismus in Frankreich verdient machte, war nach Frankreich gekommen, nachdem er auf der Leipziger Messe die Bekanntschaft des Pariser Verlegers Firmin Didot gemacht hatte.

Zu den wichtigsten Pariser Buchhändlern deutscher Herkunft zählen aber auch die Brüder Friedrich und Heinrich Brockhaus aus Leipzig, die mit ihrem Teilhaber Avenarius das Pariser Geschäft von Martin Bossange in der rue de Richelieu unter dem Namen Brockhaus und Avenarius übernahmen. Eduard Avenarius aus Halberstadt war selbst Inhaber einer Leipziger Buchhandlung, wo er jahrelang den Buchhändlerberuf ausgeübt hatte, bevor er sich in Paris niederließ. Diese internationalen Verflechtungen hatten zur Folge, daß die deutsche Buchproduktion sehr schnell in Paris verfügbar war, während die Neuigkeiten des französischen Buchmarkts im Börsenblatt angezeigt wurden. Die Nachfolger von Brockhaus und Avenarius ab 1844, Albert Franck und Hilmar Vieweg, sind keine Sachsen, aber sie bauten die Beziehungen zu Leipzig aus, die durch die Eröffnung einer direkten Zugverbindung ab 1847 erleichtert wurden. Französische Bücher konnten dann innerhalb einer Woche in Leipzig ausgeliefert werden.

Aus Sachsen-Weimar kamen Karl Heideloff und Ferdinand Sartorius, die beide große Buchhandlungen in Paris führten. Eine besondere Aufmerksamkeit verdient der Fall von Heideloff, der als Lehrling bei Bossange anfing und ab 1831

---

## Michel Espagne

seine eigene Buchhandlung unter dem Namen Heideloff und Campe gründete. Humboldt und Heine besuchten öfters diese Buchhandlung, in der die deutschen Paris-Reisenden anzutreffen waren. Heideloff war von der Hoffnung beseelt, daß die deutschsprachigen Schriften tatsächlich einen Durchbruch auf dem französischen Büchermarkt erzielen sollten. Diese militante Haltung sowie sein Wohlwollen dem subversiven Schrifttum deutscher Emigranten gegenüber ruinierten ihn nach wenigen Jahren.

Das Buchgewerbe, das während des ganzen 19. Jh. quer durch Europa eine Linie zwischen Leipzig und Paris zog, darf keinesfalls vorwiegend als wirtschaftliches Phänomen angesehen werden. Die Leipziger oder überhaupt die deutschen Buchhändler in Paris konnten entscheiden, welches Sortiment an deutschen Büchern sie führten, welche Übersetzungen sie anregen wollten, welche französischen Manuskripte sie drucken wollten. Sie arbeiteten in Zusammenhang mit in Paris ansässigen deutschen Druckern, die wie der Sachse Elias Schiller einen raschen sozialen Aufstieg an der Seine erleben. Schon eine rasche Einsicht in ihre Kataloge zeigt, daß sie zur Verbreitung der deutschen Philologie, der deutschen Naturwissenschaften, einzelner literarischen Werke und überhaupt der deutschen Sprache in Frankreich einen zielbewußten und entscheidenden Beitrag geliefert haben. Durch ihre Wirkung, die auf einer technischen Überlegenheit des deutschen Buchgewerbes und der deutschen Drucker ab 1810 beruhte, wurde der Eindruck bestätigt, daß die Geisteswissenschaften auf das andere Rheinufer geflüchtet waren. Trotz wichtiger Arbeiten (von Frédéric Barbier und Helga Jeanblanc) ist dieses für französisch-sächsische Beziehungen zentrale Forschungsfeld bisher noch nicht genug berücksichtigt worden.

Die sächsische Regierung hat in der Napoleon-Ära einige Vorstellungen der französischen Regierung über die Umgestaltung eines überaus zerstückelten deutschsprachigen Raumes geteilt. Daß diese Haltung ein reiner Verrat an gemeindeutschen Idealen unter der Last militärischer Besatzung und dem Zwang einer seit langem durchgeführten Gleichgewichtspolitik sei, ist vielleicht die retrospektive Vereinfachung komplizierter Tatbestände, die auch von der Nachwirkung diplomatischer und kulturgeschichtlicher Bande mitbestimmt wurden. Jedenfalls kann man nicht übersehen, daß gerade Sachsen oder in Sachsen lebende Schriftsteller die Rückwendung zum alten Reichsgedanken und einen Kampf gegen die französische Überfremdung gepredigt haben. Johann Gottlieb Fichte ist bekanntlich bei Dresden geboren und hat in Pforta, Wittenberg und Leipzig studiert. Dort war er noch, als die Französische Revolution, die ihn zu seinen ersten jakobinischen Schriften veranlaßte, ausbrach. Der Umschlag von den jakobinischen Schriften zu den im Jahre 1807 in Berlin vorgetragenen *Reden an die deutsche Nation*, der Übergang von einem importierten Begriff der Nation als Staat zu einem polemischen

schen Begriff der Nation als Volk widerspiegelt die gerade in Sachsen sich vollziehende Umwandlung. Eine vergleichbare Entwicklung hat der Preuße Heinrich von Kleist durchgemacht, der nach kurzer, aber offenbar seelisch sehr schmerzhafter französischer Gefangenschaft sich Mitte 1807 in Dresden aufhielt, wo er neben der Redaktion seiner Kunstzeitschrift nicht nur die *Marquise von O* und *Käthchen von Heilbronn*, sondern auch die *Hermannschlacht* schrieb. Kleist, der sich bisher eher als Weltbürger gefühlt zu haben scheint, wurde gerade in Ansehung einer als schwach empfundenen Regierung zum Dichter des Nationalen, d.h. einer Ablehnung jeder französischen Überfremdung. Die Schlußverse der *Hermannschlacht* sind als programmatische Schrift klar genug:

„Uns bleibt der Rhein noch schleunig zu ereilen,  
Damit vorerst der Römer keiner  
Von der Germania heil' gem Grund entschlüpfe:  
Und dann – nach Rom selbst mutig aufzubrechen!  
Wir oder unsre Enkel, meine Brüder!  
Denn eh doch, seh ich ein, erschwingt der Kreis der Welt  
Vor dieser Mordbrut keine Ruhe  
Als bis das Raubnest ganz zerstört,  
Und nichts als eine schwarze Fahne  
Von seinem öden Trümmerhaufen weht.“

Diese eigentlich sehr klaren Verse wurden in dem *Katechismus der Deutschen* gleichsam kommentiert. Die beiden in Dresden verbrachten Jahre sind für die Beziehungen Kleists zu Frankreich von entscheidender Bedeutung. Der Salinenassessor Friedrich von Hardenberg, d. h. Novalis, der einen großen Teil seines kurzen Lebens in Sachsen, vor allem in Dresden und Freiberg, verlebte und dort insbesondere *Heinrich von Ofterdingen* schrieb, hatte schon um die Jahrhundertwende den romantischen Reichsgedanken, das gemeinschaftliche Interesse der gesamten Christenheit heraufbeschworen, etwa in *Die Christenheit oder Europa*.

In Sachsen als Hochburg der nationalen Romantik wurden ideologische Konstellationen erarbeitet, die auf eine Definition des Deutschtums in der Abgrenzung gegenüber Frankreich, d.h. der Aufklärung hinaustiefen. Diese Tendenz darf aber nicht übertrieben werden. Tieck unterhielt beispielsweise, seitdem er sich in Dresden etabliert hatte, viele Beziehungen zu Franzosen, die ihn in den 1820er Jahren besuchten und bei ihm Impulse für eine Verpflanzung der Romantik nach Frankreich suchten. Hier seien nur die Namen der Schriftsteller und Kulturkritiker Xavier Marmier und Jean-Jacques Ampère genannt. Auch lebte eine deutsch-französische Gestalt der Romantik, die Ehefrau des Pariser Sanskritlehrers von Schlegel, Helmina von Chézy, geborene von Klenck, ab 1811 in Dresden, wo sie

## Michel Espagne

ihre Kinder erzog. Der romantische Kunsttheoretiker und ab 1814 Medizinprofessor in Dresden, Carus, hatte eine Frankreichreise unternommen und sich mit dem Bildhauer David d'Angers befreundet. Seine in Anlehnung an Schellings Naturphilosophie entwickelte Theorie der Landschaftsmalerei weist eine erstaunliche Parallelität zu der um die gleiche Zeit von Nicéphore Niepce in Frankreich erfundenen Technik der Photographie auf. Jedenfalls hatten die Jungdeutschen als späte Erben der Romantiker keine Hemmungen mehr in ihren Beziehungen zu Frankreich. Bekanntlich war Karl Gutzkow, der sich in den 1830er Jahren für eine dichterische und sozialpolitische Auswertung des Saint-Simonismus in Deutschland eingesetzt hatte, ab 1846 Direktor des Dresdner Theaters gewesen. Der jungdeutsche Schriftsteller und Pariser Berichterstatter Laube hatte in Leipzig die an Frankreich orientierte *Zeitung für die elegante Welt* ediert. Dort hatte auch Theodor Mundt, der Saint-Simonist der deutschen Literatur und Erfinder einer Immanenzlehre, in den 1830er Jahren die *Blätter für litterarische Unterhaltung* mitredigiert.

Der Architekt Gottfried Semper hatte seinen Beruf bei dem Pariser Deutschen Hittorff gelernt und in Paris die Julirevolution erlebt, bevor er, von Schinkel empfohlen, nach Dresden berufen wurde und dort nicht nur als Architekt, sondern als Vorstand der Bauerschule an der Kunstakademie wirkte. Theoretische Schriften verfaßte er bei einem späteren Aufenthalt in Paris in den Jahren 1849 bis 1851.

Die Unkenntnis der deutschen Sprache machte eine breitere Rezeption der deutschen Romantik in Frankreich, ob sie aus Sachsen kam oder nicht, etwas schwierig. Dafür konnten musikalische Werke von einem größeren Publikum genossen werden. Das Interesse der Musikliebhaber mußte sich sehr früh auf Sachsen konzentrieren. Webers *Freischütz*, der 1819 in Dresden aufgeführt worden war, wurde schon 1824 nicht nur in Paris, sondern in Provinzstädten gespielt. Dieser Erfolg bahnte sozusagen den Weg zur deutschen romantischen Musik. Während seiner ersten Deutschlandreise im Jahre 1843 wurde Hector Berlioz von Felix Mendelssohn, den er schon seit einem Jahrzehnt kannte, aufgefordert, als Dirigent seiner eigenen Werke im Gewandhaus aufzutreten. Anschließend zog Hector Berlioz weiter nach Dresden, wo er nicht nur das Publikum mit seinem Werk, etwa mit der *Symphonie fantastique*, vertraut machen darf, sondern selbst Wagner kennenlernte und eine Aufführung von *Rienzi* und vom *Fliegendem Holländer* mit offensichtlicher Begeisterung erlebte. Die detaillierte Beschreibung dieser musikalischen Reise durch Sachsen in seinen *Memoiren* zeigt über eine gewisse Selbstgefälligkeit des Komponisten hinaus nicht nur seine Anerkennung des musikalischen Lebens Sachsens, sondern auch seinen Erkenntnisstand. In einem Buch der Musikkritikerin Camille Selden<sup>21</sup> wurde Mendelssohn, der sich in seiner Jugend in Paris aufgehalten hatte, als der originellste Vertreter der deutschen Musik des 19. Jh. gepriesen, wobei das Gewandhaus als der Tempel dieser neuen

Musik beschrieben wurde. Daß die Erstaufführungen von *Tannhäuser* und die Entstehung von *Lohengrin* in Dresden stattfanden, war den ersten französischen Wagnerianern auch nicht entgangen. Überdies war Wagner, dessen politische Erfahrungen während der 1848er Revolution eine tiefe Zäsur in seinem Lebenslauf setzten, vor und nach diesem Ereignis in bestimmten französischen Kreisen so gut beheimatet, daß seine Werke lange vor dem späten Bayreuth-Kult von einem Kreis von Freunden wahrgenommen wurden. Von Weber über Mendelssohn und Schumann bis Wagner ist die deutsche Musik des 19. Jh. in französischer Sicht weitgehend eine Leipziger oder Dresdner Angelegenheit.

Im 19. Jh. erfährt Sachsen eine erstaunliche künstlerische und wissenschaftliche Anstrahlung. Aus Frankreich kommen eher politische Impulse. Sowohl die französische Juli- wie auch die Februarrevolution haben schneller in Sachsen als irgendwo sonst Reaktionen ausgelöst. Im September 1830 wurden etwa das Polizeihaus in Dresden zerstört und Kundgebungen in Leipzig veranstaltet. Aufgrund der örtlichen Zensur sind Berichte und Stellungnahmen zu diesen Ereignissen oft über die französische Presse bekanntgegeben worden. Auf der Seite der Regierung zeugt jedenfalls die Verabschiedung einer Verfassung im September 1831 von einer richtigen Einschätzung der revolutionären Ansteckungsgefahr. Im Jahre 1848 hat Sachsen auch sehr schnell auf die französischen Ereignisse reagiert. Schon im März hatte Robert Blum, der künftige Vize-Präsident des Vorparlaments, die Protestaktionen und die Leitung des Adressensturms an den König in die Hand genommen, und am 13. März hatte der König das Ministerium entlassen. Im Gegensatz zu Sachsen hatten das Wiener und das Berliner Kabinett den Ernst der Stunde unterschätzt. Die offenbare Empfänglichkeit Sachsens für politische Impulse aus Frankreich ist ein Problem für sich, hängt aber sicher mit den engen Kulturbeziehungen zusammen, die den Rahmen für Kommunikationsmöglichkeiten geben. Die veröffentlichten Gesandtschaftsberichte<sup>22</sup> aus Paris und Dresden in den Jahren 1848-49 zeigen einerseits, daß die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf das dritte Deutschland mit der Angst vor Österreich und Preußen zusammenhing. Sie zeigen aber auch, wie aufmerksam das Kulturleben als Teil der politischen Landschaft beobachtet wurde. Die in einer umfangreichen Korrespondenz nachgewiesenen persönlichen Beziehungen vom Minister Senfft, der lange Zeit in Paris gelebt hatte, zum Philosophen der Konterrevolution de Bonald, hatten beispielsweise mit keiner unmittelbar artikulierbaren Strategie etwas zu tun.<sup>23</sup>

Sachsen war seit dem Ende des 18. Jh. ein Zentrum der Wissenschaft gerade in einem Fachgebiet, das die Franzosen sehr beeindruckte, in der Philologie. Schon Johann Christoph Adelung, der seit 1787 als Hofrat und Oberbibliothekar in Dresden weilte, hatte durch seine Bemühungen für die deutsche Sprache bewirkt,

daß das Obersächsische als Maßstab der deutschen Sprache im Ausland betrachtet wurde. Seine allgemeine Sprachforschung in seinem Spätwerk *Mithridates* wurde von den Ideologen, etwa von Volney, rezipiert. Die Werke Christian Gottlieb Heynes, der zwar in Göttingen lehrte, aber in Leipzig studiert und seit 1753 als Kopist der Bühlischen Bibliothek in Dresden amtiert hatte, wurden über die Grenze hinaus als ein Modell der philologischen Auseinandersetzung mit der antiken Überlieferung bekannt. Den gleichen Modellcharakter hatten für Frankreich die textkritischen Arbeiten Gottfried Hermanns, der ab 1797 als Extraordinarius in Leipzig lehrte, insbesondere seine Homerdeutung. Die philologischen Schriften konnten um so leichter Anklang in Frankreich finden, als sie in der Universalsprache Latein geschrieben waren.

Die Universität Leipzig war besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jh. eine der meistbesuchten Ausbildungsstätten Deutschlands, in den 1870er Jahren sogar die meistbesuchte. Sie konnte auf eine lange Tradition der Gelehrsamkeit zurückblicken. Der erste Germanist Moritz Haupt kam aus Leipzig und das philologische Seminar entstand dort 1809. Die Universität zählte in ihrem Lehrkörper europaweit anerkannte Wissenschaftler.<sup>24</sup> Es sei nur kurz an die Namen des Philosophen Ahrens, des Indologen Windisch, des Linguisten Osthoff, des Psychologen Wundt, des Slawisten Leskien, des Philologen Brugmann oder natürlich des Historikers Lamprecht erinnert. In Frankreich hatte im Gegenteil die akademische Ausbildung im 19. Jh. einen Tiefpunkt erreicht, der nach der Niederlage im Jahre 1870 als die tiefere Ursache des Machtverlustes empfunden wurde. Die Gewohnheit verbreitete sich, die allerbesten Studenten nach Abschluß ihres französischen Studiums nach Deutschland zu schicken, wo sie sich mit den dortigen Arbeitsmethoden vertraut machen mußten, um sie anschließend in ihren Lehrveranstaltungen in Frankreich auswerten zu können. Meist besuchten sie mehrere Universitäten in einer Zeitspanne von zwei Jahren, und Leipzig gehörte selbstverständlich zu dieser Deutschlandreise besonderer Art, die ein hoher Prozentteil der namhaften Intellektuellen und Politiker des ausgehenden 19. Jh. in Frankreich absolviert haben. Eine statistische Auswertung der handschriftlichen Berichte oder des gedruckten autobiographischen Materials, welche sie hinterlassen haben, würde die europäische Reichweite des Wissenschaftsbetriebs in Leipzig im einzelnen beleuchten. Man könnte jedenfalls durchaus behaupten, daß Leipzig neben Berlin zu einer Hochschule für französische Elitestudenten umfunktioniert wurde.

Einige wenige Beispiele mögen genügen. Ferdinand de Saussure, der Gründer des linguistischen Strukturalismus, hat auf die französischen Geisteswissenschaften eine Wirkung gehabt, die weit über die Sprachwissenschaft im engeren Sinne hinausgeht. Nun hat Saussure ab Herbst 1876 in Leipzig als dem Zentrum der junggrammatischen Schule studiert. Er hörte Georg Curtius in Altphilologie, Heinrich Hübschmann in Altpersisch, Hermann Osthoff in Sanskrit, Ernst Windisch

in Altirisch, August Leskien in Slawisch und Litauisch, fand noch Zeit, sich mit Karl Brugmann zu befreunden und mit Hermann Osthoff zu verfeinden. Seine erste wichtige Schrift über das System der Vokale erschien 1879 bei Teubner in Leipzig, wo de Saussure 1880 mit einer Arbeit über den absoluten Genitiv im Sanskrit promovierte. Anschließend unterrichtete er an der Ecole pratique des hautes études in Paris. Der junge Doktor wurde ab 1882 Sekretär der französischen Gesellschaft für Sprachwissenschaft.

Die Soziologie war im Frankreich der Jahrhundertwende nicht nur eine Wissenschaft unter anderen, sondern die tragende Ideologie der dritten Republik. Zu den Gründern dieser Disziplin gehören Emile Durkheim und Célestin Bouglé. Durkheim hörte in Leipzig bei Wundt, und seine erste Publikation war eine Artikelserie, die unter dem Titel *Moralwissenschaften* in Deutschland (1887) erschien. Célestin Bouglé, der noch in den 1930er Jahren eine wichtige Rolle als Beschützer antifaschistischer deutscher Wissenschaftler im Exil spielte, hat nicht nur über seine Erlebnisse als Student in Deutschland, unter anderem in Leipzig, in einem Buch<sup>25</sup> berichtet, sondern nach seiner Rückkehr ein Buch über Sozialwissenschaften in Deutschland (1895) publiziert.

Einer der Gründer der französischen Slawistik hieß Paul Boyer, der die erste Generation der Universitätsprofessoren dieses Faches bildete. Boyer, der mit dem Studium der Grammatik angefangen hatte, ergänzte seine theoretische Ausbildung mit einem Aufenthalt bei Leskien in Leipzig im Jahre 1889, bevor er seine praktischen Sprachkenntnisse durch ein Studium an der Moskauer Universität erweiterte.

Im Jahre 1886 hatte der Philosoph Lucien Herr eine Reise nach Leipzig unternommen. Der junge Elsässer, der als Bibliothekar an dem Hochschullehrerseminar Ecole Normale Supérieure einen ungeheuren Einfluß auf die Generation der jungen Republikaner und Sozialdemokraten ausübte, die um 1900 auf der politischen Bühne oder an der Universität anzutreten begannen, hatte in seinem Bildungsgang den Umweg über Leipzig nicht entbehren können. Sein inediertes Reisetagebuch, eine sehr plastische Beschreibung seiner Begegnungen mit Wundt, Windisch und anderen Professoren, unterbrochen mit kommentierten Auszügen aus ihren Schriften, zeugt vom zwiespältigen Gefühl des jungen Franzosen dieser Zeit, der alles untersuchen, aber gleichzeitig eine kritische Distanz zum Sieger bewahren möchte. Mit diesen zwiespältigen Gefühlen haben zahlreiche französische Studenten des ausgehenden 19. Jh. die Leipziger Vorlesungen, vor allem in den Geisteswissenschaften, gehört.

Nach diesem methodischen und inhaltlichen Überblick, der noch zahlreiche Lücken offen läßt, wäre eine Bilanz sehr verfrüht. Es dürfte aber schon jetzt feststehen, daß die detaillierte Untersuchung der recht intensiven Kulturbeziehungen

## Michel Espagne

zwischen Sachsen und Frankreich für ein modellhaftes Verständnis des allgemeinen deutsch-französischen Kulturtransfers unumgänglich ist.

- \* Beitrag auf dem IZT-Kolloquium am 6. Februar 1992 (vgl. Bericht in COMPARATIV 1/1992)
- 1 Für eine allgemeine Übersicht vgl. M. Espagne/M. Werner, *Transferts. Les relations interculturelles dans l'espace franco-allemand (XVIIIe-XIXe siècle)*, Paris 1988; diess., *Transferts culturels franco-allemands*, Sondernummer der *Revue de Synthèse*, avril-juin 1988.
- 2 Zu Cousin und Deutschland M. Espagne/M. Werner, *Lettres d'Allemagne. Victor Cousin et les hégéliens*, Tusson 1990 und Sondernummer der Zeitschrift *Corpus* 18/19, 1991, hrsg. von P. Vermeren.
- 3 Vgl. I. Chiva/U. Jeggli (Hrsg.), *Ethnologies en miroir*, Paris 1987.
- 4 T. Grosser, *Reisezeit Frankreich: Deutsche Reiseliteratur vom Barock bis zur Französischen Revolution*, Opladen 1989.
- 5 M. Espagne/F. Lagier/M. Werner, *Le maître de langues. Les premiers enseignants d'allemand en France (1830-1850)*, Paris 1991.
- 6 M. Espagne, Für eine Neuauswertung des deutschen Kulturgedächtnisses in Pariser Archiven, in: Im Vorfeld der Literatur, Vom Wert archivalischer Überlieferung für das Verständnis von Literatur und ihrer Geschichte, hrsg. von K.-H. Hahn, Weimar 1991, S. 268-279.
- 7 M. Espagne, *Bordeaux-Baltique. La présence culturelle allemande à Bordeaux aux XVIIIe et XIXe siècles*, Bordeaux 1991.
- 8 Zur allgemeinen Orientierung R. Kötzschke/H. Kretzschmar, *Sächsishe Geschichte*, Frankfurt/M. 1965. Allgemeine Bibliographie, vgl.: *Bibliographie zur Geschichte der Stadt Leipzig*. Aus den Schriften der historischen Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Weimar, 1971-75, 2 Bde.
- 9 Diese Seite seiner Persönlichkeit wurde noch vor kurzem in dem historischen Roman von Gilles Lapouge, *Les Folies Königsmark*, Paris 1989, eingehend dargestellt.
- 10 Zu M. Huber vgl. M. Espagne: La diffusion de la culture allemande dans la France des Lumières. Les amis de J. G. Wille et l'écho de Winckelmann, in: E. Pommier (Hrsg.): *Winckelmann: La naissance de l'histoire de l'art à l'époque des Lumières*. Documentation française, Paris 1991, S. 101-135. – M. Espagne, M. Werner: La correspondance de J. G. Wille. Un projet d'édition, in *Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte*, Bd 17/2 (1990), S. 173-180.
- 11 Heinz Theodor Schulz-Altcapponberg: „Le Voltaire de l'art“ *Johann Georg Wille (1715-1808) und seine Schule in Paris*, Münster 1987.
- 12 Zu Winckelmann und Sachsen vgl. G. Hrces, *Winckelmann in Sachsen. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte Dresdens und zur Biographie Winckelmanns*, Leipzig 1991.
- 13 Zu Brühl vgl. W. Fellmann, *Heinrich Graf Brühl. Ein Lebens- und Zeitbild*, Leipzig 1989.
- 14 E. Pommier, Winckelmann et la vision de l'Antiquité classique dans la France des Lumières et de la Révolution, in: *Revue de l'art* 1988, S. 9-20.
- 15 Zu den sozialen Gruppen, die eine französische Tendenz in Sachsen mitgetragen haben, gehören neben den Künstlern andere Gruppen, deren Ausstrahlungskraft man nicht mehr so leicht wahrnimmt, etwa die Hugenotten oder die Soldaten;
- 16 Alain Ruiz, Claude-Camille Perret (1769-1834), un cosmopolite bourguignon, secrétaire de Bonaparte, in: *Recueil de travaux concernant Verdun-sur-le-Doubs et la région verdunoise*. Communications présentées au 37e congrès de l'ABSS, Dijon (1967), S. 49-54.
- 17 A. Ruiz, Les dernières étapes d'un jacobin allemand en exil: Johann Friedrich Hischer, fonctionnaire de la République française, et sa fin à Paris de l'Empire à la Restauration, in: *Cahiers d'études germaniques* 7 (1983), S. 173-204 und 8 (1984), S. 211-250.
- 18 G. F. Rebmann, *Werke und Briefe in drei Bänden* hrsg. von Hedwig Voegl, Werner Greiling und Wolfgang Ritschel, Rütten & Loening, Berlin 1990.

## Französisch-sächsischer Kulturtransfer

- 19 Eine umfassende Darstellung des deutsch-französischen Buchhandels im 19. Jh. wurde von Frédéric Barbier vorgelegt: *Livre, économie et société industrielle en Allemagne et en France au XIXe siècle (1840-1914)*, thèse de doctorat d'Etat, Paris IV, 1986, 3 Bdc.  
Schr viel Dokumentationsmaterial über das deutsche Buchgewerbe in Paris findet sich bei H. Jeanblanc, *Les libraires, imprimeurs et 'maîtres de lecture' d'origine allemande à Paris de 1811 à 1871*, Dissertation, Aix-en-Provence 1991.
- 20 H. Jeanblanc, *La librairie Carl Reinwald et la diffusion du matérialisme scientifique en France dans la seconde moitié du 19e siècle*, in: *Cahiers d'études germaniques* 13 (1987), S. 119-141.
- 21 C. Selden, *La musique en Allemagne. Mendelssohn*, Paris 1867.
- 22 H. Kretzschmar/H. Schlechte, *Französische und sächsische Gesandtschaftsberichte aus Dresden und Paris 1848-49*, Berlin 1956.
- 23 J. R. Derré (Hrsg.), *En marge de la Sainte-Alliance. Lettres de Bonald au Comte de Senfft*, Paris 1967.
- 24 M. Steinmetz (Hrsg.), *Bedeutende Gelehrte in Leipzig*, Karl-Marx-Universität Leipzig 1965, 2 Bdc.
- 25 Jean Breton (Pseudonym für Célestin Bouglé), *Notes d'un étudiant français en Allemagne*, Heidelberg, Berlin, Leipzig, Munich, Paris 1895. – Zur sozialpolitischen Tragweite von Célestin Bouglés Ansätzen vgl.: C. Gülich, *Die Durkheim-Schule und der französische Solidarismus*, Wiesbaden 1991.

---

Wojciech Kunicki

## Das Geschichtsbild Ernst Jüngers\*

Über das Bild der Geschichte bei einem Autor zu sprechen, der über eigene, ästhetisch bedingte Möglichkeiten der Welterkenntnis verfügt und dessen Werk nur begrenzt als Quelle bezeichnet werden kann, scheint ein unmögliches Unterfangen zu sein. Zumal es sich um einen Dichter handelt, der nicht nur eine Geschichte hat, sondern auch Geschichte *ist*, unsere Geschichte der letzten fast hundert Jahre nicht nur begleitet, sondern sie auch mit den ihm eigentümlichen Mitteln mitgestaltet.

Die fast siebzig Jahre lang andauernden Diskussionen um das Werk Ernst Jüngers sind ein Musterbeispiel der oben umrissenen Paradoxie: Sein Werk wurde insofern akzeptiert, als man ihm den Rang eines geschichtlichen Zeugnisses zuerkennt. So wurde diese Zeugenschaft am Grunderlebnis des anbrechenden Jahrhunderts (dem ersten Weltkrieg) von rechts und von links wahrgenommen und auch akzeptiert: Die Kritik richtete sich vor allem gegen die „aufgeklebte Ideologie“, die die nüchterne Materie der Deskriptio unnötig belastet. So die Meinung 1929 von Johannes R. Becher und von anderen linksstehenden Kommentatoren, die heute noch in der Forschungsliteratur präsent ist.<sup>1</sup>

Die unheilvolle Tradition, die im Autor einen Dichter *und* einen Denker zu finden glaubte, wird somit diskursiv als Rekurs auf den Wahrheitsgehalt der Dichtung fortgesetzt. Man suchte und sucht das Geschichtliche bei Jünger in der Zeit-Zeugenschaft mit einem herablassenden Blick auf seine Versuche, die geschichtliche Materie zu zähmen, das heißt sie durch Symbolisierung und durch das Figurenspeil zu überwinden.

Ohne das eigentliche Feld meines Interesses zu verlassen, werde ich nach der Form der Jüngerschen Beschäftigung mit dem Geschichtlichen fragen, nicht etwa nach der Konfrontation seiner Geschichtsvisionen mit jenem Komplex, die wir als Logik der geschichtlichen Entwicklung zu setzen gewohnt sind. Das Quellenmaterial für solch einen Zugriff ist riesig. Doch es scheint mir eine gewisse Konzentration auf das wichtigste Dokument dieser Beschäftigung notwendig zu sein. Diese wichtige Quelle finde ich im materiellen Zeugnis der Fassungen und Texte, die einem ständigen Bearbeitungsprozeß unterliegen, was aus der fundamentalen Jüngerschen Unsicherheit resultiert: Unsicherheit an dem sprachlichen Ausdruck. Es gibt kaum ein Werk Ernst Jüngers, das von der Änderungsarbeit nicht betroffen ist. Insbesondere gilt dies für die acht Fassungen seines wohl bekanntesten Buches „In Stahlgewittern“, an dem der Dichter von 1919 bis 1978, also sechzig Jahre lang, gearbeitet hat. All die Zugriffe in die sprachliche Struktur des Textes nivellieren das

## Das Geschichtsbild Ernst Jüngers

in der sog. Kritik gängige Bild von Jünger als einem Autor der glatten, klassischen Verbindlichkeit, die sich präventiv und im Stil der rhetorischen ex-kathedra-Rede dem dadurch dialogunfähig gemachten Leser darbietet. „Bruchstellen sind also Fundstellen“; wem wir sie als Quelle heranziehen, dann „ist der Sprung, ein Rücksprung zum Ursprung, gelungen.“<sup>2</sup>

### 1. Die erste Phase der Beschäftigung mit dem Geschichtlichen (bis 1945)

Ernst Jünger war schon in seinem ersten, entscheidenden Erlebnis mit zwei Geschichtsbildern konfrontiert. Erstens mit einer linearen Vision der geschichtlichen Abläufe: Sie war durch die in seinem Elternhause vorherrschende positivistische Sicht der sich evolutionär entwickelnden Naturgeschichte begünstigt. Auch dies, was er auf den Kampffeldern des ersten Weltkrieges beobachten konnte, war nichts anderes als ein unaufhaltsamer Vormarsch der zum Perfektionismus voranschreitenden technischen Mittel des Kampfes, ein Fortschritt also, der auch den Menschen zum Material machte. Es ist bezeichnend, daß Jünger in der Suche nach dem passenden Sinnbild für diese Vorgänge zu den vordarwinistischen Lehren Cuviers greift und aufgrund einer schrecklichen Empirie (Menschenleiber werden vor Guillemont schichtenweise durch das Feuer der Materialschlachten „geordnet“)<sup>3</sup> zum ersten Mal in seinem Werk die Menschengeschichte mit der Erdgeschichte zu verknüpfen sucht. Die zweite Vision war nicht mehr linear, sondern kreisförmig: Jünger schreitet, ähnlich wie Oswald Spengler, „von der Vorstellung der linearen und eo ipso aufsteigenden Entwicklung zu zyklischen Konfigurationen zurück“.<sup>4</sup> Dieses Geschichtsbild ermöglichte ihm Zugriffe auf zwei weitere Sinnbilder der erlebten Kriegswirklichkeit. Vorerst ermöglichte es die entlastenden Vorzüge der Analogie. Die Maschine erschien ihm von diesem Gesichtspunkt aus als ein Kampfinstrument an sich in seiner spezifischen zeitbezogenen Ausprägung. Der Kampf als Substanz der menschlichen Natur bleibt bestehen; nur die Mittel ändern sich und beeinflussen kaum die grundlegende Konstellation. Der Mensch ist noch stärker als das Material. Oswald Spengler gab Jünger noch ein Bewältigungsinstrument in die Hand: die Prämisse nämlich, daß die Frontgeneration keine einmalige, keine einzigartige historische Erscheinung war.

Das Ziel dieser doppelten Beschäftigung mit dem Geschichtlichen war ständig mit der Sinnsuche der im Kriege erlebten Blendung durch den Augenblick bestimmt. Schon damals erschien in nuce Jüngers Hauptanliegen: „Die Einheit der Weltgeschichte in der Betrachtung wiederher(zu)stellen, von einem externen Punkt aus: sei es in der Theologie, sei es in der Metaphysik, sei es in der Materie.“<sup>5</sup> Der externe Beobachtungspunkt, der eine hinzutretende, herangetragene Einheit der weltgeschichtlichen Betrachtung ermöglichen konnte, war und blieb das Hauptanliegen Jüngers, der dadurch auch die Unzulänglichkeit des Spenglerschen Systems erkannte. Es fehlt freilich in dieser erst 1957 vollzogenen Aufzählung der

übergeschichtlichen Punkte die erste Möglichkeit, die Jünger direkt nach 1922 erprobte: die politische.

Die Ursprünge der politischen Aktivität Jüngers in der Zeitspanne 1922-1927 sehe ich nicht so sehr in einem Impetus des Geltungsverlusts, vielmehr im Bestreben, den übergeschichtlichen Sinn der erlebten Vorgänge zu setzen. In der Forschungsliteratur ist dieser Prozeß genügend beschrieben, so daß ich auf die Schilderung seiner Stadien verzichten kann.<sup>6</sup> Der allgemeine Zugriff richtete sich aber vornehmlich darauf, Jünger als einen Aktivist zu zeigen, der unter Zuhilfenahme der Geschichtsvisionen seinen politischen Einsatz zu rechtfertigen sucht. Ich schlage vor, eine Umkehr der bisher angewandten Fragestellung und die politische Aktivität Jüngers als das zu nehmen, was sie in Wirklichkeit war: Sinngabe der geschichtlichen Großabläufe, denen, wie in der Spenglerschen Vision, der einheitliche Schlußstein, das oberste Stockwerk fehlte. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist vor allem das Scheitern Jüngers als eines politischen Aktivist festzustellen, der die weltgeschichtlichen Abläufe dem kaum politisch tragbaren Begriff der Idee der Nation subsumieren wollte. Die Präntention war aus zweifacher Sicht zum Scheitern verurteilt: Ernst Jünger war nicht imstande, dem Begriff des Frontsoldaten die substantiellen Qualitäten der politischen Begrifflichkeit zu verleihen. Er begriff den Frontsoldaten (in seiner aktivistischen Ausprägung) als Träger einer Idee, als Bürge, daß die Idee überhaupt als existenti vorausgesetzt werden kann. Er stattete somit seinen Konstrukt mit allen Merkmalen des sozialistischen Klassenkämpfers aus, der nun nicht zum Träger einer materialistisch orientierten Ordnung, sondern zum Kämpfer der nationalen Idee avancierte. Er formulierte somit Voraussetzungen für ein tragfähiges Bild der geschichtlichen Krise, die ihren Sinn in der Revolution und im Bürgerkrieg zu erschöpfen sucht. Das andere Bild aber, das die grundlegende Erfahrungssphäre Jüngers prägte, war das des Nur-Soldaten, der, sich nach agonalen Prinzipien richtend, nichts als Kampf und nur Kampf anzuerkennen imstande ist. Das zweite Bild ist das des apolitischen Kämpfers, der als Träger des Krieges, durch das Agonale, den Kampf hegt und beschränkt.<sup>7</sup> Die Diskrepanz zwischen der politischen Vision des Frontsoldaten und seiner substantiellen apolitischen Ausprägung kommt auch in den Bearbeitungen der dritten, „nationalistischen“ Fassung von „In Stahlgewitter“ 1924 zum Vorschein, wo einerseits das Politische einer Ideensuche, andererseits das Nur-Soldatische einer agonalen Kampfvorstellung durch Hinzufügungen (d.h. durch Applikation des Materials) zum Tragen kam. Darin liegt auch der Grund des Scheiterns des Politikers Jünger, und vor allem seiner Absenz in den politischen Kämpfen der Spätphase der Weimarer Republik.

Ich möchte dies Problem noch einmal aufgreifen und es an einem konkreten Beispiel veranschaulichen: dem Verhältnis Jüngers zur Revolution. Sein Verhältnis zu ihr gehört zu jenen Punkten, die als Maßstab seines Verhältnisses zur national-

sozialistischen Bewegung gelten können. Er nennt die Novemberrevolution (im Jahre 1923 und mehr als einmal auch später) eine „Steckrübenrevolte“ (um das materialistische Ausmaß der Spartakus-Bewegung zu veranschaulichen), und sieht sie als „Meuterei auf einem sinkenden Schiff“.<sup>8</sup> Später gilt sie ihm als „das äußere Zeichen eines Zusammenbruchs, einer Aufzehrung der Idee“<sup>9</sup>. Im noch späteren Aufsatz, „Nationalismus und Nationalsozialismus“ aus dem Jahre 1927, distanziert er sich noch deutlicher von der Dolchstoß-Legende und sogar von der „Meuterei-Deutung“, indem er sagt: „Aber der Verrat ist hier ebenso wenig das eigentlich Wirkliche wie der Dolchstoß am Ende des Krieges.“<sup>10</sup> So als Polemik gegen die Meinung der Nationalsozialisten, auch der November-Putsch sei infolge eines Verrates gescheitert.

Die grundsätzliche Diagnose wurde beibehalten und auch in den späteren Analysen auf die Charakteristik des Hitler-Putsches angewandt: *Jede* Revolution, die keine klare Idee aufbringen kann, ist zum Scheitern verurteilt. Die Idee schien also Jünger eine notwendige Grundlage zu sein, um die Revolution verwirklichen zu können. Die Revolution ermöglichte ihrerseits einen doppelten Zugriff auf die unbewältigte Wirklichkeit: erstens als Mittel zur Herbeiführung des Krieges gegen den äußeren Feind und zweitens als Mittel der geschichtlichen Entscheidung, die den Einzelnen zu den notwendigen Bindungen zwingt und somit auch der existentiellen Unsicherheit Einhalt bietet. Da es aber in den deutschen Revolutionen an Ideen fehlte, galten sie für Jünger als Ausdruck des bürgerlichen Philistertums. Aus diesem Grund faszinierte Jünger die Geschichte der sowjetischen Revolution; er sah in ihr eine Fortsetzung des imperialen russischen Kampfes um die Herrschaft: „Man brach dort unter Führung zaristischer Offiziere in Polen ein“, „man kämpfte an den Grenzen“.<sup>11</sup> Diese Deutung hat er auch später beibehalten, indem er die Erinnerungen Trotzki als Ausdruck des russischen imperialen Machtgedankens im westlichen Kleide interpretierte.<sup>12</sup> Der Schluß: „Die russische Revolution hat nationalen Charakter“, gehörte wohl zu jenen Irrtümern Ernst Jüngers, die ihn gerade vor der üblichen Gehässigkeit gegenüber dem Kommunismus bewahrten: „Wenn unsere Kommunisten auch soviel Gewalt und Überzeugung besessen hätten, um sich zu einem solchen napoleonischen Internationalismus mit Berlin statt Meskau anzuschwingen, dann hätte sieh mit ihnen reden lassen.“<sup>13</sup>

Ich habe soeben die These aufgestellt, daß es Jünger sehr schwer fiel, das Politische einer nationalen Idee mit der agonalen Haltung eines Nichts-als-Soldaten in Einklang zu bringen. Nun möchte ich fragen: Warum dieses fast unmöglich scheinende Insistieren auf der Ideensuche, die Kompromißlosigkeit in Gestalt der Abgrenzung von jenen Bewegungen, die eine nationale Idee für sich als objektiv wirkende Kraft beanspruchten? Die Antwort kann auf verschiedenen Ebenen gegeben werden; ich wähle die für diese Betrachtung angemessene Vision des Geschichtlichen bei Jünger.

## Wojciech Kunicki

Über die Quellen der Geschichtsvisionen bei diesem Autor ist schon manches geschrieben worden. Ich erinnere nur an den romantischen Einfluß der Metaphysik und der „typologischen Bibelfektüre“, wie sie vorerst Haman, dann auch Claudel und Leon Bloy betrieben.<sup>14</sup> Der Einfluß der romantischen Metaphysik könnte bei Jünger nur aufgrund seiner musischen Neigung, seines Selbstverständnisses als *Dichter* gezeitigt werden: „Die Bilder sind zugleich Jagdbilder; sie bringen aus dem Unsichtbaren reale Bente ein. Das ist zu allen Zeiten die Aufgabe der Kunst. Der Dichter nähert sich dem Urbild, spiegelt es im Vorbild, das dann reale Mächte anzieht, etwa in der Politik. Dort wird das Vorbild zur Utopie. Ihr werden ungeheure Opfer dargebracht. Ein Beispiel ist das Verhältnis Rousseaus zur Französischen Revolution.“<sup>15</sup>

Der mythologische Bereich als Bild des Goldenen Zeitalters oder das der Görresschen Vor-Geschichte ist zugleich das Reservoir der geschichtlichen Formen, die der Dichter erkennt und dann auch ausspricht. Das organologische Bild der keimenden geschichtlichen Formen, die sich aus dem Unausgesonderten entwickeln, faszinierte Jünger schon in den zwanziger Jahren, als er die Theorie der symbolischen Repräsentanz als Grundlage des sog. heroischen Realismus entwickelte.<sup>16</sup> Als Fundament galt ihm dabei die „Gestalt“, eine Vorstellung, die über Totalität verfügt und im Bereich des Unausgesonderten angesiedelt ist. Die sichtbare Welt ruft die Wirkungsformen der Gestalt hervor, die – je stärker sie sind – um so tiefer und unverfälschter in der tatsächlichen Realität wurzeln. So verlangt eine Emanation der Gestalt nach unverfälschten Zeugnissen, und deshalb unterstellte Jünger seinem Idee-Begriff die unmögliche Forderung nach Tragbarkeit. Das ist gerade der Punkt, warum er jegliche Prävention im Hinblick auf die Idee von Seiten der Parteien des Weimarer Staates ablehnte. So erklärt sich auch seine bis 1929 (bis zum Traktat über die „totale Mobilmachung“) hartnäckige Suche nach einer revolutionstragenden Idee.

Die erste Fassung der „totalen Mobilmachung“ und der Großentwurf des „Arbeiters“ (1932) bezeugen eine Verschiebung von dem Ideen- auf den Gestalt-Begriff. Jünger bemerkte schon im Kriege eine spürbare Wandlung innerhalb der menschlichen Substanz. Jene in der Forschungsliteratur hart umstrittene „Rasse der Rabenkämpfer“ ist für den Autor in den späten zwanziger Jahren nichts anderes als ein Zeichen der Änderung der humanen Substanz innerhalb der Arbeiterwelt.

Der Mensch beginnt maskenhaft zu wirken, er entwickelt ein seltsam ausgeprägtes Zusammenspiel mit den Erscheinungen der maschinellen Welt, sein äußeres und inneres Wesen gewinnt an Uniformierung. Auch seine Erkenntnisinstrumente der geschichtlichen Welt ändern sich: Er verfügt über das zweite Bewußtsein, d.h. über die Fähigkeit, die Dinge mit einem teilnahmslosen Auge jenseits des Schmerzes zu beobachten.<sup>17</sup>

## Das Geschichtsbild Ernst Jüngers

Die Herrschaft des Arbeiters, die sich in jenen Änderungen der humanen Substanz anbahnt, nimmt globalen, imperialen Charakter an: die ethischen bzw. ethnischen Unterschiede treten deutlich zurück. Hier vollzieht sich bei Jünger jene methodologisch interessante Erscheinung, die ich als Wandel der nationalbezogenen Begrifflichkeit auffassen würde. Die im Ansatz existierenden Geschichtsdeutungen der ersten Phase werden verallgemeinert und als Weltentwicklungslinie deklariert<sup>18</sup>: so zum Beispiel der Imperialismus-Begriff. Imperialismus war für Jünger sowie für die anderen Publizisten des militant orientierten Flügels der Konservativen Revolution das einzig legitime Erbe des Wilhelminismus. Es wirkte als ein künftig festzulegendes Kriegsziel. Nun zeigte sich aber, daß die Erscheinung der totalen Mobilmachung keineswegs *nur* in nationaler Kategorie gefaßt werden kann: Es geht um einen Prozeß, der auf der ganzen Erde mit der forcierten und unaufhalt-samen Modernisierung zum Tragen kommt. Der Begriff des Arbeiters wird also nicht mit einer speziellen ethnischen Form konnotiert, sondern als Ausdruck der imperialen Weltherrschaft aufgefaßt.<sup>19</sup> Doch die imperialen Visionen der Arbeiter-Herrschaft sind keineswegs als linear zu betrachten, obwohl ihnen dieses Muster, gepaart mit einer anarchischen Vernichtungsenergie des Bestehenden, anhaftet. „Erinnerung“ und „Wiederkehr“, der große Turnus, der beide vorwegnimmt, beziehen sich auf das Mythologische: im Arbeiter gewinnt die Menschheit wieder eine titanische Gestalt.

Wie stark solche Wahrnehmungsmodi (in der geschichtlichen Substanz die Wiederkehr des Mythologischen erblicken zu können) Jüngers Sicht des zweiten Weltkrieges bedingten, belegen die Aufzeichnungen, die der Autor an der Westfront zu Anfang des Krieges in „Gärten und Straßen“ machte: Der Meehanismus, auf die sich entwickelnden Dinge der technischen Kriegsführung mit dem Auge eines Soldaten des ersten Weltkrieges schauen zu können, will nicht mehr funktionieren.

Denn: „Dieser Krieg weicht eben in allen Einzelheiten vom Schema des Verflorenen ab, an das ich meine Gedanken daher nicht länger heften will.“<sup>20</sup> Diese Meinung belegt, daß Jünger vorerst seine Erkenntnismuster aus dem ersten Weltkrieg auf den neuen Bereich übertrug, als ob er sie in den Essays „Die totale Mobilmachung“ und „Der Arbeiter“ nicht durchexerziert hätte. Mehr als einmal wundert sich der Autor über die Dinge, die „für den alten Kenner der Materialschlachten erstaunlich sind“.<sup>21</sup> Nur einmal bezieht er sich auf seine eigene Schrift „Feuer und Bewegung“; nur einmal, bei der geäußerten Befürchtung, daß die Elektrizitätswerke bei Kirchlortst durch einen Angriff getroffen sein könnten, erwähnt er den „totalen Krieg“<sup>22</sup>.

Diese Depotenziierung der alten Wahrnehmungsmuster bedeutet viel: Erstens, daß für Jünger der erste Weltkrieg erst mit der neuen geschichtlichen Erfahrung historisch geworden ist; zweitens erblickt er in der neuen Wirklichkeit der

modernen Kampfmittel die titanisch-mythologische Dimension, die er in ihrem Zugriff auf die Geschichte schon in den „Marmorklippen“ als bedrohlich diagnostizierte. Drittens beschreibt er den Einzelnen in dieser Welt und sieht ihn nicht nur als Träger der Freiheit, sondern auch als Beobachter, der im Bilderstrom immer stärker die Raster der historischen Wahrnehmung verliert. Eine Wirklichkeit steht in ihrer Nacktheit vor seinen Augen, die der sich maschinell entwickelnden Logik des Fortschritts keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen vermag.<sup>23</sup>

In der Beobachtungssphäre des zweiten Weltkrieges werden die für das Spätwerk Jüngers typischen Elemente des Geschichtsbildes entwickelt. Das ist auch der Zeitpunkt, von dem an Jünger seine Bemühungen als die eines Historikers wahrnehmen wird. Diese Haltung gewinnt im Laufe der Vernichtung der geschichtlichen Substanz an Intensität.

Derartige Änderungen konnte der Autor auch im menschlichen Wahrnehmungsraster registrieren, das immer stärker an abstrakter Zeitbezogenheit gewinnt: die geschichtlichen Muster werden langsam ausgelöscht, der Prozeß der „Weißung“ tritt immer deutlicher hervor. Im Laufe der Erfahrungen werden auch eigene Haltungen und eigene Wahrnehmungsmodi historisiert: nämlich von der Zukunftsperspektive her, was in der Kategorie der *Zeitsprünge* ausgedrückt wird.

## 2. Jüngers Beschäftigung mit dem Geschichtsverlauf

Aufschlußreich ist Jüngers Zukunftsbezogenheit, für die sich drei Impulse nennen lassen: der rationalistisch fundierte Mythologismus der Arbeiter-Axiologie; die Zukunftsorientierung der rechten und linken posthegelianischen Philosophie (dazu sind vor allem als große Entwürfe Karl Marx und Max Stirner zu rechnen) und schließlich die in der Heideggerschen Brechung gesehene nietzscheanischen Impulse der Geschichtsmöglichkeit. Wenn wir nun die dritte Traditionssphäre berücksichtigen (was nicht bedeutet, daß die zwei ersten Möglichkeiten vernachlässigt werden sollten), dann ist vor allem folgende Möglichkeit der historischen Erschließung hervorzuheben: „Die Historie nimmt daher – sowenig wie die Geschichtlichkeit des unhistorischen Daseins – ihren Ausgang keineswegs in der ‘Gegenwart’ und beim nur heute ‘Wirklichen’, um sich von da zu einem Vergangenen zurückzutasten, sondern auch die historische Erschließung zeitigt sich aus der Zukunft.“<sup>24</sup> Jünger drückte dasselbe aus, unter Zuhilfenahme der Kategorie der „Zeitsprünge“: „Im ZEITSPRUNG überspringt die Wahrnehmung Abschnitte der meßbaren Zeit. Insofern ist er von der Prophetie zu unterscheiden, denn der Prophet sieht, ohne sich zu bewegen, Zukünftiges voraus. Beim Vorgesicht dagegen bewegt sich der Wahrnehmende im Zukünftigen; er nimmt an ihm teil.“<sup>25</sup> Die historische Erschließung von der Zukunftsperspektive aus hat Jünger am stärksten zuerst in „Heliopolis“ (1949, das Buch heißt im Untertitel „Rückblick auf eine Stadt“) und in „Eumeswil“ (1977) durchexerziert. Die Zukunftsperspektive der

## Das Geschichtsbild Ernst Jüngers

Erschließung leite ich nicht unbedingt vom theoretischen Postulat Heideggers, vielmehr aus der Erfahrung der eigenen Geschichtlichkeit ab. Von seinem Grunderlebnis ist nun Jünger durch ungeheure Zeiträume entfernt, so daß er das Gewesene in dreifacher Hinsicht erschließen kann: als monumentale, als antiquarische und als kritische Geschichte.

Ich konzentriere mich auf den dritten Aspekt der historischen Erschließung, weil er zugleich am stärksten in den Augenblick „hineinragt“. Ich schlage vor, diese Dimension der Jüngerschen Beschäftigung mit der Geschichte vorerst in bezug auf die Erinnerung an den ersten Weltkrieg zu zeigen, um dann die Diagnosen und die Prognosen des Meisters aus den achtziger Jahren in Betracht zu ziehen.

Ernst Jünger geht es in dem Erinnerungsprozeß, den er als Zeitsprünge zu erfassen sucht, nicht um den Einblick in Quellen des Übels, die sich deutlich im ersten Weltkrieg abzuzeichnen begannen. Seine Wertungen knüpfen vorerst an den Begriff Verlust an, an jene Gegenüberstellung zwischen dem Politischen und dem Agonalen, die seine kaum vollendete Ideensuche charakterisierte: „In dieser Beleuchtung hat auch Guillemont für mich mit den Jahrzehnten einen anderen Sinn gewonnen – als Abschied von der homerischen Welt.“<sup>26</sup> Jünger betont noch einmal den Triumph der Verzifferung; eine Tendenz, die das Zeitalter der totalen Mobilmachung prägt. So sieht er die Schlacht vor Guillemont als absoluten Triumph der kalkulierenden Technik. Eine Konsequenz also, an die er auch schon in den frühen zwanziger Jahren dachte, als er über das Verhältnis von Mensch und Maschine reflektierte und glaubte, der Mensch sei stärker als das Material. „Allerdings könnte ich sagen: Ich habe das hinter mir. Bei Guillemont wurde das Maximum geboten: der Mensch im Zentrum der Explosionen, der Soldat an die Erde geklammert, im roten Taifun. Man könnte meinen, damals wäre es die tödliche Ausnahme gewesen – nein, der Tod durch die Ziffer wurde in nuce erkannt.“<sup>27</sup>

„Der Tod durch die Ziffer“ – in dieser Feststellung Jüngers verbirgt sich nicht nur der schon in den zwanziger Jahren in seinem Schaffen präsente Gedanke an die Vorherrschaft der Maschine, sondern auch das Ergebnis dieser Vorherrschaft im sozialen Körper: die Vermassung mit ihrer übelsten Folge, der Moralphertrophie. „Wie kommt es, daß mir der infernalische Feuersturm bei Guillemont weniger zusetzte? Dort war noch ‚der Feind‘ am Werke, hier ist es das Kollektiv. Der unverkennbar auf Mord gestimmte Schlüssel, die mechanische Vernichtung bedroht unmittelbar den Einzelnen, beraubt ihn der Harmonie. Es ist auch Behagen dabei: Lucifers Art.“<sup>28</sup>

Der „Eudaimonismus des Massenlebenswertes“ (Arnold Gehlen) als Hauptwaffe des Kollektivs, die Ausdehnung der Toleranzgrenze, die Vorherrschaft der Gesinnungsmoral und die Privatisierung der Interessen, kurz, alles, worauf konservative Kulturkritik hinweist, meint auch Jünger, indem er von einer Ersetzung

## Wojciech Kunicki

des Feindes durch das Kollektiv (also von der Grundlage und vom Boden der bürgerkriegsähnlichen Zustände) spricht. Da ist auch eine gewisse Resignation spürbar, die durch eine stehende Figur des Jüngerschen Schaffens umrissen wurde: „Man ist auf der Flucht auch wo man angreift – das Schauspiel des Jahrhunderts seit Ypern und Langemarck.“<sup>429</sup>

Der Kern dieses kritischen Impetus ist das Verlustbewußtsein der geschichtlichen Substanz. Diese vielleicht am stärksten ausgeprägte Ursache des Schmerzes diagnostiziert der Autor als Sturz in eine vom Augenblick gelöschte „Realität im Hundertstelsekundenstil“. Es geht ihm dabei nicht nur um eine Verzifferung der Lebensbereiche, um den von Stefan Zweig schon in den zwanziger Jahren erkannten Chaufferstil, nicht also um konservative Diagnose des Trauerns um das Nie-Wiederkehrbare, sondern um jenen Urgrund der modernen Ängste, wo die Geschichte zum lediglich Aktuellen, zur puren Novität reduziert wurde bei gleichzeitiger Hervorhebung der Endzeit-Perspektive. Anstoßerregend blieb an Jünger, daß er eine Welt außerhalb der Zeit sich vorzustellen wagt, und dies dazu noch ohne jegliche didaktische Absicht, mit dem Blick auf jene Kräfte, die im Mythologischen und im Kosmologischen wurzelnd, das Spektrum einer übergeschichtlichen Schau erweitern: „Ich lese gerade bei Nietzsche, es seien schon viele Tierarten verschwunden, gesetzt, daß auch der Mensch verschwände, so würde nichts fehlen. Das hat er vor über hundert Jahren geschrieben. Das ist doch erstaunlich.“<sup>430</sup>

Wie kann man diese Schau charakterisieren? Als Suche nach einem Gesetz, das das „Wenlen“ bestimmen konnte: „Daß die Welt mit dem ‘Urknall’ begonnen habe, ist eine der Fiktionen, die in unserer von Explosionen bewegten Welt besonders überzeugt. Warum sollte man nicht ein sanftes Pulsieren als ihre Ursache annehmen – die lautlose Schwingung eines Metronoms? Sie könnte sich verstärkt und endlich zu einer Teilung geführt haben, sei es in Vater und Mutter, wie die Mythen überliefern, oder zur Ausdehnung der Partikeln – in jedem Falle zur Trennung von Zeit und Raum.“<sup>431</sup>

Die kosmologische Beobachtung wird aus dem Konkreten abgeleitet, sie wird auch in mythologischer und biologischer Homogenisierung eine Klammer schaffen, die das Geschichtliche umfaßt. Diese Kosmogonie ist in nuce polemisch, gegen die explosiven Vorstellungen unseres Jahrhunderts gerichtet, die vornehmlich einen atomaren Krieg und die Bevölkerungsexplosion konnotieren. Diese Vorstellung versucht nun Jünger zu überwinden, auf der Ebene, die er als die metahistorische bezeichnet: Es geht ihm um solch eine Schau, die das Mythologische und das Biologische als Rahmen und als Ergänzung des Geschichtsverlaufes voraussetzt. Er wartet nicht mehr auf eine Revolution, die die Gesellschaft der „totalen Mobilmachung“ auf das Gebiet des Ökonomischen verdrängt<sup>32</sup>, sondern hofft darauf, jene Zeichen zu registrieren, die auf eine Erdrevolution hindeuten. Diese

## Das Geschichtsbild Ernst Jüngers

Erdrevolution, der Änderungen in der menschlichen Substanz entsprechen, die auch durch die „Vergeistigung der Erde“ eingeleitet wurde, führt laut Jünger in die Bereiche der nachhistorischen Zeit: „Jede historische Wandlung wird musikalisch nicht nur instrumentiert, sondern auch im Kern erfaßt – im Augenblick der Empfängnis, längst vor den Geburtswehen. Wo die Musik auf den Willen einwirkt, hat sie schon einen langen Weg zurückgelegt. Dem müssen Signale vorausgegangen sein, die sich der Metrik entziehen, als prophetischer Teil sogar dem Gehör. Die Musik als 'reine, vom Dinglichen befreite Bewegung' hat als solche kein Ziel.“<sup>33</sup>

Die zwei Romane, die Jünger in den Jahren 1977 und 1982 veröffentlichte, „Eumeswil“ und „Aladins Problem“ – lassen sich als Summa der Jüngerschen Beschäftigung mit der Geschichte lesen. Die dort dargestellte Welt zeichnet sich durch eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen aus. Die zum Stillstand gebrachte Technik nimmt magische Ausmaße an, dies gerade bei jenen Instrumenten, die eine synoptische Schau der Geschichte ermöglichen. Martin Venator arbeitet in Eumeswil an dem sog. Luminar, einem Instrument, das die Rekonstruktion des Gewesenen möglich macht, einem Werk, an dem die Phantasie des Dichters und die Korrektheit des Enzyklopädisten zusammenspielen.<sup>34</sup> Andererseits ist die Regierungsform des kleinen Staates die der Tyrannis der Renaissancezeit. Ähnlich in „Aladins Problem“: Eine Verzweiflung der zivilisierten Welt wird mit Rückständen der feudalen Ordnungen in der Kriegsschule zu Liegnitz verengt.

Diese Gleichzeitigkeiten des Ungleichzeitigen resultiert wie alle Sinnbilder der Jüngerschen Beschäftigung mit der Geschichte aus dem Grunderlebnis des ersten Weltkrieges. Schon dort konnte Ernst Jünger einen Zusammenprall von mehreren Zeitschichten beobachten: des Agonalen mit dem Politisch-Nivellierenden, des Individuellen (die Freiwilligen von Langemarck) mit der Emanation der Arbeiter-Welt (Maschinengewehre, die die anstürmenden Freiwilligen vernichten).

Diese Bildhaftigkeit der nebeneinander konfliktlos existierenden Zeitebenen ist wohl typisch als Zustand der Posthistorie: Alles wiederholt die gleichen Muster der geschichtlich formenden Kräfte; im Politischen z.B. als stetes Wechselspiel zwischen Männern und Mächten. Die historischen Konstellationen werden als melancholisches Beobachtungsspiel eines Anarchen (eines Einzelnen, der seine Sache auf Nichts gestellt hat) träumerisch durchexerziert. Die Freiheit hat sich in den Einzelnen zurückgezogen, der nicht mehr daran denkt, sich an der Bildung von überindividuellen Formen zu beteiligen; sondern nach der Möglichkeit sucht, seinen Tod dem Sog der Vernichtung zu entziehen.<sup>35</sup>

„Aladins Problem“, Anfang der achtziger Jahre entstanden, kreierte einen merkwürdigen Zeit-Raum-Bezug. Es gibt darin nur vage Andeutungen an das Zeit-Geschehen mit gleichzeitiger Konstruktion eines geschichtlichen Modells. Der Unterschied zwischen dem realen Sozialismus und der anderen Welthälfte wird nur an der Oberfläche gestreift, denn jene Tendenzen, die auf Nivellierung aus sind,

## Wojciech Kunicki

prägen das Leben zu beiden Mauer-Seiten: Das Sinnbild dafür ist der Schwund der Friedhöfe.

Das seit „Marmorklippen“ (1939) ständig in Jüngers Werk wiederkehrende Thema der kultischen Bestattung beschäftigt den Autor kaum zufällig. Es geht ihm nicht so sehr um ein Kriterium für das geistige Niveau der Menschheit („Zeigt mir eure Gräber, und ich sage Euch, wer ihr seid“)<sup>36</sup>, sondern um einen im ersten Weltkrieg erlebten Schock des Autors, der die über der Erde liegenden Leichen der Schlachtfelder als Zeichen einer nihilistischen Landschaft beurteilte.<sup>37</sup> Dieses schockierende Bild entwickelt Jünger in seinem späteren Werk in zahlreichen Variationen: Dazu gehören die Köpfe von Sunmyra und Braquemart auf dem Köpels-Bleek der „Marmorklippen“; die Präsenz einer zur Schau gestellten Leiche in „Heliopolis“; Visionen der modernen Schlachtfelder, die der Dichter in zahlreichen Figuren (Kesselschlacht, Tod auf dem verlorenen Posten) registriert. Die Geste, „die Toten zu beschwören und ihnen eine Stätte zu schaffen, bevor der Fortschritt uns vernichtet“<sup>38</sup>, ist der Punkt, an dem die Bemühungen des Historikers und des Dichters zusammenfallen.

Das Jüngersche Geschichtsbild verbirgt sich somit in der Form seiner Geschichtsauffassungen. Das Hauptmerkmal dieser Form ist die ständige Beschäftigung mit dem Schockerlebnis seiner Generation, dem ersten Weltkrieg, der schon die historischen Tendenzen des 20. Jh. in nuce beinhaltet. Aus dieser Sphäre entfaltet sich das Reservoir der Bildhaftigkeit Ernst Jüngers. Diese Form vereinigt zwei typische Haltungen im Bereich des historischen Denkens: das lineare und das kreisförmige Modell des Geschichtlichen. Das Lineare des Fortschrittes wird in das Zyklische der sich wiederholenden Konstellationen eingebettet: Das Historische verliert somit an Ausschließlichkeit und wird auf das Kosmologische und auf das Mythologische bezogen. Das Geschichtsdenken Jüngers ist als Versuch zu verstehen, zwei für Jakob Burckhardt noch getrennt existierende Bereiche – Natur und Geschichte – zu verbinden, als das Äußere der wirkenden Kräfte (z.B. Erdkatastrophen) mit dem Inneren der „Abnahme“ und des „Auslebens“!<sup>39</sup> Die Arbeit des Historikers, der ein Totenrichter ist, steht der Beschäftigung des Dichters (der um die Kultur und somit auch um den Kultus besorgt ist) am nächsten. Beide empfinden den Schmerz der ständigen Vernichtung und der unaufhaltsamen Vergänglichkeit, beide sehen sich verpflichtet, nicht nur Geschichte in den magischen Raum zu projizieren, sondern vor allem das Geschichtliche in die abstrakten Bereiche des ahistorischen Fortschrittsdenkens zurückzuführen. Diese Form der Beschäftigung mit dem Geschichtlichen hat nichts Starres, nichts Glattes an sich. Das wichtigste Dokument ihres Zustandekommens ist das Jüngersche Fortschreiben an dem einzigen Projekt seines Lebens: dem Versuch einer Wiederherstellung der Harmonie in der unablässig fortschreitenden Welt.

## Das Geschichtsbild Ernst Jüngers

- \* Leicht gekürzte Fassung eines Vortrages, den der Autor am 6. Dezember 1991 in der gemeinsam vom Seminar für Geschichte und Theorie der Geschichtswissenschaft an der Universität Leipzig und vom kulturwissenschaftlichen Institut des Landes Nordrhein-Westfalen veranstalteten Vortragsreihe im Studienjahr 1991/1992 in Leipzig hielt.
- 1 Vgl. G. Diesener/W. Kunicki, Aus der Arbeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Unbekannte Rundfunkrede Johannes R. Bechers vom Oktober 1943, in: Bemühungen 1989, S. 32-33. Siehe auch: H.-H. Müller, Der Krieg und die Schriftsteller. Der Kriegsroman der Weimarer Republik, Stuttgart 1986.
  - 2 E. Jünger, Sämtliche Werke (nachfolgend SW), Bd. 7, Stuttgart 1978 (An der Zeitmauer), S. 403.
  - 3 Vgl. E. Jünger, In Stahlgewittern. Aus dem Tagebuch eines Stoßtruppführers, Berlin 1924 (III. Fassung), S. 96.
  - 4 Ders., SW (An der Zeitmauer), S. 454.
  - 5 Ebenda, S. 460.
  - 6 H.-P. Schwarz, Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers, Freiburg i. Br. 1962.
  - 7 Daß diese Diskrepanz sehr deutlich Jüngers Denken beschäftigt hat, belegt sein Gespräch mit Paul Adams (Deutschland-Sender am 1. Februar 1933), das Carl Schmitt in der dritten Fassung seiner Schrift „Der Begriff des Politischen“, Hamburg 1933, erwähnt.
  - 8 E. Jünger, Revolution und Idee, in: Völkischer Beobachter vom 23./24.9.1923.
  - 9 Ders., Die Methode der Revolution, in: Die Standarte 8 vom 15.10.1925, S. 2.
  - 10 S. Arminius, Nr. 13, 1927.
  - 11 Vgl. E. Jünger, An der Zeitmauer, a.a.O.
  - 12 Ders., Trotzki's Erinnerungen, in: Widerstand 1931, H. 3.
  - 13 Vgl. Ders., An der Zeitmauer, a.a.O.
  - 14 Siehe bes. H.-P. Schwarz, a.a.O., S. 209-214. Über geistesgeschichtliche Impulse Jüngers informiert am umfangreichsten die Arbeit von M. Meyer, Ernst Jünger, München 1990.
  - 15 E. Jünger, SW (An der Zeitmauer), S. 482.
  - 16 Vgl. ders., Der heroische Realismus, in: Die literarische Welt, Jg. 6, Nr. 13 vom 28.3.1930.
  - 17 Siehe bes. § 28-44 im zweiten Teil des „Arbeiters“.
  - 18 Siehe E. Jünger, Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt, Stuttgart 1982, S. 309. Die Gestalt ist statisch und „bedeutender als jene Bewegung, durch die sie für sich zeugt. Die Bedeutung der Bewegung als Wert, etwa als Fortschritt, gehört dem bürgerlichen Zeitalter an.“
  - 19 Siehe vor allem den Schluß des „Arbeiters“: „Wir sehen, daß die Völker an der Arbeit sind, und wir begrüßen diese Arbeit, wo immer sie geleistet wird. Der eigentliche Wettkampf gilt der Entdeckung einer neuen und unbekanntten Welt – einer Entdeckung, vernichtender und an Folgen reicher als die Entdeckung Amerikas“. Vgl. ebenda, S. 307.
  - 20 E. Jünger, Strahlungen I, München 1988, Aufzeichnung vom 22. März 1940.
  - 21 Ders., Aufzeichnung vom 14. Mai 1940.
  - 22 Ders., Aufzeichnung vom 23. Mai 1940.
  - 23 Ders., Aufzeichnung vom 25. Juni 1940: „Beim Anblick der Toten am Montmirail hatte ich das Gefühl, daß diese Filter fehlten – das heißt, das Bild fiel aus dem Rahmen der Historie. Ich sah hier das Absolute, das Kerngerüst, und spürte die Gegenwart von Mächten, von denen wir seit langem nur noch die abstrakten Namen kennen – sie sind nicht ewig, doch werden sie in ihrer Herrschaft dauern, solange die Zeit besteht. Ich fühle ihren furchtbaren Triumph.“
  - 24 Vgl. M. Heidegger, Sein und Zeit, Frankfurt/M. 1928, S. 395.
  - 25 E. Jünger, Die Schere, Stuttgart 1990, S. 30.
  - 26 Ders., Siebzig verweht II, Stuttgart 1981, S. 84.
  - 27 Ebenda, S. 397.
  - 28 Ders., Siebzig verweht I, Stuttgart 1980, S. 410.
  - 29 Ebenda, S. 78.

## Wojciech Kunicki

- 30 Ja, gut. André Müller spricht mit dem Dichter Ernst Jünger, in: Die Zeit, Nr. 50 vom 8. Dezember 1989, S. 61.
- 31 E. Jünger. Aus den Tagebüchern, in: Merkur 434/1985, S. 328.
- 32 Ders., An der Zeitmauer, a.a.O., S. 442: „Daß die ökonomische Revolution das Glück nicht herbeiführen konnte, war vorauszusehen und hat sich in gewaltigen Experimenten gezeigt (...). Das erklärt ihr (der Planwirte - W.K.) Bestreben, die Revolution auf dem rationalen, vor allem dem technisch-ökonomischen Sektor zu haben und zu verbinden, daß sie auf andere Felder übergreift.“
- 33 Ders., Die Schere, a.a.O., S. 14.
- 34 Ders., SW, Bd. 17 (Eumeswil), Stuttgart 1981, S. 305 bzw. 306: „Der Turm zu Babel wurde in seine Ziegel zerlegt, verziffert und wieder aufgebaut“, „Geschichte wird nicht nur beschrieben, sondern auch gespielt. So wird sie in die Zeit zurückgreifen: sie tritt in Bildern und Personen auf“; „Hier müssen sowohl Wissende als Künstler am Werk gewesen sein, selbst herrschende Geister, die in den Kristall blickten.“
- 35 Diese Resignation resultiert aus dem Verlust des Geschichtsbewußtseins. Siehe E. Jünger, SW, Bd. 15, S. 73: „Der Katalog der Möglichkeiten scheint erschöpft. Die großen Ideen sind durch Wiederholung abgeschliffen; man lockt damit keinen Hund hinter dem Ofen hervor.“
- 36 E. Jünger, SW, Bd. 4 (Siebzig verweht I), S. 459: „Vor allem an den Gräbern ermißt man die Kultur. Und ihren Tiefstand an unseren 'Friedhöfen'. Zu den Menschenrechten zählt auch das einer würdigen Heimstatt nach dem Tod.“

---

## Mitteilungen und Berichte

### Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren.

Internationales wissenschaftliches Symposium an der Universität Mannheim, 22. bis 25. Februar 1992

Die Brisanz der Thematik liegt auf der Hand: Angesichts einer Öffentlichkeit, die über den Umgang mit den jüngsten Kapiteln deutscher Geschichte tief gespalten ist, hat die Beschäftigung mit dem Phänomen der „Säuberungen von Kommunisten durch Kommunisten“ einen weit über den akademischen Diskurs hinausgehenden Bezug. Diese Aktualität war den über 80 Historikern, Literaturwissenschaftlern und Philosophen aus zehn Ländern allgegenwärtig, zumal an der Konferenz mit *Edith* und *Nathan Steinberger* Zeitzeugen teilnahmen, die die Schrecken willkürlicher Verfolgung und sibirischer Verbannung selbst erleben mußten. *Hermann Weber* (Mannheim), neben *Dietrich Staritz* einer der Organisatoren des Symposiums, kennzeichnete es als Ziel der Tagung, die auf der Grundlage neu erschlossener Quellen gewonnenen Erträge über Intentionen, Methoden und Umfang der stalinistischen „Säuberungen“ zu bilanzieren. Dabei, so *Weber*, sei zu diskutieren, wie die Aufarbeitung der in den Grundzügen sehr ähnlichen, in

den nationalen Ausprägungen jedoch durchaus unterschiedlichen Merkmale und Resultate stalinistischer Säuberungen verstärkt und zukünftig kooperativ geleistet werden kann; um letztlich die Rolle der politischen Verfolgungen im kommunistischen Herrschaftssystem präziser zu bestimmen. Wenn gerade das Thema der Säuberungen in den kommunistischen Parteien selbst in den Vordergrund gerückt werde, so deshalb, da ursächlich die zunächst parteiinternen Maßnahmen als ein Spezifikum der kommunistischen Organisationspraxis das terroristische Politikverständnis des Stalinismus zur Folge hatten.

Angesichts der thematischen Breite der über 40 eingereichten Beiträge und gehaltenen Referate zeigte sich sehr schnell, wie schwierig ein systematisierendes, theoretisch verallgemeinerndes Fazit des gegenwärtigen Forschungsstandes auf diesem Gebiet zu ziehen sein würde. Um die Diskussion zu konzentrieren, waren deshalb vier Schwerpunkte vorgesehen. Begonnen wurde mit dem „Großen Terror“ Stalins in den dreißiger Jahren. Themen wie „Bolschewismus – ideologische Wurzeln des Terrors“ (*Alexander Watlin*, Moskau) oder „Ursprünge und Formen des sowjetischen Terrors“ (*Richard Lorenz*, Kassel) verdeutlichten die Komplexität der Fragestellung. Schon die terminolo-

## Mitteilungen und Berichte

logische Bestimmung des Begriffes „Terror“ warf Schwierigkeiten auf. Terror, so *Egbert Jahn* (Frankfurt/M.), beabsichtigt nicht die Vernichtung, sondern die Einschüchterung des Gegners, weshalb die Massenvernichtung von politischen Gegnern, Mitgliedern bestimmter sozialer Klassen oder ethnischer Gemeinschaften in der Sowjetunion der dreißiger Jahre nicht als Terror im herkömmlichen Sinne zu qualifizieren sei. Gefragt werden müsse vielmehr nach den realen Motiven dieser zum Teil völlig willkürlichen Vernichtungspolitik, deren Ziel es u. a. war, eine Atmosphäre allgemeiner Angst zu erzeugen. Für den jungen russischen Historiker *Watlin* hingegen war der bolschewistische Diktatur ein ständiger ideologischer Terror wesenseigen und somit der Terrorbegriff nicht allein auf die physische Vernichtung des politischen Gegners zu reduzieren.

In Anbetracht dieser bereits bei der terminologischen Bestimmung der verwendeten Grundbegriffe auftretenden Schwierigkeiten plädierten mehrere Teilnehmer des Symposiums für eine zunächst differenziertere Untersuchung historischer Sachverhalte. So müsse unter exakter Berücksichtigung der konkreten geschichtlichen Situation zwischen verschiedenen Entwicklungsstadien des Terrors unterschieden werden. Für *Weber* bestand zwischen dem frühen Terror der Bolschewisten, der dem utopischen Ziel der Selbstverteidigung der Revolution diene, und dem späten, auf persönli-

che Machterhaltung Stalins zielenden Terror ein qualitativer Unterschied. Auch *Pierre Broué* (Grenoble) sprach sich nachdrücklich dafür aus, den Terror der dreißiger Jahre und die drei großen Moskauer Schauprozesse aus dem ökonomischen, sozialen und politischen Zustand der sowjetischen Gesellschaft jener Jahre zu erklären. Gerade auf diesem Gebiet wurde deutlich, daß fundierte wissenschaftliche Untersuchungen zur Sozialgeschichte der Sowjetunion noch fehlen.

In einem zweiten Komplex beschäftigten sich die Teilnehmer des Symposiums mit der internationalen Dimension der Terrormaßnahmen des stalinistischen Kommunismus. So referierte *Bernard Bayerlein* (Aachen) über die Rolle und Funktion der kommunistischen Internationale im Kontext der „Säuberungen“, ein Begriff, dessen terminologische Fixierung gleichfalls unscharf blieb. Nach Meinung *Bayerleins* rückte die Komintern in den dreißiger Jahren ins Zentrum des stalinistischen Terrors. Nach ersten Schätzungen seien bis zu 75 Prozent der Mitarbeiter des Apparats der kommunistischen Internationale und ca. 30 kommunistische Parteien von den Terrormaßnahmen direkt betroffen gewesen. Neben den russischen Kommunisten waren dies v. a. Mitglieder der deutschen, polnischen, ost- und südosteuropäischen Sektionen der Komintern.

Den Verfolgungen deutscher Kommunisten im sowjetischen Exil war denn auch der dritte Schwerpunkt des Sym-

posiums vorbehalten. Wie *Siegfried Bahne* (Bochum) informierte, wurden etwa 70 Prozent der in die Sowjetunion emigrierten Mitglieder der KPD Opfer der „Säuberungen“. Zwischen 1939 und 1941 seien zudem über 1000, nach neueren Darstellungen ca. 1200 deutsche Staatsbürger von den sowjetischen Behörden nach Deutschland und damit an die Gestapo ausgeliefert worden. Obwohl das Schicksal der deutschen Politemigranten auch heute noch vielfach unbekannt ist, ermöglichten einige auf der Grundlage neuer Archivstudien vorgelegte Beiträge einen genaueren Einblick in Teilbereiche der Thematik. So untersuchte *Carola Tischler* (Kassel) die Reaktionen der Internationalen Roten Hilfe auf die Massenverhaftungen deutscher Emigranten in der Sowjetunion 1936 bis 1938, während *Irina Scherbakowa* (Moskau) anhand von Akten aus dem Moskauer KGB-Archiv dem Schicksal einzelner nach Deutschland ausgelieferter Emigranten nachging. Der Literaturwissenschaftler *Reinhard Müller* (Hamburg) skizzierte in seinem besonders anregenden Beitrag zur Genesis der Parteisäuberungen in der KPD die Verhaftung zahlreicher Exilanten in der Sowjetunion als tödliche Konsequenz der schon zuvor praktizierten innerparteilichen Disziplinarstrategien und Unterwerfungsrituale, die aus der von Tätern und Opfern wechselseitig akzeptierten Normalität der stalinistischen Partei entsprangen. Von bestürzender Aktualität auch die Beiträge von *Karl Kröhnke* (Frankfurt/M.) und dem nicht

anwesenden *Hans-Albert Walter* (Hofheim/Taunus) über die psychische Befindlichkeit kommunistischer Intellektueller und ihre Schwierigkeiten beim Umgang mit der eigenen Vergangenheit im stalinistischen System.

*Jan Foitzik* (Mannheim) unternahm es dann in einer vergleichenden Studie, zum vierten Schwerpunkt des Symposiums, den stalinistischen Säuberungen innerhalb der osteuropäischen kommunistischen Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg, überzuleiten. Wie er herausarbeitete, führten die in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Ausgangs- und Verlaufsbedingungen der „Säuberungen von Kommunisten durch Kommunisten“ zu im Detail verschiedenen Folgeerscheinungen. Von ihrer Struktur her waren sich die einzelnen Phasen dieses Prozesses in Polen, der Tschechoslowakei, der DDR oder Ungarn jedoch außerordentlich ähnlich, da sie sich an den in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion entwickelten Schemata orientierten. So wies *Hermann Weber* anhand nunmehr zugänglicher Akten nach, daß die Tatsache, daß es in der DDR trotz zahlreicher „Säuberungen“ nicht zu Schauprozessen kam, keineswegs der Standhaftigkeit der damaligen SED-Führung zu danken war, sondern eine Folge der durch den Tod Stalins eingeleiteten Veränderungen in der UdSSR darstellte.

Insgesamt verdeutlichte das Mannheimer Symposium, daß es in den nächsten Jahren vordergründig darum gehen muß, auf der Grundlage der

## Mitteilungen und Berichte

Aufarbeitung immenser Mengen bislang weitgehend unbekannter Archivmaterialien die empirische Basis der Forschungen über die Zeit des Stalinismus zu verbreitern. Nur so wird sich die Frage beantworten lassen, inwieweit die Quantifizierung vieler historischer Erscheinungen auf dem Gebiet der Stalinismusforschung auch qualitativ neue Erkenntnisse birgt.

Mustafa Haikal

**„Wie weiter mit der (deutschen) Entwicklungspolitik?“  
Gedanken zu einem entwicklungspolitischen Forum der Interessengemeinschaft „Dritte Welt“ an der Universität Leipzig mit Parteivertretern aus Entwicklungspolitik und -wissenschaft sowie einem jungen afrikanischen Wissenschaftler am 14. April 1992**

„Soviel Ende war nie“ – damit beginnt *R. Kurz* seine umstrittene Analyse der modernen Weltökonomie am Vorabend des Modernisierungskollapses in der warenproduzierenden Zivilisation. Dies bezieht sich keineswegs nur auf die vor unseren Augen zur historischen Epoche gewordenen Realsozialismen. Vielmehr sind auch marktradikale Modernisierungsmodelle spätestens seit dem Anschluß Ostdeutschlands, der sich als marktwirt-

schaftlicher Crash-Kurs materialisiert, in akute Beweisnot gekommen. Und dabei gestalten sich im deutsch-deutschen Sonderfall die Rahmenbedingungen noch ausnehmend günstig im Vergleich zu den östlichen und südlichen Entwicklungsländern. Aber selbst für solch ein relativ entwickeltes Land wie z.B. Polen sind bedingungslose Marktöffnung und nachfolgende Deindustrialisierung bei aller Sympathie für die 'Selbsteilungskräfte des Marktes' unannehmbar, was erst kürzlich der polnische Präsident den Journalisten in die Notizblöcke diktierte. Noch um ein Vielfaches schlimmer steht es derweil um marktradikale Struktur- anpassung in der sogenannten Dritten Welt, wo das entwicklungspolitische Hauptinstrument von Weltbank und Internationalem Währungsfonds – „Strukturanpassungsprogramm“ genannt – wesentlich mit zur Entwicklungskatastrophe der achtziger Jahre beigetragen hat. Heute erweisen sich die ohnehin spärlich gesäten „Strukturanpassungswunder“, allen voran die sogenannten Schwellenländer Ostasiens, eher als zufällige Fundsachen bei der steten weltumspannenden Suche des transnationalen Kapitals nach höchstprofitablen Kapitalverwertungs- gebieten. Am wenigsten scheint bewußte Strukturanpassung am Beginn jener wundersamen Aufschwünge aus der elenden Marginalität in die halb- industrialisierte Subalternität gestanden zu haben. Ganz zu schweigen von der durchaus relevanten und sich konsequenterweise aufdrängenden Frage,

obes nicht in der Logik der Strukturangepassungsvorfechter allmählich höchste Zeit ist, nun endlich zu entschlossenen Anpassungsmaßnahmen in jener Volkswirtschaft zu schreiten, deren strukturelle Deformationen die weitaus größten weltwirtschaftlichen Turbulenzen verursachen – die Rede ist natürlich von der US-Wirtschaft. Aber damit noch nicht genug; auch andere, weniger marktzentrierte Formen der Entwicklungshilfepraxis sehen sich angesichts ihrer tatsächlichen Ergebnisse zunehmend in Frage gestellt. Nicht selten hat die 'Hilfe für die Ärmsten' diese kaum erreicht und ist zu mehr als 80 Prozent als Elitenförderung wirksam geworden oder hat sich in unsinnigen Prestigeobjekten vergegenständlicht, die dem Geltungsbedürfnis der „Geber“ und den imitierten Wertorientierungen der elitären „Nehmer“ ein bleibendes Denkmal zu setzen bemüht waren. In vielen Fällen war „Hilfe zur Selbsthilfe“ vor allem Export- und damit Wirtschaftsförderung für die vermeintlich selbstlosen „Geber“. Und schließlich haben besondere Formen der Hilfe zur (egoistischen) Selbsthilfe, nämlich der Waffenexport und die in deutscher Tradition stehende 'Polizei-hilfe', inzwischen begonnen, direkt auf die Profiteure zurückzuwirken, indem sie ein weltweites Anschwellen der Flüchtlingsströme erzeugt haben, deren erste, im Vergleich zur globalen Dimension dieses Problems eher noch kleine Ausläufer in die entwickelte Welt branden und bereits jetzt unvorstellbare Desorientierungen und makabre po-

litische Verirrungen en masse hervor-rufen.

Die politischen Reaktionen auf die ganz offensichtlich auch infolge von Entwicklungspolitik bisheriger Machart aufgestauten Probleme sind eher einfall- und wohl mit einiger Sicherheit auch wirkungslos. Weder die gesetzesgläubige Verschärfung des Asylrechts noch die dünnen, ohnehin durch ihre inkonsequente Anwendung – z.B. in bezug auf die Türkei – weitgehend delegitimierte Vergabekriterien für Entwicklungshilfe noch die von Nabelschau und Egoismus des Westens geprägten GATT-Verhandlungen können als zeitgemäßer Neuentwurf für eine Entwicklungspolitik gelten, die den Herausforderungen des weltgeschichtlich nach dem Ende des Staatssozialismus heutzutage beginnenden 21. Jh. gerecht werden. „Und jetzt wohin?“ ließe sich also mit viel Berechtigung (und in Anlehnung an A. Gorz) in bezug auf die Entwicklungspolitik Deutschlands, aber auch darüber hinaus fragen.

In Anbetracht der aufgetürmten gewaltigen Probleme fiel es auch den am 14. April 1992 auf dem Podium sitzenden Gästen – nicht ganz unerwartet – einigermassen schwer, wenigstens zu den drängendsten entwicklungs-politischen Fragen geschlossene Positionen vorzustellen. Während die Kinderärztin *Ursula Fischer* (MdB, PDS-Gruppe und Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit im 12. Deutschen Bundestag) vor allem auf die Notwendigkeit

## Mitteilungen und Berichte

einer völligen Neuorientierung im Nordwesten in Hinblick auf das Verhältnis zu und im Umgang mit der sogenannten Dritten Welt verwies, aber gleichzeitig einen elementaren Mangel an Veränderungswilligkeit bei den etablierten politischen Parteien konstatieren mußte, bewegt sich die entwicklungsländerbezogene Wissenschaft nach Meinung von *Armin Fuchs* (Mitglied in der Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit der SPD in Leipzig und Hochschullehrer am von Liquidation bedrohten Institut für Tropische Landwirtschaft der Leipziger Universität) immer noch weitgehend jenseits gebührender Kenntnisnahme durch politische Entscheidungsgremien, wobei die überhebliche Ignoranz gegenüber speziellen wissenschaftlich-praktischen Erkenntnissen, die in der DDR gewonnen wurden, in besonderem Maße Zweifel am Veränderungswillen deutscher Politikereliten aufkommen läßt. Von außen, aus der Sicht Afrikas bzw. der „Dritten Welt“, stellt sich deutsche Entwicklungspolitik wie auch die anderer Industrieländer vor allem als ein an nationalen wirtschaftlichen und auch soziokulturellen Interessen und Befindlichkeiten in aller Regel vorbeigehender, zunehmend mit Vorbedingungen belasteter Mechanismus zur Vergabe knapper Geldmittel im Austausch gegen politisches und wirtschaftliches Wohlverhalten dar. Die zweifellos auch aus der historischen Perspektive der 500jährigen 'Neuen Weltordnung' mit ihrem immanenten Gegensatz von

Hochentwicklung für ein und Unterentwicklung für vier Fünftel der Weltbevölkerung gerechtfertigte und vom Süden eingeforderte Unterstützung durch die Industrieländer kann – so *Bazille Baveka* (Doktorand aus der Republik Kongo am Fachbereich Orientalistik und Afrikanistik der Universität Leipzig) – nur unter zwei Bedingungen erfolgreich sein: Erstens, wenn ungleich mehr Mittel die wirklich von Hunger und Elend Betroffenen in der „Dritten Welt“ erreichen und zweitens, wenn den nationalen politischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten und Zielvorstellungen in größerem Maße Rechnung getragen wird.

Die an den knappen einführenden Beiträgen entfachte lebhafteste Diskussion einer interessierten Öffentlichkeit von ca. 40 Teilnehmern umspannte einen weiten Kreis von Problemen und Ansichten. Diese reichten von Forderungen nach mehr praktischer Hilfe bei der Reintegration von Fachkräften, die in der DDR bzw. im „Beitrittsgebiet“ eine berufliche oder akademische Qualifikation erworben haben, in ihren Heimatländern, über Vorschläge zur konsequenteren Berücksichtigung von Forschungsergebnissen zu nationalen Kulturen und Traditionen in der Entwicklungszusammenarbeit bis zur Ablehnung des gegenwärtigen (Welt-)Wirtschaftssystems, das nichts anderes als Ausgrenzung und ungleiche Verteilung von Gewinnen und Verlusten, von Reichtum und Elend im nationalen und im Weltmaßstab hervor-

## Mitteilungen und Berichte

bringen könne. Die vielfältigen und dank der Kompetenz der Gesprächspartner auch sehr plastischen Bemerkungen und Entgegnungen zu Einzelfragen resümieren sich jedoch, sicherlich etwas zugespitzt, in einem recht ambivalenten, eher unbefriedigenden Gesamteindruck. Die „Macht“-Partei SPD vertraut auf die Machbarkeit von Neuorientierungen mit Hilfe von Gesetzen, aber wirklich Neues ist hier bisher auch im europäisch-sozialdemokratischen Rahmen nicht in Sicht – so *Fuchs*. Die aus der Ex-Machtpartei SED hervorgegangene (Dauer-)Oppositionspartei PDS will einen radikalen Wandel in der Entwicklungspolitik, der vor allem dazu führt, daß die globalen Entwicklungszusammenhänge quer durch alle Politikbereiche gelegt und dort verankert werden. Darüber hinaus hält Dr. Fischer gravierende Veränderungen in der Lebensweise des Nordwestens, bis hin zum Konsumverzicht, für unabdingbar. Und zweifellos ist es notwendig zu erkennen, daß alle Menschen mit weniger Konsum besser leben könnten, wenn es gelingt, sich von den Verwertungsimperativen der Konsumindustrien zu emanzipieren. Jedoch ist völlig offen, wie dies erreicht werden kann unter den Bedingungen der auf Wählerstimmen fixierten bürgerlichen Demokratie mit ihrem Horror vor radikalen, unpopulären Einschnitten in das „Wohlstandsniveau“ und der Hinterfragung der ideologischen Leitbilder des Konsumismus, die nicht zuletzt soziale ‘Ruhe’ und politisches Wohlergehen sicherstellen. Und

schließlich hat die „Dritte Welt“ da selbst – wie *Baveka* einräumen mußte – zumindest in Gestalt ihrer mehr oder weniger elitären Regierungsvertreter auch kaum andere Vorstellungen von dem, was Entwicklung sein könnte, als das, was ihr der Nordwesten an Konsumismus und Wachstumseuphorie momentan (noch) vorzuleben vermag.

Je größer offenbar die allgemeine Verunsicherung – und daß diese angesichts von Migranten“strömen“ und -“wellen“ wächst, liegt offen zutage –, umso vielfältiger, aber auch verwirrter und zunehmend nach rechts verirrt auch die eilig entworfenen Ideen und Konzepte. Dem Wirrwarr allgemeiner Ratlosigkeit und den dadurch wesentlich mit verursachten ideologischen Irrläufern abzuhelpfen, bedürfte es schon einer neuen, massenhaft mitgetragenen Vision von Zukunftsgesellschaft, in der die sich aus der ökonomischen Rationalität ergebenden Sachzwänge des (Welt-) Marktes multidimensionalen gesellschaftlich-kulturellen Zielen über den Nationalstaat hinaus untergeordnet sind. Dieser neue Gesellschaftsentwurf ist aber noch kaum schemenhaft umrissen, und so dauern Frustration und Unbehagen – auch nach einer engagierten und sachkompetenten Diskussionsrunde – allemal an.

Arndt Hopfmann

---

## Buchbesprechungen

**Andreas Venzke, Christoph Kolumbus, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1992, 159 S. (=rororo Monographie).**

Wer sich auf der Höhe der erneut auf den Leser zurollenden Welle von Kolumbusliteratur einen ebenso knappen wie soliden und zuverlässigen Überblick über den mit dem Jahre 1492 in die Weltgeschichte eingetretenen (vermutlichen) Genuesen verschaffen will, ist gut beraten, die vorliegende Biographie in die Hand zu nehmen. Ohne den üblichen Spekulationen über die wohl stets umstritten bleibende Gestalt des „Entdeckers“ Raum zu geben, zeichnet der *Verf.* in klaren Linien sein Kolumbusporträt. Hauptquelle ist das von Bartolomé de Las Casas überlieferte „Bordbuch“ (in den Ausgaben von R. H. Fuson, 1989 und E. G. Jacob, 1956). Die daraus wiedergegebenen Zitate belegen besser als jede nachempfundene Darstellung jene für Kolumbus höchst charakteristische Verbindung von Vision, Mystik, Glaubenstreue, Geltungsdrang, Opfermut, Selbstbewußtsein, frühkapitalistischer Geldgier („Gold ist das Beste“), die sein Handeln bestimmte. Auffällig knapp kommt allerdings der weitere Hintergrund, d.h. die Bindung an das genuesische Handelshaus Centurione im Dreiklang von Goldhandel, Sklavenjagd und Zuckerdynamik, wie überhaupt die bestimmende Rolle des

genuesischen Kapitals als spiritus rector der Westfahrt weg. Immerhin galt im gesamten iberischen Raum das Wort „Genuese“ als Synonym für Kaufmann und Bankier.

Der Text gliedert sich in insgesamt sehr übersichtlich aufgebaute 12 Kapitel, gefolgt von Anmerkungen, Zeitafel, Zeugnissen (die allerdings recht willkürlich ausgewählt erscheinen), Bibliographie und Namensregister.

„Herkunft und frühe Jahre“, die weitgehend in der Dunkelheit liegen, bilden den Einstieg in die Kolumbusbiographie. Über die zahlreichen Schwachstellen jener von Kolumbus mit Intention der Vergessenheit anheimgegebenen Zeit urteilt der *Verf.* mit sympathischer Zurückhaltung, auch was z.B. die mögliche Piratenphase seines Helden angeht. Unter dem Titel „Zu neuen Ufern“ erfolgt ein Aufriß der wirtschaftlichen und politischen Umstände, die im Verlaufe des 15. Jh. das Interesse für das Projekt der Westfahrt aufkommen ließen – einer Kausalkette, deren letztes Glied schließlich von Kolumbus aufgenommen wurde. Hier geht es ohne Vereinfachungen nicht, was dazu führt, daß dem Leser die Vielgestalt des Jahres 1492 in der Verbindung von Ende, Anfang und Mitte des Weges einer Phase der „longue durée“ vom 15. zum 16. Jh. nur in Ansätzen deutlich wird. Welche objektiven und subjektiven

Voraussetzungen für die letzten Überzeugungen des „Entdeckers“ maßgeblich wurden, bildet den Inhalt des Kapitels „Das große Projekt“. Das Unternehmen der Westfahrt im eigentlichen Sinne ist Gegenstand von drei weiteren Kapiteln („Spanien und die Zeit des Wartens“, „Die Begegnung mit der ‘Neuen Welt‘“, „Die zweite Fahrt: Vizekönig auf Hispaniola“). Auch bei *Venzke* scheint die traditionelle Faszination auf vielfältige Weise durch: Warum das katholische Königspaar Isabella von Kastilien und Ferdinand von Aragón, nach der Eroberung von Granada und Vertreibung der Juden auf dem Höhepunkt der Macht stehend, zugleich aber ökonomisch ausgeblutet, den mehr als ambitionierten Ansprüchen des „Admirals des Weltmeeres“ und künftigen „Vizekönigs“ nachgaben, wie Kolumbus mit Geschick die Mannschaft über die Krisen der Fahrt ins Ungewisse hinweg leitete und schließlich, trotz deutlicher Gegenindizien, an der Fiktion, in Asien („las Indias“) gelandet zu sein, festhielt. Bei aller Begrenzung auf das Wesentliche kommt die Dramatik des Unternehmens nicht zu kurz (vielleicht mit Ausnahme der ungenügend gewürdigten Leistung der Gebrüder Pinzón bei der Vorbereitung, Mitfinanzierung und Durchführung der ersten Westfahrt, S. 50f.). Es ist auch nicht einzusehen, warum der Verf. entgegen der von Kolumbus selbst gewählten Bezeichnung „Espanola“ (für Haiti) die englische Verballhornung „Hispaniola“ bevorzugt.

In einem „Exkurs: Einige Anmerkungen zur Kolonisationsgeschichte Amerikas“ erfolgt ein zeitlicher Vorgriff, um Charakter und frühe Folgen der spanischen Herrschaft, vor allem, was die Vernichtung der karibischen Bevölkerung angeht, darzustellen. Das von Kolumbus verfolgte Projekt einer handelskapitalistischen Faktoreikolonisation (die sein großes Interesse an der prozentualen Teilhabe an den gehandelten Gütern verständlich macht) scheiterte total. In den Methoden des Kolumbus einen Vorgriff auf die „Encomienda“ zu sehen (S. 108), erscheint insofern unangebracht, da für jene Frühzeit der aus der Reconquista übernommene „Repartimiento“ (Aufteilung der materiellen und humanen Beute) keanzzeichnend blieb. Im Unterschied zu Kolumbus begriffen die Katholischen Könige, vorrangig Isabella, sehr früh, daß der Wert der neuen Gebiete auch von der Verfügbarkeit abhängigen Arbeitspotentials abhing, womit der Grund für den Übergang zu einer herrschaftlichen Landnahme (spätfeudale Siedlungskolonisation) gegeben war. Trotz der enormen Bevölkerungsverluste hing der Erfolg der spanischen Kolonisation für die Zukunft von „Land *mit* Menschen“ ab, während für die spätere puritanisch inspirierte freibäuerliche Agrarkolonisation in Nordamerika der Grundsatz galt: „Only a dead Indian is a good Indian“.

Wie extrem rasch der Ruhm des Christoph Kolumbus verblaßte und warum er so nachhaltig scheiterte, daß

der neue Kontinent nicht „Colombia“, sondern nach Amerigo Vespucci, der seine Entdeckungen entlang der Südostküste der Neuen Welt besser publizistisch zu verkaufen wußte, bald „America“ hieß (ein Beispiel für den Sieg des Diskurses über die Realität!), bildet den Gegenstand der letzten drei Kapitel: „Die dritte und vierte Fahrt“, „Unbeachteter Tod“ und (resümierend) „Wer war Kolumbus?“. Die zuletzt gestellte Frage kann der *Verf.* letztlich nicht schlüssig beantworten, was weitere Biographien um diese schillernde Gestalt an der Schwelle zur Neuzeit erwarten läßt, eine Persönlichkeit, „gekennzeichnet durch eine fanatische Religiosität, die Gold und Gott in oft unsäglichlicher Weise zu verknüpfen suchte...“ (S. 140).

Manfred Kossok

**Robert Darnton, Edition et sédition. L'univers de la littérature clandestine au XVIIIe siècle, Gallimard, Paris 1991. 279 S.**

Der amerikanische Historiker R. Darnton versucht, die 1910 von Daniel Mornet gestellte Frage zu beantworten: Was lasen die Franzosen im 18. Jh.? Seine Arbeit ist keineswegs „nur“ eine literatursoziologische Analyse der

zweiten Hälfte des 18. Jh. Bei Mornet stand hinter der Einzelstudie zu den 1910 ausgewerteten Auktionskatalogen französischer Privatbibliotheken die Frage nach dem Verhältnis von Aufklärung und Revolution, die er 1933 mit „Les origines intellectuelles de la Révolution française“ auf den Punkt brachte. Diese Frage ist zweifellos auch eines der Motive für Darntons unermüdete Suche in den buchgeschichtlich interessanten Archiven, und für dieses Buch mit dem provokanten Titel „Edition et sédition“.

Die Konfrontation mit Verlagsarchiven, allen voran dem einzigartigen Fundus der „Société typographique de Neuchâtel“ (STN), bestärkte seine Skepsis gegenüber jeglichen Versuchen, eine neue Synthese der modernen Umbruchzeit zu schreiben. Heftig zugespitzt vertrat er seine Auffassung von der notwendigen Beschränkung der Fragestellung auf das streng Beweisbare in einer Rundtischdiskussion um Perspektiven der Aufklärungsforschung während des 1987 in Budapest abgehaltenen Aufklärungskongresses.

Die aus Anlaß des Bicentenaire der Französischen Revolution verstärkten Debatten um die „origines“ des revolutionären Ereignisses verdeutlichten den allgemeinen Abschied von einfacher Kausalitätsbetrachtung zugunsten einer breiteren Untersuchung der verschiedensten kulturellen Phänomene, die der Übergangszeit zur Moderne eigen waren. Eine glänzende „mise au point“ für die öffentliche Diskussion legte inzwi-

schen Roger Chartier mit seinem „Les Origines culturelles de la Révolution française“ (Paris, Seuil, 1990) vor. Bei ihm findet man die Rekapitulation der methodischen Debatten von Mornet bis Foucault und den Versuch, die verschiedensten Neuansätze von der Habermasschen „Öffentlichkeit“, über die von ihm selbst wesentlich vorangetriebene Buch- und Verlagsgeschichte, über Alltags- und Mentalitätsgeschichte bis zur diskurstheoretischen Betrachtung der „Politik“ in einer kulturgeschichtlichen Analyse der Autoritätsauflösung des „Ancien Régime“ zu vereinen.

Trotz der Ergebnisse historischer Einzelforschungen, auf die sich die Arbeit von Chartier wesentlich stützt, hat der Ansatz vorläufigen Charakter und vor allem instrumentellen Wert. Die von *Darnton* aufgegriffene Frage, was lasen die Franzosen, kann, wie er selbst feststellt (S. II), bisher nicht definitiv beantwortet werden. Noch schwieriger wird es, will man der unvermeidlich folgenden Frage: wie lasen sie, näherkommen.

Allerdings ist der erstaunte Leser fast versucht, diese einleitende Feststellung *Darntons* als Bescheidenheitsrhetorik abzutun. Selbst den Leser, der bereits publizierte Einzelstudien des Autors oder den auch in deutsch vorgelegten Band „Literaten im Untergrund“ kennt, überrascht die folgerichtig-präsentierte Darstellung der Welt der Untergrundliteratur in diesem neuen Band über Verlagswelt und „Aufruhr“ durch den Reichtum der ausgewerteten

Quellen und die methodische Stringenz. *Darnton* kann mit Fug und Recht abschließend feststellen, daß er ein Forschungsfeld konsequent umrissen hat.

Das Buch beginnt mit einer empirischen Bestimmung der Untergrundliteratur bzw. der „livres philosophiques“. Der Korpus umfaßt tendenziell alle im Ancien Régime verbotenen bzw. nicht ausdrücklich erlaubten Schriften, deren Druck, Vertrieb und Verkauf besonderer Maßnahmen bedurfte und großen Gewinn versprach. Er rekonstruiert aus der Sicht der damaligen Verleger und Händler diesen gesonderten Markt, dessen Waren in speziellen, meist handgeschriebenen Katalogen zusammengefaßt waren. Ein 110 Titel umfassender Angebotskatalog der STN für das Jahr 1775 wird im Anhang komplett reproduziert. Das Angebot reicht von schöngestiger Literatur über metaphysische Abhandlungen, politische Streitschriften, Skandalberichte bis zu pornographischer Literatur.

Die Nachfrage des französischen Publikums nach diesen Schriften wird von einer Vielzahl von Druckereien und Verlegern jenseits der Grenzen befriedigt. Das vollständig erhaltene Archiv der STN, mit Auftrags- und Rechnungsbüchern sowie der umfangreichen Korrespondenz, gestattet es dem Autor, die Ermittlung der Nachfrage, den Druck und den Handel mit dieser Literatur genau zu beschreiben. Die STN, die selbst kaum illegale Schriften druckt (außer der protestan-

## Buchbesprechungen

tischen Literatur), bezieht die Kländestina im Tauschhandel von kleinen Buchdruckern. Sie schickt sie unter Ausnutzung der verschiedensten Wege (über „Passeurs“, eingelegt in unverfängliche Werke, etc.) an Zwischenhändler, etablierte Buchhändler und Kolporteurs, die die Ware vertreiben. Zur Ermittlung des Bedarfs bedient sie sich neben den Buchhändlern auch einer Reihe von Literaturagenten, und ihrer eigenen Vertreter.

Die einzelnen Etappen der Zirkulation werden in Fallstudien präsentiert. Da die Akten der STN hierfür nur begrenzte Informationen enthalten, nimmt *Darnton* außerdem die in französischen Archiven erhaltenen Polizei-, Buchhandels- und Zollakten zu Hilfe. So gelingt es ihm, mehrdimensionale Porträts von der Arbeit und vom Schicksal der Kolporteurs, kleinen Buchhändler und von etablierten Großhändlern zu entwerfen, die am Handel mit Untergrundliteratur beteiligt waren. Diese Fallstudien machen deutlich, daß es sich um reines Geschäft handelte und „Überzeugungstäter“, die aus Sympathie für die Aufklärung die neue Literatur verbreitet hätten, eigentlich nicht vorkommen. Andererseits gibt es Anzeichen dafür, daß der Markt eine Eigendynamik entwickelt und selbst das Bedürfnis nach dieser Literatur mitproduziert.

Im folgenden Kapitel analysiert der Autor die Bestellungen von 12 repräsentativen Kunden bei der STN und schließlich deren Gesamtabsatz. Die statistischen Ergebnisse werden mit

einer Analyse der in Frankreich konfiszierten Bücher (deren Unterlagen viel weniger komplett sind) konfrontiert. So ergibt sich eine Liste von Bestsellern, die sicherlich keinen statistischen Absolutheitsanspruch erheben kann, aber sehr aufschlußreich ist. Da es im Rahmen dieser Besprechung kaum möglich ist, den Reichtum dieser Analyse wiederzugeben, seien nur einige der meistverkauften Autoren der STN genannt: Voltaire, D'Holbach, Pidansat de Mairobert, Mercier, Thévenau de Morande und Linguet.

Im letzten Kapitel widmet sich der Autor einer Analyse von drei der wichtigsten Schriften der Untergrundliteratur, die in ihren Merkmalen und der anzunehmenden Wirkungsweise typisch sein dürften. Es handelt sich um „Thérèse philosophe“, ein Werk, das dem Marquis d'Argens zugeschrieben wird und eine Mischung aus erotischem Bildungsroman und philosophischen Diskursen darstellt, um Merciers rousseauistische Utopie „L'An 2440“ und die Skandalchronik „Anecdotes sur Mme la Comtesse Du Barry“, die mit dem Namen des Nouvelliste Pidansat de Mairobert verbunden sind. Dieses Kapitel ist für Literaturhistoriker zweifellos sehr anregend, verführt es doch gerade dazu, weitere Werke, die den Untergrundmarkt beherrschten, anzusehen und in Bezug zur offiziellen/kanonisierten Literatur zu setzen, so wie es ein anderer Forschungszweig seit einiger Zeit mit der „bibliothèque bleue“ unternimmt.

Nach der kurzweiligen Lektüre dieses original in französisch geschriebenen Buches, das seinen Platz in der Essay-Reihe des Verlages Gallimard sehr zu Recht einnimmt, kann man der Einschätzung *Darntons* nur folgen, der zur Wirkung der Untergrundschriften feststellte: „je prétends.... que le livre illégal – traité de philosophie, libelle politique et chronique scandaleuse – corrode l'idéologie monarchique et ses piliers – le Roi, l'église et les bonnes moeurs – par l'usage systématique, débridé, démesuré de ses armes: la moquerie, la dérision, la Raison critique et historique, la pornographie, l'irreligion, le matérialisme hédoniste. La littérature clandestine charrie des contre-valeurs, propose des opinions nouvelles, refuse des normes, suspecte l'autorité, reconstruit les hiérarchies.“ (S. VI) In diesem Sinne war der illegale Buchhandel ein Geschäft mit dem Aufubr.

Jens Häsel

**François Georges Dreyfus, L'Allemagne contemporaine. 1815-1990, Presses Universitaires de France, Paris 1991, 551 S. (= Nouvelle Clio. L'Histoire et ses problèmes).**

Ein Buch zur rechten Zeit? Auf jeden Fall tut es wohl, in einer Zeit, da die Forderung nach „Bewältigung“ und „Aufarbeitung“ von deutscher Geschichte zur Farce im Boulevardstil

verkommt, ein Urteil über Deutschlands neuere und neueste Geschichte aus fremder, deshalb keineswegs unbeteiligter Feder zur Kenntnis zu nehmen. Die Eigenart der französischen Sicht wird nicht verleugnet und hilft, die erforderliche Distanz einzubringen.

Entsprechend dem Clio-Schema ist dem eigentlichen Text eine umfassende Information über Quellen und Literatur vorangestellt (S. VII-LXXI). Auf den ersten Blick scheint das Gebotene – vor allem für den französischen Leser – erschöpfend; ein zweiter Blick läßt dagegen schon empfindliche Lücken erkennen. So fehlt beim Nachweis der Länder- und Regionalarchive Ostdeutschland gänzlich; nicht einmal vom Staatsarchiv Merseburg ist die Rede. Ebenso wenig gibt es Verweise auf große Bibliotheken. Auch die ausgewiesenen Memoiren sparen das ostdeutsche Tableau völlig aus. In der Historiographie geht die „ex-RDA.“ zwar nicht leer aus, bleibt jedoch auffällig lückenhaft nachgewiesen, wofür „Vormärz“ und „Les Révolutions allemandes de 1848“ (S. XXXIX) als Beleg genügen mögen.

Der Textteil gliedert sich in zwei große Abschnitte: die chronologische Darstellung (S. 3-200) und „Problèmes et débats“ (S. 201-515); den Abschluß bilden Karten und Statistiken. Die gewählten historischen Zäsuren folgen den konventionellen Vorstellungen, trotzdem gelingt es dem *Verf.* auf jeweils gedrängtem Raum, die wirtschaftlichen, politisch-institutionellen und kulturellen Prozesse zu verdeutli-

## Buchbesprechungen

chen. Über das konservative und liberale Denken hinaus erhält auch die radikal-demokratische und sozialistisch-proletarische Bewegung entsprechenden Raum (vgl. z.B. S. 14ff.). Erfreulich oft wird auf Statistiken zurückgegriffen, um das thesenhaft Gesagte auf überzeugende Weise zu stützen. Diffizile Momente im französisch-deutschen Verhältnis (Krieg von 1870/71, S. 59ff.; Vertrag von Versailles, S. 155ff.) behandelt *Dreyfus* auf bemerkenswert souveräne und offene Weise. Bei der Darstellung der DDR-Entwicklung (S. 184ff.), parallel zur BRD, gehtes allerdings nicht ohne eine lineare Sicht vom Ende auf die Anfänge ab; die möglichen bzw. angestrebten Alternativen bleiben unerörtert. Namen wie Axen, Herrstadt, Janka usw. fehlen. Auf das Ende der DDR entfallen sechs Zeilen, was die Möglichkeit der differenzierten Analyse ausschließt.

Während der chronologische Teil die Problemsicht extrem verknappt und so ohne Verkürzungen und Vereinfachungen nicht auskommt, führt der Teil „Problèmes et débats“ entschieden detaillierter in Grundfragen der modernen deutschen Geschichte ein. Dieser mehr als die Hälfte des Werkes umfassende Text verbindet chronologische und problemorientierte Sicht. Von den insgesamt acht Kapiteln sind sechs der Zeit bis 1945 gewidmet: „Religion et culture“ (S. 203ff.) mit ausführlichem Bezug auf die jüdische Kultur (S. 228ff.); „Croissance et modernité dans l'économie allemande, 1815-1933“ (S. 237ff.); „Société et

modernité en Allemagne de 1815 à 1933“ (S. 267ff.), wobei der *Verf.* (z.B. in der Erörterung der „Bourgeoisie“, S. 275ff.) ausführlich auf die Kontroversen in der deutschen Sozialgeschichtsschreibung eingeht; „Idéologies, institutions et politique en Allemagne, 1815-1933“ (S. 303ff.), einschließlich des politischen Katholizismus (S. 326ff.). Ein eigenes Problemkapitel widmet *Dreyfus* dem „Nationalisme allemand“ (S. 349ff.), der sehr breit auf seine preußischen Wurzeln hin befragt wird (S. 361ff.) und hinsichtlich der Verbindungslinien zum NS-Regime (S. 384ff.). Zur Aufhellung der Frage „Comment peut-on expliquer le National-socialisme“ als Auftakt des Kapitels zum Nationalsozialismus (S. 389ff.) folgt der *Verf.* (fast ausschließlich) der von Martin Broszat (1970) vorgelegten Interpretation. Ein Blick auf die ungleich kontroversere internationale Debatte (mit Ausnahme von Hannah Arendt) fehlt. In den Problemkapiteln VII und VIII erfolgt die Gegenüberstellung „RFA triomphante“ und „RDA: quarante-cinq ans d'échec“.

Ob die Deutschen der Versuchung eines „neo-centralisme“ widerstehen können, läßt der *Verf.* im letzten Satz offen (S. 515). Insgesamt scheint ihm die Belastung aus Vereinigung und Ostpolitik groß genug, um keine Ängste gegen eine neue deutsche Großmacht-politik formulieren zu müssen; die prognostizierte „retraite diplomatique de l'Allemagne“ (S. 512) ist allerdings durch die Praxis längst widerlegt.

Manfred Kossok

**Henrik Uterwedde, Kommunen in Frankreich und Deutschland/ Communes en France et en Allemagne. Eine Einführung/ Une introduction, Gemini-DBB Multimedia-Verlag GmbH, Bonn 1991, 121 S. deutsch/ 123 S. französisch.**

Der Titel verspricht Information über Kommunalsysteme und ihre Wirksamkeit, also Praxisbezug. Und für zwei Länder wie Frankreich und Deutschland, mit mehr als 1500 Städtepartnerschaften und millionenfachen Kontakten zwischen Bürgern und Gemeinden, besteht Bedarf an Sachwissen über Organisation und Funktionsweisen kommunaler Politik und ihrer Möglichkeiten.

Das Vorwort von *Peter M. Mombaur*, dem Generalsekretär des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, und *Robert Picht*, dem Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg, zwei Vertretern von seit Jahrzehnten in der europäischen Verständigung engagierten Institutionen, stellt das Anliegen des Buches in den politischen Kontext der weiterhin aktuellen Aufgaben der „Förderung und Vermittlung kommunaler Partnerschaften“ und der „wissenschaftlichen Erschließung der unterschiedlichen Strukturen, Denk- und Verhaltensweisen zwischen bzw. in beiden Ländern“.

Aufbau und Inhalte des Buches sind auf eine beschreibende und vergleichende Dar- und Gegenüberstellung der Strukturen und Verfahrensweisen

der deutschen und der französischen kommunalen Selbstverwaltung hin angelegt, wobei die neuen Bundesländer bereits einbezogen werden. Es gewährt einen sachlich klaren und anschaulichen Gesamtblick auf die zentralen Elemente des jeweiligen Staats- und Verwaltungsaufbaus sowie auf Geschichte und Vielfalt von Organisationsformen des deutschen föderalistischen und französischen zentralistischen Verwaltungssystems. Die Grundlagen und Bereiche kommunaler Politik werden in ihren verfassungsrechtlichen, administrativen und finanzwirtschaftlichen Bedingungen und Zusammenhängen in sechs Kapiteln konkret und ausreichend differenziert dargestellt:

1. Die Gemeinden im staatlichen Verwaltungssystem, 2. Zahl und Größenstruktur der Gemeinden, 3. Kompetenzen der Gemeinden, 4. Kommunalverfassung, 5. Kommunale Finanzen, 6. Gemeinden in Europa.

Das besondere Verdienst des Autors besteht darin, daß er im beständigen Vergleich der Systeme – jedes Kapitel ist mit einer die Sachlage vergleichenden Zusammenfassung abgeschlossen – vor allem die Unterschiede zwischen kooperativem Föderalismus in Deutschland und zentralistischer Tradition in Frankreich durchschaubar macht, die von der Größenstruktur (8505 Gemeinden in Deutschland gegenüber 36.548 in Frankreich) über Wahlordnung, Bürgermeisterverfassung, Steuersystem, Handlungs- und finanziellen Spielraum bis zu Sonder-

## Buchbesprechungen

regelungen für Paris, Lyon und Marseille beträchtlich sind. Außerdem erfahren die verwaltungsorganisatorischen Neuerungen der seit 1982 realisierten Dezentralisierungspolitik mit ihren beachtlichen Kompetenzverlagerungen zwischen Regierung – Region – Departement – Kommune ihre notwendige Charakterisierung und Bewertung, in einer Tabelle (S. 60f.) sind die jeweiligen Kompetenzen der Gebietskörperschaften überschaubar zusammengestellt.

Im Anhang finden wir ein Glossar französischer bzw. deutscher Begriffe kommunalpolitischer Bereiche sowie Hinweise auf grundlegende Literatur zur Kommunalpolitik in Frankreich und Deutschland; daran anschließend folgt im zweiten Teil die französische Version des Textes. – Insgesamt ein sehr nützliches Handbuch für den interkommunalen Dialog und darüber hinaus. Denkbar wäre noch die Einbeziehung kritischer Problembereiche kommunaler Partnerschaftsbeziehungen sowie von Erfahrungen im Umgang mit ihnen gewesen.

Helmut Melzer

**Ghanim Habib Allahu/ Rashad Al-Madani, Filastin wa-l-Intifadha (Palästina und die Intifadha). Nazareth: sharikat fainus liltiba'a wa-l-nashr, 1990, 272 S., zahlr. Tab., Dok., Abb.**

Ende 1991 begann das fünfte Jahr der palästinensischen Intifadha-Erhebung in den israelisch besetzten Gebieten. Doch nicht nur ihre Dauer regte viele Veröffentlichungen an. Vor allem ihre historische Tragweite zog weltweit Aufmerksamkeit auf sich. Angesichts des Madrider Regelungsprozesses erhebt sich nun eine Frage: Wird das fünfte auch das letzte Jahr der Intifadha und zur Zäsur im Nahost-Konflikt werden?

Palästinenser selbst gaben bislang zwölf Dokumentenbände in der Reihe „ahdath – filastin ath-thaura“<sup>41</sup> heraus. Amerikaner widmeten solchen Unterlagen in den „american foreign Policy Current Documents“<sup>42</sup> großen Raum wie auch die einschlägigen Annalen, etwa das britische Jahrbuch „The Middle East and North Africa“<sup>43</sup>, der vierteljährliche „Index Islamicus“<sup>44</sup>, das Hamburger „Nahost-Jahrbuch“<sup>45</sup>, das israelische Jahrbuch „The Middle East Military Balance“<sup>46</sup> und der jährliche „Arabische Strategische Bericht“<sup>47</sup>.

Die Bibliographie „Der Nahostkonflikt seit dem Ausbruch der Intifadha“<sup>48</sup> umfaßt bis Juni 1990 allein für den Standort Bundesrepublik Deutschland 439 Publikationen, darunter im Abschnitt „Intifadha“ 20 Bücher. Das Stichwort „Palestinian Uprising“ ließ Computer-Kataloge der Bibliotheken

in Washington, Princeton und New York ein Jahr darauf 38, 37 und 43 Bücher aufzeigen. Doch weisen alle Verzeichnisse wenige Titel von Arabern aus Israel auf, die dort auch auf Arabisch herauskamen. Nirgends ist die hier vorliegende Studie enthalten. Ghanim Habib Allahu, 1988 hervorgetreten mit seinem Werk zu den Beziehungen PLO-Jordanien, und Rashad Al-Madani, bekannt durch seine Arbeiten an der Bir-Zait-Universität, überschauten die ersten beiden Intifadha-Jahre, deren Bedeutung (S. 5) darin liege, „den Kampf in die besetzten Gebiete getragen zu haben“. Beide untersuchen in fünf Kapiteln Palästina und die Intifadha, die jordanisch-palästinensischen Verhältnisse, den Widerstand, die Umstände im Gaza-Streifen und die künftigen Aussichten.

Die Autoren sehen das Aufbegehren im Lichte des Widerspruchs zwischen der Okkupationspolitik und den nationalen Interessen der verschiedenen Schichten in den Gebieten. Zum einen machten sie fünf Achsen der Kolonialpolitik (S. 12-14) aus. Erstens führe der wirtschaftliche Niedergang in den Gebieten zur Auflösung traditioneller Strukturen und zur israelischen Vormacht auf dem Warenmarkt, den es seit 1977 exklusiv abdecke. Zweitens eignete sich Israel den Großteil des Bodens und der Wasserquellen an. Drittens sei das palästinensische Volk gehindert worden, seine Kultur, Tradition und Religion dem Erbe gemäß äußern zu können. Viertens habe die soziale Niederhaltung und zivile Entrechtung

(laut Militärverwaltung wären in den besetzten Gebieten 1516 Häuser und 15.000 Wohnungen wegen „Widerstand“ zerstört worden) eine bewaffnete Gegenwehr nach sich gezogen. Fünftens sei die eigenständige Souveränität des palästinensischen Volkes bestritten und sein Weg zur nationalen Unabhängigkeit blockiert worden.

Andererseits resultierten daraus die Spezifika der Intifadha. Zunächst, so die Verfasser, habe sie die klare Übereinstimmung zwischen den palästinensischen Kräften und der PLO offenbart. So sei die Organisation der Erhebung ein grundlegender Teil der Politik der Vereinten Nationalen Führung mit ihren Volkskomitees geworden, die alle Gruppierungen unter Obhut der PLO vereinten. Die Aktionen zeichneten sich durch ihre geographische und demographische Totalität (shumuliya) aus, wobei sich besonders die Rolle der Frau gewandelt habe. Ferner sei die Beständigkeit der Bewegung offenkundig, was durch israelische Analytiker wie Moshe Shemesh und Moshe Ma'oz belegt wird. Schließlich zeigten die Palästinenser eine enorme Bereitschaft zu Opfern und zur Aufopferung (tadhhiya) im Alltag – Israels Öffentlichkeit merkte auf.

Mit Blick auf die arabische Seite im Konflikt werden drei Typen von Regierungen unterschieden: benachbarte, wobei in einer ersten Gruppe Ägypten und Jordanien sind und in einer zweiten Syrien rangiert; radikale, aber geographisch entferntere wie Algerien und Libyen; im Arabischen Golf-

## Buchbesprechungen

Kooperationsrat vereinte sowie der Irak. In den palästinensisch-jordanischen Beziehungen werden fünf Etappen (S. 26-55) analysiert. Aufschlußreich ist die Übersicht zu von Israel gegen die Intifadha angewendeten Maßnahmen am Beispiel der fünf Bezirke des Ghaza-Streifens. Das betrifft vor allem Opfer-Statistiken 1987-1989, Ausgangssperren, Deportationslisten und Dokumente über Todesfälle infolge von Tränengas- und Plastegeschöß-Einwirkungen, die vom Militär ausgestellt worden sind. Besonders bewegend sind Berichte über den Märtyrertod (istishhad) von Jugendlichen im Kampf gegen die Soldaten.

Mit der Sicht auf zwei volle Jahre Intifadha bilanzierten die Autoren (S. 178-181): Die Erhebung habe alle Schichten der Bevölkerung erfaßt und die Eigenständigkeit der PLO gegenüber Jordanien verwirklicht. In Israel selbst zeigte sich, daß der Unwille des Volkes gegenüber der Besatzungsmacht nicht militärisch zu unterdrücken sei. Das hätten auf beiden Seiten viele aufgeklärte Menschen erkannt. Gleiches beträfe die internationale Gemeinschaft mit den Beschlüssen 605, 607 und 608 des UNO-Sicherheitsrats, die wichtige Schritte zu einer gerechten Regelung durch eine internationale Friedenskonferenz darstellten.

Als das Buch im Februar 1990 abgeschlossen war, kündigten sich mit dem zweiten Krieg am Golf nicht nur schwere Rückschläge an, sondern auch das tiefe Bedürfnis, stärker nach realistischen Ansätzen zu suchen, die auch

die legitimen Interessen Israels betreffen. Hoffnungsvolle Zeichen setzten dafür der Palästinenser Muhammad Rabi'a und der arabische Knesseth-Abgeordnete 'Abd Al-Wahab Darau-she. Umgekehrt hätten beim Thema „Palästina und die Intifadha“ in dem vorliegenden Buch weitaus mehr solcher Ideen aus Israel über bodenständige Modelle von Föderationen und Sicherheitsabkommen berücksichtigt werden sollen. Insgesamt wird deutlich, daß angesichts seit Jahrzehnten andauernder Repressionen jeder Schritt zur Bildung von Vertrauen behütet werden muß, gerade wenn das fünfte Jahr der Intifadha hoffentlich auch das letzte der beiderseits direkten und opferreichen Anwendung von Gewalt werden sollte.

Wolfgang Schwanitz

- 1 Ausf. Nahost: Regelungsansätze im Lichte der Intifadha, in: M. Robbe/D. Senghaas, Die Welt nach dem Ost-West-Konflikt - Geschichte und Prognosen, Berlin 1990, S. 225-247 (S. 230, Anm. 11); Nahost: Regelungsansätze trotz oder wegen der Intifadha?, in: asien, afrika, lateinamerika, 19 (1991) 5, S. 872-878.
- 2 N. L. Golden/B. W. Sherrill (Hrsg.), American Foreign Policy Current Documents 1988. Department of State, Washington D.C. 1989, S. 365-467; 1990, S. 395-452.
- 3 P. Cossali/M. Adams/D. Gilmour/P. Harper/S. Sherman, The Arab-Israeli Confrontation 1967-90. The Jerusalem Issue. Documents on Palestine, Palestine Organizations, in: The Middle East and North Africa, London, 37 (1991), S. 16-87.
- 4 The Quarterly Index Islamicus. Compiled by G. J. Roper, London, Cambridge, 11 (1987) 4 - 15 (1991) 2, 29; Palestine and the Arab-Israeli Conflict.

## Buchbesprechungen

- 5 T. Koszinowski/H. Mattes (Hrsg.), Nahost Jahrbuch 1987, Opladen, 1 (1988), S. 89-94, 177-180; 2 (1989), S. 86-88, 173-176, 179-186; 3 (1990), S. 89-91, 177-180; 4 (1991), S. 90-92, 171-173.
- 6 J. Alpher, The Israeli-Palestinian Conflict and the Peace Process, in: The Middle East Military Balance 1989-90, Boulder 1990, S. 101-126.
- 7 Y. As-Sayid (al-mushrif), At-taqir al-istratiji al'arabi 1988 (Arabischer Strategischer Bericht), Kairo, (1989) 2, S. 1-761.
- 8 I. Otto/M. Schmidt-Dumont, Der Nahostkonflikt seit dem Ausbruch der Intifadha. Eine Auswahlbibliographie mit einem Vorwort von H. Mejcher, Hamburg 1990, S. 1-98.

**Lynn Hunt (Hrsg.), The New Cultural History, University of California Press, Berkeley/Los Angeles 1989, 244 S.**

Die seit mehr als einem Dezennium geführte kontroverse Diskussion innerhalb der internationalen Historikergemeinde und besonders unter den Theoretikern der amerikanischen „intellectual history“ um „Narrativität“ und „Theorie“ hat in den letzten Jahren in zunehmendem Maße die Grenzen der von der Geschichtsforschung zunächst abgehobenen Debatte gesprengt und in den Vereinigten Staaten zu zahlreichen beachtenswerten Veröffentlichungen geführt. Der vorliegende Band, entstanden als Ergebnis einer 1987 durchgeführten Konferenz über „French History: Texts and Culture“, versucht nicht nur, exemplarisch die neuen narrativistischen und anthro-

pologischen Ansätze in der Geschichtsschreibung nach dem „linguistic turn“ nachzuzeichnen, sondern gewährt mit seinem theoretischen Teil einen umfassenden Einblick in den gegenwärtigen Stand der Diskussion, in der die „new cultural history“ wohl einen wichtigen historiographischen Fokus bildet. In ihrer ausgezeichneten Einleitung über die intellektuellen Traditionen, die Methoden und das Ziel dieser Strömung verweist die Hrsg. auf das von marxistischen und Annales-Historikern mitbegründete sozialwissenschaftliche Paradigma historischen Forschens als die entscheidende Grundlage der neuen Kulturgeschichtsschreibung. Im Unterschied zur „social history“ habe sich aber das Gewicht, orientierend am Kritizismus Foucaults und anderer Poststrukturalisten, von der Gesellschafts- zur Kulturanalyse verlagert, ständen statt „ökonomischen, Klassen- und Sozialstrukturen Formen kulturellen Verhaltens in mikrohistorischen Räumen“ im Mittelpunkt der Forschung, die nicht aus einer „extracultural dimension of experience“ erklärbar seien. (S. 7) Gegenwärtig herrschten dabei Modelle vor (S. 11), die in Foucaults Diskurstheorie und der Definition von „culture“ als einem „web of meaning“ des Anthropologen Clifford Geertz ihre theoretische Basis fänden. Daneben bildet die „literary theory“ einen zweiten theoretisch-methodischen Pfeiler der Kulturhistoriker. Trotz der Unterschiede innerhalb und zwischen beiden Modellen sieht Hunt deren gemeinsame

## Buchbesprechungen

zentrale Tendenz in „the use of language as metaphor“, die eine Dekodierung historischer Ereignisse als „symbolic actions“ erst möglich mache. Wörter reflektieren danach nicht die soziale und politische Wirklichkeit, sondern stellen Instrumente dar, diese zu verändern. (S. 16f.) „Gender history“ wird dabei als das Feld angesehen, das gewissermaßen die „forefront“ der „new cultural history“ bildet.

Im ersten Teil werden die Vertreter der neuen Richtung kritisch vorgestellt, wobei sich das größte Interesse auf Foucault (*P. O'Brien*), E. P. Thompson und N. Davis (*S. Desan*), C. Geertz und M. Sahlin (*A. Biersack*) sowie H. White und D. LaCapra (*L. S. Kramer*) richtet. *O'Brien* analysiert Foucaults Rezeption als Historiker, seine umstrittene Stellung in der Geschichtswissenschaft und den Einfluß seines Konzepts, Kultur durch die „technologies of power“ zu studieren (S. 34), auf die Geschichtsschreibung. Ihn als Begründer einer „new history“ in Form der Diskurs- und Machttheorie würdigend, hebt *O'Brien* vor allem Foucaults Methodologie hervor, die das Fehlen einer expliziten Theorie kompensiere. Die Hinwendung von „social historians“ wie E. P. Thompson und N. Davis zur Kulturgeschichte mit ihren Arbeiten über „crowd violence“ und den Konzepten von „community“ und „legitimacy“ wird von *S. Desan* als integraler Formierungsbestandteil der „new cultural history“ angesehen. Die kulturanalytischen Theorien von Geertz und Sahlin, die *Biersack* subtil untersucht

und als Übergang von der Geertzschen „thick description“ von Kultur zu einer „historical anthropology“, die weniger auf die „Ordnung“ kultureller Formen als vielmehr auf den Prozeß ihrer „Reordnung“ abhebt, interpretiert, finden in der nichtstrukturellen Analyse von Ritualen und Symbolen bei N. Davis oder R. Darnton ihre Anwendung und scheinen von Historikern vorurteilsfreier betrachtet zu werden als die „literary theory“. Zu deren herausragenden Vertretern gehören unter den amerikanischen Historikern H. White und D. LaCapra, die die aktive Rolle der Sprache, des Textes und der narrativen Strukturen bei der Beschreibung der historischen Realität untersuchen. Beiden geht es trotz unterschiedlicher theoretischer Begründung, die einerseits bei White Foucault, andererseits bei LaCapra Derrida verpflichtet ist, um eine Herausforderung der traditionellen Geschichtsschreibung, indem die Grenzen zwischen Geschichte, Literatur und Philosophie aufgehoben werden sollen. Die Mehrzahl der Historiker steht der Literaturkritik insofern ablehnend gegenüber, als sie darin eine Aufhebung des Unterschiedes von Geschichte und Fiktion, einen Irrationalismus, der im „Verschwinden“ der Realität als Text begründet ist, und damit einen historischen Relativismus sieht, die letztlich eine Geschichtsschreibung ad absurdum führen. Daß dies keineswegs eine konsequente Folge der neuen Sichtweisen sein muß, zeigt der Beitrag des „Praktikers“ *R. Chartier* über „Texts, Printing, Rea-

dings“, der im zweiten Teil des vorliegenden Bandes erscheint, in dem aber theoretische Ausführungen über den Akt des „reading“, das *Chartier* von den Intentionen des jeweiligen Autors abkoppelt, eine vorherrschende Rolle spielen.

Die Analyse dieser unterschiedlichen Vertreter der „new cultural history“ zeigt, daß deren Konzept in theoretischer Hinsicht sehr inhomogen ist und die Bestimmung des eigenen Profils noch am Anfang steht. Einigkeit besteht vor allem in der Abgrenzung zur sogenannten „traditionellen Geschichtsschreibung“, deren Wurzeln ins 19. Jh. zurückreichen. Unter den Kulturhistorikern selbst scheint ein theoretisch-methodischer Konsens angesichts nicht nur der unterschiedlichen, sondern teilweise sich ausschließender Positionen wie beispielsweise im Falle Foucaults und Davis' im Moment nicht in Sicht. Dies kommt zwar einerseits der angestrebten breiten „agenda“ der „new cultural history“ entgegen, birgt aber andererseits auch die Gefahr, durch die Vernabsolutierung der eigenen Positionen gegenüber der „social history“ (*LaCapra*) einen Alleinvertretungsanspruch durchsetzen zu wollen, der letztlich der Geschichtsschreibung wenig dienlich wäre. Der radikale Kritizismus der Kulturhistoriker führt überdies, wie *Hunt* feststellt, zu der Frage, ob die Geschichte von „culture“ überhaupt möglich wird, wenn sie jegliche theoretischen Annahmen über die Beziehungen zwischen „culture“ und der sozialen Welt

a priori ablehnt. (S. 10) Die Vielfalt kulturgeschichtlicher Verfahren verdeckt darüber hinaus die Abgrenzung zwischen „social history“ und „new cultural history“. N. Davis betrachtet sich beispielsweise weniger als Kulturhistorikerin, sondern als Vertreterin einer „newer social history“, die auf eine Verbindung von „social“ und „new cultural history“ abzielt.<sup>1</sup>

Diese fließenden Grenzen werden im zweiten Teil des Bandes zu verschiedenen „mechanics of representation“ deutlich. Die interessanten Beiträge von *M. Ryan* über die amerikanischen Paraden im 19. Jh., von *T. W. Laqueur* über die Abhängigkeit von „humanitarianism“ und narrativen Diskursen, und von *R. Starn* über „Seeing Culture in a Room for a Renaissance Prince“ geben Einblick in die Bandbreite der neuen Richtung. Während *Ryan* den Zusammenhang von Paraden als kulturelles Symbol und dem sozialen Kontext herstellt, kommt *Laqueur* zu einer etwas einseitigen Auffassung, indem er in den neuen narrativen Diskursen ab dem 18. Jh. („humanitarian narrative“) die einzigen Mittel sieht, die zu Mitleid und damit Handeln führten (S. 179), wobei er einen engen Zusammenhang von Roman und Autopsie herstellt. Zugleich würde diese „narrative as an actor in games of power“ jedoch nicht außerhalb des sozialen Milieus stehen. (S. 200) Sein Versuch, die „social history“ neu zu begründen, besteht so darin, daß diese eine Geschichte und Soziologie der narrativen Formen miteinschließen

## Buchbesprechungen

müsse. (S. 202) *Starns* Analyse von Renaissancemalerei berührt nicht nur das Verhältnis von Kunst und Geschichte, sondern thematisiert das Problem des „seeing“, wobei er eine Typologie des „Sehens“ aufstellt und Kunst als Symbol von Macht interpretiert.

Mit seinem Vorhaben, die „new cultural history“ als neue, in sich heterogene Strömung innerhalb der amerikanischen Geschichtsschreibung sowohl in ihrem Anspruch als auch in ihrer praktischen Umsetzung vorzustellen, aber ebenso mit der Kritik wichtiger Vertreter verdient der vorliegende Band Hochachtung, auch wenn die „gender history“ als ein wesentlicher Bestandteil der neuen Richtung weitgehend ausgeklammert bleibt. Die „new cultural history“ trägt zweifellos zur Erschließung neuer Perspektiven historischen Denkens und Forschens bei, wobei jedoch abzuwarten bleibt, ob der kritische Anspruch einer geschichtswissenschaftlichen Umwälzung jenseits der „social history“ erfüllt werden kann.

Eckhardt Fuchs

1 N. Z. Davis, *The Shapes of Social History*, in: *Storia della Storiografia*, H. 17, 1990, S. 28-34.

**Guy Thuillier/ Jean Tulard, *Les Écoles Historiques*, Presses Universitaires de France, Paris 1990, 125 S.**

Mit diesem Überblick über die französische Geschichtsschreibung seit dem 18. Jh. knüpfen die Autoren an ihr 1986 erschienenen Buch „*La méthode en histoire*“ an. Adressiert an Studenten und nichtprofessionelle Interessenten für historiographiegeschichtliche Probleme, sind sie sich der Differenz zwischen dem Anliegen und den eingeschränkten Möglichkeiten angesichts des begrenzten Raumes der Taschenbuchreihe „*Que sais-je?*“ bewusst, da gerade diese Diskrepanz trotz des fast thesenartigen Stils zu teilweise oberflächlichen und verkürzten Aussagen führt. Beispielsweise bleibt so die Geschichtsschreibung unter dem Ancien Régime auf vier Seiten beschränkt.

In ihrer Darstellung suchen die Verf. innerhalb der Trias von historischer Schule, vorherrschendem Wissenschaftsparadigma sowie internen und externen Einflüssen auf den Historiker die Fragen nach den jeweiligen zeit-spezifischen Forderungen an die Geschichtsschreibung zu beantworten. Besonderes Interesse widmen sie dabei dem Verhältnis von Geschichtsschreibung und deren sozialer Transformation mittels verschiedener Medien.

Im 18. Jh. beginnend, sehen sie in der Opposition der Geschichtsphilosophen und Gelehrten zum vorrevolutionären politischen System die Vorstufen der historischen Schulen (1. Kapitel), die im 19. Jh. in der „*école*

positiviste“ (2. Kapitel) eine erste Ausprägung fanden. Diese Schule Gabriel Monods und Charles Seignobos' knüpfte freilich nicht an die philosophischen Traditionen des Positivismus Auguste Comtes an, sondern verstand sich als eine Verwissenschaftlichung des historischen Handwerks, das sich in Abgrenzung von der Geschichtsphilosophie als autonomer, wertfreier und empirischer Faktenpositivismus konstituierte. Die Spanne zwischen 1890 und 1960 (3. Kapitel) wird als Transformationszeit betrachtet, die durch eine zunehmende Politisierung, die soziologischen und marxistischen Einflüsse sowie die Auswirkungen der zwei Weltkriege auf die Geschichtsschreibung gekennzeichnet war. Die „révolution de l'esprit“ (S. 5) durch die Annales-Schule beeinflusst ab 1950 – wenn auch vor allem auf indirektem Wege – prägte maßgeblich die historische Forschung. Zugleich sehen die Autoren in der Politisierung der Geschichtsschreibung durch diese (linken) „engagierten“ Historiker in ihrer Auseinandersetzung mit den (rechten) „Traditionalisten“ seit den sechziger Jahren eine Niedergangerscheinung des bisherigen Wissenschaftsverständnisses (4. Kapitel). Die Mißstände in der historischen Ausbildung, die wachsende Diskrepanz zwischen fachwissenschaftlichem Anspruch der Historiker und den Bedürfnissen des Publikums sowie die Kritik anderer Wissenschaftsdisziplinen an der Geschichtswissenschaft werden zu weiteren Symptomen dieser Krise gezählt.

Eine solche Periodisierungstriade von Konstituierung, Wandel und Krise erscheint unter dem Blickwinkel des gegenwärtigen Krisenbewußtseins verständlich, vermag aber durch diese teleologische Sicht kaum die Vielfalt, Heterogenität und Besonderheit der Historiographiegeschichte Frankreichs widerzuspiegeln.

Nach dem historiographiegeschichtlichen Abriß widmen sich die Verf. in der zweiten Hälfte des Buches dem aktuellen komplexen System der historischen Produktion in- und außerhalb des professionellen Wissenschaftsbetriebes (5. und 6. Kapitel). Neben der Typologisierung der historischen Forschung rücken sie die Ausbildung, den Informationsaustausch, die großen Forschungsinstitute, die staatlich finanzierte Forschung und die Gelehrtenesellschaften in den Blickpunkt. Angesichts der jährlichen Masse an historischen Arbeiten, der immensen Spezialisierung, des großen Einflusses der nichtprofessionellen und außeruniversitären Forschung wird, so die These von *Thuillier/Tulard*, der traditionell enge Schulbegriff zunehmend durch ein mehr oder weniger stabiles Netz unterschiedlicher „communautés“ von Historikern, das auf Freundschaft, Macht, Sprache, Repräsentation usw. basiert, aufgelöst. In ihrem Versuch einer Prognose der historiographischen Entwicklung (7. Kapitel) plädieren sie – ohne auf die postmoderne Narrativitätsdiskussion einzugehen – für ein methodisches Regelwerk, das auf einem „nouveau po-

## Buchbesprechungen

sitivismus“ beruht und die Forderung nach einer Pluralität historischen Denkens einschließt. Zugleich basiert dieser Konsens auf einem wissenschaftlichen Selbstbewußtsein, der Trennung der Geschichtswissenschaft von Philosophie und Literatur, der Relativität der historischen Erkenntnis und der Objektivität der Darstellung. Offen bleibt dabei jedoch, auf welcher theoretisch-methodischen Grundlage sich die angekündigte neue „geistige Revolution“, die „nouvelle nouvelle histoire“ (S. 6) von morgen vollziehen soll. Die Möglichkeit des zukünftigen innovativen, den Bedürfnissen des Fachgelehrten und des Publikums angepaßten historischen Forschens sehen die Verf. in einer Verbesserung der Forschungsbedingungen in ihrer gesamten Breite, der Entpolitisierung des geschichtswissenschaftlichen Diskurses, in einer den zeitlichen Anforderungen angepaßten Mediatisierung der Geschichte, der Verbesserung der historischen Ausbildung und im Ausbau der autonomen und bisher marginalen Spezialgebiete. Inwieweit dies ein erfüllbarer Anspruch ist und ob die Geschichtswissenschaft innerhalb des modernen Diskurses den Ausweg aus ihrer Krise zu finden vermag, wird die Zukunft zeigen, in die zu blicken sich der Historiker traditionell selbst untersagt. Zum Nachdenken darüber regt die Polemik der Verf. auf jeden Fall an.

Eckhardt Fuchs

**Ernst Nolte, Geschichtsdenken im 20. Jahrhundert, Ullstein Verlag, Berlin/ Frankfurt (Main) 1991, 680 S.**

Daß sich *Ernst Noltes* neuestes Buch abermals mit dem Problem einer Deutung des 20. Jh. befaßt, überrascht keinen Kenner seines bisherigen Œuvres. Seit „Der Faschismus in seiner Epoche“ in der ersten Hälfte der sechziger Jahre erschien, verbindet sich der Name des Autors mit einer interpretierenden Sicht auf unsere jüngste Vergangenheit. Weitere vielbeachtete Werke (etwa „Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945“, erschienen 1987) hinterließen auch in der Debatte der damaligen DDR Spuren, wie sein Name im gleichzeitigen Historikerstreit zu den am häufigsten genannten zählte.

Nunmehr unternimmt *Ernst Nolte* den Versuch, mit einer Synthese des Geschichtsdenkens unseres Jahrhunderts den eigentlich bewegenden Kräften und damit dem Sinn der letzten über neun Jahrzehnte auf die Spur zu kommen. Solche Aufgabenstellung läßt zunächst die Frage auftreten, über was eigentlich Bilanz gezogen werden soll. *Ernst Nolte* hält den Gegenstand der Untersuchung in der einführenden Problembeschreibung recht vage, indem er das Geschichtsdenken zwischen Geschichtsphilosophie, Geschichtstheorie, politischem Denken, Kulturkritik und Klassenanalyse ansiedelt. Dabei wird Geschichtsdenken nicht nur in retrospektiver Sicht anvisiert, sondern hat auch eine gegenwärtige und eine Zukunftsdimension. Eine klarere

Kontur wird sogleich im Aufbau des Buches sichtbar.

In vier Teilen (1900 bis 1917/18, 1917/18 bis 1945, 1945/47 bis 1963/73, 1963/73 bis 1990) werden jeweils drei „Kreise“ analysiert: zunächst die „Politische Geschichte“, hierauf „Ideologien, Richtungen, Schulen“, und schließlich „Einzelne Denker“. Die letztgenannten Kapitel vereinen Porträts von insgesamt achtunddreißig Männern und einer Frau, daneben sind weitere knappe Abrisse zu Einzelpersonen in die anderen Abschnitte eingefügt. Als aus dem 19. Jh. stammende Denker werden zudem wegen ihrer Ausstrahlungskraft eingangs Auguste Comte, Karl Marx und Friedrich Nietzsche einer Betrachtung unterzogen. Allein die Aufzählung aller Namen sprengte den Rahmen der Rezension; hier sei nur vermerkt, daß mit dem Untertitel des Buches „Von Max Weber bis Hans Jonas“ ein Bogen der Betrachtung gespannt ist.

Wer solch ein weitgestecktes Panorama zur Darstellung bringt, bietet Kritikern immer die Möglichkeit, das Fehlen Einzelner, die doch für die Fragestellung wichtig seien, zu bemängeln; auch sind die Exkurse durch die jeweilige Geschichte gewiß stets anfechtbar. Deshalb ist zunächst festzustellen, daß es sich um Darlegungen handelt, die auch dann beträchtlichen Eindruck hinterlassen, wenn man eine andere Sicht des Ganzen bevorzugt. Zu nennen wäre etwa *Ernst Noltes* Fähigkeit, die Dinge tatsächlich zu Ende zu denken. Gegen viele frühere Vor-

haltungen in dieser Sache sei bekräftigt, daß dies ein Anliegen und Recht des Historikers sein muß; es ist allerdings etwas anderes, ob er sich entschließt, inner- und außerhalb der Zunft auf dieser Ebene in die Diskussion zu gehen. Karl Lamprecht sprach vom „unverdienten Glück“ des Historikers, in mehreren Zeitaltern zu leben, dem gerade gegenwärtigen und – daneben – denen seiner Forschungen. Weil das so ist, muß jede öffentliche Äußerung mitbedenken, daß die überwiegende Zahl der Rezipienten die Gedanken des Historikers zu seinen Forschungen ungefragt sofort in die jeweilige Gegenwart mit ihren Einseitigkeiten projizieren wird. Tatsächlich lieferten erste Zeitungsreaktionen unverzüglich den Beleg, daß herausgegriffene Versatzstücke aus dem dickleibigen Werk mehr Interesse erregten als die eigentliche Grundidee.

Denn wichtiger ist das Leitmotiv der Untersuchung. Für die Rezension stark verkürzt, könnte man es folgendermaßen resümieren: Nach *Ernst Nolte* stand Europa am Anfang unseres Jahrhunderts vor einem Modernisierungsprozeß, als dessen Ziel sich eine Transformation hin zu einer „Weltzivilisation“ abzuzeichnen schien. Wirkungsmächtig trat in dieser geschichtlichen Stunde neben anderen Strömungen vor allem der Marxismus auf, und mit der Oktoberrevolution 1917 wurde ein weltgeschichtlich beispielloses Werk der Umgestaltung in Gang gesetzt. Während das Experiment auf sowjetischem Boden mit der Ver-

## Buchbesprechungen

heißung auftrat, einem gesetzmäßig in der ganzen Welt verlaufenden Veränderungsprozeß voranzugehen, formierte sich eine Gegenbewegung, die sich dieser Entwicklung trotzig entgegenstellte. Sie war damit objektiv der Verteidiger kultureller und nationaler Vielfalt des Westens gegen einen einbreitenden bolschewistischen Universalitätsanspruch. Dieses Ringen, diese Auseinandersetzung habe in ihrem ganzen Facettenreichtum dem 20. Jh. das Gepräge verliehen. Eine herausragende Rolle sei dabei stets den Juden bzw. dem jüdischen Denken zugefallen. Letztendlich nnternbmmene Versuche zu deren Vernichtung (in zugespitztester und konsequentester Form durch Hitler) gewinnen so eine unübersehbare Plausibilität. In akribischer Form hat *Ernst Nolte* bekannte Personen und vielgelesene Werke wie längst vergessene Autoren und verstaubte Bücher zusammengetragen, die allesamt in diesem Spannungsfeld ihren Platz finden. Dem Faschismus in Deutschland wird als Extremantwort auf die große Herausforderung mit all seinen verbrecherischen wie schauerhaften Seiten folgerichtig jener Platz zugewiesen, der aus der Feder des Autors schon im Historikerstreit zu heftigen Kontroversen führte.

Aus dieser Perspektive erscheinen die jüngsten Ereignisse ausgangs der achtziger Jahre gleichsam als Ende eines epochalen Ringens. Wir sind soeben Zeuge des Sieges des westlichen pluralistisch-partikularen Systems über

den bolschewistischen Universalismus, kurz, des Antimarxismus über den Marxismus geworden und haben das Finale eines Jahrhundertkampfes miterlebt. Nach Auffassung des Autors habe es im 20. Jh. drei außerordentliche Staaten gegeben: Deutschland, die Sowjetunion und Israel. Die Rückkehr der erstgenannten Staaten in die Normalität der Weltzivilisation sei nunmehr vollzogen, es stünde nur noch die Verwandlung Israels auf der Tagesordnung.

Gehen wir damit einer immerwährenden Idylle entgegen? Keineswegs, denn *Nolte* sieht im Unterschied zu soeben auch in monographisch verpackten Verheißungen vom Ende jeglicher Geschichte einen Fortgang der Historie, er warnt vornehmlich vor den Konsequenzen eines offensichtlich keine Schranken kennenden Bevölkerungswachstums auf unserem Planeten.

Das überrascht etwas, denn die sich abzeichnenden Probleme unseres künftigen Daseins (Stichworte: Armut und Reichtum, Umwelt, Klima, Energieressourcen, Wanderungsbewegungen, expandierende außereuropäische Strömungen des geistigen Lebens usw.) sind schon heute reichhaltig; möglicherweise erahnen wir derzeit die globalen Imponderabilien des 21. Jh. mehr, als wir sie schon konkret zu beschreiben in der Lage sind. *Ernst Noltes* Warnung vor einem nunmehrigen „Überschwang des Anspruchs auf Alleinherrschaft“ des Westens trifft allemal ins Schwarze. Gegen die zu-

## Buchbesprechungen

nehmend spürbare Skepsis angesichts düsterer Zukunftsaussichten erscheinen die einstmals so festgezurrten Fronten und Konstellationen des Kalten Krieges in den Jahrzehnten nach 1945 fast schon idyllisch. Und nicht zuletzt deshalb wäre an Ernst Noltes Konstruktion von den tiefsten Antrieben unseres Jahrhunderts die Frage zu stellen, ob nicht der Antimarxismus schon längst Unwiderbringliches verlor, als er zu dieser Zeit die Kräfte weiter auf Konfrontation mit dem Marxismus konzentrierte, statt nach kooperativen Lösungen für die gemeinsamen Probleme der Zeit zu suchen? Der damals real existierende Sozialismus war keineswegs nur die um jeden Preis nach Weltherrschaft drängende Kraft; sah sich jedoch in der Position des Schwächeren unaufhörlich in Bedrängnis und zahlte – so gut es ging – mit gleicher Münze zurück.

Das Gorbatschowsche Geschichtsdenken – *Ernst Nolte* würde ihm gewiß nicht diesen Rang zuerkennen, denn er läßt ihn in seinem Buch nur als Tagespolitiker in Erscheinung treten – löste weltweit einen so nachhaltigen Impuls aus, weil sich für eine kurze Zeit ein Fenster zu öffnen schien, daß den Blick auf eine ungewohnte, gleichwohl atemberaubende Perspektive zukünftigen Zusammenlebens freigab. Schnell verstrich diese Chance, die Tragik bestand darin, daß es die Wortmeldung eines bereits am Boden liegenden Gegners war. Über den Preis dieses Sieges wird uns die Zukunft zweifellos noch eindringlich belehren. Wir können

die Hoffnung haben, daß uns schon das verbleibende Jahrzehnt des 20. Jh. darüber Aufschlüsse gewährt, so daß der jetzt ungeschriebene Epilog zum Nolteschen Werk noch manche Spannung verspricht.

Gerald Diesener

*Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR*, hrsg. von Konrad H. Jarausch, Akademie-Verlag, Brl. 1991, 218 S.

Diesem Titel liegt eine Tagung zugrunde, die Anfang Dezember 1990 von der Historischen Kommission zu Berlin mit Unterstützung des International Research and Exchange Board in Princeton zum Thema „Geschichtswissenschaft in der DDR – Bilanz und Perspektiven“ bei lebhafter Teilnahme amerikanischer und deutscher Historiker stattfand. Konrad H. Jarausch, der bereits wesentlich zu ihrem Gelingen beitrug, hat deren überarbeitete Referate ergänzt durch eine über seine damalige Eröffnung hinausgehende Einführung nunmehr als Buch vorgelegt.

Aufgrund des Tempos, mit dem die Debatte weitergeführt worden ist, mutet das Buch streckenweise schon selbst wie ein historisches Dokument an. Die damals aufmerksam kommentierende Presse (vgl. FAZ 14.12.1990, ND 15.12.1990, FR 17.12.1990) hob den Pioniercharakter der Veranstaltung hervor und lobte die teils über sehr weit auseinanderreichende Auffassungen

## Buchbesprechungen

hinweg demonstrierte Diskursfähigkeit der Teilnehmer.

Liest man die Referate nach, verstärkt sich noch deutlicher als zur Tagung der Eindruck, daß sich die Anwesenden für nur zwei Tage ein eigentlich zu umfangreiches Programm zugemutet hatten. Teils nur mühsam bilden die vier Arbeitskreisthemen eine jeweilige Klammer für die Beiträge (I. Defizite und Resultate der DDR Geschichtswissenschaft, II. Die Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte Berlins, III. Der Stalinismus als Strukturproblem der DDR-Nachkriegsgeschichte und IV. Das Ende der DDR-Geschichtswissenschaft und die künftige Sicht der deutschen Geschichte), die ihrerseits in jedem einzelnen Fall eine Konferenz hinreichend fundiert hätten.

Vorangestellt ist ein Bilanzversuch von Konrad H. Jarausch, der zur Krise der DDR-Geschichtswissenschaft aktuelle Fragen formuliert und berechtigte Warnungen vor wissenschaftlichen Kahlschlägen in Ostdeutschland artikuliert. Dabei ist zu beobachten, daß sowohl wissenschaftsinterne als auch externe Argumente beigebracht werden, um vor allzu pauschalen Urteilen über die Historiographie des gerade verschwundenen Staates DDR zu warnen. Überhaupt ist auffällig, wie sehr ganz persönliche Strategien des Umgangs mit diesem Thema in den Diskurs eingeflossen sind, erstaunlich etwa (oder vielleicht deshalb gerade nicht), daß auf über zweihundert Seiten nicht ein einziges Mal die seit 1960 in zehnjährigem Abstand erschienenen

Bilanzbände der DDR-Historiographie auch nur in den Fußnoten anzutreffen sind.

Aber das liegt vorderhand an den sehr verschiedenen Herangehensweisen, die am deutlichsten in den differierenden Diktionen zwischen ehemaligen Spitzenhistorikern der DDR und Vertretern des Unabhängigen Historikerverbandes hervortreten. Hinzu treten kollegiale Sichten „von außen“, die wohl nicht zuletzt wegen der lokalen Distanz in beeindruckender Weise um Differenzierungen bemüht sind.

Im ersten Arbeitskreis (Referenten Andreas Graf, Christoph Kleßmann, Georg Iggers) stehen das völlige Verdikt neben komparativen Betrachtungen und differenzierenden Beobachtungen. Wiewohl manche Detailfeststellung direkt zur Diskussion herausfordert, bleibt vor allem der Eindruck, daß es noch allgemein akzeptierter Kriterien einer Beurteilung „der DDR Geschichtswissenschaft“ bedarf, um auf diesem Weg von primär subjektiven Eindrücken und Erfahrungen zu gesicherten Aussagen zu gelangen.

Daß die Konferenz eine Berlin-Zentriertheit besaß, kann angesichts des Tagungsortes nicht grundsätzlich erstaunen, wiewohl – dies sei ausdrücklich hinzugesetzt – manche im zweiten Arbeitskreis auf die DDR-Historiographie gemünzte Überlegung aus offensichtlich vorschnell verallgemeinerten hauptstädtischen Horizonten abgeleitet wurde. Aber nicht in jedem Fall war Berlin gleich DDR!

Schon die Presse berichtete seinerzeit, Wolfgang Ribbe (Referenten daneben Helga Schultz, Peter Jelavich) habe bei seiner Analyse der Thesen „750 Jahre Berlin“ die Lacher – die schamhaften wie die grimmigen – auf seiner Seite gehabt. Tatsächlich kann seinem vernichtenden Urteil über die 1987 mit großem Aufwand verbreiteten Leitsätze nur uneingeschränkt zugestimmt werden. Zweierlei sei dennoch hinzugefügt: Diese Thesen sind dennoch kein repräsentatives Beispiel für eine stadteschichtliche Forschung, vielmehr Zeugnis einer seinerzeitigen Form der Propaganda, mithin ein Paradestück tatsächlicher hauptstädtischer Geschichtskultur der achtziger Jahre. Hier sei eine kleine Begebenheit angefügt, die der Rezensent mit diesen Thesen verbindet: Am Tage ihrer Veröffentlichung im ND fragte der Parteisekretär der Leipziger Universitätshistoriker den Sektionsdirektor, was er zu tun gedenke, um die Diskussion zu diesen Thesen einzuleiten. Der antwortete mit feinem Lächeln: „Nichts!“ Diese Episode sagt über die Verfaßtheit der Zunft in Leipzig viel aus, selbst wenn man nicht so weit zu gehen geneigt ist wie K. Blaschke, der unlängst unterstrich, daß „jede Verweigerung bereits eine Form des Widerstands oder doch zumindest eine Äußerung des Nonkonformismus gewesen sei“. Erfrischend wirken die Ausführungen Jelavichs, der sich vergleichend mit den ideologischen Ausgangspunkten zweier stadteschichtlicher Forschungen in Berlin beschäftigt.

Beim Lesen dieses und weiterer Beiträge der aus Übersee angereisten Referenten wird auch der Hintergrund der während der Tagung offen artikulierten Kritik eines westdeutschen Teilnehmers deutlich, die amerikanischen Historiker gingen zu verständnisvoll mit ihren ostdeutschen Kollegen um. Etwa kritisierte Hermann Weber im dritten Arbeitskreis (Referenten daneben Norman Naimark, Stefan Wolle) scharf die historiographischen DDR-Defizite der „weißen Flecken“, worunter er Tabuthemen vor allem der KPD – bzw. SED – Geschichte im weitesten Sinne versteht. Besonders der zunehmende Rückstand gegenüber der Sowjetunion und Polen in den achtziger Jahren beim Umgang mit diesen Fragestellungen sei auffällig. Das trifft zweifellos zu, liegt aber primär in den außerwissenschaftlichen Brüchen begründet, die diese Staaten erlebten, ohne daß gleichartige Prozesse hierzulande eingetreten wären.

Der letzte Abschnitt bietet interessante Überlegungen Wolfgang Küttlers (Referenten daneben Jütgen Kocka, Charles S. Maier) zur Frage, ob marxistische Geschichtswissenschaft noch eine Zukunft habe. Er billigt ihr diese zu, geknüpft an die Bedingung, sich von allen auferlegten Zwängen und Dogmen zu lösen. Dieser Gedanke scheint ausbaufähig, auch unter dem Gesichtspunkt, daß wir augenblicklich wohl eher fühlen als schon wissen, daß die Geschichte trotz aller anderslautenden Prophezeiungen nicht zu Ende ist, daß noch viele Welträtsel

## Buchbesprechungen

ihrer Lösung harren. Zudem tauchen die sich andeutenden epochalen Fragestellungen des 21. Jh. im Zusammenhang einer sich neu formierenden Welt und die Nachfrage nach programmatischen und praktischen Lösungsvorschlägen einer Fülle von Konflikten und Problemen den leicht bekömmlichen Rahmen des ehemaligen Ost-West-Konfliktes schon fast in ein nostalgisch verklärendes Licht. Kocka ermutigt, auch angesichts der sturzschlaggleichen Ereignisse von 1989ff., nicht vorschnell Ängste vor einem neuen Nationalismus zu hegen. Vielmehr rät er zu ruhiger wissenschaftlicher Beschäftigung mit den hier auftretenden Prozessen, die west- und ostdeutsche Wissenschaftler gemeinsam leisten sollten. Majers interessante vergleichende Studie zu wirtschaftlichen Entwicklungen in West und Ost beschließt den Band; sie vermittelt sowohl die Anregung zur vermehrten Betrachtung der außergeistigen Perspektive im Gesamtkomplex Zusammenbruch der DDR als eine zukünftig viel stärkere Einbeziehung des Blickes „von außen“ in alle Fragestellungen.

Es bleibt zu konstatieren, daß selbst in zentralen Problemstellungen der Tagung unterschiedliche, teils sogar gegensätzliche Meinungen der Referenten zu verzeichnen sind. Insoweit ist besonders zu bedauern, daß der Band kein Resümee der jeweiligen Diskussionen enthält; die verkürzenden Pressehinweise des Dezembers 1990 bieten allenfalls orientierende Stichworte. Bei der Beantwortung der oftgestellten

Frage „Was bleibt?“ sind bislang allenfalls zu beschreitende Lösungswege anvisiert worden. Dagegen sind manche noch vor eineinhalb Jahren diskutierte Schritte der Strukturveränderung mittlerweile Realität geworden, nicht immer hat die Praxis hier erteilte Ratschläge beherzigt. Obgleich also schon manch neue Tatsachen geschaffen sind, bleibt doch der anregende Charakter des Bandes in vollem Umfang gültig, steht erschießlich selbst als ein Zeugnis der Wende und den aus ihr entspringenden Problemen der Neuorientierung ostdeutscher Historiographie.

Gerald Diesener

***Hans Jörg Sandkühler, Demokratie des Wissens. Aufklärung, Rationalität, Menschenrechte und die Notwendigkeit des Möglichen, VSA-Verlag, Hamburg 1991, 179 S.***

Das vorliegende Buch des Bremer Philosophie-Professors *Hans Jörg Sandkühler* ist eine Sammlung von acht Aufsätzen und Vorträgen, die ihr Verfasser in den Jahren 1985 bis 1991 publiziert bzw. vorgetragen hat. Die Zahl der beachteten Themen ist groß: Neben Überlegungen zum Charakter der gegenwärtigen Menschheitsepoche, zur Wahrung des Weltfriedens oder zum weiteren Schicksal des Sozialismus finden sich solche zur Verantwortung des Wissenschaftlers und insbesondere des Philosophen in der Gesellschaft, zur Geschichte und Methodik

des philosophischen Denkens usw. Die Breite der Überlegungen findet dennoch eine gewisse Einheit darin, daß mit ihr zu einer ganzheitlichen, also philosophischen Orientierung in einer Welt beigetragen werden soll, die sich seit Mitte der 1980er Jahre augenscheinlich und wesentlich verändert.

Der Rezensent ist gewiß kein ausgesprochener Liebhaber von Sammelbänden, zumal von philosophischen. Die Gefahr, daß zu wenig über zu viel mitgeteilt wird, liegt nahe, von fast unvermeidbaren Wiederholungen einmal abgesehen. Doch einem solchen Vorurteil wirkt *Sandkühler* auf mindestens zweifache Weise entgegen. Zum einen bietet er in seinen Abhandlungen viele gedankliche Anregungen für weiterführende Studien, zum anderen finden sich unter seinen Aufsätzen solche, die Ergebnisse langjähriger Forschungen darlegen. Letzteres trifft insbesondere für einen Beitrag aus dem Jahre 1989 zu: „Die vertagte Revolution? Das revolutionäre Frankreich und die deutsche Philosophie“ (S. 93-111). Hier bietet er ein weit gefächertes Bild, wie deutsche Philosophen und Ideologen im Verlauf von zweihundert Jahren die Französische Revolution reflektiert haben. Kant, Hegel, Schelling, Forster oder Marx werden dabei ebenso beachtet wie Nietzsche, Rosenberg oder Goebbels.

Ich verhehle nicht, daß mich an dieser Sammlung aber noch mehr interessiert hat, wie der als marxistischer Philosoph bekannte *Sandkühler*, der lange Zeit mit Philosophen und Histo-

rikern der DDR eng kooperierte, die letzten Jahre geistig und politisch bestanden hat. Um es gleich vorwegzunehmen, ein Wendehals ist *Sandkühler* nicht. Er hält am „Theorietypus ‘Marx’“ auch weiterhin fest, ebenso am Ideal einer über das Gegenwärtige wesentlich hinausführenden humanen Gesellschaft, die er „eine humane Rekonstruktion des Sozialismus“ nennt (S. 7). Doch Standhaftigkeit kann auch *Sandkühler* nicht demonstrieren, ohne früher vertretene philosophische und politische Positionen gründlich zu überdenken. Insofern sind die von ihm vorgelegten Aufsätze und Reden vornehmlich auch Beiträge zu einer Neubestimmung und -bestimmung marxistischen Philosophierens und eines alternativen politischen Handelns. Entsprechende Überlegungen können kaum schon als ausgereift gelten, wohl aber sind sie bedenkenswerte Anregungen und Fingerzeige, welche Probleme bei einer solchen politischen und philosophischen Haltung in Zukunft zu beachten, zu bearbeiten oder zu meistern sind.

Insbesondere zwei Beiträge aus den Jahren 1990 und 1991 verdienen in diesem Zusammenhang hervorgehoben zu werden: „Für eine humane Rekonstruktion des Sozialismus. Über die Krise des Marxismus und das ‘Werk im Werden’“ (S. 112-138) und „Das Menschenrecht auf Wissen und die Demokratie des Wissens“ (S. 139-164). Im erstgenannten Aufsatz rechnet *Sandkühler* mit dem „politisch-ideologischen ‘Marxismus’“ ab, dessen

## Buchbesprechungen

Berufung auf Marx „nur zu oft erschlichen war“. (S. 112) Gemeint ist der als „Marxismus-Leninismus“ bekannte Denktypus, der „zu einer politischen Ideologie der Herrschaft transformiert worden ist“, wobei er u.a. zu einem „geschichtsphilosophischen Triumphalismus“ verkan. (S. 113) Soziales, historisches wie philosophisches Problembewußtsein mußte deshalb im Marxismus-Leninismus weitgehend auf der Strecke bleiben, Eigenschaften also, auf die kein Denken verzichten kann, wenn es Gegenwärtiges und erst recht Zukünftiges begreifen will.

Diese im Marxismus-Leninismus verkümmerten Eigenschaften besaß hingegen, wie der Autor unterstreicht, das von Karl Marx begründete sozialtheoretische Denken. Er tritt folglich für eine Wiederherstellung des Theorietypus „Marx“ ein, was aber nicht eine Konservierung beliebiger Marxscher Gedanken bedeuten soll. Ein historischer Fortschritt durch Kriege etwa sei heute ausgeschlossen, und revolutionäre Ziele wären nur noch mittels Reformen erreichbar. (S. 121) Es gehe vielmehr um die Art und Weise, wie Marx Theorie betrieb und warum er sie betrieb. In seinem Geiste müßten Marxisten heute für das „Recht auf Denkfreiheit, auf Irrtum, auf abweichende Meinung“ streiten. (S. 119) Den Theorietypus „Marx“ solle auch heute „empirische Nähe zur Wirklichkeit“, Abkehr von jeder Spekulation sowie ein Lernen von naturwissenschaftlicher Methodik auszeichnen. (S.

125) „Das Marxsche Wissenschafts- und Weltbild ist *empiristisch*...“, hebt *Sandkühler* hervor. Deshalb verdiene auch die analytische Philosophie, die für eine empirische Grundlegung theoretischen Denkens so nachdrücklich eingetreten sei und zudem beachtliche Verdienste bei der Kritik des Irrationalismus besitze, eine Neubewertung im marxistischen Denken. (S. 63f.) Das gelte besonders für jene Vertreter der analytischen Philosophie, die, wie Otto Neurath, zugleich marxistisches Gedankengut vertreten haben.

Wenn allerdings der zukünftige Marxismus von *Sandkühler* als ein „permanentes Anfangen“, als „Permanenzerklärung der theoretischen Revolution“ gesehen wird (S. 113), dann widerspricht das wohl dem, was bislang zur Ontogenese beliebiger theoretischer Systeme erarbeitet worden ist. Neue Theorien werden zwar durch gedankliche Revolutionen initiiert, aber durch „Normalwissenschaft“ (Th. S. Kuhn) erst zu Theorien ausgebaut. Eine ständige theoretische Umgestaltung der Grundlagen einer Disziplin würde es unmöglich machen, je zu erfahren, was der gewählte theoretische Ansatz tatsächlich theoretisch und praktisch zu leisten vermag.

Vom Standpunkt eines wieder um Wissenschaftlichkeit bemühten Marxismus aus sucht *Sandkühler* philosophisch relevante Tatbestände neu zu begreifen und zu bestimmen, beispielsweise den Charakter unserer Epoche. Zu ihr heißt es nun: „Unsere Epoche ist nicht die des Übergangs von

der bürgerlichen Gesellschaft zum Sozialismus, sondern die der evolutionären Veränderung des Kapitalismus in Richtung demokratischer Zivilgesellschaft“ (S. 122) Der Realsozialismus, lautet eine andere diskussionswürdige These des Autors, sei aus dem Schatten des Kapitalismus nie herausgetreten: Er war keine neue Formation, sondern eine Deformation der bürgerlichen Gesellschaft. (S. 123)

Der zweite der genannten Beiträge will gerade jenes philosophische und sozialtheoretische Wissen hervorheben, das unerlässlich sei, um heutige Menschheitsprobleme wahrnehmen und bedenken zu können. Es ist ein Wissen, das sich der Erhaltung des Friedens, dem Überleben der Natur, einer demokratischen Informationspolitik, der Wahrung humanistischer Geschichtstradition verpflichtet weiß. Natürlich werde es sich dabei stets um ein bestrittenes, weil provozierendes Wissen handeln. Aber: „Sätze, die heute zur Streichung provozieren, weil sie Herrschaft provozieren, widerständige Sätze mit Zukunft, müssen jetzt ohne Opportunismus geschrieben und notfalls gespeichert werden.“ (S. 145) Es ist ein Wissen, das zu formulieren und auszusprechen auch heute Mut verlangt. Intellektuelle sollten aber gerade das tun, was von ihnen „nicht erwartet“ wird, nämlich „Kontinuität und Konsens durch Kritik und Zukunftsentwürfe“ zu gefährden. (S. 39) Anders könne Geschichte nicht vernünftig, d.h. nach „humanistischem Maß“, gestaltet werden. (S. 46)

Obwohl die von *Sandkühler* vorgelegten Aufsätze nur eine Zeitspanne von sechs Jahren umfassen, zeigt seine Auswahl, wie nachhaltig diese Zeit zum Nachdenken über linke Politik und Theorie gezwungen hat. Je jünger der jeweilige Beitrag ist, umso stärker fällt die Selbstkritik an bisherigen politischen und theoretischen Auffassungen aus. Aber das läßt den Autor keineswegs blind werden gegenüber Schwächen tradierter bürgerlicher Philosophie in Westdeutschland. Er zeigt sie der Trennung von der Politik, einer ungenügenden empirischen Arbeit, der Flucht in Wissenschaftstheorie und in die Philosophiehistoriographie dort, wo beide Gebiete ohne erkennbaren Zusammenhang mit heute zu beantwortenden weitanschaulichen Fragen bearbeitet werden. Und was den Beifall konservativer Kreise über den Niedergang des Realsozialismus angeht, so ist der Autor recht zuversichtlich: „Den Konservativen wird ihr Jubel über den Zusammenbruch des Sozialismus vergehen. Die heute in der konservativen politischen Rhetorik verherrlichte Volksrevolution und die Idee der Demokratie werden sich widerständig zeigen gegen den heuchlerischen Applaus.“ (S. 123) Es lohne sich also Sozialist zu bleiben: „An der Perestrojka wird der heutige Sozialismus möglicherweise scheitern, doch nicht zu sehen, daß sie der Vorschein eines besseren Sozialismus ist, wäre ein großer Irrtum.“ (S. 145)

Dieter Wittich

**Horst Walter Blanke, Historiographiegeschichte als Historik, frommann-holzboog, Stuttgart/Bad Cannstatt 1991, 809 S. (= FUNDAMENTA HISTORICA - Texte und Forschungen, Band 3).**

H. W. Blanke, im letzten Jahrzehnt mehrfach mit Beiträgen zu Problemen der Geschichtstheorie und der Historiographiegeschichte hervorgetreten, unterbreitet mit der hier besprochenen Untersuchung vor allem den Ertrag seiner 1986 verteidigten Dissertation. Er definiert ihren Gegenstand in dreierlei Richtung: Erstens ginge es um eine Rekonstruktion der Wissenschaftsgeschichte der deutschen Geschichtswissenschaft in den letzten zweieinhalb Jahrhunderten in der Aufeinanderfolge „Aufklärungshistorie“, „Historismus“ und „Historische Sozialwissenschaft“, zweitens stände die Entfaltung der jeweiligen Historik im Zentrum, und drittens zeichne er zudem die Geschichte der Geschichte der Geschichtswissenschaft in den anvisierten Entwicklungsabschnitten nach. Seine theoretischen Ausgangspunkte sind sichtbar von Jörn Rüsen's Bemühungen um das Modell der disziplinären Matrix der Geschichtswissenschaft geprägt, die ihrerseits von den vielzitierten Überlegungen Th. S. Kuhns zu den Revolutionen in der Wissenschaft starke Inspirationen erfahren haben. Der Versuch, von dieser Ausgangssituation her die Entwicklung der Geschichtsschreibung in Deutschland (d.h. nach 1945 in Westdeutschland) in den Blick

zu nehmen, ist dem Autor – soviel schon im Vorgriff – vollauf gelungen. Nach im ersten Teil (S. 21-66) unterbreiteten Gedanken, die der Heranführung an ein ganzes Bündel in Angriff genomener Fragestellungen dienen, werden im zweiten (Haupt-) Teil (S. 68-750) in insgesamt fünf Abschnitten der Chronologie folgend die jeweiligen Untersuchungen vorgenommen und ihre Quintessenz formuliert. Durchgängig bestechen dabei die ungeheure Faktenfälle, die vielfältige Provenienz des untersuchten Materials und die sorgfältige, auch kleinsten Verästelungen nachgehende Spurensicherung – in bekannten und oft zitierten Werken ebenso wie in längst vergessenen Veröffentlichungen, in Vorlesungsverzeichnissen, Dissertationen, Gutachten und Nachlässen. Dem selbstgestellten Anspruch einer „materialgesättigten, typologisierenden Gesamtdarstellung“ (S. 7) wird der Autor in vollem Maße gerecht. Beachtung verdient dabei, daß das Bündel der aus den eingangs genannten Untersuchungsfeldern entspringenden Einzelfragen ja nicht als jederzeit parallel verlaufendes Ensemble gleichstarker Stränge zu begreifen ist, die es lediglich aufzurollen gilt, sondern immer wieder wechselnde Konstellationen nachträglich in einer sinnvollen Synthese zusammengefaßt werden müssen. Nach einem sehr informativen Überblick auf die Zeit bis zur Verwissenschaftlichung der Historiographie spannt der Autor den Bogen von hier aus, zuletzt im Stil eines Ausblicks,

zum Historikerstreit gegen Ende der achtziger Jahre. Blanke hat hervorgehoben, daß es ihm insgesamt nicht nur um eine detailgetreue Rekonstruktion zu tun ist, sondern daß er die eigene Standpunktbildung als ebenso wichtigen Teil der Untersuchung begreift. In Anbetracht eines mit rund zweieinhalbtausend Fußnoten operierenden Textes und der demgemäßen Bibliographie ist jedes Beharren auf evtl. anderer Akzentuierung einzelner Momente kaum angemessen, zumal der Abschnitt über die Grenzen der Untersuchung (S. 79-81) bereits im vorab zu denkbaren Einwänden Stellung nimmt. Es wird an dieser Stelle daher nur ein Beispiel herausgegriffen, das im Buch zu den gewichtigen Erörterungen zählt. Der als Schlagwort allerorten bekannte Lamprecht-Streit, sein eigentliches Geschehen, die unterschiedlichen Ebenen und verschiedenen Dimensionen sowie die dazugehörigen Erwägungen aus der Sicht des Untersuchungsgegenstandes sind überaus eindrucksvoll dargelegt. Mit großer Umsicht zusammengetragene Beläge lassen seine ganze Tragweite gelingen erkennen. Blanke spricht auch zutreffend davon, daß sich der eigentliche Streit – aus mancherlei Gründen – nach dem offiziellen Abschluß auf Nebenschauplätzen fortentwickelte, tatsächlich gewann er dort eine Eigendynamik. Insofern wäre etwa den Erörterungen zu den Chancen der Lamprechtschen Promovenden hinzuzufügen, daß es zuletzt eben nicht mehr um ein wissenschaftsimmanentes Anlie-

gen, sondern nur noch um starrköpfige Behauptung früherer Frontstellungen ging. Freilich ging dies aber neben den namentlich erwähnten vier Kandidaten (S. 474) an Dutzenden weiterer Promovenden Lamprechts – soweit zu sehen – spurlos vorbei. Hier finden wir ein treffliches Beispiel dafür, wie schnell auch wissenschaftsexterne Momente Raum greifen können. Noch ein Detail am Rande: In der Fußnote 1239 (S. 402) wäre die Nennung der Würdigung Karl Lamprechts durch Alfred Doren aus dem Jahre 1916 – der, soweit zu sehen, erste Versuch der Gesamtschau seines Wirkens – vor Ritter und Srbik durchaus denkbar. Gemeinhin ist bei Buchbesprechungen große Vorsicht im Umgang mit Prädikaten wie „bahnbrechend“ ange-raten. Doch die Lektüre der Untersuchung bestärkt den Rezensenten, dieser Arbeit einen solchen Rang zuzusprechen. Künftige Untersuchungen werden an ihr gemessen werden, wie-wohl sie zugleich eine sichere Basis für diese bedeutet. Weniger denn Kritik als Anregung zu weiterer Arbeit ist die Überlegung, daß durch die vom Autor vorgelegte Analyse die von außerhalb auf die deutsche Historiographie einströmenden Impulse – aus welchen Quellen auch immer – gelegentlich wohl stärkere Wirkungen erzeugten, als bislang durch die Forschung ermittelt wurde und auch hier einbezogen ist. Für dieses Vorhaben wie zu weiteren vertiefenden Forschungen ist allerdings ein sicherer Grund gelegt. Gerald Diesener

**Transitions et subordinations au capitalisme, sous la direction de Maurice Godelier, Editions de la Maison des Sciences de l'Homme, Paris 1991, 421 S.**

Das Thema des Sammelbandes, gesellschaftliche Übergangszustände und Unterordnung unter einen expandierenden Kapitalismus, hat aus einschlägigen Gründen Hochkonjunktur. Die Welt ist offenkundig in Bewegung geraten, vertraute Stabilitäten gehen verloren, unter der Oberfläche ablaufende Transformationen werden seit 1989 auch in Europa wieder als eruptive politische und soziale Krisen manifest. Historiographie und Sozialwissenschaften sind herausgefordert, den Gegenstand jenseits einer allein auf Revolutionserwartung oder -ablehnung gerichteten Sichtweise zu behandeln. Die Pariser Forschungsgruppe um M. Godelier, die hier Arbeitsergebnisse vorlegt, geht von der wohl weithin geteilten Überzeugung aus, daß das Interesse von Transitionsphasen darin besteht, daß sie Elemente sowohl der alten als auch der neuen Gesellschaft verbinden und über beide analytische Aussagen erlauben, und daß sie Momente der historischen Entscheidung über Alternativen sind, in denen Subjekten politischer Prozesse spezifische Möglichkeiten zuzufallen scheinen. Der Zusammenbruch großer Theorien mit allgemeinem Erklärungsanspruch hat auch das Herangehen der Verf. strukturiert: Neben einer Diskussion theoretischer Prämissen – in der hier

dokumentierten Forschungsphase insbesondere der Gültigkeit des Marxschen und der marxistischen Ansätze, während für eine folgende Phase Max Webers Überlegungen geprüft werden sollen – stehen zwölf Fallstudien, die insbesondere Südeuropa, den iberamerikanischen und pazifischen Raum behandeln.

Der Herausgeber untersucht einleitend die Marxschen Äußerungen auf ihre Tauglichkeit für weitere Analysen zur Transformationsproblematik. Nach einem kurzen Resümee der herangezogenen Schriften wendet er sich dem in der Marxkritik zentralen Vorwurf zu, Marx habe ein monokausales Determinationsmodell gesellschaftlicher Erklärung verfochten. Die Antwort Godeliers fällt doppelt aus. Zum einen zeigt er, daß eine deterministische Interpretation in der gedanklichen Konstruktion von Basis und Überbau angelegt ist, wenn beide Bereiche nicht als lediglich verschiedenartige Funktionen sozialer Beziehungen, sondern die ideellen und kulturellen Beziehungen nur als Ableitung der sogenannten Basis angesehen werden, was aber in der Marxschen Metaphorik nicht zwingend angelegt sei. Im zweiten Gedanken widerlegt er mit Hinweis auf Familienbeziehungen, Religion u.a., daß die von Marx häufig postulierte mehr oder minder direkte Abhängigkeit aller sozialen Beziehungen von den Produktionsverhältnissen und Produktivkräften einer historischen Analyse nicht standhält. Im Fazit bleiben für den Verf. die Marxschen Theorien, die die Spu-

ren ihrer Entstehungszeit, die Bindung an den Kapitalismus europäischer Prägung und den Entwicklungsstand der westlichen Sozialwissenschaften; nicht verleugnen können, weiterhin von starkem Einfluß auf die Instrumente moderner Transformationsanalyse, zugleich aber auch von (aufzuzeigender) innerer Widersprüchlichkeit und Zerrung durch einen vielgestaltigen Rezeptionsprozeß, der sich im Begriff des Marxismus zusammenfassen ließe. Die Kritik an Gegensätzlichkeiten und Mehrdeutigkeiten in Marxschen Texten disqualifiziere ihn und seine Methoden jedoch keineswegs zu Belieblichkeit; vielmehr gehe es darum, unbefangene Leistungen und Grenzen eines für die heutigen Sozialwissenschaften ohne Zweifel prägenden Ansatzes zu diskutieren.

Die Einzeluntersuchungen, die sich im Anschluß an die theoretische Einleitung Godeliers besonders mit dem für die Forschungsgruppe offensichtlich zentralen Problem des Übergangs von formeller zu reeler Subsumption unter das Kapital befassen, gehen auf das komplexe Zusammenwirken von ökonomischen Transformationsprozessen im Kontext der nachholenden Industrialisierung in Spanien und Portugal sowie der Kapitnalisierung der Landwirtschaft in Südamerika, Indien, auf Sumatra und in Neu-Guinea einerseits, und den Formen der sozialen Organisation (Dorfgemeinde, Familie), die zugleich Produktionsorganisation ist, andererseits ein.

In der Spannung von Suche nach theo-

retischen Instrumenten und detaillierten Fallstudien wird das Problem des Transformationsbegriffs, dessen forschungsstrategischen Wert der Herausgeber in seiner Einführung nur knapp skizziert, deutlich: Zum einen erweist er sich als eine Art 'Befreiungsschlag' gegen Konzepte, die revolutionäre Übergänge und damit implizit die politische Sphäre überprivilegieren, indem er kurzfristigen Bruch und längerwirkende Veränderung in Technologie, Kultur und Mentalitäten erfaßt. Zum anderen erweist sich Transformation als Kategorie allein als zu allgemein und damit allzu Disparates erfassend, als daß sich die Forschung darauf beschränken könnte, nun jeglichen Wandel mit dem Etikett der Transformation zu versehen. Für den Vergleich wären sowohl Versuche der räumlichen Strukturierung von stadial-regional differenziert ablaufenden, letztlich aber sich in globale Trends (auf sehr verschiedene Weise) einfügende Transformationen weiterzuverfolgen (Großregionen) als auch genauer die Relationen zu bezeichnen, in denen die Veränderungen von Funktionen sozialer Beziehungen (um Godeliers Terminologie aufzunehmen) zueinander und zur Transformation einer Gesamtgesellschaft stehen.

Der von Godelier herausgegebene Band bringt hierzu erstens Material aus gemeinhin weniger berücksichtigten Regionen und bricht damit eine Zentrierung auf sogenannte klassische Fälle auf, erörtert zweitens in theoretisch anspruchsvoller Weise die Bezüge v.a.

zwischen Produktionsverhältnissen und sozialer Organisation in Phasen des Übergangs.

Es entbehrt nicht der Konsequenz, wenn Godelier am Ende des Bandes, ganz im Gegensatz zu jenen, die das Ende des real existierenden Sozialismus mit dem Ende jeglichen Interesses an Marx gleichsetzen, die Methoden der Marxschen Analyse auf diesen Sozialismus selbst anwendet. Den Anspruch des Realsozialismus beiseite, Beginn der Realisierung Marxscher Ideen zu sein, sieht Godelier eine mit dem notwendigen Zusammenbruch dieses Systems einerseits und den globalen Herausforderungen der Gegenwart andererseits neu aufgestoßene Perspektive, in der die Verwirklichung von Demokratie (und damit die Einlösung der Ansprüche von 1789) zum zentralen Problem wird, an dem die Entgegensetzungen von Revolution und Reform, von Plan- und Marktwirtschaft u.ä. sekundär erscheinen. Der Demokratiebegriff wird dabei bewußt über die politische Sphäre hinausreichend ausgeweitet auf Geschlechterbeziehungen, internationale Organisation usw.

Matthias Middell

---

## Autorenverzeichnis

Gerald Diesener, Dr. phil. habil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Hartmut Elsenhans, Prof. Dr. phil. habil., Fakultät für Verwaltungswissenschaften, Universität Konstanz

Michel Espagne, Docteur d'Etat, Centre National de la Recherche Scientifique, Paris

Roland Felber, Prof. Dr. phil. habil., Bereich Asienwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Eckhardt Fuchs, Dr. phil., Berlin

Peter Gärtner, Dr. phil., Fachbereich Politikwissenschaften, Universität Leipzig

Mustafa Haikal, Dr. phil. Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Jens Häsel, Dr. phil., Berlin

Arndt Hopfmann, Dr. phil., Fachbereich Orientalistik/Afrikanistik, Universität Leipzig

Manfred Kossok, Prof. Dr. phil. habil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Wojciech Kunicki, Dr. phil. habil., Germanistisches Institut, Universität Wrocław

Helmut Melzer, Dr. phil., Sektion Theoretische und Angewandte Sprachwissenschaften, Universität Leipzig

Matthias Middell, Dr. phil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig

Manfred Mols, Prof. Dr. phil. habil., Institut für Politikwissenschaft, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Herta Müller, Dr. phil., Fachbereich Orientalistik/Afrikanistik, Universität Leipzig

Rolf Müller-Syring, Dr. phil., Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn

Wolfgang Schwanitz, Dr. phil., Berlin

Dieter Wittich, Prof. Dr. phil. habil., Leipzig

---

**Inhalt****Seite****Editorial**

4

**Aufsätze***Hartmut Elsenhans*Kapitalismus und Massenkonsum –  
Eine Kritik der Marxschen  
politischen Ökonomie

7

*Roland Felber*Zur Demokratie-Problematik in der  
neueren chinesischen Geschichte

30

*Manfred Mols*Südostasien und Lateinamerika.  
Bemerkungen zu einem unterschiedlichen  
internationalen Erscheinungsbild regionaler  
Integration und politischer Kooperation

47

*Peter Gärtner*Demokratie statt Revolution?  
Bemerkungen zur Debatte über  
Demokratisierung in Lateinamerika

60

*Joachim Kunze*Afrika im Labyrinth der Demokratisierung:  
Postkoloniale Regime zwischen bürokratischer  
Anpassung und Wandel zum Pluralismus

77

*Herta Müller*Algerien – mit Gebeten oder Panzern  
zur Demokratie?

95

**Forum***Michel Espagne*Französisch-sächsischer Kulturtransfer  
im 18. und 19. Jahrhundert.  
Eine Problemskizze

100

*Wojciech Kunicki*

Das Geschichtsbild Ernst Jüngers

122

---

## Mitteilungen und Berichte

- Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren (*Mustafa Haikal*). 135
- Wie weiter mit der (deutschen) Entwicklungspolitik? (*Arndt Hopfmann*). 138

## Buchbesprechungen

- Andreas Venzke, Christoph Kolumbus, Reinbek 1992 (*Manfred Kossok*). 142
- Robert Darnton, Edition et sédition. L'univers de la littérature clandestine au XVIIIe siècle, Paris 1991 (*Jens Häsel*). 144
- François Georges Dreyfus, L'Allemagne contemporaine. 1815-1990, Paris 1991 (*Manfred Kossok*). 147
- Henrik Uterwedde, Kommunen in Frankreich und Deutschland/ Communes en France et en Allemagne. Eine Einführung/ Une introduction, Bonn 1991 (*Helmut Melzer*). 149
- Ghanim Habib Allahu/ Rashad Al-Madani, Filastin wa-l-Intifadha (Palästina und die Intifadha), Nazareth 1990 (*Wolfgang Schwanitz*). 150
- Lynn Hunt (Hrsg.), The New Cultural History, Berkeley/Los Angeles 1989 (*Eckhardt Fuchs*). 153
- Guy Thuillier/ Jean Tulard, Les Écoles Historiques, Paris 1990 (*Eckhardt Fuchs*). 156
- Ernst Nolte, Geschichtsdenken im 20. Jahrhundert, Berlin/Frankfurt (M.) 1991 (*Gerald Diesener*). 158
- Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Zwischen Parteilichkeit und Professionalität – Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991 (*Gerald Diesener*). 161
- Hans Jörg Sandkühler, Demokratie des Wissens. Aufklärung, Rationalität, Menschenrechte und die Notwendigkeit des Möglichen, Hamburg 1991 (*Dieter Wittich*). 164
- Horst Walter Blanke, Historiographiegeschichte als Historik, Stuttgart/Bad Cannstadt 1991 (*Gerald Diesener*). 168
- Transitions et subordinations au capitalisme, sous la direction de Maurice Godelier, Paris 1991 (*Matthias Midell*). 170

## Autorenverzeichnis

173

Das Loch in der Mauer wird zum Werbeträger. Die deutsche Einheit lädt zum product-placement. Werbebewelten gestalten unsere Lebenswelten.

Berichte aus Berlin, Dresden, Siegen, Gera und Jena, Leipzig und Freiburg geben einen Überblick über aktuelle werbegeschichtliche Ausstellungen und Projekte.

**GESCHICHTSWERKSTATT** ist die Zeitschrift der Geschichtswerkstätten.

**GESCHICHTSWERKSTATT** bietet ein breites Spektrum alltagshistorischer Themen, Werkstattberichte, Tagungsberichte und Rezensionen.

**GESCHICHTSWERKSTATT** erscheint bundesweit, dreimal jährlich. Die Hefte haben einen Umfang von 96 Seiten und kosten im Abonnement 36 DM (plus Versandkosten). Einzelhefte 16 DM.

edition Zeitlupe Kölnstraße 198  
53 Bonn 1

Tel.: 0228-630849 FAX.: 0228-695193

**WERBUNG  
ALS GESCHICHTE**